

AUFTRAG



HEFT 256 – NOVEMBER 2004

44. JAHRGANG

- 44. Woche der Begegnung
- Katholikentag Ulm 2004
- GKS: Plädoyer für die Beibehaltung der Wehrpflicht
- AMI: Der Soldat und seine Familie

Die GKS zeigt Flagge auf dem 95. Dt. Katholikentag in Ulm. Hier weht die GKS-Fahne vor dem Turm des Ulmer Münsters.



GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

44. WOCHEN DER BEGEGNUNG

- Stichworte: Woche der Begegnung, Zentrale
Versammlung, Bundeskonferenz der GKS, Ludwig-
Windthorst-Haus, Ludwig Windthorst 4
Programm (Auszug) 6
Wie andere über die Woche der Begegnung
berichten (Presseberichte) 7

ZENTRALE VERSAMMLUNG (ZV)

- Transformation – Aufgabe für das Laienapostolat
in der Bundeswehr (MGV Walter Wakenhut) 10
15 Jahre Nachbarschaftshilfe (PS/P.Weber) 12
„Hilfe! Einsatz!– Einsatz-Hilfe!“ Internetforum für
Soldaten und ihre Familien 14
Berichte aus den Dienstaufsichtsbezirken
der KLMD 15
Zusammenarbeit zwischen Militärpfarrern
und ehrenamtlichen Mitarbeitern
(Militärpfarrer Thomas Stolz) 18
Pontifikalamt und Bischofsempfang (PS) 19

ZUM THEMA DER WOCHEN: „LEBEN AUS GOTTES KRAFT – EHRENAMTLICHES LAIENENGAGEMENT“

- „Was ich kann, ist unbezahlbar!“ – Zum ehren-
amtlichen Laien-Engagement (Georg Kestel) .. 20
Einige Thesen zu Laienapostolat und Ehrenamt
in der (Militär-)Seelsorge (Georg Kestel) 23
Ehrenamt in der Kirche: Standort und Zukunft
(Peter Abel) 24
ZdK: Für eine Kultur des Ehrenamtes 32
Ehrenamtliches Laienengagement
(PS/Michael N.Ebertz) 35

BUNDESKONFERENZ DER GKS

- Presseerklärung der GKS anlässlich der Bundes-
konferenz 2004: Geschenkte Zeit
(Helmut Jermer) 38
Bundeskonferenz der GKS 2004
(Klaus Achmann) 39
Wohin geht die GKS? – Gedanken zur Zukunft
des Verbandes (Karl-Jürgen Klein) 43
Geistlicher Beirat der GKS zum Lagebericht
2004: Beim Gehen predigen – Glaubenszeugnis
im katholischen Verband (Georg Kestel) 47
Mitgliederversammlung des Förderkreises der
GKS (FGKS) (Klaus Achmann) 49

95. DEUTSCHER KATHOLIKENTAG 2004 IN ULM: „LEBEN AUS GOTTES KRAFT“

- Katholikentage: Quo vadis? (KNA) 50
Glaubensfest oder Zeitanzeige (Helmut Jermer) 51
Tag der Militärseelsorge: Bischof predigt und
firmt – Kirche überfüllt (Helmut Jermer) 52

- GKS-Gesprächskreis: „Einsatzerfahrungen von
Soldaten und zivilen Hilfsorganisationen“
(Helmut Jermer) 55
Großforum: „Militärische Intervention zu humani-
tären Zwecken?“ (Helmut Jermer) 56
aktion kaserne: Die Wirksamkeit parlamentari-
scher Kontrolle unter veränderten Bedingungen 61
Frauen und Männer erstmals unter einem Dach 64
Mystische Nacht (PS/AsT FD) 65

KIRCHE UND GESELLSCHAFT

8. internationalen Kongress „Renovabis“: Jugend
in Mittel- und Osteuropa zwischen Hoffnung und
Resignation– Vision zu einem neuen Europa
(Karl-Jürgen Klein) 66
Weltfriedenstag 2005 (PS/ZENIT.org) 69

SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

- Ein Leuchtturm am Euphrat?
(Volker W. Böhler) 70
Der Irak unter amerikanischer Kuratel
(Volker W. Böhler) 74
Humanitäre Intervention: Wann ist Eingreifen
geboten, um Leben zu retten? (ZENIT.org) 76
Hl. Stuhl vor VN: Terrorismus an der Wurzel
bekämpfen (ZENIT.org) 76
„Helm ab zum Ave Maria“
(KNA-Red. Uwe Renz) 78
„Dem Terrorismus die religiöse Maske vom
Gesicht reißen“ (ZENIT.org) 79
10. Forum Globale Fragen des Auswärtigen Amtes:
Frieden ist möglich! (Klaus Liebetanz) 81

BILD DES SOLDATEN

- Sachausschuss „Innere Führung“: Plädoyer für
eine Allgemeine Wehrpflicht 86
Interreligiöses Gebetbuch für Juden, Christen
und Muslime in der Bundeswehr (KNA) 88
Jahresempfang des Wehrbeauftragten: Sinnfrage
stellt sich in Auslandseinsätzen der Bundeswehr
immer deutlicher (Andreas M. Rauch) 89
Erinnerung an die Gefangenschaft: „Leb wohl
und verzeih!“ (Paul Roth) 90

CHRISTLICHES ZEUGNIS

- Verachtet mir die Dogmen nicht! – Einige
Anmerkungen zum katholischen Glaubensgut
(Teil I) (Georg Kestel) 91
Warum für Heiligsprechungen Wunder verlangt
werden (ZENIT.org) 95
Kaiser Karl I. von Österreich ein neuer Seliger
(Michael Haubl) 96

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

Russland: Der Affe als Instrument im Kirchenkampf (Joachim G. Görlich)	98
Massenmord von Katyn: Letzter Akt? (Joachim G. Görlich)	98
ZdK-Präsident Meyer: Lage der christlichen Minderheit in der Türkei	99
Saudi Arabien: Schulbücher hetzen gegen Christen und Juden (KNA)	99

KIRCHE UNTER SOLDATEN

Aus der Arbeit des Bundesgeschäftsführer der GKS (Klaus Achmann)	100
GKS-Politikergespräch mit Karsten D. Voigt: Europäische Außenpolitik und die USA (Helmut Jermer)	101
10. Seminar der GKS-Akademie „Oberst Helmut Korn“	104
GKS-Seminar „3. Lebensphase“: „Das Rad des Lebens“ – Erinnern – Erleben – Erwarten (Monika Mitzlaf)	107
Brunssum / Niederlande	109

GKS-Kreis Amberg/Kümmersbruck:	109
Militärdekan a.D. Prälat Alfons Mappes gestorben (Helmut Fettweis u. Jürgen Bringmann)	110
GKS-Kreis Köln-Wahn:	111
Standort Hammelburg:	112
Standort Kiel:	112
GKS steht zur Allgemeinen Wehrpflicht	114
49. Gesamtkonferenz der Katholischen Militärseelsorge	114
Bereich KLMD Koblenz	115
AMI-Generalversammlung 2004: „Der Soldat und seine Familie heute“ (Reinhard Kloss) ...	116
Die erste Woche der Begegnung – und alle wollen wieder mit! (Marianna Laßen und Charlotte Warner)	118

PERSONALIA: 69, 110, 122, 123

KURZ BERICHTET 69, 73, 78, 80

BUCHBESPRECHUNGEN 120

TERMINE 122

AUTOREN u. FOTO-NACHWEIS 123

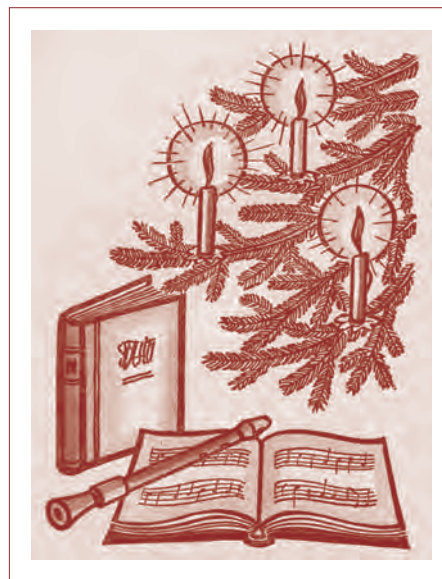
editorial

Liebe Lesergemeinde!

Dieses Heft der GKS Publikation AUFTRAG war eine schwere Geburt. Nicht etwa, weil keine Beiträge vorhanden waren – im Gegenteil. Diesmal musste eine strenge Auswahl getroffen werden, weil durch zu viel Stoff die Kapazität eines Heftes überschritten wurde. Die Redaktion ist sich bewusst, dass mit 124 Seiten nicht nur von der Bindetechnik her der Rahmen gesprengt wird. Auch Ihnen als Lesern und Leserinnen des AUFTRAGs muten wir wieder einmal viel Gewichtiges zu.

Allerdings hatten wir vom 95. Katholikentag im Juni bis zur 44. Woche der Begegnung im September auch vieles zu dokumentieren. Dahingegen musste die Berichterstattung über die 49. Gesamtkonferenz der hauptamtlichen katholischen Militärgeistlichen im Oktober oder die Dokumentation des im Oktober aufgelösten Elternwerkes aus Zeit- und Platzgründen auf die erste Ausgabe im Jahr 2005 verschoben werden.

Wir als Redaktion danken allen, die uns im zu Ende gehenden Jahr 2004 die Treue gehalten haben – sei es als Schreiber von Beiträgen oder aber als Leser. Beide Gruppen sind notwendig, damit die Redaktion nicht im luftleeren Raum nur Glasperlenspiele betreibt. Dank gebührt auch dem Bundesvorstand der GKS und der Leitung des KMBA. Beide unterstützen die Arbeit, in dem sie den erforderlichen materiellen



Rahmen schaffen und genügend Freiraum für kreatives Schaffen gewähren.

Da dieser AUFTRAG voraussichtlich (erst) zu Beginn der Adventszeit bei der weiträumigen Lesergemeinde eintrifft, ergreift die Redaktion die Gelegenheit, Ihnen allen ein frohmachendes Christfest und ein friedliches und gesegnetes Neues Jahr zu wünschen. Kehren Sie – gleich wohin Ihr Auftrag oder die Reise lust Sie führen – immer heil nach Hause zurück und bleiben Sie gesund an Leib, Geist und Seele.

Ihre Redaktion AUFTRAG



Zentrale Versammlung (ZV) der katholischen Soldaten im Jurisdiktions- bereich des Katholischen Militärbischofs

Die ZV der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs ist der Zusammenschluss von Vertretern des organisierten Laienapostolates in der Militärseelsorge. Sie ist vergleichbar einem Diözesan- /Katholikenrat in den deutschen Diözesen.

Sie setzt sich zusammen aus delegierten Vertretern der Seelsorgebezirksräte bei den Katholischen Standortpfarrern und aus Delegierten der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) sowie den Mitgliedern des Vorstandes und dem Bischöflichen Beauftragten. Insgesamt kann sie somit 82 Personen umfassen. Die ZV tritt einmal jährlich unter einem bestimmten Leitgedanken im Rahmen der WdB zusammen. Ihre vornehmste Aufgabe ist es, den Katholischen Militärbischof in allen die Seelsorge an Soldaten und ihren Familien betreffenden Fragen zu beraten. Darüber hinaus befasst sie sich mit gesellschaftlichen, allgemein kirchlichen sowie berufsspezifischen Themen und nimmt hierzu Stellung.

Der Vorstand der ZV wird durch acht Sachausschüsse in seiner Tätigkeit unterstützt.

STICHWORTE:

Woche der Begegnung

Die Woche der Begegnung (WdB) ist die zentrale Veranstaltung im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs, bei der die Delegierten aus den Leitungsgremien des organisierten Laienapostolates zum Erfahrungsaustausch sowie zur Information und Weiterbildung zusammen kommen.

Die WdB gliedert sich in die ZENTRALE VERSAMMLUNG (ZV) der katholischen Soldaten und in die BUNDESKONFERENZ DER GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (dem Personalverband in der Katholischen Militärseelsorge für die Bundeswehr). Die WdB steht unter einer bestimmten Thematik; für die 44. Woche der Begegnung im Jahre 2004 lautete der Leitthema:

„LEBEN AUS GOTTES KRAFT –
EHRENAMTLICHES LAIENENGAGEMENT“.

Die WdB findet jährlich an einem wechselnden Tagungsort unter Berücksichtigung der einzelnen Dienstaufsichtsbezirke der Katholischen Leitenden Militärdokane (KLMD) statt. In diesem Jahr war vom 12. bis 17. September das Ludwig-Windthorst-Haus in Lingen-Holthausen der Tagungsort. Das niedersächsische Dorf Holthausen liegt etwa fünf Kilometer nördlich vom Zentrum der rund 56.000 Einwohner zählenden Kreisstadt Lingen an der Ems. Es gehört zum Zuständigkeitsbereich der KLMD Hannover.

Die Bundeskonferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)

Die Bundeskonferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) ist das oberste Beschlussgremium der GKS auf Bundesebene. Sie besteht aus den Mitgliedern der Bereichsvorstände, einem Delegierten je GKS-Kreis, den Ansprechpartnern sowie den Mitgliedern des Bundesvorstandes der GKS. Damit wird gewährleistet, dass alle Ebenen und Funktionen der GKS ausreichend vertreten sind.

Die Bundeskonferenz wird durch den Bundesvorstand der GKS einberufen. Eine ordentliche Bundeskonferenz tritt einmal im Jahr zusammen, in der Regel während der „WOCHEN DER BEGEGNUNG“ der Laien in der katholischen Militärseelsorge. Sie wird zeitlich getrennt von der Zentralen Versammlung durchgeführt.

Bei der Bundeskonferenz stehen der sozioethische Bildungsteil, der regelmäßig im jeweiligen Jahresthema seinen Niederschlag findet, verbandliche Sach-, Satzungs- und Personalfragen sowie Kultur und Geselligkeit in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander. Die Bundeskonferenz legt die Ziele und Aufgaben der GKS im Grundsätzlichen fest und trifft Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit.

Ludwig-Windthorst-Haus

Das „Ludwig-Windthorst-Haus“ (LWH) ist die Katholisch-Soziale Akademie des Bistums Osnabrück. Damit ist sie Schnittstelle zwischen Kirche und Welt. Als Herausforderung wird die säkulare und plurale Gesellschaft angenommen. Dies bedeutet aufmerksame und kritische Zeitgenossenschaft, um Fragen und Probleme aufzuspüren, zu thematisieren, sachgerecht zu verstehen, Antworten und Lösungen zu suchen sowie diese zu diskutieren. Die christliche Tradition, die Prinzipien der katholischen Soziallehre und ein sich politisch verstehender Katholizismus im Sinne Ludwig Windthorsts prägen dabei das Fragen und die Maßstäbe ihrer Bewertung. Personalität, Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit sind für sie Grundpfeiler für ein menschliches Zusammenleben über zeitliche und räumliche Grenzen hinweg in einer bedrohten Lebenswelt.

Dialog pflegen

Das Haus stellt sich daher die Aufgabe, Akademieveranstaltungen zu gesellschaftlichen, sozialpolitischen, wirtschaftlichen, theologischen, pädagogisch-psychologischen, soziologischen und kulturellen Themen zu initiieren und zu organisieren, auf denen auf wissenschaftlich angemessenem Sachniveau Erklärungen, Meinungen und Lösungsansätze zur Sprache kommen. Die eindringliche Einnischung aus der Perspektive des christlichen Menschenbildes prägen den offenen Diskurs, zu dem alle Interessierten eingeladen sind.

Tagen und bilden

Als Tagungszentrum im nordwestdeutschen Raum veranstaltet das LWH Fort- und Weiterbildung für Mitarbeitende insbesondere in pädagogischen, sozialen und pflegerischen Berufsfeldern. Bei der Organisation von (internationalen) Fachtagungen lassen sich langjähriges Know-how, vielfältige räumliche Kapazitäten, ein professioneller Service und wohlthuende Gastlichkeit einbringen.

Engagement fördern

Das LWH pflegt seit jeher eine enge Verbundenheit zum Emsland. Daraus entstehen Kooperationen und Verpflichtungen, um in die Region hinein zu wirken. Eine ausdrückliche Förderung soll in diesem Zusammenhang die ehrenamtliche Tätigkeit in Kirche und Gesellschaft erfahren, da die Vitalität eines Gemeinwesens vom bürgerschaftlichen Engagement lebt. (aus: Leitbild LWH)

Luftbild Ludwig-Windthorst-Haus

Windthorst, Ludwig (1812-1891),

deutscher Jurist und Politiker, langjähriger Führer der katholischen Zentrums Partei, bedeutendster parlamentarischer Gegner Bismarcks im Kulturkampf

Geboren am 17. Januar 1812 auf Gut Caldenhof (Osterkappeln bei Osnabrück); nach Studium der Rechtswissenschaft Rechtsanwalt und ab 1848 Oberappellationsgerichtsrat in Celle. Von 1849 bis 1856 Mitglied des Parlaments des Königreiches Hannover, vertrat eine entschieden antipreußische Politik. 1851-1853 und 1862-1865 Justizminister der Regierung von Hannover.

Von 1865 bis 1867 war W. Kronanwalt in Celle, als der er ab 1866 nach der Annexion und Auflösung des Königreiches Hannover durch Preußen – Hannover hatte im Deutschen Krieg auf der Seite Österreichs gegen Preußen gekämpft und war unterlegen – für das abgesetzte Königshaus die Abfindungsverhandlungen mit Preußen führte.

Ab 1867 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und des Reichstages des Norddeutschen Bundes. Aufgrund seiner rhetorischen Gaben und seines Verhandlungsgeschicks wurde er nach Gründung der katholischen Zentrums Partei 1870 rasch deren allgemein anerkannter Führer in der Öffentlichkeit, ohne Partei- oder Fraktionsvorsitzender zu sein. Während des Kulturkampfes war er im Reichstag – dem er von 1871 bis 1891 angehörte – der wichtigste Gegenspieler von Reichskanzler Otto von Bismarck. W. vertrat auch dem Vatikan und den deutschen katholischen Bischöfen gegenüber eine eigenständige Politik. Seine 1890 mit Bismarck geführten Verhandlungen über eine mögliche Zusammenarbeit stießen bei Kaiser Wilhelm II. auf tiefes Misstrauen und waren ein Grund für den Sturz des Reichskanzlers. Ludwig Windthorst starb am 14. März 1891 in Berlin.



Programm der 44. Woche der Begegnung (Auszug)



Sonntag, 12. September Zentrale Versammlung (ZV)

- 17.00 Uhr Eröffnungsgottesdienst
Zelebration: Militärgeneralvikar
Prälat Walter Wakenhut
Ort: Kapelle im Ludwig-Windthorst-Haus
- 19.30 Uhr Eröffnung der ZV
Begrüßung d.d. Vorsitzenden der ZV
Oberstleutnant Richard Schmitt
Eröffnung der Beratungen d. d. Militär-
generalvikar Prälat Walter Wakenhut
Bildung eines Wahlausschusses
- 20.30 Uhr Treffen der Delegierten aus den Dienst-
aufsichtsbezirken der Katholischen
Leitenden Militärdekane (KLMD)



Montag, 13. September Zentrale Versammlung

- 07.45 Uhr Morgenlob in der Hauskapelle
- 09.00 Uhr Vortrag „Kirchliches Ehrenamt:
Standortbestimmung und Zukunfts-
orientierung“
Referent: Dr. Peter Abel, Hildesheim
- 10.20 Uhr Statement: „Für eine Kultur des Ehren-
amtes“ Handlungsempfehlungen des ZdK,
Generalleutnant Karl-Heinz Lather
- 10.35 Uhr Aussprache zum Thema
- 15.00 Uhr Wort des Katholischen Militärbischofs
Dr. Walter Mixa
- 15.20 Uhr Berichte aus den Dienstaufsichtsbezirken
bei den KLMD
- 16.35 Uhr Zusammenfassung, Vorsitzender ZV
und Aussprache
- 17.00 Uhr Bericht über die Nachbarschaftshilfe
2003/2004, Hauptfeldwebel Peter Weber
- 17.10 Uhr Einbringen von Beschlussvorlagen
- 18.00 Uhr Heilige Messe
Zelebration: Militärbischof Dr. Walter Mixa
- Ort: Hauskapelle
Abend der Begegnung



Dienstag, 14. September Zentrale Versammlung

- 07.45 Uhr Morgenlob in der Hauskapelle
- 09.00 Uhr Wort des Vertreters des Priesterrates,
Militärpfarrer Thomas Stolz,
Wilhelmshaven
- 09.20 Uhr Bericht über die Arbeit im ZdK,
Generalleutnant Karl-Heinz Lather
- 09.40 Uhr Aus der Arbeit der Sachausschüsse
• „Gemeindearbeit“
„Die mittlere Ebene der Laienverant-
wortung – Überarbeitung der Ordnung für
die Arbeitskonferenz beim KLMD“
Hauptmann Hermann Webels
• „Ehe – Familie – Partnerschaft“
„Hilfe! Einsatz! – Einsatzhilfe.de“
Das Internetforum für Soldaten und ihre
Familien“, Juliane Petersen

- 15.00 Uhr Wahl des Vertreters der ZV im ZdK
- 15.15 Uhr Bericht des Bundesvorsitzenden der
GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein
- 15.35 Uhr Bericht des Vorsitzenden der ZV über
die Arbeit im Vorstand,
Oberstleutnant Richard Schmitt
- 16.25 Uhr Wort des Katholischen Militärbischofs
zum Abschluss
- 16.40 Uhr Schlusswort des Vorsitzenden der ZV
- 18.00 Uhr Pontifikalamt
Zelebration: Militärbischof Dr. Walter Mixa
Ort: Stadtpfarrkirche St. Bonifatius, Lingen
- 20.00 Uhr Empfang und Gästeabend
des Katholischen Militärbischofs
Ort: Ludwig-Windthorst-Haus, Aula

Mittwoch, 15. September Bundeskonferenz der GKS



- 07.30 Uhr Heilige Messe
Zelebration: Militärbischof Dr. Walter Mixa
Ort: Hauskapelle
- 09.00 Uhr Eröffnung Bundeskonferenz der GKS
-Begrüßung Bundesvorsitzender
-Wort des Militärgeneralvikars
-Bericht des Vorsitzenden ZV
-Bericht des Bundesvorsitzenden
-Wort des Geistlichen Beirates
Aussprache zum Lagebericht
- 15.00 Uhr Vorstellen eines Satzungsentwurfs für
einen e.V.
Diskussion und Beschlussfassung dazu
sowie erforderliche Anpassung von
Grundlagendokumenten
- 19.30 Uhr Sitzung des Bundesvorstandes

Donnerstag, 16. September Bundeskonferenz der GKS



- 07.30 Uhr Heilige Messe, Zelebration:
Militärpfarrer Thomas Stolz
- 09.00 Uhr Vortrag mit anschl. Diskussion
„Leben aus Gottes Kraft – ehrenamtliches
Laienengagement“, Referent:
Prof. DDr. Michael Ebertz, Freiburg
- 13.15 Uhr Mitgliederversammlung des
Förderkreises der GKS (FGKS)
- 15.00 Uhr Historische Stadtführung Lingen
- 18.00 Uhr Empfang beim Oberbürgermeister
der Stadt Lingen

Freitag, 16. September Bundeskonferenz der GKS



- 07.30 Uhr Heilige Messe, Zelebration:
Militärdekan Msgr. Georg Kestel
- 09.00 Uhr – Verabschiedung von Beschlüssen und
Erklärungen
– Die Arbeit der GKS im kommenden Jahr
Unser Jahresthema und Aktivitäten
- 10.20 Uhr Abschluss der Bundeskonferenz
Schlusswort des Bundesvorsitzenden

Wie andere über die Woche der Begegnung berichten

Kirchenbote / Wochenzeitung für das Bistum Osnabrück
Nr. 37 vom 12. September 2004, Seite 13

KIRCHE VOR ORT

Ein Stück Zuhause für Soldaten

Wie Ehrenamtliche sich in der Militärseelsorge einsetzen /
Woche der Begegnung befasst sich in Lingen mit Laienengagement

Lingen (pd) – „Sie leistet eine enorme Arbeit.“ Militärpfarrer Heinrich Kramer ist voll des Lobes über Gisela Michalowski. Die 42-jährige Lingenerin gehört zu den zahlreichen Männern und Frauen, die die Standortpfarrer bei ihrer Seelsorge für Soldaten und deren Familien ehrenamtlich unterstützen. „Von solchem Engagement lebt die Kirche“, sagt Kramer. Genau dieser Leitgedanke bestimmt die „Woche der Begegnung“, zu der sich ab Sonntag organisierte Laien in der katholischen Militärseelsorge zum Erfahrungsaustausch im Lingener Ludwig-Windthorst-Haus treffen (siehe Infos).

Heinrich Kramer hat sein Büro in der Kaserne in Fürstenau. Von dort aus betreut er Wehrpflichtige, Soldaten und deren Familien zwischen Leer und Vreden – sitzt zuweilen nur für den Hinweg schon zwei Stunden im Auto. „Allein könnte ich die Arbeit gar nicht leisten“, sagt er und verweist auf je einen Pfarrhelfer in Fürstenau und Rheine – und wünscht sich „dringend“ einen zusätzlichen Pastoralreferenten. Der Militärpfarrer verhehlt nicht, dass er in diesem großen Seelsorgebezirk auf Ehrenamtliche wie Gisela Michalowski angewiesen ist: durch konkrete Entlastung, aber auch durch ihr lebendiges Glaubenszeugnis.

Die gelernte Sozialarbeiterin und Mutter von sieben Kindern engagierte sich seit 1985 in der Militärseelsorge und zugleich in der zivilen St.-Joseph-Gemeinde in Lingen. Ihr Ehemann Stabsfeldwebel Uwe Michalowski arbeitet seit 1980 bei der Bundeswehr in Lingen. Mehrmals im Jahr bereitet sie Familienwochenenden oder -werkwochen mit vor. Dabei



Foto: Dietrich-Münchow

Kontakt zur Kirche halten:

Das haben sich Gisela Michalowski und Wilhelm Terhorst für die Soldaten und deren Familien vorgenommen.

kommen Soldaten und deren Angehörige zusammen, tauschen sich über Glaubens- und

Lebensfragen aus, tanken neue Kraft, finden neue Zugänge zur Kirche. Außerdem gilt die Lin-

generin als wichtiges Bindeglied zwischen den Familien in Lingen und dem Pfarrer in Fürstenau. Wenn sie von einer Notlage hört, vermittelt sie Kontakte – ist auch umgekehrt oft erste Anlaufstelle. Gisela Michalowski möchte, dass die Militärseelsorge als positive Erfahrung haften bleibt, dass Soldaten und die Familien Kirche als ein Stück Zuhause erleben – gerade weil sie oft versetzt werden und nur eine „Gemeinde auf Zeit“ bilden können.

Zurzeit bemüht sich die 42-Jährige einen neuen Mitarbeiterkreis für Lingen aufzubauen. Aus solchen örtlichen Kleingruppen setzt sich der Seelsorgebezirksrat (Pfarrgemeinderat) für eine größere Region zusammen. Auch ihr Mann Uwe will darin mitmachen. „Solch ein Kreis ist notwendig als Ansprechpartner“, sagt sie. Und das Gremium könnte helfen, wenn zum Beispiel Soldaten im Auslandseinsatz sind und deren Familien allein in Lingen zurückbleiben: durch praktische Hilfe im Alltag und durch ideellen Beistand.

Wie wichtig solcher Beistand ist, weiß Wilhelm Terhorst. Er leitet ehrenamtlich die Gemeinschaft katholischer Soldaten (GKS) am Standort Lingen. Der katholische Verband kommt zur Bundeskonferenz in Lingen zusammen. Terhorst, der 30 Jahre in der Lingener Scharnhörstkaserne gearbeitet und sich in all den Jahren tatkräftig für die Militärseelsorge eingesetzt hat, sieht die GKS als Fürsprecher und Begleiter der Soldaten. Der Verband organisiert zum Beispiel Begegnungswochenenden oder Wallfahrten, setzt sich für Belange seiner Mitglieder öffentlich ein. „Wir wollen den Kontakt zur Kirche halten.“

INFO

Gottesdienst in St. Bonifatius

Die „Woche der Begegnung“ findet vom 12. bis 17. September unter dem Leitthema „Leben aus Gottes Kraft – ehrenamtliches Laienengagement“ in Lingen statt. Sie gliedert sich in die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten (vergleichbar einem Katholikenrat) und in die Bundeskonferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Die

Delegierten reisen aus dem gesamten Bundesgebiet an.

Höhepunkt ist die Zusammenkunft mit Militärbischof Walter Mixa, der am Dienstag, 14. September, um 18 Uhr in der Lingener St.-Bonifatius-Kirche ein Pontifikalamt feiert. Weitere Infos unter: www.katholische-militaerseelsorge.de

PRESSEMELDUNG BEI KNA:

Katholische Militärseelsorge fürchtet drastische Einschnitte

Lingen (KNA) Die katholische Militärseelsorge in Deutschland sieht sich vor drastischen Einschnitten. Die Sparzwänge bei der Bundeswehr führten ebenso wie die sinkende Zahl von Christen in der Truppe zu einer „auf's Allernötigste verschlankten Militärseelsorge“ und zu einem Paradigmenwechsel, sagte Militärgeneralvikar Walter Wakenhut am Montag im emsländischen Lingen vor Vertretern der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. „Es ist nicht mehr so, dass die Bundeswehr ihre Wünsche an die Kirche heranträgt, sondern dass die Kirchen einfordern müssen, was sie für eine fruchtbringende, sinnvolle Seelsorge brauchen.“ Wakenhut verwies auf die von Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) Anfang August herausgegebene Konzeption für die Bundeswehr. Darin würden der Militärseelsorge nur noch „nicht näher definierte, also auch sehr interpretierbare Aufgaben im Inland“ und die „von allen geschätzte und auch geforderte seelsorgliche Begleitung“ in den ausländischen Einsatzgebieten zugeschrieben. Die Seelsorge für die Soldaten werde damit unter der Perspektive gesehen: „Wie viel Militärseelsorge kann sich der Staat noch leisten?“

Auslandsstandorte werden verringert

Konkret verwies Wakenhut auf eine anstehende Verringerung der Auslandsstandorte für katholische Militärgeistliche von sechs auf vier. Verkleinerte und neu zugeschnittene Standorte im Inland führten dazu, dass sich die

Einsatzgebiete je Seelsorger stark vergrößerten. Finanzmittel für die Militärseelsorge stünden unter einem starken Rechtfertigungszwang, sagte der Generalvikar weiter und verwies auf einen Bericht der „Bild“-Zeitung, die Ausgaben von 400.000 Euro für Gesang- und Gebetbücher im Haushalt 2005 kritisiert hatte.

(KNA – 14.09.2004)

Militärbischof Mixa würdigt Engagement der Laien

Lingen (KNA) Der katholische Militärbischof Walter Mixa hält die ehrenamtlichen Mitarbeiter in der Militärseelsorge für unverzichtbar. Die Strukturveränderungen und die Auslandseinsätze der Bundeswehr erforderten eine intensive Betreuung der Soldaten und ihrer Familien, sagte Mixa am Mittwoch in Lingen. Die Probleme der Fernbeziehungen könnten nur aufgefangen werden, wenn ehrenamtliche Laien mitarbeiteten. Auch Militärgeneralvikar Walter Wakenhut betonte, die Neuerungen in der Bundeswehr stellten haupt-, neben- und ehrenamtliche Mitarbeiter in der Militärseelsorge „vor gewaltige Herausforderungen, die nur gemeinsam bewältigt werden können“. Mixa und Wakenhut äußerten sich auf der diesjährigen Haupttagung des organisierten Laienapostolats in der Katholischen Militärseelsorge. Das Treffen endet am Freitag. (KNA – 16.09.2004)

BERICHT ÜBER DIE 44. WOCHEN DER BEGEGNUNG IN „DIE TAGESPOST“ VOM 25.09.2004

Missionarisch tätig sein

Katholische Soldaten trafen sich in Lingen zur 44. Woche der Begegnung

CARL-H. PIERK

Bis vor kurzem war das Wort Mission aus dem Sprachschatz der meisten Christen verschwunden. Doch in jüngster Zeit erlebt der Begriff eine unerwartete Renaissance. So auch bei der 44. Woche der Begegnung vom 12. bis 17. September im Ludwig-Windthorst-Haus in Lingen Holthausen, Akademie des Bistums Osnabrück und niedersächsische Heimvolkshochschule.

Die Woche der Begegnung eine zentrale Veranstaltung im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs, bei der die Delegierten aus den Leitungsgremien des organisierten Laienapostolats zum Erfahrungsaustausch, zur Information und zur Weiterbildung zusammenkommen.

Sie gliedert sich in die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten (vergleichbar einem Diözesan-/Katholikenrat) und in die Bundeskonferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS, ein katholischer Verband in der Militärseelsorge).

Leitgedanke der Tagung im Ludwig-Windthorst-Haus: „LEBEN AUS GOTTES KRAFT EHRENAMTLICHES LAIEN-ENGAGEMENT“. Dass Kirche trotz aller gegenteiligen Behauptungen an der Basis sehr lebendig ist, dies wurde in zahlreichen Beiträgen über das ehrenamtliche Laienengagement deutlich. Der Hildesheimer Pastoraltheologe Peter Abel etwa rief dazu auf, mehr auf ein „neue, und projektbezogenes Ehrenamt zu setzen, die

diakonische und gesellschaftliche Dimension christlichen Handelns aufzugreifen und interessierte Menschen einzubeziehen.

Nach Auffassung des Soziologen und Theologen Michael N. Ebertz werden pastorale Dienste künftig immer mehr im Ehrenamt wahrgenommen. Da die Zahl der Priester nicht zunehmen werde, müsse die Kirchenleitung dafür sorgen, dass qualifizierte Ehrenamtliche zur Übernahme pastoraler Dienste bereit seien. Zwei Drittel aller ehrenamtlichen Tätigkeiten in der Kirche stellten nach Auskunft von Ebertz übrigens Frauen. Der Professor an der katholischen Fachhochschule Freiburg und Privatdozent an der Universität Konstanz sprach diesbezüglich von einer „Feminisierung“ des kirchlichen Ehrenamtes.

Freilich ist es nicht einfach, ehrenamtliche Mitarbeiter zu gewinnen, wie der Katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr und Bischof von Eichstätt, Walter Mixa, meinte. Gleichwohl ist auch die Katholische Militärseelsorge dringend auf die Mitarbeit ehrenamtlicher Laien angewiesen. Um hier erfolgreich sein zu können, empfahl Mixa, mit gläubigem Vertrauen „Ja“ zur Kraft Gottes zu sagen. Es gelte zugleich, in der Gemeinschaft der Kirche wieder das Spirituelle zu entdecken – den Missionsauftrag. „Wir müssen uns nicht entschuldigen, dass wir katholisch sind“, rief der Militärbischof aus. In den Standorten oder im Auslandseinsatz müsse man mit fragenden, suchenden Menschen ins Gespräch kommen.

Betreuung der Familien

Besonders im Blick auf die Strukturveränderungen in der Bundeswehr und die Auslandseinsätze sei eine intensive Betreuung der Soldaten und ihrer Familien notwendig, hob Mixa hervor. Die Probleme der Fern-Beziehungen könnten nur aufgefangen werden, wenn ehrenamtliche Laien mitarbeiteten. In diesem Zusammenhang erinnerte der Bischof an eine entsprechende Studie des „Zentralinstituts für Ehe und Familie in der Gesellschaft“ an der Katholischen Universität Eichstätt.

Den Glauben offen zu bekennen forderte als Sprecher des Priesterrats auch Militärpfarrer Thomas Stolz. Gerade in der Militärseelsorge müsse man sich stärker auf die Eucharistie besinnen. Ergänzend mahnte Bischof Mixa, den Wert der Eucharistie nicht preiszugeben. Ökumenische Gottesdienste dürften nicht zur Regel werden. Mixa dankte Stolz für dessen Worte – „er hat wie ein Bischof gesprochen“. Auch Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut wies auf die Bedeutung des Laienapostolats in der Bundeswehr hin. Die Veränderungen und Erneuerungen in der Bundeswehr stellten hauptamtliche, nebenamtliche und ehrenamtliche Träger der Militärseelsorge vor gewaltige Herausforderungen, die nur gemeinsam bewältigt werden könnten. Die katholische Laien hätten in

den Mitarbeiterkreisen, Seelsorgebezirksräten, in den Arbeitskonferenzen und nicht zuletzt in Sachausschüssen und im Vorstand der Zentralen Versammlung gute Vorarbeit geleistet, lobte der Militärgeneralvikar.

Einziges Wermutstropfen: Die Sparzwänge bei der Bundeswehr führten ebenso wie die sinkende Zahl von Christen in der Truppe zu einer „aufs Allernötigste verschlankten Militärseelsorge“ und zu einem Paradigmenwechsel, sagte Militärgeneralvikar Walter Wakenhut. Man müsse auf einmal feststellen, „dass unsere Erbhöfe nicht mehr sicher sind, dass gewohnte Rechte und auch Pflichten (Lebenskundlicher Unterricht) auf einmal hinterfragt werden und die Zahl von 1:1.500 (Pfarrer einer Konfession pro Soldaten einer Konfession) wieder als Bemessungsgrundlage für die Anzahl der Militärseelsorger genannt wird.“ Über diese Zahl hinaus müsse jede Stelle für einen Seelsorger begründet werden. „Es ist also so, dass nicht mehr der Staat, die Bundeswehr ihre Wünsche an die Kirche herantragen, sondern dass die Kirchen einfordern müssen, was sie für eine fruchtbringende, sinnvolle Seelsorge brauchen.“

Wakenhut wies auf die von Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) Anfang August herausgegebene Konzeption für die Bundeswehr hin. Darin würden der Militärseelsorge nur noch „nicht näher definierte, also auch sehr interpretierbare Aufgaben im Inland“ und die „von allen geschätzte und auch geforderte seelsorgliche Begleitung“ in den ausländischen Einsatzgebieten zugeschrieben. Die Seelsorge für die Soldaten werde damit unter der Perspektive gesehen: „Wie viel Militärseelsorge kann sich der Staat noch leisten?“

Konkret wies Wakenhut auf eine anstehende Verringerung der Auslandsstandorte für katholische Militärgestaltliche von sechs auf vier hin. Verkleinerte und neu zugeschnittene Standorte im Inland führten dazu, dass sich die Einsatz-

gebiete je Seelsorger stark vergrößerten. Finanzmittel für die Militärseelsorge stünden unter einem starken Rechtfertigungszwang, sagte der Militärgeneralvikar.

Tradition ist es, dass der ZV Vorsitzende dieses Gremium im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) vertritt. Einstimmig wurde somit Oberstleutnant Richard Schmitt als Nachfolger von Oberst a. D. Werner Bös gewählt. Weitere Vertreter der katholischen Soldaten im ZdK sind Generalleutnant Karl Heinz Lather, Hauptfeldwebel Ralf Eisenhardt sowie durch die Arbeitsgemeinschaft katholischer Organisationen Oberst Karl Jürgen Klein.

Generalleutnant Lather berichtete über die Arbeit im ZdK und rief dazu auf, „bei aller Unterschiedlichkeit im Detail“ grundsätzlich gemeinsame Positionen anzustreben und „unsere vereinbarten Absichten an unterschiedlichen Fronten kämpfend“ mit gleichem Ziel durchzusetzen. Oberst Klein als GKS-Bundesvorsitzender appellierte an die Delegierten, verstärkt neue Mitglieder zu werben. „Eine erfolgreiche Arbeit der GKS ist ohne die ehrenamtliche Mitarbeit vieler einzelner nicht denkbar.“ Angesichts der knappen Finanzlage will die GKS ihre Satzung dergestalt ändern, dass Spendenbeiträge vom Finanzamt anerkannt werden. An Geist und Vorhaben der GKS werde sich aber nichts ändern, bekräftigte Klein.

Zu diesem Geist gehört auch die tatkräftige Hilfe der katholischen Soldaten. Von der Zentralen Versammlung wurde im Jahr 1990 die sozial caritative Aktion Nachbarschaftshilfe der katholischen Soldaten für notleidende Menschen in mittel- und osteuropäischen Ländern ins Leben gerufen. Diese Aktion erbrachte bisher etwa 180.000 Euro. Seit 2002 helfen und unterstützen die katholischen Soldaten minderjährige Minenopfer im Kosovo. □

Signet Ludwig-Windthorst-Haus





Zentrale Versammlung (ZV) vom 12. bis 15. September 2004

Oberstleutnant Richard Schmitt, Vorsitzender der ZV, eröffnete am Sonntagabend nach einem Gottesdienst die Beratungen der Zentralen Versammlung. Unter den Gästen begrüßte er eine Delegation der Militärseelsorge in der kroatischen Armee, die einen Besuch beim KLMD Hannover, Militärdekan Msgr. Peter Miebach, nutzte um einen Eindruck von der Arbeit der Laiengremien zu erhalten. Der Leiter des LWH Reinhold Jackels stellte die Akademie vor und brachte die Grundidee des 1963 gegründeten Hauses in einen aktuellen Zusammenhang mit dem Thema der Woche „LEBEN AUS GOTTES KRAFT – EHRENAMTLICHES LAIENENGAGEMENT“.

Daran schloss sich der folgende Lagebericht des Militärgeneralvikars an:

Transformation – Aufgabe für das Laienapostolat in der Bundeswehr

Bericht zur Lage der Militärseelsorge

MILITÄRGENERALVIKAR WALTER WAKENHUT

Christ zu sein ist heute nicht mehr selbstverständlich, auch wenn die Getauften in unserem Land – noch – die Mehrheit sind und auch Deutschland, zwar ein säkularer, aber – noch – kein säkularistischer Staat ist (Jaschke). Das gilt in besonderer Weise für unsere Lebenswelt, die Bundeswehr, mit ihrem zunehmenden hohen Anteil an nicht-christlichen Kameradinnen und Kameraden.

Sie stellen uns – ob ausgesprochen oder unausgesprochen – die Frage, was bedeutet das, ein Christ zu sein und sich noch dazu für die Kirche zu engagieren, ehrenamtlich, ganz umsonst.

Viele verstehen unsere, der Christen Sprache, aber auch unser Verhalten immer weniger. Unsere tragenden Überzeugungen, unsere Werte verlieren an Bedeutung, die Menschen wenden sich von der Kirche ab, treten aus.

Wo hat also das Christentum seinen Platz in unserer Gesellschaft, ja auch in unserer Armee?

Was macht seine Identität aus?

Was macht unsere, der katholischen Christen, Identität in diesem Staat, in dieser Armee aus?

Zunächst gilt nach wie vor, was in der Präambel unseres Grundgesetzes mit den Worten „Im Bewusstsein

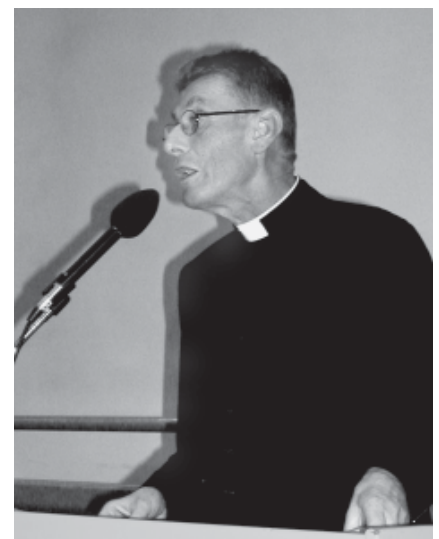
der Verantwortung vor Gott und den Menschen“ gesagt ist. Dass das aber nicht mehr so selbstverständlich ist, zeigt die Diskussion darüber, welchen Platz Gott in einer Europäischen Verfassung haben soll.

Denn auch das erfahren wir tagtäglich: Die Zeiten der Großkirchen mit ihrem selbstverständlichen und unumstrittenen Einfluss in Staat und Gesellschaft sind ein für allemal vorbei. Ihnen nachzutruern ist müßig.

Als Realisten müssen wir feststellen, das Christentum ist mit allem, was es auszeichnet, an den Rand gedrängt, marginalisiert. Gesellschaft, Politik und Wirtschaft kommen ganz gut ohne Christen und christliche Werteordnung zurecht, ja empfinden das alles eher als Störfaktor.

In der von Minister Struck herausgegebenen Konzeption der Bundeswehr vom 9. August dieses Jahres können wir zum Thema Militärseelsorge lesen:

Die Militärseelsorge erfüllt den verfassungsrechtlich garantierten Rechtsanspruch der Soldatinnen und Soldaten auf Seelsorge und ungestörte Religionsausübung. Der Staat sorgt für den organisatorischen Aufbau der Militärseelsorge und trägt die Kosten. Die Militärggeistlichen sind nicht in militärische Strukturen ein-



Militärgeneralvikar Walter Wakenhut eröffnet mit seinem Bericht zur Lage der Militärseelsorge die Beratungen der ZV. Seine Aussagen zur „Verschlankung der Militärseelsorge“ wurden hingenommen, ohne dass der von den politischen Rahmenbedingungen vorgegebene Paradigmenwechsel bei den Delegierten zu kritischen Anmerkungen führte.

gebunden und in Erfüllung ihres kirchlichen Auftrages unabhängig. Die Militärseelsorge richtet sich auf das neu gewichtete Aufgabenspektrum der Bundeswehr aus und stellt personell und organisatorisch sicher, dass neben ihren Aufgaben im Inland auch die seelsorgerliche Betreuung der Soldatinnen und Soldaten in den Einsatzgebieten wahrgenommen werden kann.

Hier begegnen wir einer auf das Allernötigste verschlankten Militärseelsorge – einer Militärseelsorge „light“ sozusagen. Es geht nur noch um nicht näher definierte, also auch



sehr interpretierbare Aufgaben im Inland und um die von allen geschätzte und auch geforderte seelsorgerliche Begleitung (im Text „Betreuung“) in den Einsatzgebieten.

Die Vermutung drängt sich hier auf, dass nur noch gefragt wird: Wie viel Militärseelsorge kann und will sich der Staat noch leisten? Und nicht mehr gesagt wird: Die Militärseelsorge ist der vom Staat gewünschte und von der Kirche geleistete Dienst an den Soldaten und deren Familien.

Es wäre falsch vor dieser Entwicklung zu resignieren, wir sollten vielmehr damit kreativ und produktiv umgehen, Handlungsmuster schaffen, die uns befähigen, in dieser neuen Situation zu leben und zu überzeugen, denn wir haben als Christen unseren Auftrag für die Welt und die Menschen. Und wir haben etwas zu sagen.

Die Bundeswehr beschäftigt aktuell die Transformation als beständiger Vorgang der Veränderung und der Erneuerung. Neue Aufgaben, neue Herausforderungen infolge der grundlegenden Veränderung in der weltpolitischen Großwetterlage machen das notwendig.

Es ist nicht meine Aufgabe, das hier zu kommentieren. Ich halte mich an den Grundsatz, dass die Militärseelsorge in ihrer Organisation der Struktur der Bundeswehr folgt.

Das bedeutet, dass auch wir mit drinnen sind in diesem Prozess der Transformation.

Und da müssen wir auf einmal feststellen,

- dass unsere Erbhöfe nicht mehr sicher sind,
- dass gewohnte Rechte und auch Pflichten (LKU) auf einmal hinterfragt werden.
- Die Zahl von 1:1500 (Pfarrer einer Konfession pro Soldaten einer Konfession) wird wieder als Bemessungsgrundlage für die Anzahl der Militärseelsorger genannt.
- Über diese Zahl hinaus muss jede Stelle für einen Seelsorger begründet werden.

Es ist also so, dass nicht mehr der Staat, die Bundeswehr ihre Wünsche an die Kirche herantragen, sondern dass die Kirchen einfordern

müssen, was sie für eine fruchtbringende, sinnvolle Seelsorge brauchen. Sie müssen ihre Forderungen (die vor ferner Zeit einmal aus einem ausgesprochenen Wunsch des Staates entstanden sind) begründen.

Das ist ein Wechsel der Paradigmen, der aber auf dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung nicht verwundern kann und sogar zu verstehen ist.

Im Herbst oder Winter wird die Stationierungsentscheidung unseres Ministers auch eine Stationierungsentscheidung des Militärbischofs herbeiführen. Dabei wird die Militärseelsorge mit den gleichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten und Zwängen konfrontiert wie die gesamte Armee. „Es gibt keine Ausnahmen für die Militärseelsorgen.“ Der eine oder andere Standortpfarrer wird nicht mehr dort sein, wo wir ihn haben wollen, sondern wo wir entsprechend den neuen wirtschaftlichen und militärischen Gesichtspunkten des Staates seine Dienststelle einrichten müssen. So werden wir in Zukunft nur noch vier Dienststellen „Katholischer Standortpfarrer“ im Ausland haben: Brunssum, SHAPE, Neapel und Holloman/Alamogordo.

Seelsorge findet nach Kriterien statt, die nicht mehr ausschließlich wir selbst bestimmen können. Der Haushalt, beziehungsweise das Loch in der Haushaltskasse des Bundes schränkt auch uns ein. Nicht zuletzt schlagen ja auch die Medien in diese Kerbe, wenn z.B. die Bildzeitung bekritelt, dass im Haushalt des Verteidigungsministers für 2005 über 400.000 Euro für Gesang- und Gebetbücher der Soldaten gefordert werden.

Das alles mag höchst bedauerlich sein, entpflchtet uns aber nicht von der Aufgabe, gerade diesen Dienst der Seelsorge an den Soldaten und Soldatinnen sowie deren Familien möglichst optimal zu verrichten.

In diesen neuen Strukturen gilt es unsere Schwerpunkte

- Seelsorge an den Soldaten/Soldatinnen und deren Familien vor, während und nach einem Auslandseinsatz
- Familienseelsorge
- Lebenskundlicher Unterricht

umzusetzen, ohne die „normale“ seelsorgerliche Begleitung vor Ort und am Ort aus dem Blick zu verlieren.

Es muss uns vor allem klar sein, dass der Katholische Soldat, die Katholische Soldatin Rechtfertigung und Grund unseres Dienstes und Auftrages sind. Sie haben das Recht auf freie Religionsausübung, sie haben das Recht auf Seelsorge. Die Kirchen gewährleisten nur das, was der Staat seinen Bürgern, den Staatsbürgern in Uniform, schuldet.

Das stellt uns alle vor gewaltige Herausforderungen, die wir – hauptamtliche, nebenamtliche und ehrenamtliche Träger der Militärseelsorge – nur gemeinsam bewältigen können.

- Transformation ist auch für das Laienapostolat in der Bundeswehr eine Aufgabe. Da gilt es zu verändern, ohne zu zerstören;
- da gilt es zu erneuern, ohne auf alte bewährte Traditionen zu verzichten;
- da gilt es weiter zu entwickeln, was gut ist,
- und da gilt es schließlich auf das zu verzichten, was unsere Arbeit, unseren Auftrag für die Welt – den Heildienst – beeinträchtigt.

Sie werden sich in diesen Tagen diesen Problemen und Herausforderungen stellen. Sie haben in den Mitarbeiterkreisen, Seelsorgebezirksräten, auf den Arbeitskonferenzen und nicht zuletzt in Sachausschüssen und Vorstand der ZV gute Vorarbeit geleistet. Es gilt auf diesem Weg gemeinsam weiterzugehen.

Mit dem Leitwort für diese Woche „LEBEN AUS GOTTES KRAFT –

EHRENAMTLICHES LAIENENGAGEMENT“ haben sie die Richtung vorgegeben. Ihr Blick geht in die Zukunft. Kirche ist als Volk Gottes unterwegs, sie ist auf Gemeinschaft, auf „communio“ hin angelegt. Gottes Kraft wird erfahrbar, wo – wie es im Matthäusevangelium heißt – zwei oder drei in seinem Namen zusammen sind. Sie wird erfahrbar, wo wir uns den Geringssten unserer Schwestern und Brüder zuwenden. Und er wird bei uns sein alle Tage bis ans Ende der Zeiten, wenn wir seinen Auftrag erfüllen, hingehen Zeugnis ablegen und die Menschen – Männer wie Frauen – zu seinen Jüngern machen.

...

□

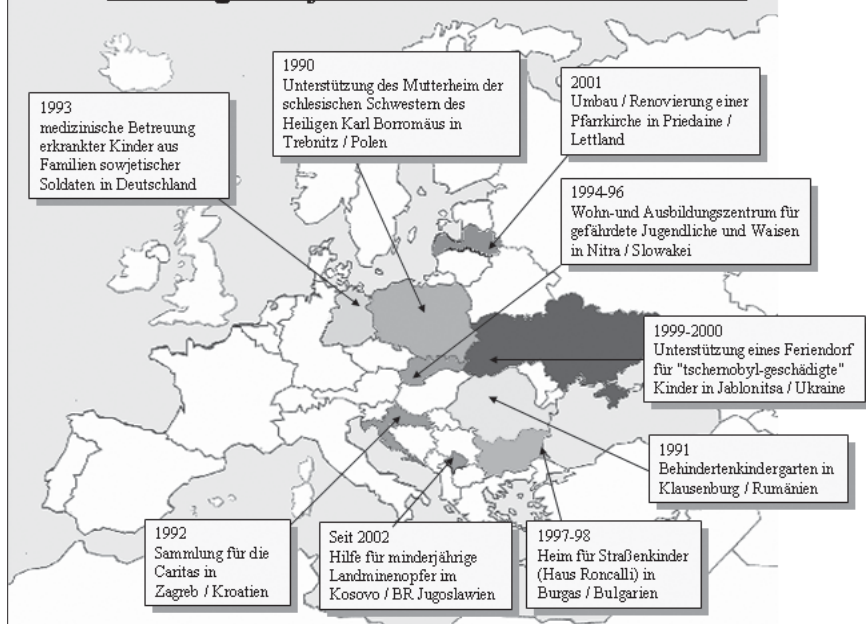


15 Jahre Nachbarschaftshilfe

Verlauf und Entwicklung einer Solidaraktion deutscher katholischer Soldaten

Haupfeldwebel Peter Weber, der im Vorstand der ZV die Nachbarschaftshilfe plant, organisiert und mit Leben füllt, legte dem Plenum einen Rechenschaftsbericht über fünfzehn Jahre „Nachbarschaftshilfe“ vor. Ergänzend stellte er auf einer Stellwand alle bisherigen Projekte in einem Bilderbogen dar, damit die Delegierten diese betrachten und so optisch in Erinnerung rufen konnten.

Bisherige Projekte der Nachbarschaftshilfe



Seit 1990 haben engagierte Christen in der Katholischen Militärseelsorge fast 180.000 Euro an Spendengelder für die sozial-karitative Aktion katholischer Soldaten in der Bw aufgebracht. Die Initiative ging von der Zentralen Versammlung im Jahr 1990 aus. Der damalige Katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr, Dr. Elmar Maria Kredel, Erzbischof von Bamberg, unterstützte und förderte diese Initiative „seiner“ Laien. Am 28. Juni 1990 schrieb er an den damaligen Vorsitzenden der Zentralen Versammlung Oberstleutnant Heinrich Havermann:

„Mit Ihrem Beschluss ‚Die Menschen Mittel-/Osteuropas bedürfen unserer Nachbarschaftshilfe!‘ haben die katholischen Soldaten ein Zeichen ihres Verantwortungsbewusstseins gesetzt, um über ihren Bereich hinaus und durch eine caritative Hilfe Solidarität mit Menschen in Notsituationen zu zeigen. Ich begrüße dieses Anliegen ausdrücklich und werde für meinen Jurisdiktionsbereich ... jährlich bis auf weiteres eine Kollekte für diese Zweckbestimmung verbindlich anordnen. ... Gerne entspreche ich Ihrem Wunsch, wie er sich im Beschluss ‚Nachbarschaftshilfe 1990‘ ausdrückt, die diesjährige Kollekte in meinem Jurisdiktionsbereich dem Mutterhaus der schlesischen Schwestern vom hl. Borromäus in Trebnitz zukommen zu lassen.“

Dieses war die Geburtsstunde der Nachbarschaftshilfe, etwa zweieinhalb Jahre bevor auf Anregung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken die deutschen Bischöfe die Solidaraktion RENOVABIS gründeten. Die GKS hat sich bisher in allen Jahren den Projektvorschlägen für die Nachbarschaftshilfe angeschlossen.

Die Nachbarschaftshilfe ist das zentrale sozial-karitative Projekt innerhalb der Militärseelsorge. Dank der Tatkraft und des vielfältigen Engagements in den einzelnen Seelsorgebezirken und Standorten sowie nicht zuletzt auch Dank der tatkräftigen Hilfe der hauptamtlichen

1990/1991	Mutterhaus der Schwestern vom hl. Karl Borromäus in Trebnitz/Polen	DM 25.558,98
1991/1992	Kindergarten in Klausenburg / Rumänien über Malteser Hilfsdienst Trier	DM 14.837,89
1992/1993	„Katholische Soldaten lindern Kriegsleiden in Kroatien“ über Caritas Zagreb	DM 41.030,19
1993/1994	„Soldaten helfen Soldaten – für eine Rückkehr in Würde“	
1994 /1995	Unterstützungsfonds für die Westgruppe der sowj. Truppen in Deutschland	DM 9.236,83
1994 /1995	„Ein Platz im Leben für gefährdete Jugendliche in der Slowakei“ – Waisenhaus Radosina über RENOVABIS	DM 14.289
1995/1996	wie Vorjahr	DM 23.400
1996/1997	wie Vorjahr	DM 48.000
1997/1998	„Ein Zuhause für Straßenkinder in Bulgarien“ – Haus Roncalli über RENOVABIS	DM 17.570
1998/1999	wie Vorjahr	DM 33.000
1999/2000	„Genesung für tschernobylgeschädigte Kinder in der Ukraine“ – Kinderferiendorf Jablonitsa über RENOVABIS	DM 16.500
2000/2001	wie Vorjahr	DM 14.380
2001/2002	„Eine Pfarrkirche für Priedaine in Lettland“ über RENOVABIS	EUR 9.801,77
2002/2003	„Katholische Soldaten helfen und unterstützen minderjährige Minenopfer im Kosovo“ über Jesuitenflüchtlingsdienst und RENOVABIS	EUR 18.289
2003/2004	wie Vorjahr	EUR 21.372
Gesamtsumme:		EUR 180.000

Mitarbeiter in der Militärseelsorge, konnte im Laufe der letzten zwölf Monate für das Nachbarschaftshilfeprojekt „HILFE UND UNTERSTÜTZUNG FÜR JUGENDLICHE LANDMINENOPFER IM KOSOVO“ ein Betrag von EUR 21.262 eingesammelt werden. Das zweithöchste Ergebnis überhaupt in der Geschichte der Nachbarschaftshilfe.

Immer wieder zeigt sich dabei, dass die Nachbarschaftshilfe vom großen Engagement Einzelner getragen wird. Dazu zwei Beispiele zur Anregung und Nachahmung:

- Ein ungenannt bleibender, langjähriger Weggefährte in der Laienarbeit hat aus Anlass seiner Pensionierung und seines zeitnahen 60. Geburtstages seine Gäste und Gratulanten gebeten, anstelle des üblichen Geschenkes für die Nachbarschaftshilfe zu spenden. Auf diese

Weise kam ein Betrag von EUR 1.360 für das Projekt zusammen.

- Zwei GKS-Mitglieder aus Niedersachsen konnten die Verantwortlichen der Männerwallfahrt nach Germershausen (Diözese Hildesheim) überzeugen, die bei dieser Wallfahrt gesammelte Kollekte vollständig dem Nachbarschaftshilfeprojekt zukommen zu lassen. Es kam ein Betrag von 1.530 Euro zusammen (s. Foto S. 19 u.r.).

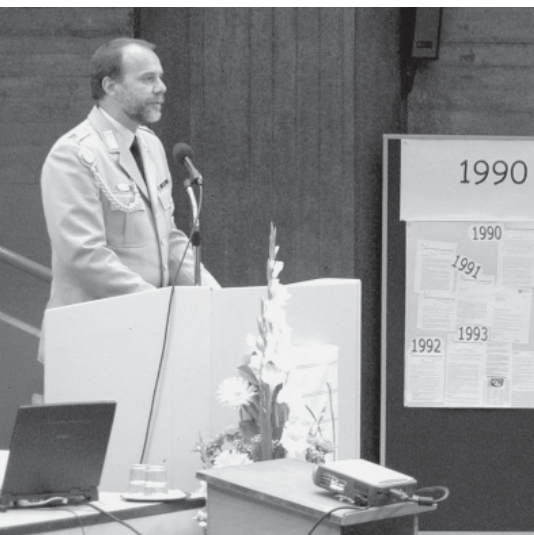
Ausblick

Der Vorstand ZV empfahl den Delegierten der ZV das Nachbarschaftshilfeprojekt „HILFE UND UNTERSTÜTZUNG FÜR JUGENDLICHE LANDMINENOPFER IM KOSOVO“ für ein weiteres Jahr zu fördern. Dies soll wie bisher in bewährter Weise in Absprache und unter Zuhilfenahme der Solidaraktion RENOVABIS erfolgen. Die ZV stimmte ohne Gegenstimmen dem Vorschlag des Vorstandes zu. Später

übernahm auch die Bundeskonferenz der GKS den Beschluss und erklärte sich bereit, das Projekt der Nachbarschaftshilfe weiterhin tatkräftig zu unterstützen.

Im Jahr 2005 will der Vorstand der ZV ein neues Projekt vorschlagen. Dies soll möglichst in einem Einsatzgebiet der Bundeswehr liegen, damit ein direkter Bezug zum Dienst deutscher Soldaten hergestellt werden kann. Die enge Zusammenarbeit mit RENOVABIS soll auch bei diesem neuen Projekt bestehen bleiben. Außerdem strebt die ZV an, dass auch dann noch eine gewisse katholische Identität erkennbar ist, wenn der Projektort in einem nichtchristlichen Land wie z.B. in Afghanistan liegt.

Abschließend forderte Weber die Delegierten auf, hierzu Anregungen und Vorschläge aus ihren Reihen oder aus den einzelnen Seelsorgebezirken und Mitarbeiterkreisen zu machen. (PS/Peter Weber)



Dokumentation auf einer Stellwand; rechts auf dieser Bildmontage Militärbischof Walter Mixa und Militärgeneralvikar Walter Wakenhut. (ZV-Fotos PS)



Oberstleutnant Richard Schmitt ins ZdK gewählt

Oberstleutnant Richard Schmitt (52), seit September 2003 Vorsitzender der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten (hier im Bild mit OTL Horst-Diethelm Knaf, dem Moderator der ZV) wurde von den Delegierten der ZV während der 44. Woche der Begegnung im Ludwig-Windthorst-Haus in Lingen am 14.09.2004 als Nachfolger von Oberst a. D. Werner Bös ins Zentralkomitee der deutschen Katholiken gewählt.

Weitere Vertreter der katholischen Soldaten im ZdK sind Generalleutnant Karl-Heinz Lather, Hauptfeldwebel Ralf Eisenhardt sowie durch die Arbeitsgemeinschaft katholischer Organisationen der Bundesvorsitzende der GKS Oberst Karl-Jürgen Klein. (KMBA)

Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten
im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärseelsorger

Wir versuchen die Belastungen angesichts der vielen Trennungen auf Zeit bewusst zu machen, die durch Einsätze oder Versetzungen entstehen:

- innerhalb der Katholischen Militärseelsorge
- gegenüber der Bundeswehr und ihrer Führung
- bei den Betroffenen und deren Angehörigen

Wir bieten Möglichkeiten und benennen Hilfen, damit Probleme rechtzeitig erkannt, bewältigt und aufgearbeitet werden können.

Sachausschuss Ehe – Familie – Partnerschaft

VORSTAND ZV: SACHAUSSCHUSS „EHE – FAMILIE – PARTNERSCHAFT“:

„Hilfe! Einsatz!— Einsatz-Hilfe!“

Internet-Forum für Soldaten und ihre Familien

Juliane Petersen, Vorsitzende des Sachausschusses, präsentierte ein im Auftrag des Vorstandes entwickeltes Internet-Forum für Soldaten und ihre Familien. Damit soll insbesondere denen Informationen und Hilfen angeboten werden, die von dienstlich bedingten, längerfristigen Trennungen betroffen sind. **AUFTRAG** stellt hier einige – die Idee erklärende – Websites des Forums vor – Reihenfolge von oben nach unten. Es ist beabsichtigt, diese Seiten in das Internet zu stellen. Für weitere Informationen siehe www.kmba.de.



Wir sind ein Team von engagierten katholischen Frauen und Männern, die alle Erfahrungen mit den besonderen Problemen einer Soldatenfamilie von heute gemacht haben.

Zur Zeit beschäftigt uns besonders das Thema der so genannten "Fern-Beziehungen" und deren Konsequenzen für die Familien/Partnerschaften.

Sachausschuss Ehe – Familie – Partnerschaft

Wir sind eine Gruppe aktiver Laien innerhalb der Katholischen Militärseelsorge, die dort den Sachausschuss **EHE-FAMILIE-PARTNERSCHAFT** vertreten.

Wir wollen nicht nur Ehepaare mit oder ohne Kindern ansprechen, sondern auch unverheiratete Paare und darüber hinaus auch Familien, deren Sohn/Tochter sich z.B. im Auslandseinsatz befindet.

Unser Engagement ist rein ehrenamtlich, und wir verfolgen keinerlei kommerzielle Ziele.

Im folgenden wollen wir die links genannten Problemfelder etwas näher beleuchten:

Neben den Darstellungen, die immer nur einen Teil des Spektrums abdecken können, hoffen wir, dass die Betroffenen sich in eines der angebotenen Felder selbst einordnen und dort wiederfinden können.

Dies soll den Betroffenen aufzeigen, dass ihr Schicksal kein Einzelfall ist, sondern dass es immer auch andere gibt, die die gleichen Belastungen erfahren. Vielleicht erleichtert dies gleichzeitig die richtige Einschätzung des eigenen Problemfeldes.

Allen Fern-Beziehungen gemeinsam sind folgende Problematiken:

- Einer der Partner nimmt plötzlich nur noch zeitweise am Alltagsleben seiner Familie teil
- Alltagsorgen des Einen werden vom Anderen nicht mehr oder nur noch selektiv wahrgenommen
- Anforderungen an die verbleibende gemeinsame Zeit werden höher geschraubt, je seltener man zusammen ist. Dies führt mit der Zeit dazu, dass diese Anforderungen auf beiden Seiten unrealistisch hoch werden
- Beide Partner haben das Gefühl, immer dann alleine zu sein, wenn sie den Partner am Nötigsten brauchen
- Latente Angst vor Untreue des Partners

Für Soldaten (-innen) im Einsatz stellt neben der Angst vor Verwundung und Tod sowie den hohen körperlichen und geistigen Anforderungen vor allem die Trennung und damit verbunden die Sorge um Familie/Partner und Heim eine entscheidende psychische Belastung dar.

Kernfragen sind hier:

- Erfülle ich die Aufgaben und Erwartungen des Einsatzes?
- Ist mein Partner hin- und hergerissen?
- Wie ist der Alltag ohne mich zuhause?
- Versuchen die Kinder/der Partner zuhause, meine Rolle zu übernehmen?
- Werde ich meine Familie wiedersehen?

In diesem Feld treffen unterschiedliche Probleme der Beteiligten aufeinander und verstärken sich teilweise gegenseitig:

- Der Pendler fühlt sich im eigenen Heim als Gast
- Er arbeitet unter der Woche mehr, um am Wochenende früher nach Hause zu kommen (überstunden!)
- Die gesamte Freizeit wird auf das Wochenende polarisiert, was oft auf allen Seiten zu Frustrationen führt. (Freizeitstress!)
- Frau/Problematik auf beiden Seiten
- Der Kontakt des Pendlers und/oder des Partners zum gemeinsamen Umfeld reduziert sich
- Die Kinder hängen sich im Alltag voll auf einen Partner
- Die Kinder "glorifizieren" teilweise den Pendler ("Papa schimpft nie mit mir!")

Der "zu Hause gebliebene" Teil der Familie ist ebenfalls besonderen Belastungen ausgesetzt.

Kernpunkte sind hier:

- Bewältigung des Alltags komplett eigenverantwortlich
- Ist mein Partner mir treu?
- Angst vor Verlust / Verwundung des Partners
- Oft "5. Rad am Wagen" im sozialen Umfeld ("... alle sind auf die Party mit Mann gekommen, nur ich nicht!")
- Ungewohnte Reaktionen der Kinder
- Wird sich mein Partner im Einsatz charakterlich verändern?
- Zu wenig Beachtung für die eigene Leistung ("... alle baden um meinen Mann, was ich tue ist wohl völlig selbstverständlich!")

Alle Angehörigen und Eltern haben Angst und Sorge um die Soldaten (-innen) im Einsatz. Oft fühlen sie sich aber völlig unzureichend informiert. Statt auf Informationen zu warten, müssten sie selbstständig aktiv werden.

Gleichzeitig traut sich dieser Personenkreis oft nicht, ständig irgendwo nachzufragen, wie es denn dem Soldaten (-in) im Einsatz gerade geht.

Vielleicht sollte man gemeinsam mit dem/der Soldaten (-in) im Vorfeld feste Regularien überlegen, um von Anfang an weniger Hemmschwellen aufkommen zu lassen.

Kinder empfinden das Fehlen eines Elternteils ganz unterschiedlich und reagieren auch dementsprechend verschieden.

Häufige festgestellte Reaktionen sind:

- Fremdeln
- Plötzliche strikte Ablehnung sonst vertrauter Personen
- Unmotivierter Wutanfall
- Verlustangst auch in anderen Bereichen
- Versuch den fehlenden Elternteil selbst zu ersetzen
- Übernahme nicht altersgemäßer Aufgaben

In dieser Rubrik soll das uns bekannte Hilfsangebot aufgezeigt werden. Neben staatlichen und kirchlichen Einrichtungen stellen vor allem auch betroffene Einzelpersonen einen nicht unerheblichen Anteil an Hilfsangeboten zur Verfügung.

Katholische Militärseelsorge
Die katholische Militärseelsorge bietet neben der seelsorgerischen Einzelbetreuung durch das haupt- und nebenamtliche Personal noch eine ganze Reihe von speziellen Veranstaltungen zum Thema der so genannten "Fern-Beziehungen" an. Dies sind unter anderem:

- Einzelgespräche
- Familienwerkstätten
- Mutter- und Vätergruppen
- Familienwerkstätten
- Familienferien

Über diese Veranstaltungen, die teilweise auch speziell auf "geblendete Familien" zugeschnitten sind, informiert Sie gerne Ihr zuständiger katholischer Militärseelsorger und sein Personal.

Hier finden Sie Ihre zuständigen Militärseelsorger

Frau zu Frau online

Frau zu Frau online wendet sich in erster Linie an Familienangehörige von im Einsatz befindlichen Soldaten (innen).

Hier gibt es neben Informationen zu Betreuungsmöglichkeiten auch einen Chat und ein Forum, die den unmittelbaren Erfahrungsaustausch ermöglichen.

Eine Bildergalerie mit Impressionen aus den Einsatzländern und ein Downloadbereich für unterstützende Informationen und Unterlagen finden diese interessante Website ab.

Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS e.V.)

Die KAS wendet sich ähnlich wie auch das evangelische Pendant EAS an erster Linie der außerdienstlichen Betreuung von Soldaten, Familienangehörigen und Zivilbeschäftigten der Bundeswehr.

Folgende Bereiche bilden den Schwerpunkt:

- Unterhalt von Soldaten/Leibschwestern
- Offene Betreuung in Kasernen
- Betreuung im Einsatzland
- Familienbetreuungsarbeit

Zentralinstitut Ehe und Familie in der Gesellschaft

Das Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft wurde im Jahre 2001 als interdisziplinäres Forschungsinstitut der Katholischen Universität Eichstätt gegründet. Das Katholische Militärseelsorgeramt hat mit Beginn des Jahres 2002 mit dem Institut einen Kooperationsvertrag abgeschlossen.

Inhalte der Kooperation:

- Forschungsarbeiten
- Forschungsergebnisse
- Vorträge
- Konzept zur Familienpastoral
- Aufbau eines Referentenpools

Hier gehts direkt zum ZEFI

Berichte aus den Dienstaufsichtsbezirken der Katholischen Leitenden Militärdekane (KLMD)



Erstmals bei einer Woche der Begegnung berichteten die Moderatoren der Arbeitskonferenzen bei den Katholischen Leitenden Militärdekänen nach einem einheitlichen Schema über die Lage in ihren Bereichen. Der Vorstand der ZV hatte dazu im Vorfeld gezielt Fragen gestellt, deren Beantwortung es nun zulässt, die Situation in den einzelnen Bereichen zu vergleichen.

Militärbischof Walter Mixa und sein Militärgeneral-

vikar Walter Wakenhut folgten mit großem Interesse den Ausführungen der Moderatoren (hier am Pult OTL Stefan Grainchen, Bereich Ausland).

Der Vorstand der ZV wird auf einer seiner nächsten Sitzungen eine Auswertung im Einzelnen vornehmen und daraus Folgerungen für die weitere Vorstandsarbeit ziehen.

AUFTRAG hat die Berichte zu tabellarisch vergleichenden Übersichten zusammengefasst (s.S. 15-17):



Dienstaufsichtsbereiche	Ausland	München u. Sigmaringen	Erfurt	Hannover	Kiel-Glücksburg	Koblenz	Köln-Wahn
Soldaten(gesamt)	13.800	71.103	33.218	36.888	52.827	34.910	34.889
Soldaten (katholisch)	5.000	28.742	2.023	5.644	5.697	13.078	14.434
Seelsorgebezirke	6	30	6	11	17	13 ?	12
Militärpfarrer	4	20	6	6	9		11
Pfarrer im Nebenamt	3	7	10	2	5	2	2
Pastoralreferenten	0	8	1	3 (1)	5		1
Dienststellen	6	30	6	11	19	(13)	12
Vakanzen	2	3	0	1			0
Pfarrer im Einsatz	0	9	2	2	3		0
Seelsorgebezirksräte	entf.	22	1	3	9		11
Mitarbeiterkreise	5	19	4	9	5		12
GKS-Kreise:	1	34	1	6			13
Arbeitskonferenzen	1	5	2	2	2		2
Weltfriedenstag:	0	8	4	2	3	2	3
Familienwochenenden	17	132	10	21 (+ >)	15	26	16
Werkwochen	12	21	15	39 (+ >)	5	6.	17
weitere Veranstaltungen:	16	1.237	16	10	20	4	4

Dienstaufsichtsbereiche	Ausland	München u. Sigmaringen	Erfurt	Hannover	Kiel-Glücksburg	Koblenz	Köln-Wahn
1. Thematische Schwerpunkte der Liebanarbeit im vergangenen Jahr:	<ul style="list-style-type: none"> - Sonntägliche Gottesdienste - Gestaltung kirchlicher Feste/Festtage - Familienbetreuung - Einseitige Begleitung (vom Ausland in den Einsatz) - Gestaltung des Gemeindelebens - Selbstverständnis der Laien in der MIsse - MIsse im Ausland - Platzzeiten sinnvoll "mit Leben füllen" - Neu-Erichtung Kirche/Parzente: Neapel und Holman (USA) 	<ul style="list-style-type: none"> - Familienhilfe, Werbung für Mitarbeiter und Solidaritätsprojekte, Problematik der Auslandsarbeit - Islam - Islamismus - Irak/Krieg 	<ul style="list-style-type: none"> - Mitarbeitengewinnung an den Standorten, Aufbau von Mitarbeiterteams beim Standortpariser - Wie können wir missionarisch tätig sein? - Eine überstehende AK beim KUND trotz häufiger Versetzungen, -Gottesdienste mit den Ortskirchen - Fulldurchführung nach Wechsung (Sachsen) 	<ul style="list-style-type: none"> - Einsatzleistungen der Soldaten im Auslandseinsatz - Belastungen der Soldaten im Inland (Bewachung US-Liegeplätzen, Vorkasernenverteilung, -Rückkehr und Reintegration) - Auswirkungen des Dienstes auf die Familien, Vermittlung zivilistischer Werte, Belastungen durch Ungleichheiten, Transmutation = Heimerverlust 	<ul style="list-style-type: none"> - Möglichkeiten der Mitarbeiterbegegnung im Einsatz einschließlich Vor- und Nachbereitung sowie Familienbetreuung - Unterstützung bei Vorkasernen-Einsatz - Unterstützung bei der neuen Ordnung für die Zentrale Versammlung und ihrer Gremien, Überlegungen und Ausarbeitungen zur möglichen neuen Struktur der Kath. Mitarbeiterbegegnung 		<ul style="list-style-type: none"> - Möglichkeiten des Ehrenamtes i.d. KMS, Gewinnung u. Motivation von Soldaten zur Mitarbeit
2. Welche Erfahrungen gibt es in der Durchführung von LKU, Offz.-AG?	<ul style="list-style-type: none"> - Differiert sehr weit - je nach Struktur der Auslandseinheit (Grosse NATO-Stöße - Reflektierung) - Erfahrungsproblematik der Standorte - In internationalen Stößen oft Verständnisprobleme bei Vorge-setzen aus anderen Nationen 	<ul style="list-style-type: none"> - LKU Menschen funktionieren besonders bei Rekruten - LKU Seminare für Offz./Uffz. haben sich als Halbtag-/ ganztägige Seminare bewährt, dies gilt besonders auch für die größeren Schulen der Bw im Dienstausführbezirk 	<ul style="list-style-type: none"> - Der LKU in der Grundausbildung wird gewährt - bei den Menschen entstehen viele Lücken aus Zeitproblemen - die Ags Offz./Uffz.-AG sind monatlich kaum durchführbar - Seminarform wird angestrebt (gutes Echo) 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der LKU wie vorgeschrieben nicht durchführbar - Offz.-AG nicht von Dienststellenleitern mitbringen / "Vollblutkoffer" - LKU - Teilnahmepflicht (?) - "Gegengewichtungen" - "Absprachen-rungen" - Ausweichen auf ökonom. Durchführung (Vorkasernen, ...) 	<ul style="list-style-type: none"> - Der LKU bedarf einer Neuorganisation, welche von Seiten der Mitarbeiterbegegnung in diesen Tagen initiiert wird - in einigen StO werden Offz./Uffz.-AG gefordert und durchgeführt - In fast allen Standorten, werden die für die Dienstgestaltung verantwortlichen Vorgesetzten auf das Angebot hingewiesen 		<ul style="list-style-type: none"> - In Truppenstandorten u. Schulen positive Erfahrungen aber: durch auftragbedingte Abwesenheit u. Einsätze kam das Sol nicht erreicht werden, - Auf Amtebene (Kahn, Wohn, Bonn) LKU/LKA nur schwer durchführbar - geblickte Unternehmenseinheiten werden besser angenommen als monat. Doppelsunde
3. Hinweise auf besondere Veranstaltungen (z.B. Familienbegegnung/-betreuung):	<ul style="list-style-type: none"> - Eucharistie, Firmungen, Tufen, Barmherzigkeit, Frühbüchlein in der Fastenzeit - Bulgarische, Ermedank, St. Martin, Nikolaus, Plärsche, Ökumenische Gottesdienste - Medieneinheiten, Frauengruppen, Kindergruppen/Jugendgruppen, Pfarrbüchlein, Klausurengruppen - SBR/MAX, Jugendfahrten, Wallfahrten, Caritative Veranstaltungen, Bazarre 	<ul style="list-style-type: none"> - LKU Menschen funktionieren besonders bei Rekruten - LKU Seminare für Offz./Uffz. haben sich als Halbtag-/ ganztägige Seminare bewährt - dies gilt besonders auch für die größeren Schulen der Bw im Dienstausführbezirk 	<ul style="list-style-type: none"> - Zusammenarbeit mit den Familienbegegnungsteilen u. -zentren hat sich eingelebt - je nach Leiter ist der Kontakt mit der Seelsorge gut oder dünn - Familienbegegnungen werden gut angenommen - Teilnahme an Wallfahrten (Männer, Fuß, Motorrad, "Landes"), Gesprächen mit Bischöfen (H. MS...) 	<ul style="list-style-type: none"> - Mithilfe / Beteiligung bei FBZ und FBS, - Werkstätten übergeordnet (z.B. Wasser-Ebene) - Einbindung anderer Verbände in Veranstaltungen z.B. KAS, ... - Teilnahme an Wallfahrten (Männer, Fuß, Motorrad, "Landes"), Gesprächen mit Bischöfen (H. MS...) 	<ul style="list-style-type: none"> - In den Standorten Wilhelmshaven und Rostock sind zwei Familienbegegnungsteile tätig, ihre Arbeit wird sehr gut angenommen - Sie veranstalten Gesprächsrunden mit Kinderbetreuung, Werkstätten usw. - Bei den Familienbegegnungsteilen in Kiel, Wilhelmshaven und Neubrandenburg ist die KMS vertreten. Die Teilnahme an Veranstaltungen erfolgt 		<ul style="list-style-type: none"> - Vier zentrale Akteure in der Begleitung Bereich Rheinland - zwei zentrale Uffz. Werkstätten für Gesamtbereich - Kooperation mit KMS u. ZFG zur Begleitung von Familien im Rahmen der Auslandseinsätze (FWE)
4. Zusammenarbeit haupt- und ehrenamtlicher Funktionsträger:	<ul style="list-style-type: none"> - Zusammenarbeit klappt gut - Zusammenarbeit in der Gemeinde insgesamt höher als im Inland - erhebliche Belastungen durch Vorkasernen (1/3 Seelsorgestellen vakant) - zahlreiche Nachbesetzungen MHPH und Pfarrstellen dringend geboten - begrenzte Freizeit für hauptamtliches Personal (Wochel alle 4-5 Jahre) 	<ul style="list-style-type: none"> - Funktioniert generell gut, Probleme gibt es in Einzelfällen 	<ul style="list-style-type: none"> - Wo ehrenamtliche Mitarbeit existiert, gibt es keine Schwierigkeiten - das Problem ist nicht die Zusammenarbeit, sondern die fehlende Mitarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> - Belastungen der ehrenamtlichen Funktionsträger steigen (dienstliche Vorkasernen) - Vakanz der MHPH (Auslandseinsätze, Lehrgänge) und Abwesenheiten der Pfarrer - Verluste - Kommunikationserfolge durch lange Abwesenheiten (Lehrgänge, Besprechungen, Tugenden) - "Hire" ist vor Ort erforderlich (Ausland und Inland) Seelsorge + "Büroarbeit" - Akzeptanz der "ehrenamtlichen" von den "hauptamtlichen" Funktionsträgern 	<ul style="list-style-type: none"> - Die Zusammenarbeit zwischen den Funktionsträgern ist unterschiedlich, aber immer Personen abhängig, unter Berücksichtigung der bes. Situation im Norden (Dispersum und Minderheitenprobleme) ist die Kooperation jedoch funktional sehr eng - Das Engagement der nebenamtlichen Mitarbeiter ist lobend hervorzuheben 		<ul style="list-style-type: none"> - Generell gute Zusammenarbeit, wichtig: Transparenz und gegenseitiger Informationsfluss - Alltagsrealität am Standort muss sich in der Arbeit der Liebegemeinden widerspiegeln - daher: Gedankenaustausch von Vertretern AK und GNS auf den Dienstbesprechungen der Mitarbeiterstellen u. Pastoralreferenten
5. Zusammenarbeit mit zivilistischen Räten der Bistümer:	<ul style="list-style-type: none"> - entfällt strukturell im Ausland (Sprache) 	<ul style="list-style-type: none"> - Wenn möglich, sind Laien in den Diözesen vertreten - vor Ort erfolgt die Zusammenarbeit häufig durch Räte, die sowohl in der MS als auch, -im zivilen Bereich engagiert sind, -Zusammenarbeit auch durch Einbindung der Militärpfarrer in zivile Ortsgemeinden 	<ul style="list-style-type: none"> - Eine Zusammenarbeit mit zivilistischen Räten gibt es z. nicht, hier und da bestehen Kontakte durch Begegnungen auf Empfängen 	<ul style="list-style-type: none"> - Bischof Hildesheim = Pfarrgemeinderäte in den Standorten (Doppelfunktionen) - Bischof Hildesheim = Minderheitenräte, -Militärpfarrer, -Pfarrer, -ehrenamtliche Funktionsträger in "Doppelfunktionen" tätig - andere Bistümer = gleiche Erfahrungen 	<ul style="list-style-type: none"> - Im Landesparlament Schleswig-Holstein sind drei Soldaten vertreten (einer als Vertreter der GNS, zwei als Vertreter ihres Landes) - Ferner wird die Mitarbeiterbegegnung eingeladen und ist vertreten - In vielen zivilen Pfarrorten und Gemeinden sind katholische Soldaten aktiv in den Gremien vertreten 		<ul style="list-style-type: none"> - Vereinzelt Mitgliedschaft in Katholikentagen/Diakonienvereinen - Intensivierung ist angestrebt, gestaltet sich aber schwierig - Hintergrund: "Gemeindebildung" an den Standorten durch Wohnsituation der Soldaten kaum möglich - Wegfall der Militärkatholikengemeinden - Integration der Miligast, in Organe

Dienstaufstufsbereiche	Ausland	München u. Signaringen	Erfurt	Hammer	Kiel-Glücksburg	Koblenz	Köln-Wahn
6. Gewinnung von ehrenamtlichen Mitarbeitern (Erfahrungen / Tipps):	<ul style="list-style-type: none"> - Einzelgespräche, - Sonntagsgottesdienst-Gemeinde, - Mund zu Mund Propaganda, - Familienwochenenden / Werktagen 	Nur durch persönliche Ansprache (unverfälscht)	<p>Die Gewinnung von ehrenamtlichen Mitarbeitern wird schwieriger,</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gründe: Kurze Stelzeit und Auslandsentsatz ermuntern nicht zur Mitarbeit, - es lohnt sich nicht, für die kurze Zeit vor Ort einzusteigen (wird gesagt) - Tipp: Auch kurze Mitarbeit ist wichtig, weil sie andere am Ort motivieren kann 	<p>Leinarbeit wird schwieriger (zeitliche Belastungen Dienst / Leinarbeit > Akzeptanz / "Lobby",</p> <ul style="list-style-type: none"> - Persönliche Ansprache (Begrüßung von neuen Soldaten), - Laufzeiterfahrung der Dienststellen, - Teambildung > "viele Hände bereiten schnell ein Ende", - "Mund zu Mund" = Note 1 	<p>Bei der Gewinnung von ehrenamtlichen Mitarbeitern in den Gremien ist immer auf die besondere Situation im Norden zu achten. Verstärkt werden die Schwierigkeiten, Mitarbeiter im Bereich der Marine zu gewinnen durch die Besonderheiten in der Ausbildung und im Einsatz in der Marine. Trotzdem finden sich immer wieder Angehörige des Jurisdictionsbereiches des KMB, die bereit sind, in den Gremien mitzuarbeiten.</p>		<ul style="list-style-type: none"> - Hohe Fluktuation u. häufiger Dienstpostenwechsel erschweren die Gewinnung, - hohe Einsatzbelastung behindert in Teilen eine kontinuierliche Arbeit vor Ort, - Gewinnung bedarf der direkten Ansprache durch Seelsorger u. SBR/MAK Mitglieder
7. Was könnte besser werden? / Wo "drückt" der Schuh?	<p>Keine Vakanz mehr Nihilose Nachbesetzung Pfarrer/Pfarrhelfer Akzeptanz der MiSeelsorge Ausland als Sonderform</p>	<p>Vakanz sind zeitlich zu beschränken, da zeitliche Teilvakanz durch die Auslandsinsätze sowieso selbstverständlich geworden sind,</p> <ul style="list-style-type: none"> - aufgrund der Größe des Dienstaufstufsbereichs muß sich die KMS mit / und die Leinarbeit erst zusammenwachsen. 	<p>Hauptseelsorge Konfessionsstruktur:</p> <ul style="list-style-type: none"> 6 % katholisch; 15 % evangelisch; 79 % ohne Angabe, 21 % Christen (Minderheit) sollten mehr das Ziel der Zusammenarbeit haben, - Problem: es gibt kaum eine gottesdienstfähige Gemeinde, mit / und die Leinarbeit erst Priesters) ist kaum möglich 	<p>Sensibilisierung der Vorgesetzten für die MiSeelsorge:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zeit der Mitarbeiter (Dienst/Ehrenamt Familien), - Gehalt der Wertungsetzung "Ausland" - > Inland - Vakanz der Militärfahrer "Seelsorgezentren" - Problem: Fahrzeiten - Distanz - Präsenz vor Ort, - Einzelfallbearbeitung - Einzelfallseelsorge - "Wertschätzung" erst im Notfall, - Materialien für LKU 	<p>Die Vakanz erschweren gerade in der Besonderheit des Nordens die Arbeit der vorhandenen Militärfahrer.</p> <p>Ohne weitere Einstellung von Militärgesellschaften wird hier von Seiten der Arbeitskonferenz keine Lösung gesehen,</p> <ul style="list-style-type: none"> - Militärfahrer, die bei Übungen in der Marine mitfahren, sind lange Zeit abwesend (DESEX 4 Monate) 		
8. Gibt es Erkenntnisse / Erfahrungen bei der Umsetzung der neuen Weisung des GI zur Zusammenarbeit mit der MiSeelsorge?	<p>Bis jetzt noch keine konkreten Erkenntnisse aus den Dienststellen wird Thema bei der nächsten AK</p>	<p>Die Weisung des GI ist bekannt, wird aber nur teilweise umgesetzt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Es ist schwierig eine Weisung umzusetzen, wenn Planer und Pastoraleifer/in mit der Vorgabe personell überfordert sind, - die Umsetzung lässt noch viele Fragen offen (Gruppenstärke, Zeitaufwand), 	<p>Weisung wurde z.K. genommen, Umsetzung ??</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verbindungsaufnahme erfolgt weiterhin durch MiSeelsorge an die Truppe (Terminplanungen - Quartal), - Verbindlichkeit der Weisung nicht erkannt (im "Auslandsentsatz" auf der Strecke geblieben), - Ignoranz von Vorgesetzten (Dienst-auslastungsthema ?), - Vorschlag: Thema an den Schulen (Offz = Kdr-/Chef-Lehrgänge, Offz = Offz-/Fw-Ausbildung) - Insgesamt: Zusammenarbeit jetzt besser als vorher 	<p>Zwischen der 14. PzGrenDiv und der MS besteht eine enge Zusammenarbeit im Rahmen der inneren Führung. Dies äußert sich u. a. in speziell zu diesem Thema durchgeführten KdrTag. - Zusammen mit dem SanKdo I in Kiel wurde ebenfalls eine KdrTag zu diesem Thema durchgeführt.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Weitere Veranstaltungen für den Gesamtbereich sind in der Vorbereitung. 	<ul style="list-style-type: none"> - Den Möglichkeiten entsprechend wurde Weisung in OffzAGs besprochen, - Feststellung: zunächst war Weisung in weiten Teilen nicht bekannt, - in Folge ist aber auch erhöhte Anfrage zur Deutung des LKULKA festzustellen 	
9. Gibt es Erfahrungen bei der Durchführung von Einsatznachbereitungsseminaren?	<p>Keine, da keine solchen Seminare im Ausland durchgeführt werden.</p>	<p>Manchmal wird der MiPfr in die Leitungsfunktion gehoben, obwohl er eigentlich nur helfend und beratend tätig sein sollte,</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Durchführung sollte die "Truppe" wahrnehmen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Häufig werden die Seelsorge/innen als Co-Moderatoren benötigt, - auch hier ist es oft nicht möglich, allen Anfragen gerecht zu werden, - Problemfälle speziell für den Seelsorger halten sich in Grenzen 	<p>Seminare sind wichtig, Terminplanungen beachten (gestaffelte Rückkehr = gestaffelte Termine),</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einsatzgebiete (SFKR/ROK/ISAF - Kabul / ISAF-PRT Kunduz) beachten, - Ruhephasen - keine Überstimmung - Problembeurteilung der "ganzen" Familie - Familienreferenten , - Einsatzreferenten der Militärfahrer erleichtern die Gesprächsebenen 	<p>Je nach TSK sind die Erfahrungen unterschiedlich. Beim Heer wird die aktive Teilnahme der Militär seelsorger als Ko-Moderatoren eingebunden. Die Marine bittet Militärseelsorger um Teilnahme, bei der Luftwaffe gibt es keine Erfahrungen. Streikkräftbasis und Sanität sind oft beim Leihverband in die Nachbereitung eingebunden</p>	<ul style="list-style-type: none"> - In von Einsätzen betroffenen Standorten ist weiterhin eine Beteiligung der MS angefragt, - zusätzlich: Anfrage nach Familienwochenenden im Rahmen der Einsatznachbereitung, - dem: "offizielle" Nachbereitung von Angehörigen findet nicht statt, - Anfrage nach Gesprächskreisen auf Kompanie- und Zugelände an MiGeist 	



Zusammenarbeit zwischen Militärpfarrern und ehrenamtlichen Mitarbeitern

Moderator des Priesterrates, Militärpfarrer Thomas Stolz,
vor der Zentralen Versammlung

Aufgefordert bin ich, einiges aus meiner Sicht über die Zusammenarbeit zwischen Militärpfarrern und ehrenamtlichen Mitarbeitern zu sagen, Themen und Probleme aufzeigen, welche meine Mitbrüder bewegen und eine spirituelle Anregung für die Arbeit der Laien zu geben.

Zusammenarbeit zwischen Militärpfarrern und ehrenamtlichen Mitarbeitern

Der erste Punkt ist schnell abgehandelt. Denn die Zusammenarbeit in allen Bereichen der Militärseelsorge, auch in dem Bereich Pfarrer und Laien vor Ort ist so gut, fruchtbar und geschwisterlich, wie die Einzelnen sich einbringen, den Anderen als Gewinn für die gemeinsame Arbeit sehen und sich alle auf das eine Ziel konzentrieren, das Reich Gottes in dieser Welt glaubhaft zu verkünden und auszubauen. Der Auftrag unseres Herrn Jesus Christus, „geht in alle Welt und verkündet das Evangelium“ ist an alle Christgläubigen gerichtet, also an die ganze Kirche und damit keine Veranstaltung Einzelner. Kirche bedeutet immer Gemeinschaft und nicht Separatismus. Daher ist es grundlegend wichtig, dass wir alle in diesem Geiste der Gemeinschaftsbildung arbeiten und uns mühen. Dort wo die Teamarbeit nicht klappt, liegt es an den einzelnen handelnden Personen, die sich selbst nur in den Fordergrund stellen und an Selbstüberschätzung und einem hohen Maß an Selbstgerechtigkeit leiden. Dieses Problem gibt es aber nicht nur bei Priestern, sondern auch bei Laien. Ändern können wir dies, wenn jeder sich bewußt macht wofür und warum wir uns in dieser unserer Kirche einsetzen.

Themen, Probleme, Anregungen

Die Punkte zwei und drei kann ich zusammenfassen, denn sie bedingen einander. Das größte Problem, welches wir im Priesterrat behandelt

haben, sollte auch immer der feste Grund unsere eigenen Spiritualität sein. Gerade in unseren letzten Priesterratssitzungen hatten wir immer die hl. Eucharistie zum Thema, das Verständnis der Priester und der Laien von Eucharistie und die rechte Art und Weise der Feier dieses Ursakrament der Kirche. In diesem Zusammenhang bin ich besonders dankbar für die Instruktion unseres hl. Vaters, vom 25. März 2004, „Redemptionis Sacramentum“. Dieses Schreiben enthält zwar nichts Neues, macht uns alle aber erneut auf die wichtige Bedeutung der hl. Eucharistie und ihre Bedeutung für unseren katholischen Glauben aufmerksam. Gerade in der Militärseelsorge sehe ich es als eine unbedingte Notwendigkeit an, dass wir uns auf die hl. Eucharistie als das Ursakrament unserer Kirche besonders konzentrieren und auch dafür eintreten. Dies können wir auf zwei Arten tun. Zum einen indem wir unsere eigene Spiritualität bedenken und neu auf die Eucharistie ausrichten und zum anderen, daß wir uns auch zu unserem Verständnis und Glauben bezüglich der hl. Eucharistie stehen und dies öffentlich bekennen. Viele Mitbrüder erzählen, daß sie gerade in den Einsatzländern von ihren eigenen Leuten im Stich gelassen werden, wenn es um die Frage geht: Hl. Messe oder ökumenischer Gottesdienst. Vielen kath. Soldaten scheint diese Frage egal zu sein. „Das ist doch alles gleich, wir glauben doch an den gleichen Gott, Pfarrer stellen sie sich nicht so an, sie wollen hier wohl einen Keil rein treiben, es ist doch so schön, wenn wir alle gemeinsam zum Abendmahl gehen und so weiter“. Liebe Schwestern und Brüder, ich sehe hier eines unserer Hauptprobleme in der Kirche unter Soldaten. Wenn wir nicht festhalten an den Wurzeln unseres kath. Glaubens, dann können wir die Tür zu machen und sind letztlich nur noch irgendein Verein unter vielen ande-

ren. Wer das Land verkauft, auf dem er steht, verliert nicht nur seine Heimat, seine Lebenswurzel, er wird auch hungern, wenn die Zeiten schlecht werden. Ich war oft in den Wüstengebieten von Afghanistan, allein unter vielen Heiden, aber ich habe dort immer wieder von neuem erfahren dürfen, welche Geborgenheit und Heimatnähe mir die Feier der hl. Messe gegeben hat. Und nicht nur mir, sondern auch meinen Kameraden, ob sie nun kath., evang. oder ohne Glauben waren. Wer zur Kommunion gehen durfte habe ich auch geklärt und es gab nie Probleme. Und wenn gute 60 bis 70% der Soldaten immer zur Meßfeier kamen, können sie sich vorstellen, welche Bedeutung diese Feier für viele hatte. In unserer heutigen Zeit verschwimmen viele Normen, Werte und Grundsätze. Eine klare Position einzunehmen ist nicht unbedingt „in“. Aber gerade wir als Kirche sollten diesem Trend nicht nachgeben, sondern zu unserem Glauben stehen und ihn in Wort und Tat verkünden, damit die Menschen und nicht nur die kath. Christen, eine klare Orientierung erhalten. Wenn Priester und Laien sich in ihrem gemeinsamen Zeugnis geben einig sind, wenn wir uns auf unseren Glauben stützen und ihn gemeinsam bekennen und einander im Bekenntnis tragen, dann haben wir, nach meinem Dafürhalten, nicht nur den Auftrag unseres Herrn Jesus Christus Folge geleistet und am Reich Gottes, zum Wohl der Menschen mitgearbeitet, sondern wir haben auch unsere kath. Militärseelsorge gestärkt und viele andere Probleme, die oft hausgemacht sind, beseitigt. Denn wer sich um das Wesentliche kümmert, wird keine Zeit mehr haben, sich an Kleinigkeiten hochzuziehen.

So bitte ich Sie liebe Schwestern und Brüder, die Sie hier die Laien und Laienorganisationen der kath. Militärseelsorge vertreten, stärken sie Ihre Pfarrer und Christgläubigen vor Ort und leben Sie Ihren katholischen Glauben. Ich bin überzeugt davon, daß dies der einzige Weg ist auf dem wir etwas Großes für die Menschen in der Bundeswehr bewegen können. □

Pontifikalamt und Bischofsempfang

Abschluss der ZV und zugleich Beginn der Bundeskonferenz der GKS war am Fest Kreuzerhöhung ein feierliche Hochamt, das Militärbischof Walter Mixa in Konzelebration mit dem gastgebenden Pfarrer der Stadtpfarrei St. Bonifatius in Lingen, Franz Bernhard Lanvermeyer, und den anwesenden Militärpfarrern feierte. Das helle, großräumige, neoromanische Gotteshaus (*Bild r.: Blick von der Orgel in Richtung Hochaltar*) und die „Messe solenne“ für Chor und Orgel von Louis Vierne (1870-1937) – meisterlich gesungen vom Kirchenchor St. Bonifatius, geleitet und an der Orgel begleitet von KMD Joachim Diedrichs – führten in Verbindung mit einer vollendeten Liturgie und der ergreifenden „Kreuzpredigt“ des Bischofs zu einer erhabenen Atmosphäre. Beim Verlassen des Gotteshauses bemerkte ein Gottesdiensbesucher: „Es war alles würdig und recht!“ –

Man traf sich anschließend wieder zum Empfang des Militärbischofs in der Aula des Ludwig-Windthorst-Hauses. Repräsentanten aus Kirche, Politik, Gesellschaft und Militär sprachen Grußworte, in denen sie eingehend auf das Leitwort der Woche „LEBEN AUS GOTTES KRAFT – EHRENAMTLICHES LAIENENGAGEMENT“ dem Ehrenamt in der Gesellschaft allgemein und besonders im kirchlich-sozialen Raum hohen Respekt zollten. Auch Militärbischof Mixa betonte noch einmal, die „Kirche unter Soldaten“ sei dringend auf die qualifizierte Mitarbeit der Laien angewiesen und bringe dem Ehrenamt in der Katholischen Militärseelsorge eine hohe Wertschätzung entgegen.

Verleihung der Ehrenmedaille der Katholischen Militärseelsorge an Oberst a.D. Werner Bös

Während des Empfangs zeichnete der Militärbischof Oberst a.D. Werner Bös (60) als „verdienter Repräsentant des organisierten Laienapostolates“ und für seine persönlichen Verdienste um die „Kirche unter Soldaten“ und sein Glaubenszeugnis im Dienst mit der Ehrenmedaille der Katholischen Militärseelsorge aus (*Foto r.*).

In der Laudatio hieß es: Angefangen von seiner Mitgliedschaft im Pfarrgemeinderat beim Deutschen Kath. Militärgeistlichen Brunssum/NL bis hin zum Vorsitzenden der Zentralen Versammlung (ZV) der kath. Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Kath. Militärbischofs, habe Bös großes Engagement und Verantwortung für Kirche und Gesellschaft übernommen. Acht Jahre lang, von 1993 bis 2001, hatte Bös das Amt des Vorsitzenden inne und drei weitere Jahre arbeitete er im Vorstand der ZV mit.

Acht Jahre lang war Bös für die ZV als deren Vertreter im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und hat dort auf die Belange der katholischen Soldaten aufmerksam gemacht. 1998 ernannte ihn der Heilige Vater für sein gesamtkirchliches Engagement zum Ritter des Ordens des Hl. Papstes Sylvester.

Wallfahrtskollekte für die Nachbarschaftshilfe

Hptm Michael Grundmann, Vorsitzender der GKS im Bereich Niedersachsen/Bremen, überreicht dem Vorsitzenden der ZV, OTL Richard Schmitt, mit einem Scheck in Höhe von 1.530 Euro das Kollektenergebnis der Wallfahrt nach Germershausen/Bistum Hildesheim. Ein spürbarer Beitrag zum Projekt „HILFE UND UNTERSTÜTZUNG FÜR JUGENDLICHE LANDMINENOPFER IM KOSOVO“.

Und was gab es sonst noch bei der ZV?

Die Empfehlung des Vorstands der ZV zur Änderung der „Ordnung für die Arbeitskonferenz beim Kath. (Wehr-)Bereichsdekan“ wurde – als sich in der Diskussion zeigte, dass es keine mehrheitliche Zustimmung geben werde – zurückgezogen. Nach weiterer Beratung in den Bereichen soll der Entwurf in die ZV 2005 erneut eingebracht werden. (PS)



ZUM THEMA DER WOCHE: „EHRENAMTLICHES LAIENENGAGEMENT“:

„Was ich kann, ist unbezahlbar!“ – Zum ehrenamtlichen Laien-Engagement

GEORG KESTEL

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hatte das Jahr 2001 zum Internationalen Jahr der Freiwilligen ausgerufen. Weltweit beteiligten sich 123 Länder an diesem Aktionsjahr, dessen Ziel es war, die Bedeutung des freiwilligen Engagements für die Gesellschaft hervorzuheben, es stärker zu würdigen und zu unterstützen. In Deutschland trug die entsprechende Kampagne des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Förderung aller Formen von Ehrenamt, Selbsthilfe und Freiwilligenarbeit den Titel: „Was ich kann, ist unbezahlbar.“ In gleicher Sache hatte der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ eingerichtet. Das Thema Ehrenamt ist inzwischen auch in der innerkirchlichen Diskussion um die Zukunft der unerlässlichen Seelsorgedienste und die sie tragenden Persönlichkeiten zunehmend stärker in den Vordergrund gerückt. Im Folgenden sollen dazu einige Anregungen gegeben werden.

„Allein kannst du es nicht bewältigen“ (Ex 18,18) Biblische Impulse für das (ehren-)amtliche Engagement von Christen

„Wenn du nach links gehst,
gehe ich nach rechts“
(Gen 13,9)

Von rechter Nähe und Distanz

Abraham und Lot, der Nomenhäuptling und sein Neffe, haben Glück mit dem Vieh. Die Herden haben sich so schnell vermehrt, dass schon die Weideplätze knapp werden. Das alte und immer gleiche Problem: Wo die notwendigen Dinge zum Leben her nehmen und nicht stehlen? Wie verteilt man die vorhandenen Ressourcen möglichst gerecht auf alle?

Da hat sich wenig geändert in den Jahrtausenden menschlicher Geschichte, gerade im Vorderen Orient. Dort spielt die Abrahams-Geschichte, vor 3500 Jahren vielleicht. Hier ringen in der Gegenwart Israelis und Palästinenser um einen gemeinsamen Weg, der jahrzehntelanges Blutvergießen endlich vergessen lässt.

Die Abraham-Sippe damals war realistisch genug, nicht falschen Träumen nachzujagen, sondern aus einer verfahrenen Situation noch das Beste zu machen. Der Onkel und sein Neffe trennen sich einver-

nehmlich, bevor der Streit eskalieren kann.

Einander aus dem Weg gehen – dieser Ratschlag ist nicht immer der Weisheit letzter Schluss. Aber manchmal ist es wirklich besser, einen Schritt nachzugeben als um jeden Handbreit zu kämpfen. Effektive Zusammenarbeit lebt von der Kunst, die rechte Balance zwischen Nähe und Distanz zu finden. Es sollten nicht mehrere dasselbe tun. Wichtig ist es, die Tätigkeitsfelder gut abzusprechen und Reibungsverluste zu vermeiden.

„Lass auch andere
Verantwortung tragen“
(Ex 18,22)

Vom Geschick der Arbeitsteilung

Zwischenstopp auf dem Weg von der Sklaverei in die Freiheit. Das Volk Israel ist schon weit in die Wüste vorgedrungen auf dem Weg in das verheißene Land. Da kommt die Familie des Mose endlich nach, die Frau Zippora und die beiden Söhne, begleitet vom Schwiegervater Jitro. Die Freude ist groß über das ge-



glückte Wiedersehen. Doch der Anführer der Israeliten hat nicht viel Zeit für Privates. Fast Tag und Nacht kommen die Leute zu ihm, er muss richten und schlichten. Jitro beobachtet das Ganze und greift ein. „Es ist nicht richtig, wie du das machst. So richtest du dich selbst zugrunde und auch das Volk, das bei dir ist. Das ist zu schwer für dich; allein kannst du es nicht bewältigen“ (V. 17f.). Jitro macht den Vorschlag, aus dem Volk zuverlässige und unbestechliche Männer auszuwählen und sie unter der Leitung des Mose als Richter einzusetzen. „Entlaste dich und lass auch andere Verantwortung tragen“ (V. 22).

So paradox es auch klingt: oft fällt es gerade denen schwer, Aufgaben abzugeben, die eh schon viel um

Die Laien können die eigene Berufung in der Welt verwirklichen und zur Heiligkeit gelangen, nicht nur, indem sie sich aktiv zugunsten der Armen und Notleidenden einsetzen, sondern auch, indem sie durch die Erfüllung ihrer beruflichen Pflichten und das Zeugnis eines beispielhaften Familienlebens die Gesellschaft mit christlichem Geist beleben. Ich denke nicht nur an diejenigen, die im Leben der Gesellschaft Posten ersten Ranges bekleiden, sondern an alle, die es verstehen, ihre Alltätigkeit in Gebet zu verwandeln, indem sie Christus ins Zentrum ihrer Tätigkeit stellen.

Papst Johannes Paul II.:
„Auf, lasst uns gehen!“
Erinnerungen und Gedanken“,
Weltbild Buchverlag, Augsburg 2004,
Seite 123

die Ohren haben und die Hilfe anderer gut gebrauchen könnten. Da hilft nur der Mut, über den eigenen Schatten zu springen und loszulassen. Wer Verantwortung delegiert, verliert ja nichts, sondern verstärkt insgesamt den Aktionsradius des Handelns.

*„Du kannst unser Auge sein“
(Num 10,31)*

Von Gefährtschaft und Vertrauen

Lange zieht sich die Wüstenwanderung Israels hin. Das anstrengende Nomadenleben erfordert immer neu den Aufbruch ins Unge- wisse. Da sind zuverlässige Weg- begleiter vonnöten. Nicht überall sind die Nachbarstämme dem Volk Israel feindlich gesonnen. Hier sind es Midianiter, die Freundschaften pflegen. Doch die wollen auch wieder mal nach Hause zu ihren eigenen Zelten. Doch Mose ist auf Ortskundige angewiesen: *„Verlass uns doch nicht! Denn du kennst die Orte in der Wüste, an denen wir unser Lager aufschlagen können; du kannst unser Auge sein“* (V. 31).

Zwei sehen mehr als einer. Oft ist es aber gar nicht so leicht, diese Tatsache auch umzusetzen. Denn es gehört schon viel Mut dazu, dem Auge und Ohr des Anderen wie den eigenen Sinnen zu vertrauen.

*„Wenn nur das ganze Volk zu Propheten würde“
(Num 11,29)*

Von Gottes unberechenbarem Geist

Die Belastungen der Wüsten- wanderung werden so groß, dass manche Israeliten sich wieder nach Ägypten zurücksehnen, wo es wenigstens genug zu essen gab. Mose verspricht dem störrischen Volk trotz aussichtsloser Lage für die nächsten Tage Fleisch als Nahrung. Tatsächlich gibt es bald die Wachteln zu essen. Auf den Rat des Herrn hin wählt Mose sieben Älteste aus, damit sie mit ihm *„zusammen an der Last des Volkes tragen“* (V. 17). Auf sie wird der Geist des Herrn übertragen. Doch zwei von ihnen sind bei der offiziellen Beauftragung nicht anwesend, üben aber dennoch ihr Amt aus. Josua, später Nachfolger des Mose, will das unterbinden. Doch der

kennt die Grenzen des amtlich zuge- teilten Geistbesitzes: *„Wenn nur das ganze Volk des Herrn zu Propheten würde, wenn nur der Herr seinen Geist auf sie alle legte!“* (V. 29).

In einer Gemeinschaft müssen bestimmte Regeln gelten. Dies gilt auch für das Volk Gottes. Doch haben menschliche Festlegungen immer ihre Grenzen. Gottes Geist weht wirklich, wo er will. Und nicht selten gerade dort, wo ihn die Men- schen nach ihrer eigenen Einschät- zung am wenigsten vermuten.

Gewiss erzählen uns die Himmel die Ehre Gottes und verkünden allen Welten seinen Ruhm. Aber weil wir so laut sind, dass wir sein ewiges Reden nicht hören, bedarf es der Worte der Zeugen, die es vernommen haben.

Martin Buber

*„Bemüht euch um das Wohl der Stadt und betet für sie“
(Jer 29,7)*

Von der Solidarität mit dem Gemeinwesen

Nachdem das Volk in der Heimat zum Vasallen der Großmacht aus dem Osten geworden ist, ist guter Rat teuer. Darf man von der Wiederkehr des alten Zustands träumen? Wie weit muss man sich mit den neuen Machthabern arrangieren? Da gibt es unterschiedliche Meinungen. Der Prophet Jeremia schreibt in dieser Situation einen Brief an die Ver- schleppten in Babylon. Man muss sich wohl auf eine längere Zeit im Exil einstellen. *„Baut Häuser und wohnt darin, pflanzt Gärten und esst*

ihre Früchte! ... Bemüht euch um das Wohl der Stadt, in die ich euch weg- geführt habe, und betet für sie zum Herrn“ (Vv. 5.7).

Die Glaubenden sind eben keine Sekte. Sie sind ein Teil der Welt, der Gesellschaft, in der sie leben. Ihr Auftrag ist es, Zeugnis zu geben, Licht und Sauerteig zu sein. Dabei gibt es genügend Möglichkeiten, Pro- fil zu zeigen und sich nötigenfalls auch abzugrenzen. Doch zuerst geht es darum, Samenkörner des Reiches Gottes auf den steinigen Acker dieser Welt zu streuen.

*„Der Herr hat mich von meiner Herde weggeholt“
(Am 7,14)*

Vom prophetischen Dienst des Glaubenden

Der Prophet Amos klagt in einer Zeit des Wohlstands die soziale Ge- rechtigkeit ein und macht sich dadurch bei vielen unbeliebt. Doch er beruft sich darauf, dass er nicht zur Klasse der traditionellen Kult- propheten gehört, sondern von Gott unmittelbar berufen sei. *„Ich bin kein Prophet, ... sondern ein Viehzüchter und ich ziehe Maulbeerfeigen. Aber der Herr hat mich von meiner Herde weggeholt und zu mir gesagt: Geh und rede als Prophet zu meinem Volk Israel“* (Vv. 14.15).

Der Mensch sucht es sich nicht selber aus, wann und wie Gott in sein Leben tritt und was er von einem ver- langt. Der Beruf des Amos gibt noch einen wichtigen Hinweis: Die Maul- beerfeigen werden vor der Ernte an- geritzt und reifen dann innerhalb we- niger Tage. Schon der Kirchenvater Basilius der Große (+ 379) sah darin einen Bezug zur Veredelung heidni- scher Lebensart durch den Glauben:

In diesem Zusammenhang ist mir der Gedanke wichtig, dass in unserem Tun als Christen, besonders im ehrenamtlichen Wir- ken, unser Gottesglaube sprechend wird. Ehrenamtliche sind nicht nur Diakoniezeugen, sie sind Glaubenszeugen! Sie zeigen kon- kret, was eigentlich Taufe und Firmung meinen. So werden sie für andere zu Glaubenszeugen...Der Glaube entzündet sich an Perso- nen. Er verbreitet sich dort, wo Menschen aus der Kraft des Evan- geliums heraus Initiativen ergreifen und etwas zum Guten hin ver- ändern. Täuschen wir uns nicht: Es wird von den Zeitgenossen durchaus die geistige Haltung hinter einem konkreten Engagement bemerkt, auch wenn darüber vielleicht nicht gesprochen wird.

Bischof Joachim Wanke

„Wenn man es fertig bringt, sie durch den Logos zu ritzen, wandelt sie sich, wird schmackhaft und brauchbar“. Kardinal Ratzinger schreibt dazu: „Die nötige Veränderung kann nicht aus dem Eigenen des Baumes und seiner Frucht kommen – ein Eingriff von außen ist nötig. Auf das Heidentum, auf das Eigene der menschlichen Kultur angewandt, heißt dies: Der Logos selbst muss unsere Kulturen und ihre Früchte ritzen, damit das Ungenießbare gereinigt und nicht nur genießbar, sondern gut wird“.

Gott hat mich erschaffen, dass ich ihm auf eine besondere Weise diene. Er hat ein bestimmtes Werk mir übertragen und keinem andern. ... Irgendwie bin ich zur Ausführung seiner Pläne nötig: Ich bin an meinem Platz so nötig wie ein Engel am seinigen. Freilich, wenn ich versage, kann er einen andern an meine Stelle setzen, wie er aus Steinen Kinder Abrahams erwecken kann. Aber ich habe meinen Teil an diesem großen Werk, ich bin ein Glied in der Kette, ein Band zwischen Personen. ... Ich soll auf meinem Posten ein Engel des Friedens, ein Prediger der Wahrheit sein, ohne es zu wollen, wenn ich nur seine Gebote halte und ihm in meinem Beruf diene.

John Henry Newman

„Und die Leute glaubten Gott“
(Jona 3,5)

Vom überraschenden Gelingen

Jona soll die ungläubige Stadt Ninive bekehren. Doch er hat begriffliche Angst davor, allein den vielen Heiden gegenüberzutreten. Er flieht aufs Meer. Nach seiner Rettung aus Seesturm und Aufenthalt im Bauch des großen Fisches folgt er dem erneuten Ruf Gottes, und siehe da: ganz Ninive bekehrt sich.

Der Mensch ist ja ein kompliziertes Wesen. Manchmal fällt es ihm leichter, an der eigenen Erfolglosigkeit festzuhalten, als die neue Chance zu ergreifen, die vor seinen Augen steht.

„Er sandte sie zu zweit voraus, wohin er selbst gehen wollte“
(Lk 10,1)

Von Kundschaftern des Reiches Gottes

Teamarbeit ist keine Erfindung der modernen Zeit. Schon Jesus schickt die Großgruppe der zweiundsiebzig Jünger nicht in einem Haufen los, sondern „zu zweit voraus in alle Städte und Ortschaften, wohin er selbst gehen wollte“ (V. 1).

Von Anfang an hat das Christentum von denen gelebt, die sich als kleine Minderheit in die Welt aufgemacht haben, um die frohe Botschaft zu verkünden. Man könnte dabei leicht mutlos werden, denn die Aufgabe ist stets größer als die zur Verfügung stehenden Kräfte. Doch nie-

mand steht allein. Und außerdem darf man nicht vergessen, dass die Sendung nicht sinnlos ist und ins Leere läuft. Jesus sagt: „Die Ernte ist groß...“ (V. 2). Also: es gibt tatsächlich etwas zu ernten, Gott wartet bereits am Weg auf uns, wir sind Mitarbeiter an seinem Werk.

Vielleicht gibt es schönere Zeiten, aber diese ist die unsere.
Romano Guardini

„Einer sät, und ein anderer erntet“
(Joh 4,37)

Vom langen Atem des Glaubensboten

Nicht immer kann man auch die Früchte des eigenen Wirkens genießen. Manchmal hilft nur das Zutrauen, dass der Einsatz nicht vergebens war und die Saat, die man ausgestreut hat, trotzdem aufgehen wird. Desgleichen wird man ohne eigenes Zutun auch manchmal beschenkt. Darauf hat Jesus schon seine Jünger eingestellt: „Einer sät, und ein anderer erntet“. Ich habe euch gesandt zu ernten, wofür ihr nicht gearbeitet habt; andere haben gearbeitet und ihr erntet die Frucht ihrer Arbeit“ (Vv. 37.38).

„Es gibt verschiedene Gnadengaben, aber nur den einen Geist“
(1 Kor 12,4)

Von der Vielfalt der Charismen

Die größte Kunst im Zusammenwirken der Glaubenden ist es, die Spannung zwischen Vielfalt und Einheit auszuhalten, ja sie für das Ganze des Glaubens fruchtbar zu machen. „Es gibt verschiedene Gnadengaben, aber nur den einen Geist“ (V. 4). Paulus macht Mut, sich mit den jeweils eigenen Fähigkeiten einzubringen. Die zahlreichen Charismen unter Christen sind ein Zeichen des Reichtums der Kirche. Natürlich enthält jede Begabung auch eine Verpflichtung. Auch hier hat Paulus den richtigen Rat: „Da ihr nach Geistesgaben strebt, gebt euch Mühe, dass ihr damit vor allem zum Aufbau der Gemeinde beiträgt“ (1 Kor 14,12).

Das Zweite Vatikanische Konzil hat in Erinnerung gebracht und eindeutig festgestellt: Die Kirche als Volk Gottes lebt auch ganz entscheidend von den Charismen, die der Geist Gottes allen Getauften und Gefirmten schenkt. Jesus forderte dazu auf, die eigenen Talente nicht zu vergraben, sondern sie zur Entfaltung zu bringen. Schon zum Selbstverständnis der paulinischen Gemeinden gehörte die Mitarbeit vieler gemäß ihren Fähigkeiten und Begabungen. So bedeutet auf der Grundlage des Evangeliums ehrenamtliches Laienengagement in der Kirche heute, dass Frauen und Männer, Junge und Alte ihre Begabungen im Dienst an den Mitmenschen einbringen, ihren Verantwortungsbereich mitgestalten und somit wirkungsvoll das Miteinander in Kirche und Gesellschaft stärken können. Die Charismen vieler Christinnen und Christen liegen jedoch brach.

Aus der Erklärung des ZdK:
„Für eine Kultur des Ehrenamtes. Handlungsempfehlungen an Verantwortliche in Kirche und Gesellschaft“ vom
15.06.2004 (s.a.S. 32)

Einige Thesen zu Laienapostolat und Ehrenamt in der (Militär-)Seelsorge

GEORG KESTEL

- Die Laienmitverantwortung in den dafür vorgesehenen Gremien hat kirchlich einen objektiven Status und steht weder für den Kleriker noch für den Laien zur subjektiven Disposition. Sie ist biblisch fundiert, theologisch entfaltet, vom Konzil gewollt und kirchenrechtlich normiert.
- Laienmitverantwortung ist kein Randphänomen, sondern umfasst alle drei Grunddienste der Kirche: Lobpreis und Verehrung Gottes (*leiturgia*) – Weitergabe des Glaubens durch das Zeugnis in Wort und Tat (*martyria*) – Dienst am Nächsten, besonders gegenüber denen, die in körperlicher oder seelischer Not sind (*diakonia*).
- Zukunftsweisendes Leitbild ist die Seelsorge in Zusammenarbeit (Kooperative Pastoral). Die Einbeziehung der Ehrenamtlichen ist Recht der Laien und Pflicht der Kleriker. Hier existiert eine gegenseitige Bringschuld. Gelungene Kooperation ist mehr als eine Methode; sie wird zum missionarischen Impuls für eine anschauliche Glaubens-Communion.
- Die Laienmitverantwortung findet hauptsächlich in der Form des ehrenamtlichen Engagements statt. Seine Förderung durch die Hauptamtlichen und Amtsträger ist Maßstab für die Ernsthaftigkeit und Reife des gesamten pastoralen Tuns.
- Die Dienststelle des Standortpfarrers ist zwar nicht einfach das „Geschäftszimmer“ des Seelsorgebezirksrates/ des GKS-Kreises, aber zu jeder möglichen Unterstützung verpflichtet. Ein gesundes Spannungsverhältnis zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen kann das pastorale Tun insgesamt inspirieren, erfordert aber genaue Abspra-

chen, um Kommunikationsblockaden zu vermeiden.

- Enge Zusammenarbeit schafft keine Vermischung oder Verunklarung der Ämter und Dienste. Priesterliche Identität und seelsorgerliches Profil können durch aktive Laienmitarbeit nur gewinnen. Es gilt sogar: Maßstab für die seelsorgerliche Reife ist die Offenheit für das Engagement der Ehrenamtlichen.
- Der Seelsorger kann sich seine „Schäfchen“ genauso wenig aussuchen wie die Gläubigen ihren Seelsorger. Fruchtbare Kooperation funktioniert am besten bei einer gesunden Mischung von Nähe und Distanz. Allen alles zu sein ist eine Utopie. Gemeinsam aber gelingt es, möglichst vielen einigermaßen gerecht zu werden.
- Je mehr ein Seelsorger seine persönlichen Charismen ausprägt und Schwerpunkte in seiner Arbeit

setzt, desto stärker ist er auf die Beratung aktiver Laien angewiesen.

- Gerade die Einrichtung von Seelsorgeregionen und Pastoralteams erfordert eine neue und intensivere Aufgabenbestimmung und Absprache in der Zusammenarbeit von Seelsorgern und Gläubigen, von Haupt- und Ehrenamtlichen.
- Der Seelsorgebezirksrat ist ein offizielles Beratungsgremium, nicht der private Freundeskreis des Militärseelsorgers. Dies wird in den zivil-diözesanen Pfarrgemeinderäten durch das Element der Wahl noch einmal besonders deutlich. Das ganze Spektrum der Gläubigen soll darin vertreten sein.
- Die seelsorgerliche Begleitung der Soldaten im Auslandseinsatz erfordert eine neue Verlebendigung der Mitverantwortung der Laien im Seelsorgebezirk. Der Schwerpunkt Auslandseinsatz darf nicht zu einer falschen Art von Spezialisierung führen, die die Mitverantwortung der Laien an den Rand drängt.
- Gute Kontakte zu den Kommandeuren und Dienststellenleitern sind unbedingt wichtig, dürfen aber nicht dazu führen, dass der Militärseelsorger auf die Beratung und Unterstützung der Laien verzichten zu können glaubt.
- Entscheidend ist, dass Kleriker wie Laien bereit sind, mit eigenständigen und starken Partnern aus den Bereichen Kirche, Gesellschaft und Streitkräfte ohne falsche Berührungsgängste zusammenzuarbeiten. Die Seelsorge verliert durch Kooperation nicht ihr Proprium; vielmehr kann sie ihr Profil schärfen und insgesamt an Erfahrung, Kompetenz und Akzeptanz gewinnen! □

Segne die Menschen

*Guter Gott,
stärke deine Kirche, die als Volk Gottes unterwegs ist auf dem Weg zu dir.
Verschiedene Gaben schenkst du den Menschen, durch die sie einander dienen, verschiedene Aufgaben zur Vervollendung des gemeinsamen Werkes.*

*Lass uns erkennen,
wozu wir berufen sind, und hilf uns,
dass wir dieser Berufung auch folgen.*

Segne alle Ehrenamtlichen, denen die Kirche ein Herzensanliegen ist und die sich engagieren in Liturgie, Verkündigung und Diakonie, in Verband und Politik, um dein Reich auf Erden zu vollenden.

Mach deine Kirche immer mehr zu deiner Stadt auf Erden, wo Menschen miteinander glauben, hoffen und lieben

*und deiner Zukunft entgegengehen.
Darum bitten wir durch Christus, unseren Herrn. Amen.*

Detlef Stäps

Ehrenamt in der Kirche: Standort und Zukunft

PETER ABEL



Kurzfassung

1. Was ist Ehrenamt?

- 1.1 Der Begriff des Ehrenamtes ist vielschichtig und bewegt sich
 - zwischen politischem Auftrag und sozialem Engagement.
 - zwischen klassischem und 'neuem' Ehrenamt.
- 1.2 Merkmale heutigen freiwilligen sozialen Engagements:
 - freiwillig und aus persönlicher Überzeugung
 - auf das Gemeinwesen ausgerichtet
 - nicht an Erwerb orientiert
 - Engagement auf Zeit
 - spezifische Kompetenz
 - bewegt sich in klaren Aufgabenfeldern
 - begleitet
- 1.3 Ehrenamt wandelt sich:
 - Die klassische Bindung an Institutionen wird aufgegeben zu Gunsten von mehr Selbstorganisation und Selbsthilfe.
 - Die Motivation Ehrenamtlicher ist nicht mehr von Hingabe, sondern von Selbstverwirklichung geprägt.
- 1.4 Kirchliches Ehrenamt
 - begründet sich in der Sendung aller Getauften und Gefirmten.

2. Herausforderungen an das Ehrenamt

- 2.1 Zwischen Tradition und Innovation
Gesellschaftlicher und kirchlicher Umbruch zwingen dazu, neue Konzepte der Ehrenamtlichenarbeit zu entwickeln, die:
 - mehr auf 'neues' und projektbezogenes Ehrenamtes setzen,
 - die diakonische und gesellschaftliche Dimension christlichen Handelns aufgreifen
 - und interessierte Menschen einbeziehen.
- 2.2 Zwischen Ausbeutung und Anerkennung
Gegen Ausbeutung und Überforderung muss die Arbeit ehrenamtlich Tätiger anerkannt, wertgeschätzt und in klare Aufgabenstellungen geführt werden.
- 2.3 Zwischen Alleskönnertum und Kompetenz
Diffuse und überzogene Erwartungen erschweren ehrenamtliche Arbeit. Oft hat die Gesinnung Vorrang vor der Kompetenz. Auf die besonderen Fähigkeiten Ehrenamtlicher muss besonders Rücksicht genommen werden.

- 2.4 Zwischen Konkurrenz und Kooperation
Nicht geklärte Absprachen und ein unklares Leitungsverständnis führen zu Konflikten und zur Konkurrenz von Haupt- und Ehrenamtlichen. Aufgaben und Zuständigkeiten der Ehrenamtlichen zu klären wie auch diese zu begleiten, ist Pflicht Verantwortlicher.

3. Zur Begleitung Ehrenamtlicher

- 3.1 Der Einsatz Ehrenamtlicher ist Teil kirchlicher Organisationsentwicklung.
 - Ehrenamtliche sind Teil der eigenen Organisation.
 - Fragen der Organisation müssen geklärt sein: Vision und Leitbild, Ziele und Konzepte, Strategie und Aufgaben, Zusammenarbeit, Strukturen, Ressourcen.
- 3.2 Die Begleitung Ehrenamtlicher ist demnach von einer planvollen und zielgerichteten Haltung geprägt. Vom Auftrag der Kirche her ergeben sich:
 - Ziel und Auftrag einer ehrenamtlichen Tätigkeit
 - Voraussetzung für die Mitarbeit
 - Zeitaufwand
 - Kosten und deren Erstattung
 - Qualifizierung und Unterstützung
3. Treffen Sie Maßnahmen zu einer Kultur der Wertschätzung und der Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements!
 - Ehrenamtliche kennen ihre Stärken und wollen wertgeschätzt werden.
 - Wie können Sie eine Kultur der Wertschätzung sichern durch Gespräch, Aus- und Fortbildung, finanzielle Absicherung, Anerkennung...?
- 3.4 In verantwortlicher Position haben Sie dafür zu sorgen, dass
 - die strukturellen Bedingungen für den ehrenamtlichen Einsatz geklärt sind.
 - die ehrenamtlichen Mitarbeiter(innen) Kommunikationsplattformen für ihre Arbeit finden.
 - freiwillig Tätige gefördert, geführt und anerkannt werden.
- 3.5 Beachten Sie folgende Spielregeln:
 - Begrenzen
 - Beteiligen
 - Bekannt machen
 - Begleiten
 - Belegen
 - Belohnen

1. Einleitung:

Der Wald und das Streichholz

„Es war einmal ein großer Wald und ein Streichholz“, so der Geschichtenerzähler Rafik Schami (vgl. Schami 1994, 7ff). „Hunderte von Pinien lebten dort stolz und mit erhobenem Haupt neben drei Ölbäumen, die klein und schwächig, aber nicht weniger stolz waren. Ab und zu stritten die Nachbarn miteinander, vor allem darüber, was besser sei: Oliven oder Pinienkerne. ‘Wir kön-

nen weit sehen und haben den Überblick. Eure Früchte sind schmierig und ranzig’, höhnten die Pinien. ‘Was interessiert uns, dass ihr weit sehen könnt. Wir sind tief im Boden verwurzelt und auf dem Boden entgeht uns nichts. Und eure Früchte taugen höchstens zum Verzieren misslungener Gerichte’, entgegneten die Ölbäume. Da sich die Nachbarn nicht aus dem Weg gehen konnten, entzogen sie sich höflich.

Eines Tages nun sahen die Öl-

bäume ein Streichholz auf dem Boden liegen. Es flüsterte den Ölbäumen zu: ‘Habt keine Angst, ihr gütigen Ölbäume. Ich will nur die Pinien anzünden. Die haben die Pappel, meine Mutter, beschimpft und ich will sie jetzt rächen.’ Der älteste Ölbaum, der mit dem knorrigen Gesicht sagte: ‘Das Streichholz ist gemein.’ Und er rief den Pinien zu: ‘Holt den Wind und die Wolken. Lasst sie dieses gemeine Biest zerstören!’ Die Pinien aber lachten höhnisch: ‘Was

kann ein Streichholz schon anrichten? Es brennen doch zuerst die kleinen hässlichen Ölbäume ab. Dann holen wir Wind und Wolken, die löschen das Feuer und wir machen uns Platz.“

Der alte Ölbaum reckte seine Zweige gen Himmel und versuchte, den Wind und die Wolken herbeizurufen. Aber seine Arme waren kurz und starr, und er konnte weder Wind noch Wolken erreichen. Als die Sonne schien, rollte sich das Streichholz unter eine Glasscherbe in der Nähe. Nach einer Weile loderte eine kleine Flamme auf. Das Feuer wurde größer. Es fraß die Oliven- und die Pinienbäume. Alles Schreien nach Wind und Wolken nützte nicht. Der Wald brannte nieder.

Seither hören alle Pinien der Welt die Berichte der Ölbäume über alles, was auf dem Boden geschieht. Und die Ölbäume lauschen aufmerksam dem, was die Pinien von der Ferne erzählen. Tag für Tag aber springen Streichhölzer aus ihren Schachteln und lauern auf eine Möglichkeit.“

Es zündelt im Gebüsch des Ehrenamtes. Sind viele Ehrenamtliche untereinander nicht wie die Bäume in unserer Geschichte? Da gibt es die Ölbäume unter den Ehrenamtlichen: bodennah, mit Kontakt zu den Menschen, Ehrenamtliche, die wissen, wo es brennt, die die Anliegen und Nöte der Menschen vor Ort wachen Auges mitbekommen, Ehrenamtliche, die tief verwurzelt sind, und denen es nicht so leicht an die Existenz geht, auch wenn sie wegen ihres unscheinbaren Wuchses im Gerangel leicht unterzugehen drohen. Denn da sind die Pinien unter den Ehrenamtlichen, die Profis, die genau wissen, wie und wo es entlang geht, die selbstbewusst und geringschätzig auf die, die die niedrigen Dienste tun, herabschauen. Weiterhin: Geht es nicht an die Existenz des Ehrenamtes? Wird es nicht immer schwieriger, Ehrenamtliche für ihren Dienst in den Pfarreien, den Verbänden, der Caritas zu gewinnen? Manche sprechen daher von der Krise, vom Flächenbrand, manche schätzen andererseits diese Situation eher als Chance zum Wandel ein, um miteinander zu kooperieren wie es die Ölbäume und Pinien in unserer Gesellschaft schließlich tun.

Um die Chance zu begreifen, müssen wir uns mehrere Fragen stellen: Was ist Ehrenamt heute? Wie stellt sich Ehrenamt in Gesellschaft und Kirche dar? Was sind die Konsequenzen für die konstruktive Arbeit im Ehrenamt und mit den Ehrenamtlichen?

2. Was ist Ehrenamt?

Allein, dass ich diese Frage stelle, zeigt, dass Ehrenamt nicht etwas Eindeutiges ist. Ehrenamtliche sind tätig als Aufsichtsräte in Wirtschaftsunternehmen, in öffentlichen Ämtern, als Mitglieder eines Kirchenvorstandes oder Pfarrgemeinderates, als Betreuer oder Vormund eines in Not geratenen Menschen, in der Pflege oder Begleitung Hilfebedürftiger, in der Koordinierung einer Selbsthilfegruppe, in sozialen, kirchlichen, ökologischen oder politischen Zusammenhängen, in Verbänden ebenso wie in locker organisierten Initiativen vor Ort. Fürwahr ein weites Feld!

2.1 Ehren-Amt

Ein Ehrenamt ist ursprünglich ein öffentliches Amt im Gemeinwesen, zu dem man beauftragt wird – Wahlhelferinnen und Wahlhelfer, Schöffen und Mündeltätigkeit zeugen davon. Ein Amt innehaben heißt, innerhalb einer Organisation einen Auftrag wahrzunehmen. Gleichzeitig heißt Ehrenamt: solidarisches Engagement für andere und für das Gemeinwesen. Ehrenamtliche in diesem Sinne betreuen beispielsweise einen in Not geratenen Menschen, sie pflegen und begleiten Kranke, sie koordinieren Hilfe. Meist meinen wir diese zweite Form des Engagements, wenn wir vom Ehrenamt sprechen. Aus der Sicht der Beteiligten schwingt hier meist etwas von Ehre mit – dass es nämlich etwas Wertvolles und Sinn Stiftendes ist, soziale Wertschätzung und Anerkennung durch andere Menschen und Institutionen zu erfahren und sich für andere einzusetzen.

Für das ehrenamtliche Engagement in unserer Gesellschaft gilt: es hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verstärkt. Heute geht man davon aus, dass sich etwa 20 Mio. Menschen in Deutschland ehrenamtlich engagieren – mit Sport, sozialen Diensten und religiösem Engagement

auf den ersten Rängen. ³/₄ aller Deutschen finden es demgemäß gut, wenn Menschen sich so engagieren (Institut für Demoskopie Allensbach 2003). Ehrenamtlich Engagierte:

- haben im Durchschnitt einen größeren Bekanntenkreis,
- wohnen überwiegend in Mehr-Personen-Haushalten,
- engagieren sich verstärkt in der Familienphase,
- haben in der Regel einen gesicherten Lebensunterhalt und einen besseren Beruf,
- haben eine vergleichsweise höhere Kirchenbindung
- und spiegeln die traditionelle Arbeitsteilung von Mann und Frau wieder. Während Männer Prestige fördernde, entscheidungsrelevante und berufsbezogene Tätigkeiten übernehmen, nehmen Frauen überwiegend soziale Aufgaben wahr. Pointiert gesagt: Den Frauen die Ehre, den Männern das Amt.

Für viele ist der *Begriff* des Ehrenamtes wegen manchmal offenkundigen arbeitsmarktpolitischen, sozialpolitischen und geschlechtsspezifischen Missbrauchs in Verruf geraten. Man spricht heute nicht mehr gerne vom Ehren-Amt, sondern von Freiwilligenarbeit, vom freiwilligen Engagement, vom Aktivbürger und der Aktivbürgerin, die sich für das Gemeinwohl engagieren. Ich will hier vom *freiwilligen sozialen und kirchlichen Engagement* oder wegen der gewachsenen Tradition doch von *ehrenamtlicher Tätigkeit* sprechen. Dabei ist deutlich, dass im kirchlichen Bereich sowohl der politische Akzent des Ehrenamtes, der auf der verantwortlichen Beteiligung an gemeinschaftlichen Aufgaben beruht, als auch die konkrete praktische Tätigkeit und der unmittelbare Hilfsdienst gemeint sind.

2.2 Merkmale des Ehrenamts

Ehrenamt ist „*selbstgewähltes, kompetentes, unbezahltes, verbindliches, öffentlich akzeptiertes Engagement zugunsten anderer.*“ (vgl. Haslinger 2000, 316f; Ebertz 2004, 142; siehe auch Bock 1998). Dieser Definition entnehme ich folgende Merkmale des freiwilligen Engagements:

- Ehrenamtliches Engagement geschieht *freiwillig*. Die sich engagierenden Menschen stellen dafür

ihre Zeit und ihre Kraft aus freien Stücken zur Verfügung. Ehrenamtliche Mitarbeiter entscheiden sich selbst, welche Aufgaben sie übernehmen. Ehrenamtliche Mitarbeit ist heute Teil der *persönlichen Entwicklung*. Hilfsbereitschaft und Solidarität muss sich heute mit persönlichen Bedürfnissen und der Erwartung verknüpfen, selbst etwas für das eigene Leben zu gewinnen.

- Ehrenamt überschreitet die privaten Lebensbeziehungen und richtet sich auf das *Gemeinwesen*.
- Freiwilliges Engagement ist *nicht auf nennenswerten Erwerb* ausgerichtet. Auch wenn es verschiedene Formen des Kostenersatzes gibt, ist die Tätigkeit nicht in Arbeitsverträgen geregelt. Ehrenamt muss sich aber für den einzelnen *lohnen*, wenn auch nicht unbedingt im materiellen Sinne: Sozialkontakte, Kompetenzerweiterung oder Prestige sind solche Belohnungen.
- Ehrenamtliches Engagement ist *Engagement auf Zeit*. Nicht mehr das über Jahre hinweg durchgeführte Ehrenamt steht im Mittelpunkt, sondern das begrenzte Engagement. Man entscheidet sich dabei selbst über Art und Umfang der Tätigkeit. Ehrenamtliche handeln heute mit der Option, sich kurzfristig wieder zurückziehen und die eingegangene Bindung wieder zu lösen. Ehrenamt ist nicht mehr so sehr an Institutionen, sondern an Aufgaben gebunden.
- Ehrenamtliche haben spezifische *Kompetenzen*. Sie haben meist eine räumliche, lebensweltliche oder weltanschauliche Nähe zu den Menschen, die sie begleiten.
- Freiwilliges Engagement spielt sich heute *in klaren Aufgabengebieten* und mit *stärkerer Beteiligung* der Engagierten ab. Ehrenamtliche erwarten heute klare und verbindliche Regelungen, fest umrissene Handlungsspielräume, die sie mit entwickeln wollen. Nicht mehr die Allrounder mit qualifiziertem Alltagswissen sind gefragt, sondern fachspezifische Beiträge, die dann in Ergänzung zur Arbeit der Hauptberuflichen treten können. Ehrenamtliche suchen sich auch ihren Kompetenzen entsprechende Aufgaben aus. Damit tun sich viele neue Tätig-

keitsfelder auf. Ehrenamt wird pluralisiert.

- Ehrenamtliche wollen heute wissen, was sie an *Unterstützung* für ihre Arbeit erwarten können: Fortbildung und Begleitung, eigenen Nutzen, Anerkennung.

2.3 Wandel des Ehrenamtes

Ehrenamt wandelt sich. Neben dem weiterhin bestehenden klassischen Ehrenamt hat sich schon längst ein neues Ehrenamt entwickelt. Der Wandel bezieht sich zunächst auf Engagement in Institutionen. Die Klage von der Krise des Ehrenamtes wurde auch zunächst dort erhoben. Fachleute sagen, dass es diesen Mangel nicht gibt, vielmehr hat sich das Ehrenamt neue Bereiche erobert. Ehrenamtliche finden sich vermehrt in nichtinstitutionellen und selbst organisierten Zusammenhängen. Selbsthilfe, lokale Projekte, Bürgerbewegungen oder ökologisches Engagement zeugen davon. Offensichtlich gelingt es den Verbänden und Kirchen in dieser pluralistischen Situation nicht mehr, das Potenzial an freiwilligem Engagement an sich zu binden. Man wandert aus. Das hat auch seine organisationsinternen Gründe: für viele Ehrenamtliche ist die Anbindung an eine große Institution heute eher lästig. Die Arbeit dort wird als verbürokratisiert erlebt. Die Ehrenamtlichen werden zu *Kunden* – sie wählen aus und wollen ernstgenommen werden. Kunde-Sein, eine Haltung, die in unseren Alltag tief eingeprägt ist, bringt die Anbieter in eine völlig neue Situation. Im kirchlichen Kontext gehen wir immer noch davon aus, der Ehrenamtliche sei fest an die Kirche gebunden. Weit gefehlt, denn die Anhänger, die solch eine Bindung bis hin zum Besuch des Sonntagsgottesdienstes eingehen, sind nur ein Viertel aller Kirchenmitglieder, wohingegen „Passagechristen“, die ab und zu Kontakt zur Kirche haben, etwa die Hälfte ausmachen (Dubach / Campiche 1993, 159-166).

Seit den siebziger Jahren haben wir zudem einen Wertewandel (Klages 2001) vollzogen, der das selbstgestaltete Leben in den Mittelpunkt rückt und Werte wie Selbstverwirklichung, Erlebnisorientierung und Spaß am Leben favorisiert. Die herkömmlichen Werte der Barmher-

zigkeit und der Mildtätigkeit sind nachrangig geworden. Das hat auch zu einer veränderten Einstellung Ehrenamtlicher zum Ehrenamt geführt: Wenn sie sich schon engagieren, dann wollen sie ihr Handeln selbst gestalten und daraus Gewinn für ihr Leben ziehen. Einschlägige Untersuchungen stellen Spaß und Freude am Engagement an die erste Stelle, dann kommen die sozialen Kontakte. Weit abgeschlagen kommen Weltanschauung und Religion als Beweggründe für das Ehrenamt ins Spiel (so bereits Gaskin u.a. 1996).

Für den kirchlichen Bereich möchte ich nochmals betonen: es geht nicht um einen Verlust des Ehrenamtes, sondern um einen Strukturwandel der bisherigen Form. Dort, wo Menschen heute den Eindruck haben, dass ihr freiwilliges Engagement für ihr Leben sinnvoll und wichtig ist, da engagieren sie sich auch in kirchlichen und sozialen Belangen.

3. Kirchliches Ehrenamt

3.1 Erneuerung im Kirchenbild

Die Wertschätzung des kirchlichen Ehrenamtes hat seinen Grund im erneuerten Kirchenverständnis des Zweiten Vatikanischen Konzils. Denn das Konzil geht vor jeder Unterscheidung von der grundlegenden Gemeinsamkeit aller Glieder der Kirche aus. Jedes Glied im Gottesvolk ist durch Taufe und Firmung dazu beauftragt, sich für das Kommen des Reiches Gottes einzusetzen und hat am Amt Christi teil. Wir sind berufen, zu heiligen, zu lehren und zu leiten (vgl. Lumen Gentium 31) und das heißt in unsere heutige Sprache übersetzt: Gottes Nähe zu den Menschen zu bringen, das Wort Gottes weiterzugeben, Verantwortung dafür zu übernehmen, dass Menschen heute Gott erfahren dürfen. Alle haben – wie die Kirchenkonstitution sagt – den Auftrag, auf „ihre Weise zum gemeinsamen Werk einmütig zusammenzuarbeiten“ (Lumen Gentium 30), das besondere Priestertum und das gemeinsame.

Das ist im Blick auf das Ehrenamt die entscheidende Neuformulierung des Konzils: die Gleichwertigkeit und die gemeinsame Sendung aller Getauften und Gefirmten. Dahin-

Die Mitglieder des Vorstandes der ZV – zugleich Vorsitzende von Sachausschüssen der ZV;

v.l.: Juliane Petersen (Ehe – Familie – Partnerschaft), HptFw Peter Weber (Soziales Engagement), Hptm Alois Forster (Dienstalltag und Christsein), OTL Paul Brochhagen (Verbandsarbeit), Hptm Hermann Webels (Gemeindearbeit), OFA Dr. Martin Keim (Gesellschaftliche Fragen), Dipl.-Theol. Manfred Heinz (Geschäftsführer der ZV); nicht im Bild sind OTL Peter Cornelius (Information) und Major Hans-Georg Schellhaas (Organisation und Planung).



ter stehen prägende Kirchenbilder: Wir sind gemeinsam unterwegs als Volk Gottes. Jedem Glied in dem einen Leib (vgl. 1 Kor 12) ist eine Gabe geschenkt, zum Aufbau dieses Leibes beizutragen. Ehrenamt ist in diesem Sinne ein Charisma, eine von Gott geschenkte Gabe, dazu gegeben, den Menschen Gott zu bezeugen und Gemeinschaft der Menschen untereinander und mit Gott zu stiften.

3.2 Ein sich veränderndes Engagement

Doch nun zur Praxis. Was für den gesellschaftlichen Kontext gilt, das gilt auch für die Kirche: die Situation der Ehrenamtlichen wandelt sich. Es ist mühsam, bei Pfarrgemeinderatswahlen genügend Kandidatinnen und Kandidaten zu finden, qualifizierte Katechetinnen und Katecheten für ihre immer wieder anstrengende Arbeit zu gewinnen, in den Verbänden Verantwortliche zu rekrutieren, die sich über das übliche Maß hinaus für das Wohl der anderen engagieren. Aber mit dem Auflösen bekannter Strukturen ist das kirchliche Ehrenamt nicht am Ende. Es verändert sich vielmehr und es eröffnen sich Räume für neue Kreativität.

Wie der Wandel im Ehrenamt praktisch aussieht, will ich an einem Beispiel aus eigenem Erleben verdeutlichen. 2001 haben wir in unserer Pfarrei die überkommene Kommunionvorbereitung zu Grabe getragen. Zwanzig Jahre hatte das Modell erfolgreich funktioniert: Katechetinnen und Katecheten bereiteten die Kinder über ein halbes Jahr hinweg auf ihre Erstkommunion vor, wurden von Hauptamtlichen inhaltlich und organisatorisch unterstützt, ab und zu

stieß der Pfarrer – vor allem zum Empfang der Erstbeichte – dazu, die Eltern lieferten ihre Kinder zum „Unterricht“ ab. Die Gemeinde war praktisch nicht beteiligt und aus Platzgründen sogar vom Erstkommuniongottesdienst ausgeladen. Ich will dieses Modell nicht schlecht reden – die Kinder haben Gemeinschaft erfahren, es gab Aufbrüche im Glauben. Im Jahr 2000 hatten aber zwei Katecheten – ich war einer von ihnen – nur noch mit größter Mühe 26 Kinder vorbereiten können. Heute sieht die Vorbereitung so aus:

- Die Kinder werden in sechs Blöcken vorbereitet. Auf Grund dieser zeitlichen Begrenzung arbeiten wieder 6 – 8 Katechet(inn)en mit.
- Von den 42 Eltern des aktuellen Jahrgangs haben 40 bei der Vorbereitung mitgeholfen. Zu Beginn gab es eine Liste mit klar umrissenen Aufgaben: Fahrdienste, Musizieren, etwas mit den Kindern unternehmen, Katechese ...
- Es gibt mehrere Erstkommunionfeiern unter der Beteiligung der gesamten Gemeinde.
- Die Hauptamtlichen sind an einigen wesentlichen Punkten erkennbar beteiligt – in der Qualifizierung, der Begleitung, im Kontakt zu Eltern – und es gibt Bereiche, die in alleiniger Verantwortung von Ehrenamtlichen getragen werden.

Unterm Strich: nicht mehr wenige machen Alles, sondern viele engagieren sich im Rahmen dessen, was sie können und als sinnvoll erachten.

Gute Ehrenamtliche werden in

unseren Pfarrgemeinden gerne vorgezeigt. Sie garantieren das Leben der Gemeinde. Eine kritische Bemerkung zur Praxis der Räte und Gremien sei hier aber gestattet: Pfarrgemeinderäte, das zeigt eine neuere Untersuchung auf (Ebertz 2004, 156) sind immer noch von den Themen „Organisation und Festgestaltung“, sowie „Gebet, Gottesdienst“ geprägt. Solche Festausschüsse der Pfarrgemeinden binden dann eine bestimmte Klientel, die den kircheninteressierten, aber nicht an die Gemeinde gebundenen Christen nur beschränkte Möglichkeiten zum Engagement gibt. An dieser Stelle ist eine elementare Umorientierung notwendig.

4. Herausforderungen

4.1 Zwischen Tradition und Innovation – fehlende Konzepte der Ehrenamtlichenarbeit

Früher war es noch leichter. Ehrenamtliche waren einfach da. Es gehörte zum guten Ton, sich sozial, politisch oder eben auch kirchlich zu engagieren. Doch heute leben wir im Umbruch. Die gesellschaftliche Mobilität reißt die letzten Wurzeln an Beheimatung heraus. Spätestens mit der Wende haben wir einen zweiten Säkularisierungsschub durchgemacht. Dass die konfessionslosen Soldaten mit 37% vor den evangelischen und katholischen Soldaten vertreten sind, macht Ihnen diesen Tatbestand im Alltag deutlich. Christlicher Glaube hat seine Monopolstellung verloren und muss sich in das pluralistische

Konzert der Weltanschauungen einfügen.

Was hier nur skizzenhaft angedeutet wird, gilt auch für den kirchlichen Umbruch: wir leiden nicht nur an einem Mangel an Priestern und hauptamtlichen Mitarbeiter(innen), viel mehr noch an einem Mangel an Ehrenamtlichen und an Gemeinde. Die sich verschärfende Finanzierungskrise zwingt die Bistümer zu drastischen Einschnitten und Sparmaßnahmen. Im Eckpunktepapier meines Bistums Hildesheim sind Einsparungen zwischen 30 und 50% beschlossene Sache, die Zahl der Pfarreien wird in den nächsten zehn Jahren auf ein Drittel reduziert. Unter dem Stichwort einer *kooperativen Pastoral* deuten sich weitere Umstrukturierungen an und im Konzept einer *missionarischen Kirche* eine neue Orientierung von Seelsorge und pastoraler Arbeit. Die herkömmliche Pfarrei ist am Ende, eine neue Art von Kirche in gemeindlichen Netzwerken entsteht.

Was dieser Umbruch in Ihren Reihen bedeutet, wird mir bei einem Besuch der Pfarrei St. Michael in Münster deutlich. Früher gab es eine eigenständige Standortpfarrei mit mehreren Priestern. Heute ist der Militärfarrer für mehrere Standorte da, die Kirche ist völlig überdimensioniert, das Pfarrheim wird kaum mehr von Soldaten genutzt, weil diese überwiegend aus dem Osten Deutschlands kommend Kirche kaum kennen und sowieso am Wochenende heimfahren. Die gewachsene, auch auf die Familien setzende pastorale Arbeit mit den Soldaten vor Ort ist kaum mehr umsetzbar.

All das macht neue Konzepte von Ehrenamtlichenarbeit notwendig, die mehr auf punktuell Engagement setzen, in denen man über den pfarrgemeindlichen Tellerrand hinausschaut und sich mit Menschen guten Willens vernetzt, sowie eher projekthaft denn kontinuierlich arbeitet. Von Bedeutung wird dabei sein, die Fähigkeiten der Einzelnen besser zu berücksichtigen.

4.2 Zwischen Anerkennung und Ausbeutung – gegen den Missbrauch ehrenamtlicher Arbeit

Kirchliches Ehrenamt – so hat es der Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch formuliert – kann eine „Mo-

derne Form der Christenverfolgung“ (zit. nach Ebertz 2004, 155) sein. Nicht nur, dass viele Ehrenamtliche eine Mehrfachstätigkeit ausüben und unter ihnen die Gefahr der Selbstausbeutung groß ist, die pastorale Situation fordert von immer weniger Engagierten immer mehr Engagement. Die Arbeit wird oft ungleich verteilt auf den Schultern weniger, die sich quantitativ überfordert und manchmal dabei inhaltlich unterfordert fühlen. Die Konsequenzen sind bekannt: es treten persönliche Reibereien auf. Oft machen sich Müdigkeit und Erschöpfung bei dem kleinen Häuflein der hinterbliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter breit.

Manche von Ihnen werden sich fragen, wenn es um die Arbeit Ehrenamtlicher in der Militärseelsorge geht: „Wir sind doch mit unseren Familien und der sich verdichtenden Arbeit schon genug ausgelastet. Die Umstrukturierung der Bundeswehr fordert genug Belastungen. Wo bleibt denn da noch Luft? Wie oft wurde ich schon zur Mitarbeit genötigt.“ So entsteht ein bitterer Beigeschmack von Bevormundung und Entmündigung.

Gegen Überlastung brauchen wir eine Kultur der Anerkennung, in der die Arbeit der Ehrenamtlichen öffentlich wertgeschätzt wird und zu klareren Absprachen über Aufgaben und Tätigkeiten führt.

4.3 Zwischen Alleskönnertum und Kompetenz – gegen Formen des Engagements

Was kann und darf ein(e) ehrenamtliche(r) Mitarbeiter(in)? Rechtlich bleibt die *Zuständigkeit* beim Pfarrer, der alle Arbeit fördern oder auch blockieren kann. In der Realität sieht nun Manches nochmals komplizierter aus: da gibt es Ehrenamtliche, die alles an sich ziehen und aufkommendes Engagement schon im Keim ersticken. Und umgekehrt werden an Ehrenamtliche überzogene Erwartungen herangetragen, die sie gar nicht erfüllen können. Sie sollen sich zu pastoralen Alleskönnern entwickeln. Oft haben Gesinnung und kirchliche Zugehörigkeit Vorrang vor der eigentlichen Aufgabe. Ehrenamt entwickelt sich heute verstärkt an den Rändern der Kirchengemeinden: in Mutter-Kind-Gruppen, der Jugend- und Familienarbeit, sozialen

Initiativen. „Was sind das für Eltern, die nur zur Familienkirche kommen? Meinen die es eigentlich ernst?“ wird hinter vorgehaltener Hand gesagt. Wichtig ist dann, ob einer nach unserer Auffassung ein rechter Christ ist, nicht, was er oder sie tun will.

War und ist für manche im Lebensumfeld der Bundeswehr Kirche ein Ort der Beheimatung, so ist dort die Herausforderung einer diakonischen Kirche augenfällig: beispielsweise Menschen, die im Rahmen eines Auslandseinsatzes Krisen erlebt haben und sich nun regenerieren, einen Ort zu bieten, wo ihre Seele Ruhe findet, und ihren Familien Unterstützung zu geben. Neben der notwendigen professionellen Unterstützung können die Schlüsselkompetenzen Ehrenamtlicher zum Tragen kommen: die Nöte der Betroffenen aus eigener Anschauung zu kennen, soziale Beziehungen anzubieten, praktische Hilfen zu geben... So kommen mit dem Ehrenamt spezifische Tugenden ins Spiel: Organisationstalent, Kreativität, Kooperation, Gespür für die Bedürfnisse und die religiösen Fragen der Menschen können Charismen sein, die Kirche aufbauen.

4.4 Zwischen Kooperation und Konkurrenz – zur Arbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen

Mit meinem vierten Problemkreis – der Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen – betrete ich ein weites und oft konfliktbesetztes Feld. Beispiele: Wer hat die Macht und die Entscheidungskompetenz? Ehrenamtliche beanspruchen immer wieder ihnen nicht aufgetragene Leitungsaufgaben, während Hauptberufliche aus Angst vor Macht- und Prestigeverlust Führungsverantwortung nicht zulassen. Die an der Basis Engagierten haben oft nicht die Mitsprache, die ihnen in ihrem Bereich zusteht. In Fall eines Jugendgottesdienstes: der Pfarrer nimmt sich das Recht, den vorbereiteten Gottesdienst kurzfristig und ohne Absprache zu verändern, während der Vorbereitungskreis den Pfarrer zur liturgischen Marionette macht. Das führt zu einer Verätzung des Klimas, zu gegenseitiger Verdächtigung statt Achtung voreinander.

Wie das Verhältnis der Militärgeistlichen zu ihren ehrenamtlichen

Laien ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Sie werden selbst Beispiele beisteuern können, wo diese ihre Verantwortung teilen, wo die Räte zur Willensbildung und Entscheidung beitragen können, wo Geistliche kooperieren und wo nicht. Gelingende Kooperation zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen wird um folgende Hausaufgaben nicht herumkommen: Aufgaben und Zuständigkeiten Ehrenamtlicher zu vereinbaren, Leitungsverantwortung zu klären, die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu führen und Rücksicht auf ihre Lebenssituation zu nehmen.

Damit bin ich beim letzten Teil meiner Ausführungen, der Begleitung Ehrenamtlicher.

5. Zur Begleitung Ehrenamtlicher

Das Papier „Für eine Kultur des Ehrenamtes“ des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, das viele der hier angesprochenen Aspekte vorbildlich aufgreift, wendet sich an Verantwortungsträger für das Ehrenamt, ohne diese Verantwortlichen näher zu beschreiben^{*)}. Ich sehe Sie als Verantwortungsträger und möchte in diesem Sinne einige praktische Perspektiven für die Begleitung ehrenamtlich Tätiger aufzeigen. Hierzu fünf Kernaussagen in Thesenform:

5.1 Der Einsatz Ehrenamtlicher ist Teil kirchlicher Organisationsentwicklung

Die kirchlichen „Mitarbeitsangebote sind häufig auf die Erhaltung ihrer Strukturen bedacht und am Bedarf der Organisation, nicht aber den ehrenamtlich Engagierten orientiert.“ (vgl. Schöffmann 1998, 85) Ein Erstkommunionkonzept ist entworfen und dann sucht man sich die Katecheten, der Firmtermin steht und dann verteilt man die Arbeit, man braucht einen Lektor, stellt sich aber nicht der Frage, was die Verkündigung des Wortes Gottes für die Lektorin oder den Lektor bedeutet. Damit ist Kirche zu sehr auf ihre organisatorischen Belange konzentriert.

^{*)} Auf das Papier gehe ich nicht näher ein, da Generalleutnant Lather hierzu ein eigenes Statement formuliert hat.



Generalleutnant Karl-Heinz Lather, einer der drei Vertreter der ZV im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), und der Referent des hier dokumentierten Vortrags, Dr. Peter Abel, Hildesheim. In einem ausführlichen Statement stellte K.-H. Lather die Handlungsempfehlungen des ZdK „Für eine Kultur des Ehrenamtes“ an Verantwortliche in Kirche und Gesellschaft vor (s.a.S.32 ff.).

„Eine Organisation“ aber, „die Probleme hat, ehrenamtliches Engagement zu mobilisieren und einzubinden, ist selbst das Problem.“ (Ebertz 2004, 172) Kirchlich Verantwortliche sollten heute nicht über den Mangel an Ehrenamtlichen klagen und die Veränderung der Ehrenamtlichen beschwören, sondern in erster Linie auf die Entwicklung kirchlichen Handelns schauen. Dort, wo die zentralen Fragestellungen einer Organisation geklärt sind, ist es auch leichter möglich, ein funktionierendes Ehrenamt ins Leben zu rufen.

- Was ist die Vision und das Leitbild einer Kirchengemeinde oder einer Einrichtung?
- Wie wird diese Vision in Ziele und Konzepte, Strategien und Aufgaben umgesetzt? Wer nimmt welche Aufgabe wahr?
- Welche Strukturen und Organisationsformen für die alltägliche Arbeit sind hierzu nötig? Wie sieht Zusammenarbeit aus?
- Welche Ressourcen müssen genutzt und gefördert werden?
- Welche Vereinbarungen über konkrete Schritte sind mit wem zu treffen?

Wo diese Fragen geklärt werden, so beobachte ich es in meiner Beratungsarbeit, da werden die Eh-

renamtlichen zum guten Bestandteil der eigenen Organisation und den Geboten heutiger Mitarbeiterführung folgend in die Entwicklung kirchlichen Lebens bewusst einbezogen. Dann erschließt sich Ehrenamtlichen leichter der Sinngehalt kirchlichen Lebens: Kompetenz und Charisma für die Gemeinschaft, Glauben, Hilfe für andere und Gottesdienst.

Hinter meiner Aussage steht ein tiefgreifender Wandel hin zum wandernden Gottesvolk, in dem wir von kirchlicher Bindung im Ehrenamt nicht nur die feste und treue Bindung, sondern auch die Wahlverwandtschaft erwarten dürfen, die auch ein punktuell Engagement in kirchennahen und nicht nur im innergemeindlichen Raum erlaubt.

5.2 Die Begleitung Ehrenamtlicher ist von einer planvollen und zielgerichteten Haltung geprägt

Will Kirche missionarisch sein, wird sie einerseits sich am Evangelium orientieren, andererseits verschärft danach fragen, was ihr Auftrag in ihrem jeweiligen gesellschaftlichen und sozialen Kontext ist. Wo der Auftrag von Kirche dem entsprechend formuliert wird, kann auch das Ehrenamt zu planvollem Einsatz führen. Ehrenamtlichen sollte heute ver-

deutlich werden, was von ihnen in welchem Umfang erwartet wird. Ein 'Stellenangebot' kann demnach beinhalten:

- den Auftrag der Kirche in einem bestimmten Lebensbereich,
- daraus resultierend das Ziel und die Aufgabe für die ehrenamtliche Tätigkeit,
- die Voraussetzung für die Mitarbeit,
- den Zeitaufwand,
- Kosten und deren mögliche Erstattung wie auch den möglichen Versicherungsschutz,
- Qualifizierung und Unterstützung wie auch Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch.

Für Sie selbst als Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger heißt das aber auch, dass die Begleitung Ehrenamtlicher Zeit und zielgerichtete Energie braucht, diese Aufgaben zu erarbeiten und Interessierten zu verdeutlichen.

5.3 Treffen Sie Maßnahmen zu einer Kultur der Wertschätzung und zur Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements

Ehrenamtliche kennen heute ihre Stärken und wollen wertgeschätzt werden. Wo sie keine Wertschätzung erfahren, da stimmen sie schnell mit den Füßen ab. Ehrenamtliche sind keine billigen Arbeitstiere, sondern Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihren eigenen Fähigkeiten und Stärken. Sie handeln aus persönlichen Interessen und sind heute nicht mehr bereit, sich institutionellen Bedürfnissen blind zu unterwerfen. So verlangen sie persönliche Anerkennung, wollen sich mit ihrer Arbeit einbringen. Wertschätzung sichern Sie durch klare Absprachen, Möglichkeiten zum Gespräch, Aus- und Fortbildung, Gratifikationen und finanzielle Unterstützung.

5.4 Freiwillig Tätige wollen professionell gefördert, geführt und in ihrer Arbeit anerkannt werden

In verantwortlicher Position haben Sie dafür zu sorgen, dass die strukturellen Bedingungen für den ehrenamtlichen Einsatz geklärt sind, mit anderen Worten: ehrenamtlich Tätige wollen nicht für jeden Euro kämpfen, brauchen logistische Hilfe, müssen in Arbeitsabläufe verbind-

lich eingebunden sein, wollen bei der Konzeption eines Projektes mitsprechen ... Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen weiterhin eine Kommunikationsplattform finden, um über ihre Arbeit sprechen zu können. Sie darin zu unterstützen heißt, dass sie einen Ort haben, an dem sie einmal Dampf ablassen können, einander von ihren Erfolgen erzählen, von ihren Sorgen sprechen, praktische Tipps bekommen, sich einander Rat geben können, erfahren dürfen, dass auch andere mit ihnen zusammen in einem Boot sitzen. Schließlich meine letzte Aussage:

5.5 Beachten Sie folgende Spielregeln:

- **begrenzen und beschreiben Sie Ehrenamt,**
- **machen Sie die Aufgabe bekannt, beteiligen und begleiten Sie die Ehrenamtlichen,**
- **belegen Sie die Arbeit und**
- **belohnen Sie das Engagement**

Im Einzelnen heißt das:

1. Bewusst **begrenzen**. Ehrenamt wird dann eine Zukunft haben, wenn wir es bewusst beginnen, zeitlich und inhaltlich begrenzen und auch beenden. In Freiwilligenzentren sind inzwischen Erstgespräche üblich, in denen die besonderen Bedürfnisse, Fähigkeiten und Ressourcen der interessierten Freiwilligen abgefragt werden. Achten Sie sorgfältig auf die Motivation, ob diese eher von „Dienen-Wollen“ oder „Selbstbezug“ (Gaskin 1996 u.a., 264) geprägt ist, von einer altruistischen Grundhaltung oder dem Wunsch nach persönlicher Erfüllung. Es ist einer der Kardinalfehler im kirchlichen Bereich – Untersuchungen belegen das –, dass Ehrenamtliche häufig mehrere Dienste ausüben und die ehrenamtliche Tätigkeit nicht aus freien Stücken gewählt ist, sondern eher nach dem Prinzip organisiert: „Ich bitte Dich um Deinen kleinen Finger, und nehme die ganze Hand.“ Fordern Sie als Verantwortliche begrenzte, klare Aufgaben und Tätigkeitsbeschreibungen. Ehrenamt ist Engagement auf Zeit, und dazu gehört auch der Schluss.

2. **Beteiligen:** Entscheidungen werden gerade in der Kirche von oben und häufig ohne Mitsprache der Ehrenamtlichen gefällt, trotz einer reichen synodalen Tradition. Ehrenamtliche wollen heute Mitspracherechte haben in den Bereichen, in denen sie sich engagieren. Sie wollen an Zielfindung und -absprache beteiligt werden, ihre Arbeit selbst organisieren und selbständig initiativ werden. Die Gremienmüdigkeit in vielen Räten beruht nach meiner Einschätzung nicht auf einem Motivationsdefizit, sondern auf einem Mangel an Entscheidung und Mitverantwortung. Wir müssen die Communitheologie beim Wort nehmen und eine echte Kooperation zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen im partnerschaftlichen Miteinander (Abel 1999) versuchen.

3. **Bekanntmachen** und werben. Der primäre Zugang zum Ehrenamt geschieht durch Freunde und Bekannte, aber auch durch öffentlich anerkannte Institutionen wie die Kirchen. Wir haben mit unseren seit lange gewachsenen Formen der Werbens gute Möglichkeiten, aber wir werden in Zukunft ob der Angebotsvielfalt neue Wege aufspüren und gehen müssen im Gewinnen von freiwillig Engagierten.

Ein Beispiel aus meiner Perspektive als Mann: Als Mann werde ich konkret einmal im Jahr angefragt, wenn es darum geht, die Weihnachtsbäume aufzustellen. Dann frage ich mich: „Kann ich als Mann, Vater, Berufstätiger nicht auch noch andere Fertigkeiten einbringen?“ Warum kann man nicht Geschäftsführer, Fachleute für Umstrukturierung, oder Handwerker ihre Fähigkeiten in die Gemeindegemeinschaft einbringen lassen? Warum kann eine Kirchengemeinde nicht eine Plattform bieten für eine Tauschbörse für soziale Zeit, in der ältere Mitbürger Kinderbetreuung anbieten und die Jüngeren dafür einkaufen? Neue Wege heißt auch, die klassischen Kirchengrenzen verlassen, suchende Menschen zur Mitarbeit einladen, auch wenn sie nicht unbedingt jeden

Sonntag zur Messe gehen. Das heißt aber, verurteilende Voreinstellungen aufzugeben und zugunsten der Zusage Gottes, dass der Mensch gut sei, die Schatzkammer der Erfahrung dieses engagementbereiten Menschen zu öffnen.

4. **Begleiten** und Qualifizieren. Ehrenamt expandiert überall dort, wo es begleitet und qualifiziert wird. Und das heißt: begleiten statt bevormunden, aktivieren statt betreuen, Hilfe zur Selbsthilfe statt vorgeschriebene Tätigkeiten, Kooperation statt Konkurrenz. Wir dürfen bereitwillige Ehrenamtliche nicht in Verpflichtungen pressen, die sie nicht tragen wollen oder können, sondern in ihrem Engagement stützen.

Ehrenamtliche nehmen gerne die unterstützende fachliche wie zwischenmenschliche Begleitung an, wenn diese ein Angebot ist. Einer der wesentlichen Anreize zur ehrenamtlichen Mitarbeit ist, dass Menschen dort ihre Kompetenz erweitern können. Das heißt: Qualifizierungsmöglichkeiten schaffen, fortbilden, unterstützende Maßnahmen bei herausfordernden Tätigkeiten sichern. Mein nächstes Stichwort:

5. **Belegen** und nachweisen. Ehrenamtliches Engagement muss

sich konkret in der Beachtung und Wertschätzung zeigen, die ihm im Wertgefüge einer Organisation zugeschrieben wird. Wir sahen: im kirchlichen Milieu ist Ehrenamt hochgeschätzt, aber allzu oft praktisch vernachlässigt. Den Ehrenamtlichen als gestaltenden Trägern des Gemeindelebens kommt nicht ausreichend Beachtung zu. Es stimmt mich hoffnungsvoll, dass gerade kirchliche Verbände um die gesellschaftliche Aufwertung des Ehrenamtes kämpfen und Tätigkeitsnachweise eingeführt haben mit dem Ziel, mittelfristig eine rentenrechtliche Anerkennung beim Gesetzgeber zu erwirken. Vor Ort heißt das: öffentliche Anerkennung schaffen, zum Beispiel bei einem von der Presse dokumentierten Fest der Ehrenamtlichen, Danke sagen, Haushaltsmittel bereitstellen statt die Ehrenamtlichen um 30 Euro kämpfen lassen, Tätigkeitsnachweise auf Wunsch auch für die Gemeindeglieder einführen. Und schließlich mein letztes Stichwort:

6. **Belohnen**. Ehrenamt muss sich lohnen. Bieten Sie alle Möglichkeiten der Gratifikation: die psychischen Einnahmen, die aus dem Umgang mit den Menschen entstehen, Qualifikation und Fortbildung, Begegnung.

„Undank ist der Kirche Lohn“, sagte mir resigniert mein Vater nach fünfundvierzig Jahren ehrenamtlichen Engagements in Kirchenvorstand, Pfarrgemeinderat und als Lektor. „Man hat mir nicht einmal gedankt.“ Das ist, ich bin Realist genug, leider allzu oft die Erfahrung des Alltags. Können wir uns eine solche Nachrede angesichts der Dankeserwartungen der Ehrenamtlichen leisten vor allem, wenn Danksagen, Eucharistie, zum Wesen des Christseins gehört? Vergessen Sie also das Danke-Sagen nicht.

Ölbäume können alt werden. Dafür brauchen sie aber Zeit und Pflege. Die Erzählung von den Pinien und den Ölbäumen hätte auch so ausgehen können, dass die Alten und Erfahrenen hätten untergehen können und die Jungen und Aufstrebenden damit letztlich auch ihre Zukunftsperspektive verloren hätten. Es kommt auf die Symbiose an. Bei den Ölbäumen und den Pinien ging alles gut aus, weil die zerstrittenen Parteien sich versöhnten. Dahinter steht jene Erfahrung, die auch für das Ehrenamt bedeutsam ist: einander in Respekt und Achtung zu begegnen, um wachen Auges den Blick aufeinander und die Stärken des anderen zu werfen zu können. Da bekommt die „Ehre“ nochmals einen ganz neuen Bedeutung ...

Literatur:

Abel, Peter: Gemeinsam geht's besser. Wege der Zusammenarbeit in der Seelsorge, Mainz 1999

Bartjes, Heinz / Janning, Heinz: Stichworte zur Neuorganisation freiwilligen Engagements, in: Sozialmagazin 29 (1995), Heft 3, S. 30

Bock, Theresa: Handlanger, Lückenbüsser, Freiheitskünstler? Entwicklungen und Motive ehrenamtlicher Arbeit, in: Caritas 99 (1998), S. 61 - 68

Caritas-Werkheft '97: Freiwilligenarbeit, Freiburg 1997

Dubach, Alfred / Campiche, Roland J.: Jede(r) ein Sonderfall?. Religion in der Schweiz, Zürich 1993

Ebertz, Michael N.: Ehrenamtliches (Laien-) Engagement, in: Hunstig u.a.: Kirche lebt, S. 142-175

Foitzik, Karl: Mitarbeit in Kirche und Gemeinde. Grundlagen, Didaktik, Arbeitsfelder, Stuttgart 1998

Für eine Kultur des Ehrenamtes. Handlungsempfehlungen an Verantwortliche in Kirche und Gesellschaft. Vorgelegt vom Ständigen Arbeitskreis „Pastorale Grundfragen“ des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, in: Hunstig u.a.: Kirche lebt, S. 181-186

Gaskin, Katharine / Smith, Justin Davis / Paulwitz, Irmtraut u.a.: Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern, Freiburg 1996

Haslinger, Herbert: Konkretion: Ehrenamt, in: Ders. (Hg.): Handbuch Praktische Theologie. Bd. 2. Durchführungen, Mainz 2000, S. 308-322.

Hunstig, Hans-Georg / Bogner, Magdalena / Ebertz, Michael: Kirche lebt. Mit uns. Ehrenamtliches Laienengagement aus Gottes Kraft, Düsseldorf 2004.

Institut für Demoskopie Allensbach, Lob und Anerkennung für ehrenamtliche Helfer, in: Allensbacher Berichte 2003 / Nr. 10

Klages, Helmut: Werte und Wertewandel, in: Schäfers, Bernhard / Zapf, Wolfgang (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen 2002, S. 726-738

Schami, Rafik: Zeiten des Erzählens, Freiburg 1994

Schöffmann, Dieter: „Ehrenamtliche werben“ oder Aktivbürger(innen) für eine sinngeladene Mitarbeit gewinnen“, in: caritas 99 (1998), S. 83-89



Für eine Kultur des Ehrenamtes

Handlungsempfehlungen an Verantwortliche in Kirche und Gesellschaft

Generalleutnant Karl-Heinz Lather, einer von drei Vertretern der ZV im ZdK, gab eine Einführung in die von der Vollversammlung des ZdK beim Ulmer Katholikentag am 15. Juli verabschiedeten Handlungsempfehlungen „Für eine Kultur des Ehrenamtes“. Er bezeichnete diese als hilfreich für die eigene Positionsbestimmung. Allerdings machte er darauf aufmerksam, dass die dort gefundenen Empfehlungen einen Kompromiss darstellten. Aus recht unterschiedlichen Auffassungen über das Ehrenamt (die Zivilgesellschaft spricht heute gern vom bürgerlichen Engagement) wie sie in Räten und Verbänden mit unterschiedlichen Traditionen, Zielen, Aufgaben und Interessen bestehen, habe das ZdK einen Konsens finden müssen.

Im Zusammenhang mit den Handlungsempfehlungen stellte Lather das 2004 im Klensverlag Düsseldorf erschienene Buch vor: „Kirche lebt. Mit uns. Ehrenamtliches Engagement aus Gottes Kraft“, herausgegeben von den ZdK-Mitgliedern Hans-Georg Hunstig, Magdalena Bogener und Prof. Dr. Michael N. Ebertz (Referent bei der Bundeskonferenz zum Thema Ehrenamt). Dieses Buch wurde vom KMBA allen an der ZV teilnehmenden Delegierten ausgehändigt. Es folgt das ZdK-Papier im Wortlaut:

Diese Empfehlungen sind entstanden vor dem Hintergrund der zahlreichen kirchlichen und gesellschaftspolitischen Aktivitäten zur Förderung ehrenamtlichen Engagements. Dieses zeigt sich als Laienengagement in der Kirche in unterschiedlichen Formen: dem durch Wahl oder Beauftragung für eine längere Zeit übernommenen Amt und dem auf eine bestimmte Aufgabe bezogenen, meist kurzfristigen Dienst.

- Sie berücksichtigen die unterschiedlichen Formen ehrenamtlichen Laienengagements, das Ausdrucks gelebten Glaubens ist.
- Sie greifen die Aussagen und Forderungen aus Diözesen und Verbänden auf, berücksichtigen die Empfehlungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ und haben die Arbeit des „Bundesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement“ im Blick.
- Sie bündeln und verstärken Wichtiges daraus zu Handlungsempfehlungen und werden gestützt durch die Aussagen in den Beiträgen des Buches „Kirche lebt. Mit uns.“
- Sie verstehen sich als Anregung zur Diskussion und zum konkreten Handeln in den verschiedenen Feldern der kirchlichen Arbeit.

Inzwischen gilt es als Selbstverständlichkeit, dass die Kirche in

Deutschland nicht ohne ehrenamtliches Laienengagement leben kann. Viele getaufte und gefirmte Christinnen und Christen erleben, dass sie durch ihr vom Glauben getragenes ehrenamtliches Laienengagement zum Aufbau der Kirche beitragen. Nicht wenige von ihnen machen aber auch immer wieder entgegengesetzte Erfahrungen:

- Der Reichtum vorhandener Charismen wird auch in den Aufgabefeldern ehrenamtlichen Laienengagements nicht ausgeschöpft.
- Der mögliche Gewinn aus der Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen kommt nicht zur Geltung.
- Die Chancen einer Qualifizierung der ehrenamtlich Tätigen werden zu wenig gesehen. – Die Motivation Ehrenamtlicher wird durch einen Mangel an Wertschätzung häufig gebremst
- Der Einsatz Ehrenamtlicher ist nicht ausreichend abgesichert.

Deshalb werben wir dafür, verstärkt in eine Kultur des Ehrenamtes in Kirche und Gesellschaft zu investieren.

1. Für eine Kultur der Vielfalt von Charismen

Das Zweite Vatikanische Konzil hat in Erinnerung gebracht und eindeutig festgestellt, die Kirche als Volk Gottes lebt auch ganz entschei-

dend von den Charismen, die der Geist Gottes allen Getauften und Gefirmten schenkt. Jesus forderte dazu auf, die eigenen Talente nicht zu vergraben, sondern sie zur Entfaltung zu bringen. Schon zum Selbstverständnis der paulinischen Gemeinden gehörte die Mitarbeit vieler gemäß ihren Fähigkeiten und Begabungen. So bedeutet auf der Grundlage des Evangeliums ehrenamtliches Laienengagement in der Kirche heute, dass Frauen und Männer, Junge und Alte ihre Begabungen im Dienst an den Mitmenschen einbringen, ihren Verantwortungsbereich mitgestalten und somit wirkungsvoll das Miteinander in Kirche und Gesellschaft stärken können. Die Charismen vieler Christinnen und Christen liegen jedoch brach.

Deshalb verlangt eine Kultur der Vielfalt von Charismen:

- Das ehrenamtliche Laienengagement wird als Teilhabe am pastoralen Grundauftrag der Kirche ernst genommen.
- Die unterschiedlichen Neigungen, Begabungen und Fähigkeiten der Getauften und Gefirmten werden in der Ausgestaltung ehrenamtlichen Laienengagements berücksichtigt und können sich in den kirchlichen Vollzügen von Diakonie, Liturgie und Verkündigung entfalten.
- Die Sensibilisierung für die besonderen Charismen der sozial Schwachen wird gefördert, damit auch diese ihre Fähigkeiten im ehrenamtlichen Engagement einbringen können.
- In Gemeinden und Verbänden wird eine Atmosphäre der Offenheit gepflegt. So können auch Menschen, denen kirchliches Leben fremd ist, ihre Fähigkeiten entdecken und Räume ehrenamtlichen Handelns in der Kirche finden.
- Die Übernahme eines Ehrenamtes geschieht nach vereinbarten Regeln, die Verbindlichkeit behalten auch bei Wechsel der haupt- bzw. nebenberuflich Tätigen. Dazu gehören: Vereinbarungen über den inhaltlichen Rahmen der Aufgabe,

über zeitlichen Aufwand und Dauer, Beschreibung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sowie eine erkennbare Beauftragung.

- Ehrenamtlich tätige Frauen und Männer, Junge und Alte tragen nicht nur Verantwortung für den im Ehrenamt übernommenen Aufgabenbereich. Sie werden auch am Zustandekommen von Entscheidungen beteiligt, die ihren Aufgabenbereich betreffen. Alle Formen ehrenamtlichen Laienengagements – der auf längerfristiger Bindung beruhende oder der kurzfristige, eher projektbezogene Dienst – werden unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Besonderheit gefördert.
- Weltkirchliches ehrenamtliches Engagement als Zeichen gelebter Solidarität wird in den Ortskirchen als Bereicherung erfahren

2. Für eine Kultur der Kooperation

Ehrenamtliches Engagement beinhaltet, dass Menschen eine Aufgabe als sinnvoll erkennen, der sie Zeit und Kraft zur Verfügung stellen. Es bedeutet aber auch, dass sie einen ganz persönlichen Zuwachs an Sinn-erfüllung, Selbstverwirklichung und Anerkennung finden können. Jede menschliche Gemeinschaft lebt davon, dass sozial motivierte Menschen sowohl als hauptberuflich wie als ehrenamtlich Tätige diese als „Gemeinschaftsprojekt“ miteinander gestalten. In allen kirchlichen Handlungsfeldern ist das Zusammenwirken von ehrenamtlich und hauptberuflich Tätigen geprägt vom gegenseitigen Wechselspiel von Professionalität und Idealismus, von Unabhängigkeit und Loyalität. Ein solches Miteinander führt zu einem Klima gegenseitiger Wertschätzung. Kooperations- und Dialogfähigkeit sowie entsprechende Strukturen sind dafür die Voraussetzung. Oft aber erfahren Ehrenamtliche, dass die Pflege partnerschaftlicher Zusammenarbeit vernachlässigt wird.

Deshalb verlangt eine Kultur der Kooperation:

- Die Kirche entwickelt und installiert auf allen Ebenen noch mehr als bisher Strukturen und Arbeitsformen, in denen ehrenamtlich Tä-

tige gemeinsam mit hauptberuflich Tätigen und in Ergänzung zueinander Verantwortung übernehmen und tragen.

- Die Räte der Laien und die Verbände in der Kirche werden an Willensbildung und Entscheidungsfindung beteiligt.
- Ehrenamtlich Tätige verwalten für den von ihnen verantworteten Bereich auch die entsprechenden Finanzmittel eigenverantwortlich.
- In Ausbildungsgängen für Pastoral- und Sozialberufe wird das Thema „Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen“ verstärkt aufgenommen.
- Einer Verstärkung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im Ehrenamt wird entgegengewirkt.
- Kinder- und jugendgerechte Formen ehrenamtlichen Engagements und andere lebensphasenspezifische Formen werden ausgebaut und gefördert.
- Vor Ort werden Vereinbarungen hinsichtlich Aufgaben, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zwischen denen, die bezahlte und die unbezahlte Arbeit leisten, getroffen.
- Veränderungen von Vereinbarungen, Verfahren und Regelungen geschehen in gegenseitiger Abstimmung zwischen hauptberuflich und ehrenamtlich Tätigen. Es finden regelmäßige Gespräche zwischen hauptberuflich und ehrenamtlich Tätigen zur zeitnahen gegenseitigen Beratung, Unterstützung und Information statt. Die persönliche Lebenssituation Ehrenamtlicher findet bei Planungen besondere Berücksichtigung (z.B. bei Festlegungen von Ort, Zeitraum oder Zeitumfang). Die Betreuung für Kinder von Ehrenamtlichen in der Familienphase wird bei Bedarf ermöglicht.
- Leitungsgremien in der Kirche werden im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten auch für ehrenamtlich tätige Frauen und Männer geöffnet.
- Ehrenamtliche werden – auch angesichts knapper werdender Finanzressourcen – nicht als Lückenbüller behandelt.

3. Für eine Kultur der Qualität

Ehrenamtlich engagierte Laien nehmen teil am Heilsauftrag der Kirche und sind diesem verpflichtet. Im

Vergleich zu hauptberuflich im Dienst der Kirche Tätigen bedarf es der besonderen Beachtung und Begleitung der ehrenamtlich Engagierten. Diese haben ebenfalls einen Anspruch auf eine entsprechende, an der jeweiligen Persönlichkeit orientierte Entwicklung der Zusammenarbeit. Der biographische Kontext ist dabei zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für Sozialkompetenzen aus der Familienarbeit. Damit sollen ehrenamtlich Tätige in ihrer Motivation gestärkt, in ihren Fähigkeiten gefördert sowie für ihre Aufgaben vorbereitet werden. All dies dient der Qualitätssicherung ihres Arbeitens. Qualitätsförderung und Qualitätssicherung sind jedoch häufig kein Thema.

Deshalb verlangt eine Kultur der Qualität:

- Für ehrenamtlich ausgeübte Dienste (wie für alle Dienste der Kirche) werden Konzepte zur Aus- bzw. Weiterbildung erstellt.
- Personenbezogene Schlüsselqualifikationen zur Gestaltung von sozialen Beziehungen (z.B. Kommunikations-, Konflikt- und Leitungsfähigkeit) werden gefördert. Die nötige fachbezogene Qualifizierung und eine durch Zertifikat bestätigte Weiterbildung, die auch Formen der Zusammenarbeit einbezieht, werden ermöglicht und finanziert.
- Gelungene Modelle ehrenamtlicher Arbeit – besonders auch im Zusammenwirken mit hauptberuflich Tätigen – werden öffentlich sichtbar gemacht.
- Im Ehrenamt erworbene Qualifikationen werden bestätigt.
- Für ehrenamtlich ausgeübte Dienste wird geistliche Begleitung angeboten und die spirituelle Bildung gefördert

4. Für eine Kultur der Wertschätzung

Menschen sind bereit, sich neben ihrer Erwerbs- oder Familienarbeit unentgeltlich ehrenamtlich zu engagieren, wenn sie wissen, dass der Einsatz ihrer Fähigkeiten, ihrer Zeit- und Kraftressourcen sinnvoll ist, ihrem Glauben Ausdruck verschaffen kann, dem Gemeinwohl dient und auch soziale Anerkennung findet. Daher sind angemessene Formen der Wertschätzung zu entwi-

ckeln. Häufig vermissen Ehrenamtliche sogar den Dank.

Deshalb verlangt eine Kultur der Wertschätzung:

- Die ehrenamtlich geleistete Arbeit findet öffentliche Anerkennung und Würdigung. Neue Formen des Dankens werden entwickelt und realisiert.
- Nach überschaubaren Zeitabschnitten wird die ehrenamtliche Tätigkeit zur Vermeidung von Überlastungen und Fehleinsätzen reflektiert.
- Nachweise, Referenzen, Zertifikate über ehrenamtliche Tätigkeiten werden ausgestellt und bei Übernahme neuer Tätigkeiten anerkannt.
- Beginn und Beendigung eines Ehrenamtes werden in geeigneter Form zum Ausdruck gebracht.
- Im Ehrenamt erworbene Qualifikationen finden bei beruflichen Einstellungen durch kirchliche und andere Arbeitgeber Berücksichtigung.

5. Für eine Kultur der Absicherung

Auch in der Kirche machen Ehrenamtliche häufig die Erfahrung, dass sie neben ihrem persönlichen Einsatz auch finanzielle Ressourcen einbringen müssen. Ehrenamtliches Engagement muss aber unabhängig von den jeweiligen wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen der sich Engagierenden möglich sein. Daher sind in Kirche und Gesellschaft die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, die ehrenamtliches Engagement stützen. Von ihrem Selbstverständnis her hat die Kirche eine Vorreiterrolle für die Verwirklichung der genannten Ziele zu übernehmen. Dabei haben die Verantwortlichen gegenüber dem Gesetzgeber ihren Einfluss für entsprechende Regelungen geltend zu machen.

Deshalb verlangt eine Kultur der Absicherung:

- Durch ehrenamtliche Tätigkeiten entstandene finanzielle Aufwendungen (z.B. Fahrtkosten, Telefon,

Arbeitsmaterialien etc.) werden in der Regel ersetzt.

- Die persönliche Lebenssituation von ehrenamtlich Tätigen findet bei Planungen besondere Berücksichtigung (z.B. Festlegung von Ort, Zeitpunkt, Zeitumfang, Betreuung von Kindern).
- Nicht erstattete Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten müssen steuerlich absetzbar werden.
- Für die Zeiten der ehrenamtlichen Tätigkeit sowie für den Umfang der übernommenen Aufgabe wird Unfall- und Haftpflichtversicherungsschutz gewährt.
- Die gesetzlichen Möglichkeiten der beruflichen Freistellung zur Weiterbildung werden entsprechend für ehrenamtlich Tätige angewendet.
- Die gesetzlichen Möglichkeiten zur Gewährung von Sonderurlaub für ehrenamtliche Tätigkeiten finden bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern Akzeptanz.
- In der zukünftigen Ausgestaltung der Alterssicherung wird danach gesucht, wie verstärkt dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten (Familienarbeit und ehrenamtliches Engagement) berücksichtigt werden können.

Das ehrenamtliche Engagement von Frauen und Männern, von Jungen und Alten bedarf der Pflege und Förderung in Kirche und Gesellschaft. Denn die Früchte dieses Engagements kommen allen zugute.

Beschlossen von der Vollversammlung des ZdK am 15. Juni 2004



„Trommeln gehört zum Geschäft!“

Da Oberstleutnant Paul Brochhagen zurzeit in der GKS „ämterfrei“ ist, übernahm er bei der historischen Stadtführung durch Lingen den Dienstposten des Trommlers und schlug zur Freude von Beteiligten und Bevölkerung gekonnt das Fell. Der Herold der Kievelinge in Kleidung der Stadtwache des 14. Jh. ist sichtlich zufrieden. Die Kievelinge (Verniedlichung von Kiever = Krieger, also kleine Krieger) pflegen die Tradition junger, unverheirateter Männer, die 1372 die Stadtmauern erfolgreich gegen marodierende Banden hielten, als die zuständige Lingener Bürgerwehr einsatzbedingt abwesend war. Statt des Kriegshandwerks pflegen sie heute Geselligkeit und übernehmen stilvolle Stadtführungen.

Ehrenamtliches Laienengagement

Den Grundsatzvortrag zum Thema „LEBEN AUS GOTTES KRAFT – EHREN-AMTLICHES LAIENENGAGEMENT“ hielt Prof. DDr. Michael Ebertz von der Katholischen Fachhochschule Freiburg.

Kernaussage war, dass ehrenamtliches Engagement heute aus einer gemischten Motivationslage heraus erfolgen müsse: Das traditionell altruistische (i.e. selbstlose, aufopfernde) Motiv trete heute immer mehr das Ziel, sich selbst zu verwirklichen, was durchaus ehrenhaft sei. Dies bedeute, das Ehrenamt vermehrt als zeitlich begrenzt und projektbezogen zu begreifen. Nur so könne unter den gegenwärtigen Bedingungen zur Mitarbeit motiviert werden. Dieses „neue Ehrenamt“ setze aber auch die Offenheit der vorhandenen Strukturen für personellen Wechsel voraus. Anerkennung des Ehrenamtes, Qualifizierung der ehrenamtlich Tätigen und zeitliche Begrenzung seien heute unverzichtbar. Die Berücksichtigung der Wünsche der ehrenamtlichen Mitarbeiter, ihre fachliche Qualifikation und seelsorgerische Betreuung, die Möglichkeit des Austausches mit anderen ehrenamtlichen Mitarbeitern, die Chance zur Beendigung des Engagements und die Anerkennung ihrer Tätigkeit seien berechnete Ansprüche ehrenamtlicher Mitarbeiter. Aufgabe der Verantwortlichen gegenüber potentiellen ehrenamtlichen Mitarbeitern seien eine umfassende Information, Herstellung einer gewissen Betroffenheit, das Angebot von Zeitsouveränität (einschließlich des Angebots von zeitlich begrenzten Projekten) und die Bereitstellung von Anreizen. Hauptamtliche Mitarbeiter stünden in der Pflicht, sich verstärkt auf ehrenamtliche Mitarbeiter einzustellen, sie in ihrer Leistungsfähigkeit zu würdigen und ihre Rolle positiv zu sehen. Da das Manuskript des Referenten nicht zur Verfügung steht, werden im Folgenden Kernaussagen des Vortrags anhand zweier so genannter Handouts wiedergegeben*):

„Eine Organisation, die Probleme hat, ehrenamtliches Engagement zu mobilisieren und einzubinden, ist selbst das Problem!“

... Wie man aus Umfragen weiß, ist ein großes Hemmnis für ehrenamtliches Engagement fehlende Information, auch und gerade bei jungen Leuten. Zum anderen wird eine Organisation ihr eigenes Anreizpanorama in den Blick zu nehmen und Lücken zu beseitigen haben. Leitfrage hätte zu sein: Was bieten wir den ehrenamtlich Aktiven als Gegenleistung an? Ist das Ensemble der Anreize unserer Organisation breit, differenziert und vielschichtig genug, um das gesuchte Potenzial unterschiedlich und gemischt motivierter und qualifizierter Jugendlicher, Frauen und Männer für eine ehrenamtliche Tätigkeit zu mobilisieren

und dauerhaft – zeitlich durchaus befristet – im Auftrag der Organisation verbindlich einzubinden?

Was könnte eine kirchliche Organisation dem ehrenamtlichen Engagement als nicht-monetäre Gegenleistung anbieten (und welche strukturellen Voraussetzungen müssen z.B. dafür gegeben sein)? Ob sie es anbietet, ist eine andere Frage, und ob sie es anbieten soll, wieder eine andere. Stichwortartig ist festzuhalten:

– **Zweckerfüllung** (Voraussetzung: Aufgaben, Leistungen und Güter, mit denen etwas Erwünschtes bewirkt wird, zu denen man aber ohne Vermittlung einer Organisati-



Prof. DDr. Michael Ebertz nach dem Vortrag im Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein, und dem Chefredakteur AUFTRAG, Paul Schulz.

on keinen Zugang erhalten oder die man auch nur in kollektiver Kooperation produzieren kann);

- **Organisationsimage, -werte und -ziele** (Voraussetzung: hohe Wertschätzung und Bekanntheit der Organisation und ihrer Ziele, um sich mit ihr identifizieren, an ihr orientieren und das Engagement in ihrem Auftrag als „sinnvoll verbrachte Zeit“ erleben zu können);
- **Prestige** (Voraussetzung: offener Zugang zu differenzierten Ämtern, welche als Status die Chance bieten, sich soziale Anerkennung, d.h. symbolisches Kapital zu „holen“);
- **Kompetenz-Entwicklung und -Sicherung** (Voraussetzung: professionelles Management der kontinuierlichen Ansprache, Begleitung, Beratung, Coaching, Supervision und Aus- bzw. Fortbildung und entsprechender Einsatz von personellen und finanziellen Ressourcen);
- **Ethos und spiritueller Mehrwert** (Voraussetzung: begleitende Angebote gemeinschaftlicher Reflexion und Meditation, das ehrenamtliche Engagement im Licht des Glaubens sehen zu lernen);
- **Sozialer Tausch** (Voraussetzung: Bereitstellung von Handlungsspielräumen zur Partizipation, d. h. Mitwirkung bei Entscheidungen, Eigenverantwortung, Selbstgestaltung, Ausdruckschancen, auch zur

*) zusammengestellt – ohne Kennzeichnung von Zitaten und ohne Angabe von Fußnoten nach: Ebertz, Michael N., „Ehrenamtliches (Laien-)Engagement – Einsichten und Anstöße“ in: „Kirche lebt. Mit uns. Ehrenamtliches Engagement aus Gottes Kraft“, hrsg. von Hans-Georg Hunstig, Magdalena Bogener und Prof. Dr. Michael N. Ebertz; Klensverlag Düsseldorf 2004; Teil III: Sozialwissenschaftlich: wahrnehmen, engagieren, aufwerten, anreizen; S. 142 ff.

„Selbstdarstellung“; Informationsfluss; Kultur des Dankes);

- **Soziales Kapital** (Voraussetzung: Beziehungs- und Kontaktreichweite zu anderen, auch zu Honoratioren und Experten, deren Kenntnisse und Kontakte sich auch – natürlich in rechtlich zulässiger Weise – zu eigenem Vorteil im privaten Leben nutzen lassen);
- **Gemeinschaft und Geselligkeit** (Voraussetzung: Gelegenheitsstrukturen zur Entwicklung von fachlicher Arbeitsteamzugehörigkeit und von Zusammengehörigkeits- oder Wir-Gefühl unter Beachtung des Zusammenhangs von sozialen Schließungs- und Ausschluss-tendenzen).

Um Ehrenamtliche zu gewinnen und einzubinden, müssen die Hauptamtlichen der Pastoral, der kirchlichen Verbände ... gewissermaßen einen Rollenwandel in ihrem Verhältnis zu den Ehrenamtlichen vollziehen, die häufig einerseits durch die Professionellen entlastet werden, andererseits von ihnen eher als Dilettanten betrachtet werden und sich selbst im Vergleich zu den Professionellen als solche sehen. Hauptamtliche haben zu lernen, neben ihren Spezialaufgaben als Animateure, als Aktivierungshelferinnen und Aktivierungshelfer der ehrenamtlich Engagierten tätig zu sein, nicht als deren Vorgesetzte. Dann kann es nicht mehr ihr Ziel sein, möglichst viele

Aufgaben, die sich ... stellen, selbst zu erledigen, weil sie ja aufgrund ihrer Ausbildung „die Fachfrau“ oder „der Fachmann“ sind. Wer dieses Ziel vor Augen hat, überfordert sich selbst, stößt ständig an seine Grenzen und wird nur wenig Erfolg ernten. Die Hauptaufgabe der Priester sowie der hauptberuflichen pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss letztlich darin liegen, möglichst viele Gläubige aus der Gemeinde zu motivieren, Aufgaben für und im Auftrag der Gemeinde zu übernehmen, diese dafür zu schulen und zu begleiten und so eher in den Hintergrund zu treten. In ähnlicher Weise wäre dies freilich auch für die ehrenamtlich Hauptverantwortlichen in Pastoral, Verbänden und Caritas im Blick auf ihre ehrenamtlich bzw. auch hauptamtlich aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu formulieren.

Eine weitere Chance für die organisierte Angebotsseite zur Gewinnung ehrenamtlichen Engagements liegt in der Eröffnung zeitlich begrenzter Projekte sowie in der weitgehenden Einräumung von Zeitsouveränität, d.h. in der strukturellen Rücksichtnahme auf den persönlichen Zeithaushalt derer, die zum ehrenamtlichen Engagement gewonnen und eingebunden werden sollen. Da ehrenamtlich Aktive einen weitaus größeren Bekanntenkreis haben, häufiger erwerbstätig sind und auch noch in einem Mehr-Personen-Haushalt

wohnen, ist die Möglichkeit zur flexiblen Ausbalancierung von Verpflichtungen aus ihrer Sozialzeit mit anderen Interessen und Erwartungen ihrer Determinationszeit (Arbeitszeit), Obligationszeit (freie Zeit zur Erledigung von Lebensnotwendigkeiten wie Essen oder Schlafen) und auch Dispositionszeit (Freizeit) einzuräumen.

Wenn es beim ehrenamtlichen Engagement um eine unbezahlte – nicht auf den monetären Lebensunterhalt zielende –, außerberufliche, freiwillige und gleichwohl verbindliche, produktive Tätigkeit im Auftrag einer Organisation geht, erfordert die Übernahme einer solchen Aktivität auch eine öffentlich erkennbare Beauftragung durch das Leitungspersonal. Eine solche Beauftragung stärkt der bzw. dem Beauftragten nicht nur den Rücken und klärt die Rahmenbedingungen ihres/seines Einsatzes, sondern trägt auch viel zur Motivation und öffentlichen Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements bei. Die Kirche als Organisation hat sich den Sinn für Riten und andere symbolische Handlungsformen als Profilmerkmal und wichtige Kommunikationsressource bewahrt. Sie könnte diese Ressourcen selbst zur Ressourcenschöpfung von ehrenamtlichem Engagement entfalten, ohne dass sie anderen kaum mehr zur Ressource werden kann beim Aufbau einer „wahrhaft menschlichen Welt“ (GS Nr. 3) und Kirche.

Anstöße zum Weitermachen

1.

- Was sagt Ihnen das Wort „Ehre“ heute? Sollte man es aus dem Verkehr ziehen (durch andere Wörter ersetzen; darüber besser nicht sprechen)? Was würde dann aus dem „Ehrenwort“? Was würde aus der „Unehrlichkeit“, welche die Hitparade der unliebsamen Eigenschaften in den Umfragen anführt?
- Immanuel Kant nannte „Ehre“ eine „Glücksgabe“. Gilt dies auch für das „Ehrenamt“?
- Wie war das bei Ihnen oder anderen – kamen Sie (sie) von einer „Amtsehre“ und/oder aus persönlicher „Ehrlichkeit“ zum Ehrenamt?
- Ist es heute eine „Ehre“, ein Ehrenamt zu bekleiden? Gibt es Eh-

renämter mit mehr oder weniger „Ehre“?

- Kennen Sie Ehrverletzungen von (auch: durch) Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren?
- Wie soll jemand, Ihrer Meinung nach, eine „verletzte Ehre“ wiederherstellen – seine eigene oder die einer anderen Person?
- Wem gebührt Ihrer Meinung nach Ehre – wem ein Ehrenamt?

2.

- Treffen die vorgestellten Befunde auch für diejenigen Ehrenamtlichen zu, die Sie kennen?
- Wie erklären Sie sich, dass die Bereiche Familie, Arbeit, Freunde

und Bekannte für die Bevölkerung eine so hohe Bedeutung haben?

- Wie erklären Sie sich, dass Menschen in der aktiven Familienphase so deutlich unter den ehrenamtlich Tätigen überrepräsentiert sind?
- Werden Menschen mit geringem sozialen und ökonomischen Kapital, Menschen am gesellschaftlichen Rand, vom Zugang zu Ehrenämtern ferngehalten oder schließen sie sich selbst aus?
- Wie könnten sie Zugang erhalten bzw. gewonnen werden?
- Kennen Sie Christinnen und Christen, die ehrenamtlich auch – und vielleicht ausschließlich – außerhalb von Kirche tätig? Sind diese

gleichwohl im Sinne von Kirche tätig? Was könnte „im Sinne von Kirche“ meinen?

- Suchen Sie – aus den in diesem Buch vorgestellten Initiativen und aus den eigenen Kenntnissen – Beispiele für Tätigkeiten im Quasi-Ehrenamt, im Dienstleistungsehrenamt und im Selbsthilfeehtenamt.

3.

- Wie erleben Sie sich selbst oder andere ehrenamtlich Engagierte – als Lückenbüßer für fehlende Hauptamtliche oder als Eigenwert?
- Sollte und – wenn ja – wie könnte ehrenamtliches Engagement in der Kirche aufgewertet werden?
- Die Geringschätzung, also die Vernachlässigung einer gerechten Zuteilung von „Ehre“, gilt in der moraltheologischen Tradition als „Sünde“. Wie sehen Sie das?
- In welchen Bereichen machen innerhalb Ihres Erfahrungshorizontes heute Ehrenamtliche das, was früher Aufgabe von Hauptamtlichen war?
- Wie steht es Ihrer Meinung nach um die „Kirchlichkeit“ der ehrenamtlichen Tätigkeit in der verbandlichen Caritas und anderen katholischen Verbänden?
- Ist verbandliche Caritas immer auch „Pastoral“?
- Wie steht es Ihrer Meinung nach um die diakonisch-caritative Dimension der (ehrenamtlichen) pastoralen Arbeit der Kirche (z.B. in den Gemeinden, in den katholischen Verbänden)?

4.

- In welchen Tätigkeitsfeldern der Kirche (z.B. einer Gemeinde, eines Verbandes) sind nach Ihrer Wahrnehmung (wie viele?) Ehrenamtliche eingesetzt/nicht eingesetzt? Welche Zuständigkeiten haben sie?
- Wie sieht das in der evangelischen Kirche aus?
- Was macht eigentlich ein Pfarrgemeinderat oder Dekanatsrat bei Ihnen vor Ort, welchem der genannten sieben Typen entspricht er am ehesten?
- Wo sehen Sie Chancen zur Ausdehnung ehrenamtlichen Engagements in der Kirche?
- Kennen Sie Beispiele zur Veranschaulichung der These der „Professionalisierungsfalle“?

- Welche Charismen kommen Ihrer Meinung nach in der Kirche nicht zum Zuge?
- Machen Sie ein Gedankenexperiment: Was wäre, wenn es in Ihrer Kirche vor Ort keine Ehrenamtlichen gäbe, was wäre, wenn es keine Hauptamtlichen (mehr) gäbe?

5.

- Ist für Sie eine Kirchengemeinde eher ein Ort der Öffentlichkeit oder der Privatheit? Was folgt aus Ihrer Antwort für die Gestaltung des ehrenamtlichen Engagements?
- Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen dem überdurchschnittlich hohen Anteil von Mehrfach-, Wiederholungs- und Daueraktiven unter den ehrenamtlich Engagierten und dem Risiko zur Milieuverengung?
- Welche Vorteile/Nachteile hat die Feminisierung des ehrenamtlichen Engagements?
- Neue Männer/neue Frauen braucht die Kirche! – stimmen Sie dieser Forderung zu?
- Kennen Sie ‘junge Wilde’ unter den ehrenamtlich Engagierten in der Kirche?
- Welche Frauen- und Männertypen sind, Ihrem Wahrnehmungskreis entsprechend, ehrenamtlich in der Kirche engagiert – und welche nicht?

6.

- Auf welchem Weg sind Sie oder andere, die Sie kennen, in ein Ehrenamt gekommen?
- Was motiviert Menschen Ihres Umkreises zum ehrenamtlichen Engagement?

- Was wird nach Ihrer Wahrnehmung an finanziellen und personellen Ressourcen in das ehrenamtliche Engagement (z.B. Begleitung, Erweiterung der Qualitätsstandards, Fortbildung, Auslagensatz, Versicherung usw.) investiert?
- Gibt es in Ihrem Umkreis für das Ehrenamt eine Kultur des guten Aufhörens, eine Kultur des guten Anfangens und eine Kultur der Anerkennung?
- Welches Anforderungsprofil (z.B. geistlich; fachlich) für ehrenamtliches Potential ist kirchlicherseits erforderlich?
- Wie sieht im Umkreis Ihres ehrenamtlichen Engagements oder anderer, die Sie kennen, das „Anreizspektrum“ aus? Wo hat es „Lücken“, wo könnte „nachgebessert“ werden?
- Wo wären strukturelle Voraussetzungen zu schaffen, um Anreize besser wirken zu lassen?
- Was müsste zu den oben zitierten „Rahmenrichtlinien“ hinzukommen?
- Wie wird über ehrenamtliches Engagement informiert?
- Was halten Sie von „Stellenaus-“ oder „Stellenbeschreibungen“ für Ehrenämter? Was halten Sie von „Zielvereinbarungen“ und „Prioritätensetzungen“ für ehrenamtliches Engagement?
- Gibt es auch in Ihrem Umkreis jene „moderne Form der Christenverfolgung“?
- Wie ist das fachliche und hierarchische Verhältnis zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen (gleichberechtigt/komplementär/substituierend/konkurrierend)? □

Ein freundlicher, selbstbewusster und auf seine Stadt und die Emsregion stolzer Oberbürgermeister empfing die Delegierten der Bundeskonferenz der GKS im Lingener Rathaus. Im Bild OB Heiner Pott im entspannten Gespräch mit Brigitte und Hans-Jürgen Mathias, Beauftragte für die Seminare „3. Lebensabschnitt“, und Hptm Michael Grundmann, Vorsitzender der GKS im Bereich NS/HB.





Geschenkte Zeit

Leben aus Gottes Kraft – ehrenamtliches Laienengagement

Manchen Abend, manches Wochenende „schlagen sie sich um die Ohren“ – die Verantwortlichen in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. „Damit was geschieht“, meint Hauptmann Hans-Georg Pauthner, Vorsitzender der GKS in Bayern, „müssen wir Mandatsträger nicht nur Impulse geben sondern selbst mit anpacken.“ Die GKS-Kreise, so etwas wie Basisgruppen, treffen sich 8-10 mal im Jahr zu Vorträgen, gemeinsamen Unternehmungen und auch zu geselligen Runden. „Den Mitgliedern geht es um geistig-geistliche Fortbildung ebenso wie um die Pflege der Kameradschaftlichkeit“, weiß Oberstleutnant Bertram Bastian vom GKS-Kreis Bonn zu berichten. Das Jahresprogramm will zusammengestellt sein, die Referenten wollen ausgewählt und eingeladen, die Mitglieder informiert werden – eine Menge organisatorische Aufgaben, die Zeit kosten, Zeit, die wertvoll ist, auch wenn sie nicht mit Euro und Cent vergolten wird.

Offensichtlich gibt es etwas, was die GKS-Kameraden motiviert. Was ist die treibende Kraft, die hinter dem Engagement steckt? In unserer schnelllebigsten Zeit mit ihren Reizüberflutungen laufen viele Gefahr, das Wesentliche aus den Augen zu verlieren. Die GKS als katholischer berufsständischer Verband möchte dem entgegenwirken. Sie will ihre Mitglieder – im Sinne des Wortes – zur Besinnung bringen und dazu bewegen, sich mit den ethischen Grundlagen, mit dem Warum und Wofür des Soldatenberufes zu befassen. Dazu gehört es, die Quelle zu kennen, die unseren christlichen Glauben speist, die ethischen Imperative, die auf den Soldaten wirken, sei es als Vorgesetzter in Führungsverantwortung, sei es als Soldat, der Befehle ausführt.

Eigentlich sollte jeder wissen, wofür er steht und warum er dient. Die Antworten fliegen einem nicht zu; sie wollen erschlossen werden. Die dienstlichen Anleitungen sind

eher weltlich orientiert, und das ist manchem zu wenig, gerade wenn es um die letzten und vorletzten Fragen menschlicher Existenz geht. „Ja, die große Zahl der GKS-Mitglieder sind Idealisten: sie glauben an etwas, das über allen irdischen Verpflichtungen steht, das trägt und stärkt“, so sieht es auch der Bundesvorsitzende der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein, der dem Verband seit über zwei Jahrzehnten angehört und in verschiedenen Führungsebenen das Verbandsleben mitgestaltet hat.

Der Verband wird von seinen Mitgliedern getragen und vom Engagement der ehrenamtlichen Funktionsträger gestärkt und gefördert. Was mag wohl die Motivation für katholische Soldaten sein, die sich dieser Gemeinschaft anschließen? Ruhm und Ehre sind es nicht, Geld und Gut sind es auch nicht. Gottes Lohn? Vielleicht. Jedenfalls scheinen die Mitglieder zu spüren, dass es ihnen etwas bringt. Der Mehrwert der Gemeinschaft liegt wohl in den drei Verpflichtungen, die sich durch ihre programmatische Arbeit wie ein roter Faden ziehen: Begegnung – Besinnung – Bildung!

Begegnung: Kameraden treffen auf Gleichgesinnte, die wie sie Gemeinschaft bilden und so für sich selbst und für die anderen eine neues Miteinander schaffen. Diese „Gemeinde“ wird für sie zu einer geistigen Heimat, in der sie sich geborgen fühlen mit ihren Sorgen und Nöten, mit ihrer Freude und Hoffnung – gaudium et spes.

Besinnung: Der Soldat fragt nach dem Sinn seines Dienstes; er will sich finden im Umfeld von Staat und Politik, von Kirche und Ethik. Er sucht seinen Standort in einem ethischen Koordinatensystem von Werten und Tugenden. Er erkennt, dass Soldat nicht gleich Soldat, und Staat nicht gleich Staat ist. In der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts noch zogen Soldaten in den Krieg, um sich auf dem „Felde der Ehre“ (ein Euphemismus für Schlacht-Feld) zu „bewähren“. Heute versteht sich der

Soldat der Bundeswehr als „miles protector“, der schützt, hilft und rettet, der in Regionen eingesetzt wird, die von Krieg und Terror drangsaliert wurden (und werden); mit seinen Kameraden hilft er, dass wieder „Staat gemacht“ werden kann; er „steht Wache“, solange die Politik nach Lösungen sucht. Wahrlich ein Paradigmenwechsel!

Bildung: Das Konzept des „Staatsbürgers in Uniform“ verlangt einen politisch, historisch und kulturell hinreichend gebildeten Soldaten, der sich auch im „Einsatzland“ einigermaßen auskennt, damit er den Menschen helfen kann, für deren Wohl er seinen Dienst leistet. Die Konzeption der Inneren Führung wird von der GKS nicht nur bejaht, sondern nach Kräften gefördert. Völkerrecht und Menschenwürde sind für katholische Soldaten keine Fremdworte.

In der GKS leisten vor allem die Sachausschüsse inhaltliche Arbeit, die der Basis, den Kreisen, zugute kommen soll. Der *Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“* befasst sich mit sicherheitspolitischen Fragen und kreuzt sie mit der katholischen Soziallehre. So hat sich die GKS mit ihren Erklärungen zu Themen, die mit Krieg und Frieden zu tun haben – zuletzt mit der Erklärung: Krieg gegen den Irak – ethisch zu verantworten?“ – einen Namen gemacht.

Den gleichen Ansatz wählt der *Sachausschuss „Innere Führung“*, der sich mit berufsethischen Fragen auseinandersetzt und sich eher mit dem Innenleben der Bundeswehr befasst. Mit der Erklärung: „Innere Führung heute und morgen – Herausforderungen und Chancen“ misst der Sachausschuss die Wirklichkeit am Anspruch des „kategorischen Imperativs der Bundeswehr“ (als den man die einmalige Konzeption Innere Führung bezeichnen kann) und weist auf Entwicklungen hin, die der Bundeswehr schaden könnten bzw. wie Innere Führung noch fester verankert werden kann.

Fortsetzung auf Seite 39 u.



Bundeskonzferenz der GKS 2004

Verlauf und Inhaltszusammenfassung

Die Bundeskonferenz der GKS 2004 begann am Dienstag, den 14. September, mit der Teilnahme der Delegierten und der Gäste der GKS am Pontifikalamt mit Militärbischof Dr. Walter Mixa in der Stadtpfarrkirche St. Bonifatius in Lingen. An den Gottesdienst schlossen sich Empfang und Gästeabend des Katholischen Militärbischofs in der Aula des Ludwig-Windthorst-Hauses an.

Gottesdienst und gesellschaftlicher Teil waren gemeinsame Programmpunkte mit den Teilnehmern an der Zentralen Versammlung, die unmittelbar vorangegangen war und damit ihren Abschluss fand

1. Der Bundesvorsitzende

- eröffnete die Bundeskonferenz und begrüßte besonders
- den Katholischen Militärbischof, Bischof Dr. Walter Mixa von Eichstätt,
- den Militärgeneralvikar und Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes, Prälat Walter Wakenhut,
- den Sprecher des Priesterrates Militärpfarrer Thomas Stolz,
- den Katholischen Leitenden Militärdekan Köln-Wahn MD Schnettker,
- die Vorsitzende der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS e.V.) Christa Reichard, MdB,
- Dr. Michael Kues, MdB des Wahlkreises Mittellems,
- als Vertreter der Militärseelsorge Slowenien Militärvicar Msgr. Dr. Joze Plut,

- als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten Österreichs (AKS) Oberst i.R. Michael Haubl,
- den Stellv. Vorsitzenden der Cornelius-Vereinigung e.V. Stabsfeldwebel a.D. Hartmut Wehr,
- den Geschäftsführer der aktion kaserne Josef König als Vertreter des Vorsitzenden des BDKJ Knuth Erbe,
- den Chefredakteur von „Die Tagespost“ und „kompass“ Carl-H. Pierk.

- Der Bundesvorsitzende legte einen umfassenden Bericht vor, in dem er in programmatischer Perspektive auf wichtige grundsätzliche Fragen der Laienarbeit im Rahmen der Katholischen Militärseelsorge einging (s.S. 43 ff.).
- Er dankte für die Unterstützung

durch das KMBA, besonders auch für die finanziellen Zuwendungen, durch die erst die Arbeit der GKS ermöglicht werde, und für die enge Zusammenarbeit mit der Militärseelsorge auf allen Ebenen.

- Er wies auf die wahrscheinlich auch zukünftig sinkenden Kirchensteuermittel hin. Er folgerte daraus, dass jetzt die Weichen gestellt werden müssten, um Spenden und Beiträge beim Finanzamt geltend machen zu können. Dazu werde bei dieser Bundeskonferenz über eine neue Satzung zu entscheiden sein, die die Voraussetzungen für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit durch das zuständige Finanzamt schaffen solle. Wichtig sei, dass Geist und Charakter der GKS dadurch nicht beeinträchtigt würden.
- Klein stellte die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit der GKS unter den Bedingungen des Einsatzes und des Friedensdienstes in den Standorten dar. Besonders wichtig sei für das organisierte Laienapostolat die Zuwendung zu jungen Menschen, die noch nach Orientierung suchen.

Fortsetzung von Seite 38

Der „*Internationale Sachausschuss*“ kümmert sich um die Außenbeziehungen der GKS. Er unterstützt das AMI (*Apostolat Militaire International*) und erörtert zusammen mit Soldaten ausländischer Streitkräfte friedens- und berufsethische Themen mit dem Ziel, einen Standard zu erreichen. Zuletzt hat er wesentlich an der Positionsbeschreibung „DER KATHOLISCHE SOLDAT AM BEGINN DES DRITTEN JAHRtausENDS“ mitgearbeitet.

Der *Sachausschuss* „*Konzeption und Information*“ hat über die Jahre größere Ereignisse wie die Katholikentage vorbereitet und organisatorisch begleitet. Er hat sich für ein

positives Erscheinungsbild der GKS in der Öffentlichkeit gekümmert und das Augenmerk der GKS auf ihre inhaltliche Arbeit gelenkt.

Der *Exekutiv-Ausschuss* steuert und koordiniert die Verbandsarbeit zwischen den jährlichen Bundeskonferenzen im Auftrag des Bundesvorstandes. Die GKS-Anliegen werden in der regelmäßig erscheinenden *Verbandszeitschrift AUFTRAG* dokumentiert und durch qualifizierte Beiträge spezieller Autoren bereichert. AUFTRAG blickt aber auch über den Tellerrand der eigentlichen Verbandsarbeit hinaus und nimmt sich Themen aus Kirche und Gesellschaft vor. Damit erweitert er nicht nur den Horizont der GKS-Mitglieder ...

Die aufgeführten Aktivitäten zeugen von einem Laienengagement, das mitunter professionelle Züge trägt. Woher die Mitglieder ihre Motivation beziehen, lassen sie im diesjährigen Jahresthema, das auch Leitsatz des diesjährigen Katholikentags war, anklingen: letztlich aus der Kraft Gottes. Denn der Gott Jesu Christi gibt Leben, und mit dem Leben schenkt Er Zeit. Klar ist, dass ein Verband wie die GKS nur leben und sich entwickeln kann, wenn viele einen Beitrag leisten und einen Teil ihrer Zeit – ganz bewusst und freiwillig – verschenken: für eine gute Sache im Dienst für Menschen.

Helmut P. Jermer
Pressesprecher GKS

- Als einen der Schwerpunkte der Arbeit dieses Jahres bezeichnete er die Werbung neuer ehrenamtlicher Mitarbeiter. In dieser Hinsicht werde auch die für 2005 geplante GKS-Akademie Oberst Helmut Korn eine wichtige Rolle spielen, für die auch ausländische Gäste eingeladen werden sollten.
- Die zukünftig notwendige Umstrukturierung der GKS werde der Neuorientierung der Militärseelsorge folgen.
- Die Pensionäre, die mit ihrer Entlassung aus der Bundeswehr aus dem Jurisdiktionsbereich der Militärseelsorge herausfallen, sollten auch zukünftig in der GKS eine Heimat finden.

2. Militärbischof Walter Mixa

nahm Bezug auf die Ausführungen des Bundesvorsitzenden und bekräftigte die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit zwischen Militärseelsorge und der GKS als Verband in der „Kirche unter Soldaten“. Er betonte die missionarische Aufgabe der katholischen Laien in einer säkularisierten Welt. Die Sichtbarkeit des eigenen Glaubens sei Aufgabe eines jeden Christen.

Aus der Arbeit des Verbandes hob er die Befassung mit aktuellen konkreten politischen Themen hervor. In diesem Zusammenhang stellte er fest, dass die europabezogene Thematik der vom Bundesvorsitzenden angekündigten Akademie Oberst Helmut Korn in die richtige Richtung ziele. Er forderte die Militärgenossen auf, diese Aktivität durch nachdrückliche Werbung in ihrem Bereich zu unterstützen.

3. Grußworte

- MdB Christa Reichard, die Vorsitzende der KAS, überbrachte die Grüße der KAS. Sie erinnerte an die gute Zusammenarbeit z.B. beim Katholikentag in Ulm oder durch die Veröffentlichungen über die KAS in der GKS-Publikation AUFTRAG. GKS und KAS seien beides katholische Laienorganisationen, die den Bürger in Uniform in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellten. Von daher verstünden sich beide Orga-

nisationen als Anwalt der Soldaten.

Das Thema „Ehrenamtliches Laienengagement“ gebe Anlass, auf die oft mangelhaften Rahmenbedingungen ehrenamtlicher Arbeit hinzuweisen.

Sie berichtete über zwei wichtige Projekte: Den geplanten Aufbau einer „Oase“ in Kabul (*Anm.: Oase – Name für eine Betreuungseinrichtung im Einsatzland*) und die Vorbereitung einer parlamentarischen Anfrage zur Militärseelsorge.

- MdB Dr. Hermann Kues, der für den Landkreis Mittelsachsen zuständige Bundestagsabgeordnete, überbrachte die Grüße der Vorsitzenden der CDU, Frau Dr. Merkel, die von der Bedeutung christlicher Laienarbeit überzeugt sei. Er wies auf die Notwendigkeit klarer Orientierung für die Menschen hin. Eigene Identität sei die Voraussetzung für die Fähigkeit zum Dialog. Die eigene christliche Position könne Wegweisung für andere Menschen sein.

Er hob die Bedeutung der katholischen Friedensethik für die schwierige Frage des Auslandseinsatzes hervor. Die inhaltliche Arbeit der GKS sei für auch für ihn selbst von erheblicher Bedeutung.

- Für die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten Österreichs (AKS) überbrachte Oberst i.R. Michael Haubl die Grüße des Vorsitzenden der AKS Generalmajor Sinn und des Präsidiums der AKS. Vor dem Hintergrund der langjährigen Partnerschaft und des Gedankenaustausches zwischen AKS und GKS sprach er eine Gegeneinladung zur Vollversammlung der AKS 2004 aus.
- Der Militärvicar der slowenischen Militärseelsorge Msgr. Dr. Joze Plut begrüßte die Bundeskonferenz in deutscher Sprache. Er dankte für die Einladung, die er als eine neue und weiterführende Idee bezeichnete. Für die neuen demokratischen Länder, die sich noch immer in einem Zustand der Transformation befänden, sei die Zusammenarbeit mit anderen Ländern von großer Bedeutung. Nur so könne schritt-

weise die besonders in den Armeen spürbaren Furcht überwunden werden, der Einfluss religiöser Gemeinschaften könnte die Funktionsweise der Streitkräfte beeinträchtigen. Er erhoffe sich einen fortdauernden Austausch mit der GKS.

- Der Stellvertretende Vorsitzende der Corneliusvereinigung (CoV) Stabsfeldwebel a.D. Hartmut Wehr überbrachte die Grüße der evangelischen Kameraden. Er informierte darüber, dass die Ursprünge einer Gemeinschaft evangelischer Soldaten bis in das 19. Jh. zurückgehe. Nach dem 2. Weltkrieg formierte sich die Corneliusvereinigung und öffnete sich 1978 für alle Dienstgradgruppen. In ihr finden sich evangelische Soldaten zusammen, die ihren Glauben ernst nehmen und vorbildlich leben wollen.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr zeigten, dass christliche Soldaten einen Friedensdienst auch an muslimischen Menschen leisten, ohne zu missionieren.

- Josef König, der Geschäftsführer der Aktion Kaserne überbrachte zugleich im Auftrag des Bundesvorstandes des BDKJ herzliche Grüße. Der BDKJ bereite z.z. intensiv den Weltjugendtag 2005 in Köln vor.

Zur Frage der Wehrform wies König darauf hin, dass diese Frage politisch zu entscheiden sei, da das Bundesverfassungsgericht die Wehrpflicht für grundsätzlich zulässig hält. Diese Entscheidung, vor der nach seiner Auffassung der nächste Bundestag stehen werde, sei eine Frage der Klugheit. Es lohne sich, darüber nachzudenken, welchen Typus von Soldaten wir zukünftig haben wollten. Katholische Soldaten wie auch der BDKJ können ihre Auffassungen einbringen.

- Msgr. Kestel, der Geistliche Beirat der GKS, zeigte sich erfreut, dass in allen bisherigen Beiträgen und Grußworten zahlreiche geistliche Elemente enthalten gewesen seien. Seinen eigenen geistlichen Impuls habe er in seinem Beitrag zum Jahresbericht der GKS formuliert. Er hob noch einmal einige zentrale Aussagen dieses Textes hervor (Wortlaut

s.S. 23). Wesentlich sei mit offenen Augen die Zeichen der Zeit, auch die positiven Signale und die Zeichen der Hoffnung zu sehen. Daraus könnten wir dann Visionen entwickeln, nicht im Sinne von weltfremden Utopien, sondern als kleine Utopien, die verwirklicht werden könnten, die aber über die unmittelbar sichtbare Realität hinauswiesen. Der Christ richte seine Zukunftserwartung nicht ins Leere, das Reich Gottes beginne schon jetzt unter uns Glaubenden.

Von manchen Aspekten der Volkskirche müssten wir uns verabschieden, dafür aber einen missionarischen Blick gewinnen: Wir seien nur wenige, aber wir könnten trotzdem etwas bewegen. Diesen Impuls müssten wir mit in die alltägliche Arbeit, in die Kasernen nehmen.

Er sehe als Geistlicher Beirat die enge und freundschaftliche Zusammenarbeit mit der GKS sehr positiv.

4. Bericht des Vorsitzenden der Zentralen Versammlung (ZV) Oberstleutnant R. Schmitt

Auch die ZV hatte als Jahresthema das ehrenamtliche Laienengagement in den Mittelpunkt der Arbeit gestellt. Klare Aufgabenstellung, zeitliche Begrenzung und Anerkennung der Arbeit sind Voraussetzung dafür, neue ehrenamtliche Mitarbeiter zu gewinnen.

ZV und GKS seien nur gemeinsam stark. Beide Seiten sollten allem wehren, was sie auseinanderbringen

könne. Eine der gemeinsamen Aktionen sei das Projekt „Nachbarschaftshilfe.“ Das bisher sehr erfolgreiche Vorhaben wurde um ein weiteres Jahr verlängert (s. dazu S. 13).

Die von der ZV diskutierte Empfehlung für eine Neuordnung der Arbeitskonferenzen konnte nicht beabsichtigt verabschiedet werden. Die Debatte wurde auf 2005 vertagt. Bis dahin solle eine Neufassung erarbeitet werden.

Der Sachausschuss „Ehe – Familie – Partnerschaft“ stellte ein Internet-Forum für Soldaten und ihre Familien vor: Eine Handreichung wurde verteilt; ein Pool von Referenten steht zur Verfügung.

Wichtiges Element der ZV waren die Berichte der Bereiche, die in Gegenwart des Militärbischofs vorgetragen wurden und diesem einen lebendigen Eindruck von der Arbeit an der Basis vermittelten.

Für das Jahresthema 2005 wurden erste Überlegungen angestellt. Dabei werden der 50. Jahrestag der Gründung der Bundeswehr und der kurz darauf folgende 50. Jahrestag der Militärseelsorge zu berücksichtigen sein. Ferner spielt der 40. Jahrestag der Beendigung des II. Vatikanischen Konzils eine Rolle.

5. Diskussion

- Der Bundesvorsitzende dankte für die Grußworte und bat Herrn Dr. Kues, MdB, über den Meinungsstand in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Wehrpflicht zu informieren.

Dr. Kues berichtete, dass die

CDU eindeutig zur Wehrpflicht stehe. Die Bundeswehr solle in der Bevölkerung verankert bleiben und auf das wichtige Potential an Menschen aus allen Bevölkerungsschichten zurückgreifen können. Auch müssten finanzielle Mittel für die Bundeswehr bereitgestellt werden. Die CDU wolle sich in den nächsten Monaten intensiv mit der Frage der Zukunft der Bundeswehr befassen, um sich für die bevorstehende Bundestagswahl in dieser Frage aufzustellen.

Der Chefredakteur der Zeitschrift AUFTRAG, OTL a.D. Paul Schulz, wies darauf hin, dass er eigentlich nur bis 2004 diese Aufgabe wahrnehmen wollte. Im Hinblick auf den Wechsel des Bundesvorsitzenden 2005 sei er bereit, noch einige Zeit als Chefredakteur tätig zu sein. Danach müsse jedoch ein Nachfolger bereit stehen.

Für das Deckblatt der Zeitschrift werde ein neues Layout entwickelt. Verbesserungsbedürftig sei der Änderungsdienst der Anschriften für die Verteilung der Zeitschrift.

- Die Bundeskonferenz lehnte den Antrag auf Erlass der Satzung für einen e.V.-Status der GKS ab, durch die angestrebt werden sollte, die Zuerkennung der Gemeinnützigkeit zu erlangen. Der vom Bundesvorstand vorgeschlagene Weg, einen die ganze GKS umfassenden eingetragenen Verein zu schaffen, durch den dieses



Prominente Zuhörer bei der Bundeskonferenz der GKS 2004: rechts von Militärbischof Walter Mixa MdB Christa Reichard (Vorsitzende der KAS), der Moderator des Priesterrates Militärpfarrer Thomas Stolz und MdB Dr. Hermann Kues; links Bundesvorsitzender Oberst Karl-Jürgen Klein, MGW Walter Wakenhut, Oberst i.R. Haubl, MD Georg Kestel, geistlicher Beirat der GKS

Ziel erreicht werden könne, fand keine Mehrheit. Die Delegierten befürchteten, dass dadurch der in den Leitsätzen niedergelegte ideelle Charakter der GKS verkehrt würde.

Zwei weitere Beschlussanträge zielten auf die Gründung eines Trägervereins durch den BV. Die Mehrheit stimmte beiden Beschlussanträgen zu.

Der Bundesvorsitzende bewertete die kontroverse und teilweise auch emotionale Diskussion über die vorgeschlagene Satzung als Ausweis der Diskussionskultur und Lernbereitschaft, aber auch der Fähigkeit und Bereitschaft zur Umkehr. Es gehe vor allem darum, Geist und Charakter der GKS auch unter den Bedingungen knapper werdender Finanzmittel unangetastet zu lassen. Dabei sei man im Lern- und Erkenntnisprozess vorangekommen.

- Die Bundeskonferenz lehnte den Antrag ab, eine nach ihrer Auffassung nicht schlüssige überarbeitete Fassung der Leitsätze der GSK in Kraft zu setzen.

6. Grundsatzvortrag von Prof. DDr. Michael N. Ebertz zum Thema „Leben aus Gottes Kraft – ehrenamtliches Laienengagement“ (Extrakt s.S. 35).

7. Verschiedene Beiträge

- Seminar 3. Lebensphase Brigitte Mathias stellte als Sachverständige der GKS für das Seminar 3. Lebensphase die Schwerpunkte des letzten Seminars in Cloppenburg vor.
- Akademie Oberst Helmut Korn Der Leiter der Akademie OTL a.D. Paul Schulz erläuterte die Planungen für die Akademie 2005 (s.a.S. 104 ff.). Der Bundesgeschäftsführer forderte die Kreise und Bereiche aus, die Werbung für die Akademie nachdrücklich zu unterstützen.
- Die Vorlage des Sachausschusses Innere Führung „Plädoyer für eine Allgemeine Wehrpflicht (s.S. 86 ff.) nahm die Bundeskonferenz zur Kenntnis. Sie bat den Sachausschuss, in der Endfassung die Weisung des Generalinspektors zur Wehrpflicht vom 08. August 2004 zu berücksichtigen.
- Kinderfreizeit in Österreich Der Vorsitzende des Internationalen Sachausschusses, Oberst i.G. Reinhard Kloss, berichtete von der Teilnahme der Kinder von GKS-Angehörigen an einem von dem österreichischen Bundesheer durchgeführten Ferienlager (s.a. Beitrag S. 118). Der Bundesvorstand beschloss daraufhin, eine Einladung auch für das nächste Jahr zu unterstützen.

Ein Eigenbeitrag wird erhoben werden. Oberst i.R. Haubl, der als Vertreter der AKS an der Bundeskonferenz teilnahm, wurde gebeten, unseren Dank zu übermitteln.

- Förderkreis der GKS (FGKS) Im Rahmen der Bundeskonferenz der GKS fand am Donnerstag, den 16. Sept. 2004 die Mitgliederversammlung des Förderkreises der GKS statt (s. dazu S. 49: Protokoll der FGKS-Mitgliederversammlung).
- Haushalt Der Bundesvorsitzende erläuterte, dass die Prüfung des Haushalts der GKS durch das KMBA durchgeführt wurde. Er dankte dem Haushaltsbeauftragten Hptm a.D. Günter Hagedorn für die fehlerfreie Führung des Haushalts. Anschließend stellte er den Haushalt 2003 der GKS vor.
- Die Bundeskonferenz beschloss, den ehemaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden der GKS und heutigen Kaplan Walter Hütten zur nächsten Bundeskonferenz einzuladen, um auf seinen Wunsch hin mit den Teilnehmern die Hl. Messe zu feiern.
- Der Bundesvorsitzende dankte in seinem Schlusswort den Teilnehmern für die konstruktive Auseinandersetzung, die von allen um der GKS willen geführt wurde und daher die Gemeinschaft gestärkt hat. Er dankte dem Geistlichen Beirat, der die Teilnehmer durch alle Diskussionen begleitete.

Der Bundesvorsitzende schloss die Bundeskonferenz am 17. September 2004 um 10.30 Uhr.

Dr. Klaus Achmann

Oberst a.D.

Bundesgeschäftsführer GKS



Der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS), das Pendant der GKS im österreichischen Bundesheer, Oberst i.R. Michael Haubl, bedankt sich bei den beiden Moderatoren der Bundeskonferenz, den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der GKS, Hptm Hans-Georg Pauthner und OStFw Johann-A. Schacherl, mit dem Buch über 50 Jahre kath. Militärseelsorge in Österreich. Das Jubiläum wird im nächsten Jahr gefeiert.



Wohin geht die GKS? – Gedanken zur Zukunft des Verbandes

Der Bundesvorsitzende der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, Oberst Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein,
zur Eröffnung der Bundeskonferenz der GKS bei der 44. Woche der Begegnung vom 14.-17. September 2004

Das Jahresthema 2004 der GKS ist das Leitwort der 44. Woche der Begegnung: „LEBEN AUS GOTTES KRAFT – EHRENAMTLICHES LAIENENGAGEMENT“. Im Folgenden möchte ich nicht meine Ausführungen im Lagebericht der GKS 2004 vortragen, sondern Ihnen meine auf die Zukunft gerichteten Gedanken und sicherlich auch Visionen zur GKS vorstellen.

Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements

Zum Jahresthema hatten Sie Informationsmaterial noch vor dieser Bundeskonferenz erhalten (s.a. *Beiträge Kestel*: ..., S. ...) und Sie konnten sich damit bereits auseinandersetzen. Ich möchte aber nochmals ausdrücklich auf das Heft „FÜR EINE KULTUR DES EHRENAMTES – HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN AN VERANTWORTLICHE IN KIRCHE UND GESELLSCHAFT“ hinweisen, dessen Inhalt von der Vollversammlung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZdK) am 15. Juli 2004 in Ulm beschlossen wurde. Diese Empfehlungen sind auf dem Hintergrund der zahlreichen kirchlichen und gesellschaftspolitischen Aktivitäten zur Förderung ehrenamtlichen Engagements entstanden. In diesem Heft werden die unterschiedlichen Formen ehrenamtlichen Laienengagements als Ausdruck des gelebten Glaubens berücksichtigt. Weiterhin greifen diese Empfehlungen die Aussagen und Forderungen aus Diözesen und Verbänden auf, berücksichtigen die Empfehlungen der Enquetekommission des Deutschen Bundestages „ZUKUNFT DES BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS“ und haben die Arbeit des „BUNDESNETZWERKES BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENTS“ im Blick. Sie bündeln und verstärken wichtiges daraus zu Handlungsempfehlungen und werden gestützt durch die Aussagen in den Beiträgen des Buches „KIRCHE LEBT. MIT UNS“. Auf dieses Buch, das Sie alle erhalten haben, weise ich ganz besonders hin, weil darin zu lesen nicht nur spannend ist, sondern weil Sie darin sich

selbst in unterschiedlichen Beiträgen wiederfinden können. Weiterhin verstehen sich diese Empfehlungen als Anregung zur Diskussion und zum konkreten Handeln in den verschiedenen Feldern der kirchlichen Arbeit. Auch der Vortrag während unserer Bundeskonferenz durch Prof. Ebertz zu dem Thema „LEBEN AUS GOTTES KRAFT – EHRENAMTLICHES LAIENENGAGEMENT“ behandelt diese Thematik.

Solide Grundlagen

Auf der Grundlage der Empfehlungen müssen wir als Verband „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ uns überlegen, wie wir diese Empfehlungen in praktische Handlungsweisungen umsetzen können und wie unsere Erkenntnisse uns führen und leiten werden, neue Wege in die Zukunft hin einzuschlagen. Grundlagen jeder ehrenamtlichen Tätigkeit sind auch das Verfügen über finanzielle Mittel, die es zulassen, gemeinsam die Arbeit zu gestalten und in konkrete Handlungen umzusetzen. Dazu gehören sicherlich die Intensivformen der Militärseelsorge, wie Familienwochenenden, Familienwerkwochen, aber auch die Feier von Weltfriedenstag oder auch Gesprächsrunden und gemeinsamen Ausflügen – alles Veranstaltungen, die wesentlich zu einem guten Zusammengehörigkeitsgefühl, zu einem Wir-Gefühl, beitragen. Bisher wurden wir durch das Katholische Militärbischofsamt, das die finanziellen Mittel bereitstellt, sehr wohlwollend und hinreichend unterstützt. Ob dies allerdings in solchem Umfang bei wesentlich sinkenden Kirchensteuereinnahmen, wie sie für die nächsten Jahre vorausgesagt werden, in Zukunft so weitergeführt werden kann, vermag derzeit niemand mit Sicherheit zu sagen.

So haben wir bereits zum jetzigen Zeitpunkt darüber nachzudenken, wie wir unsere Arbeit – bei eventuell abnehmenden finanziellen Zuwendungen von außen – weiterhin in dieser Qualität werden halten können.

Aus diesem Grunde haben wir uns entschlossen, der Bundeskonferenz eine Satzung für die GKS vorzulegen, um damit auf der Grundlage gesetzlichen Vorschriften sicherzustellen, dass z.B. Spendenbeiträge beim Finanzamt auch geltend gemacht werden können.

Ich sehe die Notwendigkeit, die GKS durch eine solche Satzung zukunftsfähig zu machen. Alle freiwilligen finanziellen Beiträge, von denen wir in der Zukunft möglicherweise weit mehr abhängig werden, als wir es heute, wie eben ausgeführt, sind, werden davon abhängen, dass diese Beiträge steuerlich geltend gemacht werden können. Die dafür erforderliche Bescheinigung können wir aber nur ausstellen, wenn uns das zuständige Finanzamt die Gemeinnützigkeit unserer Tätigkeit bescheinigt. Eine solche Bescheinigung wiederum erhalten wir nur, wenn wir eine allen Vorschriften entsprechende Satzung vorlegen können (*Hinweis: wird auch vom ZdK den Verbänden empfohlen*). In weiser Vorausschau hatten wir bereits vor sieben Jahren den „Förderkreis GKS“ gegründet, um zukünftigen Aufgaben gerecht zu werden.

So bitte ich Sie darum, während dieser Bundeskonferenz den Ihnen vorliegenden Satzungsentwurf zu diskutieren, um so zu einem guten Ergebnis für unsere Gemeinschaft zu kommen. Bei allen Überlegungen und kontroversen Diskussionen zu der Satzung ist es für mich als dem Bundesvorsitzenden allerdings wichtig, dass Geist und Charakter unserer Gemeinschaft durch dieses Vorhaben nicht beeinträchtigt werden. Ich habe daher großen Wert darauf gelegt, dass die in unserer Ordnung und Geschäftsordnung niedergelegten Grundsätze und Verfahren möglichst genau abgebildet werden. Ich bin mir sicher, dass sich durch die vom Finanzamt geforderten Satzungsbestimmungen nichts an den Zielen und Inhalten der GKS ändern wird. Wir werden auch zukünftig ein freiwilliger Zusammenschluss katholischer

Soldaten sein, die ihren Glauben gemeinsam leben und ihr berufliches und gesellschaftliches Umfeld nach ihren Überzeugungen beeinflussen wollen. Es kann jedenfalls mit der neuen Satzung nicht darum gehen, in vertiefte Auseinandersetzungen um die korrekte Auslegung einzelner Paragraphen einzutreten – auch wenn wir selbstverständlich die Verfahrensbestimmungen einer Satzung ernst nehmen müssen und wollen. Ich bitte Sie allerdings alle, nach eingehender Erörterung, nach Austausch aller Argumente, dem Satzungsentwurf dann auch in abgeänderter Form zuzustimmen, da wir dringend eine Satzung brauchen, um die GKS zukunftsfähig zu machen.

Fragen an die GKS

Wir deutschen Soldaten leben als Staatsbürger in Uniform in einer Demokratie und in der Armee eines demokratisch verfassten Staates. Keine Zeitspanne der fast 50-jährigen Geschichte der Bundeswehr war so von Umstrukturierung und Umorganisation betroffen, wie wir es derzeit erfahren müssen. Die Streitkräfte haben eine Entwicklung durchgemacht von einer Präsenzarmee über eine Ausbildungsarmee bis hin zur heutigen Einsatzarmee, wo gerade in der vor uns liegenden Umstrukturierung alles auf den Einsatz hin zu orientieren ist (Infrastruktur, Material, Menschen). Auf der anderen Seite erleben wir eine Staatsverdrossenheit, die in unserem Lande bei den unterschiedlichsten Anlässen deutlich spürbar wird. Hier sind zu nennen niedrige Wahlbeteiligungen, ausufernder Egoismus, mangelnde Solidarität und oft fehlende gegenseitige Hilfestellungen, Nichtanerkennung des Prinzips der Subsidiarität, mangelndes Vertrauen in das Staatsgebilde „Bundesrepublik Deutschland“, geringes Eigenengagement bis hin zu deutlichen Verweigerungshaltungen. In diesem Spannungsverhältnis haben wir als engagierte katholische Soldaten unseren Dienst nach besten Kräften, gerade auch während der unterschiedlichen Einsätze, zu leisten. Auch wir stoßen bisweilen – trotz guten Willens und eines hohen Maßes an Aufrichtigkeit – an unsere natürlichen Grenzen. In diesem Zusammenhang stellen sich uns die Fragen,

- welche Rolle kann der Verband „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ (GKS) in Zukunft spielen, bzw. kann er für die Soldaten Aufgaben übernehmen, um deren Dienst hier im Frieden aber auch im Auslandseinsatz sinnvoller erscheinen zu lassen?
- ist die Verbandsstruktur der GKS hierzu noch sinnvoll gegliedert und hinreichend fähig, von unten nach oben in der Hierarchie und auch von oben nach unten tätig werden zu können, welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die örtlichen Mitarbeiterkreise und die örtlichen Seelsorgebezirksräte gemeinsam mit den Kreisen der GKS?

Wo finden wir Orientierung?

Politik und Religion gemeinsam (ob von einander getrennt, in einem kooperativen oder antagonistischen Verhältnis zueinander) bestimmen maßgeblich Erfahrungsfelder von Menschen. Dabei stellt es sich immer wieder als besonders schwierig heraus, das politisch Alltägliche mit dem Visionären der Religion zu verbinden. Es ist unabdingbar notwendig, klare Standpunkte zu beziehen. Hier ist es wichtig, dass gerade junge Menschen eine vernünftige Ausbildung durchlaufen und dass sie wissen, was sie warum tun oder auch unterlassen, vor allen Dingen auch wissen, wovon sie reden. Dieses Wissen, wovon sie reden, ist unabdingbar notwendig für den Dialog zwischen den verschiedenen Kulturen und Religionen. Dabei ist es sicherlich notwendig anzuerkennen und zu bejahen, dass wir nicht alles wissen. Die Menschen fragen vermehrt und suchen nach Maßstäben, sei es bei Fragen wie Gen-Forschung oder Schutz des Lebens oder bei der Frage, was gerecht ist. Je pluraler die Standpunkte werden, um so mehr fragt der einzelne Mensch: „Woran kann ich mich festhalten?“ – „Wo finde ich Orientierung für mein Denken, Glauben und Handeln?“ – „Wer kann mir helfen, adäquate Entscheidungen zu treffen?“. Dabei kommt es automatisch zu der Frage, wie mit der eigenen Freiheit umzugehen ist, damit auch andere Standpunkte akzeptiert werden können. Eine Hilfestellung in diesem Zusammenhang sind sicherlich die Aussagen in der Bergpredigt.

Hier werden klare Maßstäbe und Forderungen gesetzt.

Rückbesinnung auf die Bergpredigt

Auch wenn die kirchengeschichtliche Realität sich in der Vergangenheit oft anders dargestellt hat, so ist das Christentum auch in der Gegenwart wie in der Vergangenheit eine den Menschen befreiende und freisetzende Religion, die den Menschen als Individuum radikal ernst nimmt. Die Maßstäbe für politische und persönliche Entscheidungen müssen in besonderer Weise differenziert werden: Der Anspruch „Schütze, rette das Leben“ zieht automatisch die Frage nach, wer bei diesen Ansprüchen helfen kann, sie zu verwirklichen. In diesem Zusammenhang ist wiederum ein Vergleich und eine Rückbesinnung zu den Aussagen der Bergpredigt angezeigt, wo deutliche Maßstäbe für diese Ansprüche inhaltlich aufgezählt werden. Jeder Einzelne kann nur für sich Maßstäbe und Regeln setzen, die ethisch fundamentiert und aus Einsicht eingehalten werden müssen, wobei eine mögliche Fehlerhaftigkeit einer Entscheidung jeweils mit einzukalkulieren ist. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die jeweilige Tiefe des Entscheidungsprozesses, deren Auswirkungen mitbedacht werden müssen. Wenn spürbar wird, dass um Entscheidungen intensiv und ehrlich gerungen und sich persönlich auseinandergesetzt wird, so ist es leichter, sie zu akzeptieren, auch wenn man sich selber in diesem oder jenen Falle anders entschieden hätte. Die Antwort auf die Säkularisierung ist oft eine Fundamentalisierung. Diese Gefahr bestand und besteht in allen Religionsgemeinschaften.

Eine Herausforderung für Christen

Aus der Erfahrung ist es eine für uns alle gemeinschaftliche Verantwortung, Freiheit und Demokratie ernst zu nehmen und die Menschenwürde zu verteidigen und das nach bestem Wissen auf der Grundlage ethischer Grundüberzeugungen. Diese von mir vorgetragenen Gedanken spiegeln deutlich eine Veränderung der Gesamtsituation in Deutschland, aber auch der besonderen Situation

in der Bundeswehr wieder, was die Kirche als Amtskirche und den persönlichen Glauben angeht.

Während sich in der Mitte der 50er Jahre die Menschen unserer Gesellschaft mit über 98% der Bevölkerung noch zu einer der beiden christlichen Kirchen gehörig fühlten, so mussten wir uns in den letzten Jahren von dieser Art der Volkskirche verabschieden. Hier muss die Frage erlaubt sein, kann diese Abkehr von der ursprünglichen Form der Volkskirche für uns Christen eine neue Herausforderung und eine neue Chance sein? Auch in dem Bereich ist die Bundeswehr ein Spiegel der Gesamtgesellschaft, wo nur noch ca. 1/3 sich der Katholischen Kirche, 1/3 der Evangelischen Kirche und ein weiteres Drittel keiner dieser beiden großen ehemaligen Volkskirchen zugehörig fühlen.

Zielgruppe junge Menschen

Was bedeutet nun diesbezüglich diese Entwicklung für unseren Verband, der nun schon eine Tradition von mehr als 40 Jahren hat, wenn wir den Königsteiner Offizierkreis als Vorläufer unserer GKS hinzuzählen. Sicherlich haben wir die Aufgabe, innerhalb der Streitkräfte mit unseren Vorstellungen und Gedanken über christliche Werte und Tugenden beispielhaft persönlich Zeugnis abzulegen, dann aber auch nach außen auf alle Menschen zuzugehen, von denen wir glauben, dass ihnen diese Werte und Tugenden auch etwas bedeuten, ohne nach einer religiösen Zugehörigkeit zu fragen. Die Frage nach einer christlichen Fundamentierung wird besonders häufig in den unterschiedlichen Einsätzen gestellt. Hier ist die Situation nochmals anders zu bewerten, als im täglichen Friedensdienst in den Heimatstandorten. Leider ist es der GKS bisher nicht gelungen, die Gruppe der jüngeren Unteroffiziere einschließlich der jungen Feldwebel für uns und unsere Anliegen zu gewinnen, sie für unser Tun zu begeistern und sie in die Gemeinschaft aufzunehmen. Gerade diese Gruppe der jungen Soldaten bedarf aber besonders unserer Hilfe und unterer Unterstützung. Hier müssen wir sicherlich unsere Anstrengungen deutlich verstärken und vielleicht auch andere Formen finden, um diese jungen Menschen, die

nach Orientierung suchen, mit in die Arbeit unseres Verbandes einzubinden. Auch in diesem Zusammenhang muss die Frage erlaubt sein: sind unsere Strukturen dafür geeignet oder welche Veränderungen müssten wir selbst vornehmen, um effektiver zu sein? Jeder von uns ist aufgerufen, mitzuhelfen und mitzugestalten.

Hoffnung statt Resignation

In der vorletzten Woche hatte ich Gelegenheit, an dem 8. Internationalen Kongress RENOVABIS in Freising unter dem Thema „ZWISCHEN HOFFNUNG UND RESIGNATION – JUGEND IN MITTEL- UND OSTEUROPA“ teilzunehmen. Vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung und des Weltjugendtages 2005 in Köln hatten sich die Verantwortlichen von RENOVABIS dazu entschlossen, dem diesjährigen Kongress einen Jugend-Workshop vorausgehen zu lassen, der gezielt auf die Herausforderungen der EU-Integration für junge Menschen in Mittel- und Osteuropa eingehen sollte. Ausgehend von dem Motto des Kongresses „ZWISCHEN HOFFNUNG UND RESIGNATION“ kamen mit einer beachtenswerten Präsentation zu Beginn des Kongresses Jugendliche aus diesen Ländern selbst zu Wort. Sie vermittelten einen authentischen Ausschnitt dessen, was junge Menschen in Mittel- und Osteuropa über Europa denken und von Europa erwarten, gerade auf der gemeinsamen Basis eines christlichen Glaubens. Im Mittelpunkt stand die Frage nach der eigenen Identität der europäischen Dimension im eigenen Lebensumfeld und nach den Chancen für die eigene Zukunft in Europa. Das Dilemma der ost- und mitteleuropäischen Jugendlichen war sicherlich, dass junge Menschen das heißeste Eisen in der Ideologie der sozialistischen Regierungen waren. Schule und Freizeit waren im Sinne der Partei ausgerichtet. Die Umstellung in eine „vermeintliche Freiheit“ stellt sich derzeit noch in vielen Fällen als sehr problematisch dar.

Während des Workshops wurde deutlich, dass es für die Jugendlichen darauf ankommt, Ziele für sich zu erkennen, um entsprechend diesen Zielen im christlichen Sinne zu handeln und sich persönlich zu verantworten. Dabei ist es die Aufgabe aller Mitglieder unserer Kirche, den

Jugendlichen wieder Ziele vor Augen zu stellen, für die es sich zu leben lohnt. Die vorrangige Aufgabe für die Zukunft der mittel- und osteuropäischen Staaten besteht darin, in den ehemaligen sozialistischen Ländern eine neue und bessere Gesellschaft aufzubauen.

Es wurde deutlich, wie wichtig es ist, die Kirche einzubinden, die sich für die Werte im Zusammenleben einsetzt. Ganz Europa steht vor neuen Herausforderungen. Dabei hängt die politische und gesellschaftliche Entwicklung im Wesentlichen von der nachwachsenden Generation ab. Das war deutlich feststellbar. Das haben auch Experten und Politiker spätestens nach dem Beitritt von zehn weiteren Staaten in die Europäische Union im Mai dieses Jahres erkannt. Deshalb darf nicht länger nur „über“ die Jugendlichen, sondern es muss mit ihnen gesprochen werden. Das wurde auf dem RENOVABIS-Kongress in Freising verwirklicht. Von Resignation und Hoffnungslosigkeit war während des Kongresses bei den Jugendlichen nichts zu spüren. Im Gegenteil „Hab Geduld, es kann nur besser werden“, sagte ein Jugendlicher auf dem Podium und entlockte den gerade noch ernsten Gesichter der Erwachsenen ein Lachen. „Gott gibt Liebe und Kraft und solange es Liebe gibt, gibt es auch Hoffnung“ wussten die Jugendlichen das Denken der Erwachsenen rechtzeitig auf die positiven Aspekte einzuspüren. Ist dieses Denken etwa zu naiv oder gutgläubig? Nein, die Jugendlichen sind sich der schwierigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage durchaus bewusst, aber sie sehen auch die Chancen. „Ich bin voller Hoffnung“ erklärte eine junge Frau, die sich eine Woche lang bei dem Jugend-Workshop „Vision Europa“ im Vorfeld des Kongresses mit anderen jungen Leuten aus den Oststaaten über Europa ausgetauscht hat. Es gäbe eine gemeinsame Basis, trotz aller Unterschiede, habe sie festgestellt. Wir sind bereit, am gemeinsamen Europa mitzuarbeiten, alle Verbesserungen beginnen mit dem „Ich“, ist sie überzeugt.

Leider muss ich feststellen, dass die Entwicklung hier bei uns im Westen genau umgekehrt verläuft. Statt Hoffnung ist hier Resignation spürbar, vor allen Dingen strecken

sich junge Menschen nur noch wenig nach christlichen Werten aus, um sie für das eigene Leben zu gewinnen. Hier haben wir als Verband einen klaren Auftrag, weil ja genau die jungen Menschen, ob als Wehrpflichtige oder junge Zeitsoldaten, aus dieser Gesellschaft zu uns kommen und wir die große Chance haben, hier Einfluss zu nehmen in verantwortlicher Form.

Werbung um die 20 bis 35-Jährigen

In die Zukunft gerichtet konnte ich während dieses Renovabiskongresses sehr positive persönliche Erfahrungen machen. Ähnliches erfahren unsere Soldaten im Einsatz, wo sie ebenfalls mit solchen jungen Menschen ins Gespräch und zum Austausch kommen. Um so mehr müssen wir uns als Verantwortliche im Verband GKS fragen, warum kommen wir so schwierig an unsere jungen Kameraden und Kameradinnen heran, zumal wir alle über einen gesicherten Arbeitsplatz verfügen, keinerlei finanzielle Probleme zu überwinden sind und von daher materielle Sorgen weitgehend ausgeschlossen sind? An dieser Stelle sehe ich Ansatzpunkte, um mit diesen jungen Kameraden näher ins Gespräch zu kommen, die sicherlich ganz andere Probleme haben, als die, die sich uns wohl offenbar erschließen. So war einer der Schwerpunkte unserer Arbeit im Jahre 2004 die Werbung von neuen Mitgliedern. Es geht immer wieder um die Frage, wie können neue Mitglieder gewonnen und für eine ehrenamtliche Tätigkeit begeistert werden. Ich denke, das wird nur

funktionieren im ganz persönlichen Ansprechen, in der persönlichen Auseinandersetzung und vor allen Dingen im Verständnis für die besonderen Probleme der Soldatinnen und Soldaten der von mir angesprochenen Altersgruppe zwischen 20 und 35 Jahren. Vielleicht sollten wir auch mal einen Workshop mit dieser Gruppe veranstalten, um etwas über deren Empfindungen, Wünsche und Ziele zu erfahren.

Akademie „Oberst Helmut Korn“

In diesem Zusammenhang weise ich auf das für 2005 geplante 10. Seminar unserer „Akademie Oberst Helmut Korn“ hin, die sich an junge Führer, Unteroffiziere und Offiziere, wendet. Das Seminarthema wird lauten „EUROPÄISCHE EINHEIT – CHANCEN FÜR EINE NEUE FRIEDENSPOLITIK“ (*Einzelheiten dazu s.S. 104*). Es kommt jetzt darauf an, mit allen Kräften gemeinsam für diese GKS-Akademie zu werben und allen möglichen Interessenten die Information auch zugänglich zu machen. Ich verhehle nicht, dass genau das ein Problem in der Vergangenheit gewesen ist, nämlich die Information dort hinzutransportieren, wo es nötig gewesen wäre, dass der Einzelne sich für die Akademie hätte entscheiden können, wenn er denn die Information frühzeitig erhalten hätte.

Träger der GKS-Arbeit

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich nochmals deutlich darauf hinweisen und Sie alle auffordern und bitten, mit unseren Militärpfarrern und Militärseelsorgern vor Ort sehr eng und vertrauens-

voll zusammenzuarbeiten, um so auch der Bedeutung der inhaltlichen Arbeit für das Selbstverständnis und die Außenwirkung unserer GKS gerecht zu werden. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass wesentliche Hilfestellungen, wenn es um inhaltliche Arbeit geht, durch die Militärpfarrer gegeben werden können. Hier möchte ich ausdrücklich unsere uns begleitenden und unterstützenden Pfarrer und Pastoralreferenten danken.

Mir ist bewusst, dass auch unser katholischer Verband GKS reorganisiert werden muss, wobei wir hier zunächst die Umstrukturierung unserer Militärseelsorge abwarten werden, um ihr dann verzugslos bezüglich der Strukturveränderungen zu folgen. Es ist mein Ziel, möglichst geschlossen mit der GKS in eine neue Struktur überzugehen. Dabei dürfen wir unsere Pensionäre nicht aus den Augen verlieren. Ich betone allerdings klar und eindeutig: Wir wollen auf die Mitarbeit unserer Pensionäre keinesfalls verzichten. Wir brauchen sie zur Unterstützung unserer aktiven Arbeit. Allerdings darf die GKS nicht zu einem Pensionärsverein entwickeln. Träger der GKS müssen aktive Soldaten sein und bleiben. Diese Problematik gilt es bei einer noch zu beschließenden Struktur und ihren Einzelheiten stets im Auge zu behalten.

Ich wünsche uns allen für die Zukunft ein engagiertes Mittun auf allen Ebenen. Es wird leichter sein, wenn wir unser gemeinsames Tun auf mehrere Schultern verteilen können. Ihnen allen aber, die Sie an dieser Bundeskonferenz teilnehmen, möchte ich ausdrücklich für Ihr qualifiziertes Engagement als Laien danken. Nur gemeinsam lässt sich etwas verändern, nur gemeinsam kann auch eine neue Satzung beschlossen und anschließend mit Leben erfüllt werden. Wir müssen noch mehr, als es schon bisher der Fall war, enger zusammenrücken, um auch gegen den Zeitgeist ankämpfen zu können. Keiner darf sich allein gelassen fühlen. Ich möchte Ihnen allen zurufen, weiter so, vielleicht in einer veränderten Form mit veränderten Mitteln und mit vielen Menschen, die aufgrund unserer persönlichen Ansprache noch hinzukommen können und die uns so die gemeinsame Arbeit wesentlich erleichtern. ... □



Musikalischer Empfang der Bundeskonferenz durch Musikanten und die Volksliedgruppe des Heimatvereins Darmen/Lingen; eine Emsländerin reichte zur Begrüßung einen kurzen Klaren und auf der Tenne des geschmackvoll restaurierten Bauernhauses wartete ein rustikales und recht deftiges Abendbrot.

BEITRAG DES GEISTLICHEN BEIRATS DER GKS ZUM LAGEBERICHT 2004:



Beim Gehen predigen – Glaubenszeugnis im katholischen Verband

GEORG KESTEL

Franz von Assisi, so erzählt die Legende, schlug eines Tages einem jungen Mönch vor, sie sollten in die Stadt gehen und dort den Leuten predigen. So machten sie sich auf den Weg nach Assisi, und sie gingen über die Straßen und über den Marktplatz und unterhielten sich dabei über ihre geistlichen Erfahrungen und Erkenntnisse. Erst als sie wieder auf dem Weg nach Hause waren, rief der junge Mönch erschrocken aus: „Aber Vater, wir haben vergessen, den Leuten zu predigen!“ Franz von Assisi legte lächelnd die Hand auf die Schulter des jungen Mannes. „Wir haben die ganze Zeit nichts anderes getan“, antwortete er. „Wir wurden beobachtet und Teile unseres Gesprächs wurden mitgehört. Unsere Gesichter und unser Verhalten wurden gesehen. So haben wir gepredigt.“ Dann fügt er hinzu: „Merke dir, es hat keinen Sinn zu gehen, um zu predigen, wenn wir nicht beim Gehen predigen.“

Die Geschichte aus dem Mittelalter trifft genau unsere Zeit, weil sie ein Merkmal hervortreten lässt, das dem Glauben damals wie heute einerseits kräftige Konturen verleihen kann, andererseits ihn manchmal auch zu zerreißen droht. Ich meine den Spagat zwischen den Interessen des Einzelnen bzw. einer kleinen Gruppe und den Ansprüchen der Gemeinschaft. Also die Spannung zwischen dem, was zwischen Franziskus und seinem Mitbruder beim internen persönlichen Austausch ihrer „geistlichen Erfahrungen und Erkenntnisse“ geschieht und dem, was beim Gang beider „über die Straßen und über den Marktplatz“ an öffentlicher Präsenz und Wirksamkeit des Glaubens für andere sichtbar wird.

Vielleicht sind die vielen geistlichen Gemeinschaften der vergangenen Jahrhunderte, speziell die kirchlichen Verbände aus dem letzten Jahrhundert der Kirchengeschichte, genau deshalb entstanden, weil Christen im Vertrauen auf Got-

tes Geist diese Spannung in einem positiv-konstruktiven, einem wirklich „progressiven“ Sinne zu lösen versuchten. Wo Glaubende sich in Gemeinschaften zusammenschließen – von einer kontemplativ orientierten Spiritualität angefangen bis hin zu einer eher sozial-caritativen Ausrichtung – immer geht es um den Brückenschlag zwischen den beiden Hauptpfeilern des Christseins, die man stets im gleichen Atemzug nennen muss, ohne den einen dem anderen unterordnen zu können: das Finden und Bestärken der Berufung des Einzelnen sowie das Zusammenfinden Gleichgesinnter in einer Gemeinschaft und deren Wirksamkeit nach außen. Es waren charismatische Gründer- und Führungspersönlichkeiten, die Bewegungen, Ordensgemeinschaften und Verbände ins Leben gerufen haben. Ihre Begabung und die daraus resultierende Bedeutung besteht darin, dass ihr individu-

elles Profil kein Hindernis, sondern vielmehr die Voraussetzung dafür war, dass viele andere Nachahmer sich ihnen, den Wegbereitern und Pionieren einer gnadenhaft erspürten „ersten Stunde“, angeschlossen haben. Bessere Beispiele gibt es nicht dafür, wie der Glaube auf die menschliche Persönlichkeit in ihrer Einmaligkeit und mit all ihren Fähigkeiten angewiesen ist und zugleich das begabte Individuum dazu hinführt, die eigenen geistigen, seelischen und materiellen Kräfte und Möglichkeiten immer auf das Gemeinwohl hin zu orientieren.

Naturgemäß wird von den kirchlichen Verbänden auch heute immer wieder dieser Brückenschlag erwartet. Sie sind **Sozial-Verbund** (mit einer spezifischen Verbandsidee und inhaltlichen Zielrichtung) und **Glaubens-Ort** zugleich (mit der Verpflichtung, ihre Mitglieder religiös-kirchlich zu formen und zu fördern). Sie sollen dem Einzelnen im inneren Gefüge des Verbandes möglichst weit entgegen kommen und doch als Ganzes eine schlagkräftige Truppe auf dem Feld der kirchlichen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit sein. Verbände sollen in die Gesellschaft offen und impulsgebend hineinwirken, aber auch innerhalb der Kirche Heimat und Geborgenheit schaffen. Sie sollen sowohl Traditionen bewahren, als auch das notwendige Neue nicht verkennen. Sie sollen Gottes Geist erspüren und verbreiten – sowohl den sanft-schonenden Tröster, als auch den brausend-wirbelnden Sturmwind.

Das Ganze stellte natürlich eine gigantische Überforderung dar, wenn die Verbände nichts anderes wären als menschliche Interessengruppen und (kirchliche) Parteien. Doch sie

Beim Abendbrot auf der Tenne des Heimathauses Darmen verabschiedete der Bundesvorsitzende Oberst Karl-Jürgen Klein drei ehemalige Mitglieder aus dem Bundesvorstand: Major Peter Muermans, der bis zum Beginn seiner Versetzung im Jahr 2001 zur Führungsakademie Bereichsvorsitzender im Wehrbereich II (heute Niedersachsen/Bremen) war, Hptm Volker Engelmann (Foto r.) und den ehemaligen Stellvertreter des Bundesvorsitzenden OStFw a.D. Hans-Jürgen Mathias (Foto S. 37).





Gutes Essen und Trinken, dabei mund-
artliche Unterhaltung ließen die Stim-
mung steigen: zufriedene und fröhliche
Gesichter bei Gastgeber und Gästen.
StFw a.D. Wilhelm Terhorst (Bildmitte –
ehemals Vorsitzender der GKS Lingen)
hatte neben guten Ideen ebensolche
Beziehungen, um die Betreuung der
Bundeskonferenz vor Ort zu organisie-
ren: Stadtführung mit den Kievelingen,
Empfang im Rathaus durch OB Heiner
Pott und Abschlussabend im Heimat-
haus Damern.

nur der mutige Blick nach vorne;
in die Richtung also, in die auch
Gottes Geist uns immer wieder
führt! Jeder Christ kann „beim Ge-
hen predigen“, also bei seinen all-
täglichen Lebensäußerungen den
Glauben vor anderen bezeugen.
Vielleicht unterschätzen wir das
manchmal, auch in den Streitkräf-
ten. Eine christliche Bewusstseins-
haltung, die sich in Wort und Tat,
im überzeugend gelebten Vorbild
und im mutmachenden Beispiel
niederschlägt, wird immer irgend-
wie positiv abfärben. Wer sich als
Christ zu erkennen gibt, wird
durchaus „beobachtet“, ohne dass
sein Engagement oft auf schnelle
und laute Resonanz stößt. Die ein-
leitende Geschichte aus Assisi sagt
es exemplarisch: „Unsere Gesichter
und unser Verhalten wurden gese-
hen. So haben wir gepredigt.“

Was ein Fachmann der Kleri-
kerausbildung über das Selbstver-
ständnis und Spiritualität des Pries-
ters in der heutigen Zeit ausführt,
gilt auch für den engagierten Laien,
zumindest in den Räten und Verbänden:
„Glaubend sucht er, das ‘Dazwischen’
heutiger Spannungs- und Spagatsitua-
tionen auszuhalten: zwischen Kultur
und Evangelium, zwischen Kirche
und moderner, säkularisierter, aber
nicht gottloser Welt, zwischen evan-
gelisierendem Bekenntnis und mutiger
Zeitgenossenschaft“. So könne es
dann auch gelingen, „gemeindliche
binnen- und Außenräume im größe-
ren Horizont der Anwesenheit Got-
tes zu verbinden, auch wieder
Nichtchristen anzusprechen, Men-
schen guten Willens, die auf der Su-
che nach einer religiösen Deutung,
nach dem Sinn von Leben, Zeit und
Kosmos sind“⁴².

Fußnoten auf S. 49 u.

haben teil an der gesamten Sendung
der Glaubenden, aus deren Mitte sie
mit kirchlicher Anerkennung er-
wachsen.

Auch die Gemeinschaft Katholi-
scher Soldaten (GKS) findet sich in
diesem Koordinatensystem wieder.
Ich will die kirchliche Positionierung
von Verbänden einmal in drei Punk-
ten so zusammenfassen¹:

• **Verbände sind kirchliche Basis-
gemeinschaften, Kristallisation
von Gemeinde:**

Das zeigt die einleitende Geschich-
te über Franziskus. Es geht um den
geschwisterlichen Austausch auf
dem gemeinsamen Weg. Das ge-
schieht bei Franziskus mitten in der
„Stadt“, also innerhalb des Lebens
im Alltag und bezieht diesen mit
ein. Aber zunächst sind die beiden
Brüder einmal für sich allein und
besprechen im kleinsten Kreis, was
ihnen wichtig ist. Es gibt das Recht
auf ein „Für-sich-Sein“, ein legiti-
mes und freies Innenleben von Ge-
meinschaften und Verbänden. Sie
sollen sich nicht immer gleich ver-
zwecken lassen. Ihre Daseinsbe-
rechtigung hängt nicht ausschließ-
lich am lückenlosen Nachweis einer
Nützlichkeit „nach außen“. Eine
Ausstrahlung auf andere wird nur
dann feststellbar sein, wenn
zunächst ein gesundes und kräftiges
Eigenleben existiert.

• **Verbände sind den Menschen
zugewandt und für sie da:**

Das Verbandsleben darf nie eine

rein religiöse Spielwiese oder eine
lediglich auf bestimmte Per-
sonenkreise zentrierte Sache sein.
Hier liegt die besondere Chance
der Verbände, gerade auch in freier
Ergänzung zu den Räten, die paral-
lel zu den kirchlichen Hierarchie-
ebenen offiziell eingerichtet und
damit stärker amtlich angebunden
sind. Da liegt auch die Aufgabe der
GKS innerhalb des Transforma-
tionsprozesses der Streitkräfte. Ka-
tholische Soldaten mischen sich in
die aktuellen Diskussionen über
Friedensethik, soldatisches Selbst-
verständnis und das innere Gefüge
der Streitkräfte ein und sind somit
Sprachrohr und Interessenvertreter
eines christlichen Menschenbildes
inmitten von Bundeswehr, Gesell-
schaft, Kirche und Staat. So nimmt
der Verband damit eine dienende,
eine gleichsam diakonische, eine
Stellvertreterfunktion in Kirche
und Gesellschaft für die Mitglieder
und für Außenstehende wahr.

• **Verbände sind Missionare der
Frohen Botschaft:**

Kein Lagebericht über die Kirche
in unseren Breiten kommt heute
ohne einen Hinweis auf die von
neuem notwendige und mögliche
missionarische Dimension des
Glaubens aus. Das ist überhaupt
nichts Neues, denn Glaube ist von
Anfang an und von Grund auf mis-
sionarisch. Dies rückt nur heute
stärker in den Vordergrund, weil
die alte Volkskirche nirgendwo
mehr noch ganz intakt ist. Da hilft

Mitgliederversammlung FGKS am 16.09.2004 in LINGEN

– PROTOKOLL –



Teilnehmer: 35 Personen
 Ort: Ludwig-Windthorst-Haus,
 Lingen-Holthausen
 Zeit: 16.09.2004, 13.15 - 14.15 Uhr
 Anlagen: (nur in Akte Bundesgeschäftsführer):
 1. Tagesordnung: (Anlage 1)
 2. Teilnehmerliste: (Anlage 2)
 3. Bericht Schatzmeister: (Anlage 3)

Das folgende Protokoll gilt als durch den Vorstand FGKS genehmigt, sofern nicht bis spätestens 4 Wochen nach Erscheinen des AUFTRAG (Protokoll wird im AUFTRAG veröffentlicht, aber nicht verteilt) schriftlich beim Bundesgeschäftsführer Einspruch dagegen erhoben wird. Eine weitere Genehmigung in der nächsten Mitgliederversammlung entfällt.

1. Der Vorsitzende des FGKS, Oberst Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, eröffnete die Mitgliederversammlung des Förderkreises der GKS.
 Er betonte, dass es das Ziel sei, schrittweise aus dem Kreis von Soldaten und ehemaligen Soldaten Mitglieder zu gewinnen. Er wünsche sich, dass alle GKS-Mitglieder auch dem FGKS beitreten und forderte die Anwesenden auf, dafür zu werben.
2. Die Tagesordnung wurde angenommen (Anlage 1).
3. Protokoll: Bundesgeschäftsführer GKS, Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann
4. Der Schatzmeister, OStFw Berners, legte den Lage- und Kassenbericht vor (Anlage 3).
 Die Mitgliederzahl ist in 2003 von 298 auf 313 angestiegen. Aktuell gehören 335 Mitglieder zum FGKS.
 Zur satzungsgemäßen Unterstützung der GKS wurden EUR 13.281,55 ausgeben.
5. Die Kassenprüfer, Hptm a.D. Riffel und OSF a.D. Granrath, haben den Haushalt 2003 geprüft. Sie bestätigen eine einwandfreie, übersichtliche und

vorbildliche Kassenführung; es gab keine Beanstandungen.

Sie schlagen die Entlastung des Vorstandes vor.

6. Die Entlastung des Vorstandes erfolgt bei 3 Enthaltungen ohne Gegenstimmen für den Haushalt 2003.
7. OTL Bastian und SF Wedekin werden bei 3 Enthaltungen ohne Gegenstimmen als Kassenprüfer gewählt.
8. Neue Projekte

Der Bundesvorsitzende trägt zu den Projekten vor, die der Bundesvorstand der GKS für die Unterstützung durch den Förderverein vorschlägt:

- Beschaffung von GKS-Fahnen
- Beschaffung kleiner GKS-Wimpel
- GKS-Brustanhänger (bereits beschafft)
- Laptop für Geschäftsführer
- Beschaffung eines Beamer für die GKS in Bayern
- Beschaffung von Büromaterial (Briefpapier/Kopfbögen)
- Software für Redakteur AUFTRAG.

Die Entscheidung über eine konkrete Förderung liegt lt. Satzung beim Vorstand.

9. Allgemeines
 - Der Vorsitzende regte an, dass im AUFTRAG über den FGKS unterrichtet wird.
 - Der Schatzmeister führte auf Nachfrage aus, dass ihm bei Austritten in der Regel keine Begründung mitgeteilt wird.
 - OTL Auer beantragte, den Vorstand mit der Erarbeitung eines Vorschlages zu beauftragen, wie die Satzung so abgeändert werden kann, dass sie im Falle einer Zuerkennung der Gemeinnützigkeit an die GKS an diese Entwicklung angepasst ist. Der Antrag wurde bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung angenommen.
 - Der Vorsitzende dankte für die Teilnahme an der Mitgliederversammlung des FGKS.
 - Der Schatzmeister bedankte sich bei den Mitgliedern für ihr Engagement.
 - Nächste Mitgliederversammlung im September 2005 bei der Bundeskonferenz der GKS.

Lingen, den 16.09.2004

Dr. Klaus Achmann
 Oberst a.D.
 Bundesgeschäftsführer GKS

Verteiler:
 Mitglieder Vorstand FGKS
 Geistlicher Beirat GKS
 Chefredakteur AUFTRAG

Fußnoten von S. 48

- 1 Die drei Punkte (Communio-Aspekt – diakonische Funktion – missionarische Dimension der Verbände) gehen zurück auf einen Vortrag von Prof. Dr. Heinrich Jacob (Osnabrück) über die Rolle kirchlicher Verbände vor der Konferenz der deutschsprachigen Seelsorgeamtsleiter
- 2 Clemens Stoppel, Wider die Ausdünnung und Zerrissenheit. Die Aufgabe des Priesters heute aus der Perspektive der Ausbildung, in: George Augustin/Johannes Kreidler (Hrsg.), Den Himmel offen halten. Priester sein heute, Verlag Herder, Freiburg i. Br. 2003, Seite 40.

Katholikentage: Quo vadis?

LEBEN AUS GOTTES KRAFT
95. DEUTSCHER KATHOLIKENTAG
16. – 20. Juni
ULM 2004



„Der Katholikentag lebt“, das habe Ulm gezeigt, konstatiert Thomas Großmann, Leiter der Arbeitsgruppe Katholikentage und Großveranstaltungen im Generalsekretariat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) in Bonn, warnt aber zugleich vor „Selbstzufriedenheit und Trägheit“. Ungeachtet konkreter Zukunftsperspektiven geht er aus der „Innenansicht“ davon aus, dass die Katholikentage als etwas „Einmaliges“ fortgeführt werden müssten. Dem stimmt, in der „Außensicht“, auch der Theologe Ulrich Ruh, Chefredakteur der „Herder-Korrespondenz“ (Freiburg), zu, schränkt aber ein: „Die Zeit der ‘großen’ Katholikentage ist für absehbare Zeit vorbei.“ Gerade auf Grund der gelobten „Überschaubarkeit“ erkennt er im Ulmer Laien-Treffen - unabhängig von der inhaltlichen Ausgestaltung - die Richtung für die zukünftigen Planungen.

Seit dem 1. Ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin steht das Desiderat gemeinsamer Christen-Treffen noch dringlicher auf der Tagesordnung, zugleich aber auch in „Spannung“ zu den Katholiken- und Evangelischen Kirchentagen. ZdK-Präsident Hans Joachim Meyer hat inzwischen den Vorschlag unterbreitet, alle 7 Jahre gemeinsame Ökumenische Christentreffen zu veranstalten. Dass Katholiken wie Protestanten an ihrer jeweils eigenen und be-

Das kontroverse Echo auf den 95. Deutschen Katholikentag im Juni in Ulm aus den Reihen der Bischöfe hat nicht nur verdeutlicht, wie sehr diese Treffen ein Anliegen der Laien und Verbände sind, sondern auch, wie sehr sie im Blick der kirchlichen Hierarchie stehen. Nachdem sich inzwischen die öffentliche Aufregung gelegt hat, wird hinter den Kulissen gleichwohl angesichts der kirchlich-gesellschaftlichen Veränderungsprozesse zunehmend über die Zukunft dieser Veranstaltungen nachgedacht. Für die Veranstalter geht es um die Frage: Katholikentag – quo vadis?

währten Tradition festhalten wollen und werden, liegt für Großmann und Ruh auf der Hand, steht aber für beide auch nicht im Widerspruch zum Anliegen gemeinsamer Veranstaltungen. Kirchentage in gemeinsamer Trägerschaft werde es in Zukunft geben – „jedoch zusätzlich zu den Katholikentagen, nicht stattdessen“, betont der ZdK-Mitarbeiter. Letzteres begründet Großmann damit, dass die Katholikentage in ihrer mittlerweile 156-jährigen Geschichte zur „Plattform der katholischen Verbände schlechthin“ geworden seien; die meisten Verbandsgründungen seien von diesen Treffen initiiert worden. Ähnlich plädiert Ruh für den Fortbestand getrennter Treffen: „Der Deutsche Evangelische Kirchentag hat zwar die Kirche im Titel, ist aber ausgesprochen stolz auf sein Profil als eigenständige ‘Laienbewegung’ und als Avantgarde eines weltoffenen Protestantismus. Für das Zentralkomitee wiederum haben die Katholikentage als Möglichkeit der Selbstdarstellung erhebliche Bedeutung. Deshalb wird auch die katholische Seite ihre Traditionsveranstaltung nicht ganz in ökumenischen Christentreffen aufgehen lassen.“

Als notwendige „Baustellen“ hat der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, die Katholikentage bejaht und verteidigt. Die Baustellen eigene Unübersichtlichkeit werten die einen als Aufbruch zu Veränderungen, während sie anderen als Ausdruck der Orientierungslosigkeit erscheinen. Beliebigkeit, Zerfallerscheinungen, Debattierclub sind beanstandete Phänomene auf diesen „Baustellen“, die Kritiker in Sorge um das katholische Profil nach einer Neuausrichtung der Katholikentage rufen lassen. Darin wiederum erken-

nen die Anhänger der gegenwärtigen Form den Versuch, im Bereich der Kirche eine „Wende rückwärts“ durchzusetzen. Insbesondere Gruppierungen an der Basis wie die KirchenVolksBewegung wünschen eine möglichst große Pluralität, damit die Katholikentage zu Katalysatoren für Reformprozesse – etwa hinsichtlich der Ökumene, der Eucharistie- und Abendmahlsgemeinschaft, Zölibat oder der Priesterweihe für Frauen – werden können. Aber auch Befürworter der Laientreffen, die in ihren Erwartungen weniger weit gehen, sehen in diesen einen besonders geeigneten Ort, sich den Diskussionen und Anfragen des inner- und außerkirchlichen Umfeldes offensiv zu stellen, statt ihnen auszuweichen. Gerade ein Katholikentag, unterstreicht denn auch Großmann, „bietet so viele Gelegenheiten zum Dialog und zur kritischen Auseinandersetzung mit so vielen anderen gesellschaftlichen Kräften wie Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden“. Ebenso ermöglichten diese Laientreffen besonders die intensive Begegnung mit Menschen anderer Konfessionen und Personen aus anderen Kontinenten.

Für die künftige inhaltliche Ausrichtung der Katholikentage sieht Ruh zwei Modelle: Ein Weg sei es, die inhaltliche Arbeit auf einige wenige kirchlich-religiöse oder gesellschaftliche Zeitfragen mit entsprechend kompetenten Referenten zu konzentrieren. Um damit eine „kontinuierliche und intelligente Zeitanalyse“ leisten zu können, sei allerdings eine gewisse Flexibilität erforderlich, auf relevante aktuelle Ereignisse einzugehen. Die Alternative wäre es, das thematische Programm bewusst herunterzustufen und den Katholikentag „vor allem auf Be-

gebung und Feier“ auszurichten. Ruh: „Beides kann sinnvoll sein, aber man kann letztlich nicht zwischen diesen beiden Optionen lavieren.“ Im übrigen könnte – nicht zuletzt angesichts der angespannten Finanzlage der Kirche – auch über regional organisierte Katholikentage nachgedacht werden, womit zugleich das Verhältnis zwischen solchen Treffen zum Katholikentag auf nationaler Ebene auf der Tagesordnung stünde. Gleich wohin die Richtung gehen wird, resümiert Ruh: „Voraussetzung ist, dass Verbände und Gruppen auf solchen Treffen nicht nur ihr eigenes Stüppchen kochen, sondern dem kirchlichen Gemeinwohl und der realen Lage des Glaubens verpflichtet sind.“ (KNA-ID Nr. 37)

Zwei Teilbereiche des Ulmer Katholikentages werden im Folgenden näher betrachtet: Die Teilnahme der „Kirche unter Soldaten“ mit den Aktivitäten der Katholischen Militärseelsorge und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) sowie das „Zentrum Frauen und Männer“.

Helmut Jermer, Oberstleutnant a.D. und Pressesprecher der GKS berichtet nach seiner einführenden Meinungsäußerung (s.u.) in mehreren Beiträgen über den „Tag der Militärseelsorge“ mit Pontifikalamt des Militärbischofs am 17. Juni (s.S. 52), über einen Gesprächskreis der GKS zum Thema „Einsatzverfahren von Soldaten und zivilen Hilfsorganisationen“ (s.S. 55) und über ein Groß-

forum „Militärische Intervention zu humanitären Zwecken?“ am 19. Juni (s.S. 56). Es folgt ein Statement des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages „Staatsbürger in Uniform und die Grundsätze der Inneren Führung – Wie wirkungsvoll ist parlamentarische Kontrolle unter veränderten Bedingungen?“, das Dr. Willfried Penner bei einer Veranstaltung der vom Bund der deutschen katholischen Jugend (BDKJ) getragenen „aktion kaserne“ gehalten hat (s.S. 61).

Abgeschlossen wird die Berichterstattung über den Ulmer Katholikentag 2004 mit einer Betrachtung über das erstmals gemeinsam eingerichtete „Zentrum Frauen und Männer“ (s.S. 64). (PS)



Schnappschüsse vom Katholikentag: Süße Versuchung - oder wie Interesse für seine Anliegen wecken. Die Barmherzigen Brüder waren Nachbarn der GKS auf dem Katholikentag: Bruder Johann (Foto I.) stets freundlich lachend war ein überzeugender Verkünder der Frohen Botschaft. Immer dabei und Flagge zeigend: katholische Soldaten (Mitte). Vernebelung oder absoluter Genuss? – Militärgeneraldekan Erhard Knauer (r.) beim Tag der kath. Militärseelsorge.

Glaubensfest oder Zeitansage

Einführende Meinungsäußerung zum Katholikentag in Ulm

HELMUT JERMER

Das Eine ginge nicht ohne das Andere, meinte Dr. Stefan Vesper, der Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK – Veranstalter der alle zwei Jahre in Deutschland stattfindenden Katholikentage), auf die Frage, was für ihn der Katholikentag heute bedeute. Eine politisch-gesellschaftliche Zeitansage sei zwar durchaus interessant, aber es fehle ihr das Herz und die Spiritualität,

wenn nicht auch der Glaube gefeiert würde. Umgekehrt müsse ein Glaubensfest in der Gesellschaft verortet sein, hätte gesellschaftliche Fragen zu bedenken, und das sei auch das Ziel dieses 95. Deutschen Katholikentages.

Auf jeden Fall hat dieses große Treffen eine Chance geboten für die Katholiken, für die Kirche(n) aber auch für andere gesellschaftlich relevante Gruppierungen, laut zu sagen,

was sie denken. Aus vielen Vorträgen und Podien könnten Impulse für das konkrete Handeln in Kirche und Staat, in Politik und Ethik aufgenommen werden.

In Ulm hat es viele Veranstaltungen zum Thema Mitverantwortung der Laien gegeben. Kein Wunder – denn Katholikentage sind Treffen der Laien, auf denen auch und gerade deren kirchliches und weltliches Engagement gewürdigt wird. Dies ist ganz im Sinne des Konzilsdokuments „Lumen gentium“, in dem es heißt: dass die Laien besonders berufen seien, die Kirche dort wirksam werden zu lassen, wo die Kirche nur

durch die Laien zum Salz der Erde werden könne. Und das ZdK ist überzeugt, dass es in der Tat und wesentlich an den Laien hängt, ob Kirche wahrgenommen wird und wirksam werden kann in dieser Zeit. Dazu soll der Katholikentag Impulse geben.

Das ganze Spektrum der Kirche erfassen

Das ZdK bot mit dem Katholikentag ein Forum, auf dem sich die Mitte des Katholizismus treffen konnte und zu dem sich alle Elemente einfanden, die Konservativen genauso wie die Progressiven, die Frommen ebenso wie die Coolen. Es gab über 300 Veranstaltungen der ZdK-Mitgliedsorganisationen – zu denen auch die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) gehört – die ihre speziellen und aktuellen Themen in den Katholikentag einbrach-

ten. Schließlich haben sich in Ulm an die 260 Verbände, Organisationen, Räte und Diözesen eingefunden.

Die Freude über das gelungene Katholikentreffen wurde etwas getrübt durch die Äußerung einiger Bischöfe, die aus der Ferne den dialogischen Charakter meinten kritisieren zu müssen, indem sie die Großveranstaltung als „Debattierklub über alles und jedes“ diffamierten. Sowohl Kardinal Lehmann als auch ZdK Präsident Meyer wiesen diese Kritik als realitätsfern zurück. Wie armselig wäre eine Kirche, die sich scheut, sich mit kritischen Geistern wie Hans Küng, Jacques Gaillot (der immer noch Bischof der katholischen Kirche ist!) oder Eugen Drewermann (der neben manch Merkwürdigem auch recht Denkwürdiges zur Kirche und zum Klerus gesagt und geschrieben hat) zusammen- bzw. auseinan-

der zu setzen? Man darf den Teilnehmern doch zumuten, dass sie sich ein eigenes Urteil bilden. Oder glauben die Kritiker nicht mehr an die Kraft der Argumente? Anders gefragt: Wie äußert sich denn der Heilige Geist, und wie lässt er sich von anderen Geistern unterscheiden?

Die Költnische Rundschau meinte denn in einem Kommentar (22.06.04), dass der Ulmer Katholikentag ausgesprochen ökumenisch geprägt gewesen sei, und schreibt jenen Bischöfen, denen solche Veranstaltungen nicht ins Konzept passen, ins Stammbuch, sich mit vorwärts drängenden Laien argumentativ auseinander zu setzen, anstatt ihren amtskirchlichen Standpunkt zu deklamieren. „Wer öffentlichen Dialog als Gegensatz zum Glauben sieht, geht den Weg zur Sekte“, so der ZdK-Präsident. □

TAG DER MILITÄRSEELSORGE:

Pontifikalat: Bischof predigt und firmt – Kirche überfüllt

Der katholische Militärbischof Walter Mixa kritisiert, dass die Kirche „zu wenig missionarisch“ sei. Bei kritischen Glaubensfragen klappe sie zusammen „wie ein Taschenmesser“, sagte Mixa am Donnerstag in einer Predigt auf dem Katholikentag. Die Christen dürften sich gegenüber Atheisten und Andersgläubigen nicht zurückziehen und sich für ihren Glauben nicht entschuldigen.

„Wir sind selbst Schuld“, wenn Kirche als langweilig empfunden werde. Für Mixa ist im Umgang mit Andersdenkenden wichtig: „Wir müssen uns verabschieden von der Annahme, dass Christentum eine Selbstverständlichkeit ist.“ Glaube sei schon immer, bis zum heutigen Tag eine Herausforderung gewesen. Beispiele für einen starken Glauben hätten die Märtyrer und Glaubenskämpfer wie Edith Stein vorgelebt. Am Rande kritisierte Mixa, dass beispielsweise das Weihnachtsfest immer mehr zu einem einfachen Familienfest verkomme. Der Kern des Festes, die Menschwerdung Gottes, sei immer weniger Menschen bewusst.

Musikalisch gestaltete das Pontifikalat das Heeresmusikkorps 10 Ulm unter der Leitung von Wilhelm Bruckhaus. (KNA)

HELMUT JERMER

Nicht nur Soldaten kamen zum Pontifikalat, mit dem der „Tag der Militärseelsorge“ am 17. Juni 2004 eröffnet wurde. Auch viele zivile Gottesdienstbesucher sorgten in der Kirche Sankt Michael zu den Wengen für eine festliche Stimmung – die Kirche war brechend voll.

Ein triumphaler Einzug: Militärbischof Dr. Walter Mixa eskortiert

von einem „Halbzug“ Konzelebranten. Das Heeresmusikkorps 10 präsentierte sein musikalisches Können: „AD MAJOREM DEI GLORIAM“.

Der Gemeindepfarrer, Dekan Kaupp, hieß die Gäste in „seiner“ Kirche willkommen mit den Worten: „Die Freude am Herrn ist unsere Kraft“. Der Bischof eröffnete die feierliche Eucharistie, die Danksagung

für das, was Christus für uns getan hat: Er erinnerte an Christi Liebe bis zur letzten Konsequenz am Kreuz ...

Eine zündende Predigt

In seiner Predigt griff der Bischof das Motto des Katholikentages „Leben aus Gottes Kraft!“ auf und problematisierte diesen Imperativ mit der Feststellung: schön und gut, aber eigentlich doch zu schön, um wahr zu sein. Er erinnerte an einen Truppenbesuch in den jungen Bundesländern, und gab wieder, was ihm ein (nicht getaufter) Hauptmann beim Frühstück entgegenhielt: Ach, wissen Sie, Herr Bischof, als bekennender Atheist habe ich mit Gott nichts am Hut. Mir geht's gut, meiner Familie auch, die Kinder sind gesund, wir sind gut versorgt ... Der Bischof nimmt den Ball auf und hinterfragt das „Bekenntnis“ des Hauptmanns, indem er nach dem Sinn des Lebens fragt: Wo ist der Ursprung des Menschen? Ist der Mensch ein Zufallsprodukt, eine Eintagsfliege? Wenn das Leben vorbei ist, Kiste zu, Deckel drauf, ein paar Blümchen

hinterhergeworfen? Das kann's doch nicht gewesen sein, Mensch. Christen glauben anders und richten ihr Leben entsprechend aus: auf Gott, auf den Schöpfer von Ursprung und Zukunft.

Und sie haben ein Beispiel in Christus, der einen Weg gegangen ist, der hart und konsequent war und für uns in die richtige Richtung weist, auf das Ziel hin: unruhig ist mein Herz, bis es ruht in Gott. Wenn wir in unsere Gesellschaft hineinschauen, stellen wir eine recht oberflächlich-materielle Lebensauffassung fest: Hauptsach', die Hos'n passt und im Geldbeutel stimmt's. Wo bleibt da der Sinn?

Steh' auf, Christ, ...

... nimm die Herausforderung an, hör' auf Christus. Du hörst seine Stimme heraus aus der Vielstimmigkeit, lass' Dich nicht ablenken von den Sirenenklängen der Werbung, von der Kakophonie der Freizeitingenieure. Allerdings, sein Weg geht nicht bergab, seine Wahrheit mag unbequem sein, sein Leben endete am Schandpfahl des Kreuzes ... vordergründig. Hintergründig-jenseitig geht es weiter, über den Tod hinaus, dorthin, wo Gott wohnt. Wir sagen dazu: Himmel. Und da wollen doch auch wir hin. Damit wir dort hinfinden und auch ankommen, vermittelt uns Christus einen „Pfadfinder“, den Heiligen Geist. Der Weg ins Paradies ist kein „Zuckerschlecken“, und so billig, wie's der alte Faschingsschlager verspricht, ist die Eintrittskarte nicht: Ob wir wirklich alle, alle, in den Himmel kommen? Wer weiß? Da dürfen wir schon gespannt sein.

Unser Gott ist ein Gott des Lebens

Er ist nicht nur Schöpfer, wie ihn Juden und Muslime glauben. Mit Jesus, seinem Sohn, tritt er heraus aus der Transzendenz, aus dem Jenseits, nimmt Fleisch an, wie es heißt, wird Mensch, leibhaftig. Gott offenbart sich in Jesus Christus, legt uns einen Weg vor, verkündet uns die eine Wahrheit und verspricht uns ein Leben in Fülle, das nicht vergeht.

Eins ist für uns Christen klar: Christus war kein Schwätzer, kein Ideologe. Er hat gehalten, was er versprochen hat und ging seinen Weg –



Während des Gottesdienstes spendete der Militärbischof einem 27-jährigen Oberleutnant und dem 15 Jahre alten Sohn eines Hauptmanns das Sakrament der Firmung. Der Bischof spricht: „Sei besiegelt durch die Gabe Gottes, den Heiligen Geist. Der Friede sei mit dir!“

bis zur letzten Konsequenz – und manche sind an ihm irre geworden. Jesus zeigt uns einen Gott, den er Vater nennt und den auch wir Vater nennen dürfen. Gott offenbart uns in Jesus seine Liebe. Und diese Botschaft verkündet keine andere Religion. Das Christentum ist, um es mit Eugen Biser zu sagen, eine Liebeserklärung Gottes an die Menschen.

Ein Wort an die Soldaten

Und ihr Soldaten: Ihr kämpft gegen den Terror, der zwar von verblendeten Menschen organisiert wird, der aber sein von Hinterhältigkeit und Feigheit entstelltes Gesicht verbirgt, die Fratze des Bösen. ... Euer Einsatz ist kein Spaziergang. Frieden zu organisieren ist – wie wir sehen und erleben – ein steiniger Weg, ein gefährlicher mitunter, aber nur so lässt sich der Teufelskreis des Bösen durchbrechen. Respekt vor Eurem Dienst. Ihr sichert den Frieden, den Menschen brauchen, dass sie sich wieder in Würde entfalten können ...

Heute empfangen zwei Soldaten das Sakrament der Firmung. Firmen heißt: stärken, festigen – festmachen am Glauben. Die Firmung ist gleichsam ein Reifezeugnis des Glaubens; mit dem Sakrament wird der gefirmte Christ als religiös mündig betrachtet, hat gelernt, was es

heißt, eigenverantwortlich im Sinne der Goldenen Regel und des Dekalogs zu denken und zu handeln. Er ist frei, das zu tun, was er nach Gottes Willen tun soll! Er muss Antwort geben auf die Frage, warum er sich so und nicht anders entschieden hat. Er ist sich selbst, seinem Dienstherrn, seinem Gewissen und Gott gegenüber verantwortlich. Und Soldaten haben, gerade wenn sie im staatlichen Dienst stehen und hoheitlich handeln, eine besondere Verantwortung. Nicht nur für ihr je persönliches Handeln, sondern, wenn sie als Vorgesetzte entscheiden, auch für andere, für Kameraden, die ihnen anvertraut sind. ...

Das Christentum fordert heraus

Unsere Kirche, diese Kritik müssen wir ernstnehmen, ist zu wenig missionarisch. Freilich ist sie Anfechtungen ausgesetzt und wir lassen uns auch und gerade deshalb in die Defensive drängen, mit einer oft billigen Anmache: mit Kirche ist doch nichts mehr los, das ist doch ein altmodischer Laden, ihr Angebot ist doch von gestern ... Aber das kann es doch nicht sein! Haben wir nicht gute Argumente dagegen? Oder lassen wir uns von den Blutzeugen der Urkirche beschämen?

Fortsetzung auf Seite 56, Sp. 1 u. 2 u.



Nicht nur der Hunger der Seele will gestillt sein, auch der Leib stellt seine Forderungen. So herrschte beim Abend der Begegnung am Eröffnungstag des 95. Deutschen Katholikentages großer Andrang am Verpflegungszelt der Militärseelsorge im Schatten des Ulmer Münsters. Kein Problem für organisationsgewohnte Militärgeistliche und ihre Mitarbeiter aus dem Seelsorgebezirk, der KAS, der GKS und vom ortsansässigen Logistikregiment 47, das tatkräftig mit Personal und Material unterstützte.

Im Messegelände war die Kath. Militärseelsorge in Halle 7 unter Beteiligung der Ev. Militärseelsorge mit einem Informationsstand „Kirche unter Soldaten“ vertreten. Hier konnten sich die Besucher anhand von Materialien, Video-Aufzeichnungen und natürlich im persönlichen Gespräche mit Militärseelsorgern und Soldaten über die Seelsorge an Soldaten informieren. – Rund 35 Soldatinnen und Soldaten nahmen im Rahmen einer „Zentralen Werkwoche“ als Dauerteilnehmer an den Veranstaltungen des Katholikentages teil.

Militärbischof Walter Mixa (Bild Mi.I.) lässt sich auf dem Stand der „Kirche unter Soldaten“ eine PC-Verbindung zum Militärpfarrer in Bosnien schalten, um ihm Grüße vom Katholikentag zu übermitteln. – Der Informationsbedarf über Militärseelsorge und Laienengagement ist groß; Gespräche über Gespräche werden geführt, ob jung oder alt, zivil oder in Uniform, gern wird ein Halt am Stand der „Kirche unter Soldaten“ eingelegt. Mit an vorderster Diskussionsfront die Kameraden von CoV und KAS.



KIRCHE UNTER SOLDATEN



GKS-GESPRÄCHSKREIS - SANKT JOHANNES BAPTIST IN NEU-ULM:

„Einsatz Erfahrungen von Soldaten und zivilen Hilfsorganisationen“

HELMUT JERMER

Über das Thema „Einsatz Erfahrungen von Soldaten und zivilen Hilfsorganisationen“ diskutierten am Freitagnachmittag, den 18. Juni 2004, Soldaten und Vertreter von zivilen Hilfsorganisationen.

Das Foto (u.r.) zeigt die Teilnehmer der Runde. Oberst Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein (Mitte), Kommandeur Logistikregiment 41 in Ulm-Dornstadt und Bundesvorsitzender der GKS, moderierte das Gespräch mit den vier „Zeugen“ (v.l.):

- Hauptmann a.D. Günther Neuroth, der als „alter Fahrensmann“ in vielen Einsätzen gedient hat (IFOR, SFOR, KFOR, OSCE, UNOMIG),
- Fähnrich d.R. Aichele, der seine Eindrücke und Erfahrungen als Dolmetscher aus dem Kosovo schilderte,
- Jürgen Lieser, Leiter Katastrophenhilfe von Caritas International und Mitglied im Vorstand von VENRO (Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen) und
- Eike Hornbostel vom Hilfswerk Kinderberg International*).

Oberst Klein stimmte die ca. 40 Zuhörer in die Thematik ein, indem er von Krisen und Konflikten in Afghanistan bis Zimbabwe berichtete, unter denen gegenwärtig viele Menschen zu leiden hätten. Der Terror verschlimmere die Lage noch und

wirke auf die Helfer und ihre Projekte – ob international (UN, OSCE), national oder von NGOs organisiert – kontraproduktiv. Die Unruhen, die im März/April 2004 im Kosovo ausgebrochen waren, und ähnliche Rückschläge machten wenig Hoffnung, dass die drangsalierten Menschen in den Krisengebieten ohne Hilfe von außen auskommen könnten. Neben den Soldaten engagierten sich Friedensfachkräfte, Menschenrechtler und Demokratisierungshelfer. Es gehöre eine gehörige Portion Idealismus dazu, diesen nicht ungefährlichen Dienst zu leisten. Mitunter müssten die Aufbauhelfer den Eindruck gewinnen, dass sie Sisyphusarbeit leisten.

So fragte denn der Moderator in die Runde, was denn das für Menschen seien, die sich für den Einsatz in einem solchen Umfeld eignen. Jürgen Lieser von Caritas International beschrieb ein Profil: reife, gestandene Leute müssten es sein, auf keinen Fall Abenteurer, Draufgänger oder Weltverbesserer, keine Gutmenschen mit einem Helfersyndrom. Allerdings gehöre ein – wie er es nannte – gemäßigter Idealismus gleichsam als Kraftquelle dazu, weil man sonst nicht durchhalten könne. Die Aufbauhelfer sollten professio-

nell arbeiten, teamfähig sein und auf einem gefragten Gebiet Spezialisten.

Eike Hornbostel von Kinderberg International fügte hinzu, die Helfer müssten lebenserfahren und psychisch gefestigt sein, analytisches und abstraktes Denken beherrschen. Sie müssten sich schnell an das neue kulturelle Umfeld anpassen können, weil sie in sehr kleinen Teams operierten.

Auf dem Podium waren sich alle einig, dass eine qualifizierte Ausbildung und eine auf das Einsatzgebiet abgestimmte Vorbereitung – gerade auch in kultureller Hinsicht – von großem Nutzen wäre. Es käme eben auf eine gute Personalauswahl an. Die Bundeswehr verfüge inzwischen über eine Menge Erfahrung und biete eine gute Ausbildung an.

Klein bemängelte, dass es wegen mangelnder Koordination zwischen militärischen Stellen und NGOs manchmal leider zu Reibungsverlusten komme und dass demzufolge Kräfte versiegt. Hier gäbe es noch Nachbesserungsbedarf.

Einmütig stellten die Podiumsteilnehmer fest, dass die verschiedenen Dienste notwendig im Sinne des Wortes und hilfreich seien, auch und gerade, weil die Menschen in den Elendsgebieten sehr unter den Folgen von Krieg und dem Elend in seinem Gefolge litten. Und deshalb gelte es, die Zusammenarbeit zwischen allen Aufbauhelfern, zivil und militärisch, zu verbessern. □

*) Kinderberg International e.V. wurde 1992 von Suzana Lipovac mit dem Ziel gegründet, kindermedizinische und psychosoziale Projekte in den Balkan-Staaten durchzuführen. Vom Hauptsitz Stuttgart aus wurde im März 2002 als Reaktion auf den 11. September ein medizinisches Notversorgungsprojekt für Frauen und Kinder in Afghanistan gestartet. Afghanistan hat laut dpa die höchste Müttersterblichkeitsrate der Welt. Nach positiven Projekterfahrungen auf dem Balkan und in Ruanda hat Kinderberg International e.V. in Afghanistan 6-monatige Ausbildungen von Hebammen in Angriff genommen. Denn mit grundsätzlichem Wissen über den Zusammenhang zwischen Hygiene und Krankheiten, über Ernährung und mit (oftmals einfachen) Anweisungen/Behandlungen können die Möglichkeiten von komplikationslosen Schwangerschaften und Geburten um ein Vielfaches erhöht werden.



Humanitäre Intervention

Berichterstattung und Meinungsäußerung zum Forum

HELMUT JERMER

Am 19. Juni wurde auf einem Forum über das Thema „Militärische Intervention zu humanitären Zwecken?“ diskutiert. Für die GKS ist eine solche Themenstellung aus friedens- und berufsethischer Sicht hochinteressant und die Auseinandersetzung mit dem Für und Wider spannend. Auch aus diesem Grund werden drei Eingangsstatements – Prof. Dr. Thomas Hoppe, Universität der Bundeswehr Hamburg, Dr. Reinhard Voß, Generalsekretär der dt. Sektion von pax christi, und GenLt Karl-Heinz Lather, Deputy Commander Joint Head-quarters Centre Heidelberg ausführlicher vorgestellt.

Nach Auffassung des Autors dieses Beitrags können und dürfen manche Aussagen des Vertreters von pax christi nicht unwidersprochen stehen bleiben. Nach seiner Meinung habe die GKS bereits in der Replik auf die Feuersteiner Erklärung (1986) grundlegende, sicherheitspolitisch relevante Fehldeutungen von pax christi richtiggestellt, was die deutsche Sektion der katholischen Friedensbewegung allerdings nicht davon abhalte, im Jahre 2004 alte, ideologisch befrachtete Vorurteile aufzuwärmen nach dem Motto: „Verschone mich mit Tatsachen, damit ich meinen Glauben nicht verliere.“ Die Redaktion fügt die Anmerkungen als Fußnoten bei.

1. Statement:

Prof. Dr. Thomas Hoppe, Universität der Bundeswehr, Hamburg

Kann ein Einsatz militärischer Mittel gerechtfertigt sein, um verfolgten und bedrohten Menschen zur Hilfe zu kommen? so fragte Prof. Dr. Hoppe zur Eröffnung des Forums. Und er erinnerte an einige schlimme Ereignisse in der letzten Dekade: an den Giftgaseinsatz gegen die Kurden im Nordirak (1991), an die jahrelangen, blutigen Auseinandersetzungen

im zerfallenden Jugoslawien in den 90er Jahren, an die katastrophale Lage in Somalia, an den Völkermord in Ruanda 1994, bei dem innerhalb eines Vierteljahres fast eine Million Menschen abgeschlachtet worden seien, schließlich an den Konflikt ums Kosovo 1999. Seit einigen Jahren organisierten misanthropische Regierungen auf dem afrikanischen Kontinent Not und Elend für ihre eigene Bevölkerung wie z.B. in Simbabwe und im Sudan, aber nicht nur dort.

Fortsetzung von Seite 53

Das Christentum war schon immer eine Herausforderung, eine Zumutung, im Sinne des Wortes. Und auch unsere jüngeren Märtyrer ermutigen uns, unser Zeugnis für Christus in Wort und Tat abzulegen: Frauen, wie die Schwester Edith Stein, wie die Studentin Sophie Scholl, Männer wie ihr Bruder Hans Scholl, wie Pater Maximilian Kolbe, wie Pater Alfred Delp, wie der evangelische Pfarrer und Hochschullehrer Dietrich Bonhöffer, wie Pater Rupert Mayer, wie der Bischof Oscar Romero. Menschen, die sich für andere aufgeopfert haben: Mutter

Theresa von Kalkutta, Johannes XXIII., ja, auch unser derzeitiger Papst, der sich in seiner körperlichen Hinfälligkeit an seinem Stab stützt und dabei auf dessen oberes Ende zeigt: auf das Kreuz Christi ...

Woher nahmen und nehmen sie ihren Mut, von woher kam und kommt ihre Kraft? Sie lebten und leben aus Gottes Kraft! Und auch wir können diese Kraftquelle anzapfen. Jetzt, hier und heute, in dieser Eucharistiefeier, in der Jesus, der Christus, sich verschenkt, selbstlos, wohl in der Absicht, uns zu versöhnen mit Gott, seinem Vater, und sich selbst und wir mit uns untereinander.“ □

Die internationale Staatengemeinschaft sähe sich zunehmend durch gewaltförmige Eskalation von Konflikten und durch schwerste Menschenrechtsverletzungen herausgefordert, denen nicht zwischen- sondern innerstaatliche Ursachen zugrunde lägen. Zu denken gebe die Tatsache, dass keineswegs in jedem hier aufgeführten Fall politisch oder gar militärisch interveniert wurde. So sei der Genozid in Ruanda „unter den Augen eines Sicherheitsrates (geschehen), dessen Mitglieder bewusst vermieden, das Geschehen beim Namen zu nennen, um nicht in die Verpflichtung zum Eingreifen zu geraten.“ Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage nach bewaffnetem Eingreifen, um viele Tausenden vor dem Hungertod zu retten. Würde so Gewalt als Mittel der Politik wieder im Verkehr zwischen den Staaten kultiviert? Würde damit womöglich der „Relegitimierung des Krieges durch die Hintertür“ das Wort geredet? Wie ließe sich verhindern, dass internationale Politik in immer neue gewaltsame Konflikte hineingezogen würde, und wie könne man – vor allem – Gewalt präventiv vermeiden.

„Gerechter Friede“ ist richtungsweisend

Und dies sei auch das Anliegen der Deutschen Bischöfe gewesen, als sie ihr Hirtenwort „Gerechter Friede“ im September 2000 vorgelegt hätten: Politik, Kirchen und Gesellschaft, Pazifisten wie Nichtpazifisten seien gemeinsam verpflichtet, im politischen Verkehr keine (militärische) Gewalt einzusetzen sondern vielmehr durch praktische Friedensarbeit zusammenzuwirken und damit Gewalt zu verhindern. „Gerechter Friede“ stünde für aktive Menschenrechtspolitik, der es darum ginge, grundlegende soziale Menschenrechte zu verwirklichen und die internationale Gerechtigkeit zu fördern. Die einzelnen Staaten sollten nicht länger ihre eigenen nationalen Interes-

sen verfolgen, sondern sich in ein friedenspolitisches Gesamtkonzept einbringen, das sich einem global verstandenen Gemeinwohl verpflichtet sähe, um die Ursachen für gewaltträchtige Konflikte mit gewaltfreien Mitteln zu bearbeiten. Hass und Gewalt gediehen dort besonders gut, wo Menschen in großer Zahl in Not und Elend leben und für sich und ihre Kinder keine Hoffnung und keine Zukunft sähen. Es würde immer dringlicher, die als Ursache erkannten politischen und sozialen Defizite zu beseitigen.

Humanitäre Interventionen dürften nur für Grenzfälle erwogen werden, wenn alles ernsthafte Bemühen um gewaltvorbeugende Maßnahmen vergeblich erschienen, wenn mit dem Verzicht auf Gewalt schwerste Menschenrechtsverletzungen in großer Zahl hingenommen würden, obwohl man sie mit militärischer Gewalt hätte verhindern können. Die eingangs aufgezählten Konflikte, gerade die noch andauernden, ließen es geboten erscheinen, über Kriterien für humanitäre Interventionen nachzudenken, die in der normativen Logik der Gewaltprävention lägen. So ergäben sich ein Reihe spezifischer Fragen.

Fragen an den Politiker

Sieht er Chancen, die deutsche Außenpolitik mit der friedensethischen Grundposition, wie sie in „Gerechter Friede“ entfaltet wird, zu harmonisieren und international Geltung zu verschaffen? Wo liegen die Defizite in der Krisen- und Gewaltprävention, und wie ließen sich diese beseitigen? Wie ließe sich bei sich zuspitzenden Lagen (Ruanda) ein hinreichender politischer Wille so organisieren, dass ein gewaltverhinderndes Krisenmanagement rechtzeitig greifen kann? Welche strukturellen und organisatorischen Reformen müssten über- und internationale Institutionen (UNO, OSCE, NATO, EU) umsetzen? Wie lassen sich bewaffnete Interventionen in ein politisches Gesamtkonzept einfügen, aus dem schließlich eine nachhaltige, friedensfähige und menschenrechtskonforme neue Ordnung entstehen kann? Welche Maßnahmen sind zu treffen, um nach dem Ende der Gewaltphase die wichtigsten Aufgaben der Konfliktnachsorge erfüllen zu können?

Fragen an den Soldaten

Nach welchen Kriterien ist der Einsatz militärischer Mittel überhaupt zu verantworten? Welche Lehren sind aus den bisherigen Friedenssicherungs-Missionen der VN zu ziehen? Wie lassen sich bei Kampfhandlungen Kollateralschäden minimieren, und wie kann man die Zivilbevölkerung am besten schützen? Wie kann sichergestellt werden, dass militärische Einsätze keine Eigendynamik entwickeln und politisch „aus dem Ruder laufen“? Welche Ausbildung ist für Soldaten vorzusehen, um sie hinreichend für die ethischen Aspekte und Konsequenzen ihrer Entscheidungen (Vorgesetzte) / ihres Handelns (Soldaten allgemein) empfindsam zu machen? Wie kann man sicherstellen, dass sich Soldaten immer und überall an die Normen des humanitären Völkerrechts halten (Folter, Behandlung von Gefangenen, etc.)? Wie kann Innere Führung gerade jetzt befördert und gestärkt werden, wo die Bundeswehr im multinationalen Rahmen eingesetzt wird und mit Traditionen und Führungskulturen anderer Armeen gleichsam im Wettbewerb steht?

Fragen an die Vertreter von humanitären Hilfsorganisationen

Wie sieht er sich selbst und wie bewertet er sein Handeln in Krisen und Konflikten, wenn er sich den unterschiedlichsten Akteuren mit widerstreitenden Interessen ausgesetzt sieht, die versuchen, ihn zu instrumentalisieren? Wo liegen Zielkonflikte in ihrer Arbeit und wie lassen sie sich konstruktiv lösen? Wie beurteilen sie das Verhältnis zwischen ihnen selbst und der vor Ort tätigen militärischen Kontingente? Wie kann man die Zusammenarbeit mit militärischen und politischen Akteuren so gestalten, dass eine Mission optimalen Erfolg zeitigt?

Hoppe endete mit der Bemerkung, dass im Rahmen des eineinhalbstündigen Forums nicht alle Fragen aufgegriffen und abgearbeitet werden können. Den Zuhörern dürfe

aber klar geworden sein, wie komplex und kompliziert Friedensmissionen in aller Regel sind und welch hoher Anspruch an diejenigen gestellt wird, die sich in den Dienst des Friedens stellen.

2. Statement:

Dr. Reinhard Voß, Generalsekretär der dt. Sektion von pax christi

Pax christi komme es darauf an, dass militärische Gewalt vermieden und Prävention deutlicher als bisher als politische Aufgabe erkannt werde.¹ Dr. Voß meinte, pax christi sei sich mit den Militärs darin einig, dass Gewalt als letztes Mittel zu verstehen sei, und zwar auch in zeitlicher Hinsicht.²

Prävention müsse ausgereizt werden; während kriegsverhindernde Maßnahmen praktiziert werden, dürfe man nicht im Verborgenen aufrüsten und aufmarschieren (Kosovo, Irak).

„Terrorismus ist der Krieg der Armen; Krieg der Terror der Reichen“ (Sir Peter Ustinov)

pax christi möchte den interkulturellen und interreligiösen Dialog gefördert wissen und warnt vor einem „clash of civilizations“, der von fundamentalistischen Strömungen in Ost und West betrieben werden könne. Dr. Voß zitiert Richard Perle (Berater der US-Administration), der von einem totalen Krieg gegen den Terror spricht, und fragt, ob nicht Sir Peter Ustinov Recht hätte, als er feststellte: „Terrorismus ist der Krieg der Armen; Krieg ist der Terror der Reichen.“

Zur Frage nach der ethischen Rechtfertigung von Interventionen verweist Dr. Voß auf die strengen Kriterien der Arbeitsgruppe „Gerechter Friede“ und stimmt (als Pazifist) den acht Empfehlungen zu: humanitäre Interventionen müssten in der Leitperspektive des „gerechten Friedens“ reflektiert werden(1), so-

1 Wer könnte dieser Forderung nicht zustimmen?

2 Hier irrt Dr. Voß! Um beispielsweise die VN-mandatierte Blockade gegen das ehemalige Jugoslawien durchzusetzen, mussten Kriegsschiffe – militärische Gewalt – auf der Adria kreuzen. Gewalt ist kein „letztes“, sondern ein „äußerstes“ Mittel in einer konkreten Lage; so muss die aufgeklärte Übersetzung bzw. Interpretation des Begriffs „ultima ratio“ lauten. Würde man den Einsatz als zeitlich letztes Mittel betrachten, käme das dem „Ausverkauf von Politik und Diplomatie“ gleich.



Podium "Militärische Intervention zu humanitären Zwecken?"; v.l.: Dr. Reinhard J. Voß, Generalsekretär der dt. Sektion der Internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi (Bad Vilbel), Generaleutnant Karl-Heinz Lather, stellvertretender NATO-Befehlshaber (Heidelberg), Gertrud Casel, Geschäftsführerin der Deutschen Kommission Justitia et Pax (Bonn), und Jürgen Lieser, Leiter Katastrophenhilfe von Caritas International, Freiburg, bei einem Abstimmungsgespräch am 19.06.2004 vor Beginn des Podiums. Es fehlt in dieser Runde Prof. Dr. Thomas Hoppe, Universität der Bundeswehr Hamburg.

wohl die politischen(2) als auch die zivilgesellschaftlichen(3) Möglichkeiten seien voll auszuschöpfen, militärische Einsätze seien von Anfang an unter den Imperativ der Schadensbegrenzung und des Schutzes der Zivilbevölkerung(4) zu stellen, im Einsatz seien die Regeln des Völkerrechts(5) und die Menschenrechte(6) zu beachten, Zielkonflikte zwischen Humanitärer Hilfe und militärischer Aktion seien zu minimieren(7) und schließlich sei die Konfliktnachsorge und die Friedenskonsolidierung von Anfang an gut zu koordinieren(8).

Gewalt als „letztes“ Mittel?

Dr. Voß schließt sich bei der Frage, ob es ethisch erlaubt sein könne, militärische Gewalt anzuwenden, der Position des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) an, der „eine ausdrückliche Legitimierung und Rechtfertigung von Gegengewalt als 'letztem Mittel' bewusst vermeidet“. Er weist allerdings auf ein Dilemma der UNO hin, deren Charta es nicht erlaubt, in die Souveränität eines Staates³ von außen einzugreifen. Gleichzeitig verpflichtete die UNO ihre Mitgliedsstaaten jedoch zur allgemeinen Achtung und Durchset-

zung der Menschenrechte.

Er sei skeptisch und warne seit Jahren davor, Interventionen damit zu begründen, dass in einem Staat Menschenrechte verletzt würden und weist auf die Gefahren von versteckten Macht- und Wirtschaftsinteressen derjenigen hin, die zum militärischen Eingreifen bereit seien. In diesem Zusammenhang weist er auf die immer wieder – zu Recht – geforderte Reform der UNO hin (Konsequente Umsetzung der UN-Charta, Zusammensetzung und Abstimmungsmodi des UN-Sicherheitsrates, Mandatierungsproblematik, Truppenstellung etc.)

Zivil-militärisch – ziemlich konträre Logiken

Der Generalsekretär von pax christi lässt sich im Folgenden zur zivil-militärischen Zusammenarbeit aus. Er stellt fest, dass es sich dabei um zwei „ziemlich konträre Logiken“ handele, sowohl in der Vorbereitung als auch in der Durchführung. Zur militärischen Logik gehöre: Vorbereitung zum Gehorchen, Kämpfen, Töten, in manchem Armeen auch zum Foltern! Zur zivilen Logik dagegen gehöre das Dialog- und Empathieprinzip, die Gewaltfreiheit als

Weg und Ziel, die Zivilität und Rechtsstaatlichkeit.⁴

Statt Soldaten – Fachkräfte für den Frieden

Dr. Voß plädiert dafür, dass man mit einem anderen Ansatz an das Konfliktmanagement herangehe. Dazu bräuchte es nicht traditionell ausgebildete(?) Soldaten, sondern Fachkräfte zum Aufbau von Zivilgesellschaft, von Staats- und Gemeinwesen sowie polizeilich und psychologisch geschulte Ordnungskräfte. Er halte nichts davon, das Heer als Technisches Hilfswerk einzusetzen und verweist auf eine pax christi-Erklärung, in der davor gewarnt werde, dass die NATO als westliches Militärbündnis instrumentalisiert würde, um Herrschaft und Macht zu sichern, und nicht als Friedenstruppe.⁵

Zur Zusammenarbeit von zivilen und militärischen Kräften meint pax christi, dass eine Verzahnung die zivile Konfliktbearbeitung militärischen Denkweisen und Handlungsstrategien unterordnen würde. Damit würde die zivile Konfliktbearbeitung in ihrer Eigenständigkeit und Kreativität entwertet. Auch bräuchte die zivil-militärische Zusammenarbeit keine Sicherheitsgarantie für ziviles Personal.

3 ... eines Staates, der seine eigene Bevölkerung drangsaliert und terrorisiert, ...

4 Richtigstellung: Für die Bundeswehr im allgemeinen und für die GKS sei hier festgestellt, dass in der Bundeswehr Gehorchen nicht um des Gehorchens willen kultiviert wird, dass die Soldaten ein politisches Mandat erfüllen, dass sie ihrem Auftrag verpflichtet sind, den man zusammenfassend mit der Parole: schützen, helfen, retten umschreiben kann, dass sie verbrecherische Befehle oder solche, die ein Vergehen bewirken würden, nicht ausführen dürfen, und Befehle, die gegen ihre eigene Würde verstoßen oder einen nicht dienstlichen Zweck verfolgen, nicht auszuführen brauchen. – Diese

Schwarz-Weiß-Malerei empfand die GKS seinerzeit in der Feuersteiner Erklärung von 1986 schon als Zumutung, und schon damals wurde pax christi widerlegt! Nach Meinung der GKS ist es unchristlich, wenn in der Diskussion um den richtigen Weg zum Frieden mit Vorurteilen und Unterstellungen agiert wird.

5 Einspruch: die NATO ist in erster Linie eine Wertegemeinschaft, um Freiheit, Demokratie und Wohlfahrt zu sichern und zu fördern. Erst in dem Fall, dass diese Werte bedroht oder ein Mitgliedsstaat angegriffen wird, reagiert sie militärisch. Im Kalten Krieg war die NATO allerdings jahrzehntelang auch – und vor allem – militärisch herausgefordert.

Ein starkes Interesse fand das Podium "Militärische Intervention zu humanitären Zwecken?". Sachlich legten die Podiumsteilnehmer geschickt moderiert von Gertrud Casel, Bonn, ihre Standpunkte dar; auch stand genügend Zeit für Nachfragen und Meinungsäußerungen aus dem Publikum zur Verfügung.



Zivile Konfliktbearbeitung – ZKB

In den „Friedenspolitischen Richtlinien“ vom Dezember 2003 definiert die „Kooperation für den Frieden“ den Terminus Zivile Konfliktbearbeitung als „bewussten Einsatz nicht-militärischer Mittel zur Vermeidung, Beilegung und Nachsorge gewaltsamer Auseinandersetzungen“. Dabei ginge es vor allem um die Suche nach Lösungen, die alle am Konflikt Beteiligten akzeptieren könnten. Die ZKB sei „von der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden und zu fördern, auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Auf keinen Fall sind ZKB-Maßnahmen in militärische Maßnahmen einzuordnen oder diesen unterzuordnen.“⁶

pax christi befürchtet offensichtlich eine Vereinnahmung der ZKB in einen militärisch dominierten Kontext ... (s.o.) und fordert, dass die ZKB eigenständig bleiben solle. Vielmehr seien deren Methoden eine Alternative zu herkömmlicher militärischer Sicherheitspolitik.⁷ Schon die Option eines Militäreinsatzes beeinträchtigt die zivilen Institutionen in ihrer Handlungsfähigkeit und Effektivität. Eine zu enge Zusammenarbeit mit militärischen Institutionen gefährde die notwendige Allparteilichkeit(?) gegenüber den Konfliktakteuren und damit die Erfolgsaussichten der ZKB.⁸ Jede Art von „strategischer Verzahnung“ könne sich für (zivile) Friedensfachkräfte als tödliche Umklammerung erweisen;

sie müssten daher besonders darauf achten, nicht als verlängerter Arm der Kriegspartei NATO wahrgenommen zu werden, da ihnen so der Zugang zu weiten Teilen der Bevölkerung versperrt würde.⁹

Die Bundeswehr sucht sich neue Aufgaben(?)

pax christi tritt „dem in Entstehung befindlichen neuen Welt- und Selbstbild der Bundeswehr als eigentliche Kraft der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung“ entschieden entgegen, weil dies letztlich nicht dem Frieden, sondern vorwiegend dem Erhalt einer – nach Meinung von pax christi – anachronistischen Institution diene. pax christi glaubt zu wissen, dass der Drang der Bundeswehr in andere Aufgabenbereiche hinein groß sei.¹⁰ Und weiter unterstellt pax christi: Für die Bundeswehr böte ziviles Engagement im Einsatzland massive Vorteile; sie hoffe, dadurch für ihre Sicherheit zu sorgen, die Motivation der Soldaten zu steigern und deren Leidensdruck angesichts von Armut und Kriegszerstörungen zu verringern. ZKB sei

im übrigen nicht die kleine Schwester der militärischen Intervention! Schließlich sei es nicht Aufgabe der ZKB, dort einzusteigen, wo militärische Optionen an ihre Grenzen stießen. Vielmehr wolle sie eigenständig der Gewalt vorbeugen, Konflikte schlichten und Versöhnung fördern.¹¹

3. Statement:

**GenLt Karl-Heinz Lather,
Deputy Commander Joint Headquarters Centre, Heidelberg**

General Lather ist davon überzeugt, dass die Soldaten der Bundeswehr in ihren Friedensmissionen individuell und kollektiv einen Beitrag zu mehr Frieden, Freiheit und Stabilität leisten. Er verweist auf das Beispiel ISAF in Afghanistan, wo es gelungen sei, ein sicheres Umfeld für die Loya Jirga (Große Versammlung) zu schaffen. Heute habe das durch Krieg, Terror und Zerstörung geschundene Land die modernste Verfassung Zentralasiens – ein Verdienst u.a. der ISAF-Soldaten aus 26 Nationen, die meisten aus der NATO und der Bundeswehr. Dieses Beispiel mache deutlich, wie effizient ein militärischer Einsatz den humanitären Zweck einer multinationalen, UN-mandatierten Intervention unterstützen könne.

Die Anforderungen an internationale Friedensmissionen hätten sich erheblich verändert. So gäbe es ne-

6 Woher hat eigentlich die „Kooperation ...“ das Mandat, solche Forderungen zu stellen?

7 Schon Helmut Schmidt hat 1972(!) als Verteidigungsminister festgestellt, dass Sicherheitspolitik ganzheitlichen Ansätzen folge: politischen, wirtschaftlichen und sozialen ...

8 Ist damit gemeint, dass zivile Friedenskräfte sich z.B. gegenüber den Taliban, Al Qaida und anderen Terroristen neutral verhalten wollen?

9 Die Bundeswehr erfreut sich in den Einsatzländern einer hohen Akzeptanz, nicht zuletzt deshalb, weil sie den „Zugang zu weiten Teilen der Bevölkerung“ oftmals erst ermöglicht.

10 Die Bundeswehr drängt sich nicht nach neuen Aufgaben, es sei denn nach Maßgabe und im Auftrag von Regierung und Parlament – Primat der Politik

11 Genau dies hätten die Förderer von ZKB Ende der 80er Jahre in Jugoslawien, in den 90er Jahren im Irak und mehrere Jahrzehnte lang in Afghanistan, in Korea, vor 1994 in Ruanda, gegenwärtig im Sudan, (heute!) in Simbabwe tun können. Und warum, so muss gefragt werden, haben sie es bisher unterlassen?

ben den klassischen Blauhelmeinsätzen wie UNOMIG in Georgien auch vorbeugende Konfliktverhütung durch politische Aktivitäten und vorbeugende Truppenstationierung wie in Mazedonien und Bunia (Kongo), durch NATO und/oder EU. Zu den Friedensmissionen zähle auch der Einsatz bewaffneter Kräfte zur Konflikteindämmung und zur Stabilisierung der politischen Lage auf dem Balkan, konkret in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo. Mit derartigen Einsätzen könnten meist innerstaatliche, gewalttätige Auseinandersetzungen beendet werden; sie zielen immer darauf ab, friedliche Bedingungen für die von Krieg und Terror drangsalierten Menschen zu schaffen. Solche Friedensmissionen sind dann erfolgreich, wenn politische, militärische, polizeiliche und zivile Fähigkeiten klug aufeinander abgestimmt sind.

Der sicherheitspolitische Rahmen von Friedensmissionen

Lather zitiert aus den Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) des Bundesministers der Verteidigung und stellt den erweiterten Sicherheitsbegriff vor, der „das gesamte Spektrum sicherheitspolitischer relevanter Instrumente und Handlungsoptionen“ umfasse und der sowohl die Vorbeugung als auch die Eindämmung von Krisen und Konflikten bedenke. Die Bundeswehr handle dabei nur gemeinsam mit Verbündeten und Partnern im Rahmen von VN, NATO und EU (ausgenommen: in nationaler Verantwortung durchzuführende Rettungs- und Evakuierungsoperationen).

Grundlage jeder politischen Entscheidung und jedes von den politisch Verantwortlichen erteilten Auftrags sei das Völkerrecht, die UN-Charta sowie das Grundgesetz. Vornehmste Aufgabe von Politik und Diplomatie sei es, kooperative Strategien zur multinationalen Risikoversorgung und zu internationalen Konfliktlösungen zu suchen und weiterzuentwickeln.

Es geht um Sicherheit und Frieden

Ihm als Offizier sei bewusst, dass „Sicherheit (...) weder vorrangig

noch allein durch militärische Maßnahmen“ garantiert werden könne, weswegen deutsche Sicherheitspolitik umfassend angelegt sei und sowohl politische, ökonomische, ökologische, gesellschaftliche als auch kulturelle Bedingungen und Entwicklungen berücksichtige.¹² Auch zur Prävention gehörten „politische und diplomatische Initiativen genauso, wie der Einsatz wirtschaftlicher, entwicklungspolitischer, humanitärer und sozialer Maßnahmen“. Ein solcher Ansatz müsse glaubwürdig sein, und deshalb könne auf die Bereitschaft, „Freiheit und Menschenrechte, Stabilität und Sicherheit notfalls auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen oder wiederherzustellen“, nicht verzichtet werden.

Für die Bundeswehr hieße das konkret, im jeweiligen Einsatzgebiet zunächst einen militärischen Beitrag zu leisten: Herstellen und Garantieren von Sicherheit und Ordnung, Unterstützen bei humanitären Maßnahmen, Schutz verbündeter Streitkräfte. Und eines sei klargestellt: Ziel, Ort, Dauer und Art des Einsatzes werden politisch vorgegeben, die Grenzen zwischen den unterschiedlichen Einsatzarten sind fließend, Gewaltausbrüche und gelegentliche Rückschläge lassen sich nicht gänzlich ausschließen ...

Wertvolle Erfahrungen

Aus den Erfahrungen, die General Lather in Einsätzen gemacht hat, formulierte er abschließend einige Forderungen und Wünsche:

1. Bei Friedensmissionen sind Kampfeinsätze wahrscheinlich. Ein als Friedensoperation begonnener Einsatz kann in Kampfhandlungen eskalieren, in einer als befriedet geltenden Region können gewalttätige Ausschreitungen ausbrechen.
2. Militär versteht sich grundsätzlich nicht als Polizei oder als bewaffnetes THW. Dass Soldaten häufig derartige Aufgaben übernehmen, liegt daran, dass wir meist als erste vor Ort sind, und ändert nichts am Grundsatz.
3. Heutigen Risiken und Bedrohungen sollte klugerweise nur multinational begegnet werden. Multinationalität verlangt eine für alle beteiligten Truppen geltende eindeutige Rechtsgrundlage. In der

Regel ist dies ein UN-Mandat oder der politische Auftrag durch die Entsendestaaten. In Deutschland bedarf es der Zustimmung durch den Bundestag, was Rechtssicherheit schafft und politischen Rückhalt bietet.

4. Vom Verhalten und vom persönlichen Beispiel der Soldaten, vom Führungsverhalten und vom persönlichen Beispiel von Vorgesetzten, auch von deren interkulturellen Kompetenz hängt der Erfolg einer Friedensmission wesentlich ab. Der Soldat mutiert am Ende der Kampfhandlungen zum „miles protector“, dessen vorrangiger Auftrag dann Schutz und Hilfe lautet – und der dennoch seine Gefechtsbereitschaft erhalten muss. Die Rules of Engagement (ROE) sind in diesem Zusammenhang hilfreich und notwendig.
5. Nicht selten sind unter der Zivilbevölkerung Opfer von Kampfhandlungen, die ethnische oder religiöse Ursachen haben. Gerade die Menschen, die geschädigt wurden, bedürfen des besonderen Schutzes durch die Friedenstruppen. Die Zivilbevölkerung muss vom Sinn und Zweck der Mission überzeugt und in die Lage versetzt werden, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen, damit der Einsatz so bald wie möglich – erfolgreich – beendet werden kann. Die für den Einsatz politisch Verantwortlichen sollten sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass der „endstate“ erreicht werden kann.
6. NGO's (Non-governmental Organizations) leisten einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau der staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche. Alle Anstrengungen zur Wiederherstellung des Friedens erfordern eine Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen NGO's. CIMIC (civil military cooperation) ist der militärische Beitrag und Bestandteil der militärischen Operationsführung in den Einsatzgebieten der Bundeswehr. Die Mittel rein militärischer Krisenbewältigung allein reichen nicht aus, um eine Region dauerhaft zu stabilisieren. Die

Fortsetzung auf Seite 63, u.

¹² vgl. *Position von pax christi*.

95. DEUTSCHER KATHOLIKENTAG ULM / AKTION KASERNE:

Die Wirksamkeit parlamentarischer Kontrolle unter veränderten Bedingungen

Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages stellt sich jungen Soldaten

Die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte durch den Deutschen Bundestag war der Inhalt einer Veranstaltung, welche die „aktion kaserne“ – eine Initiative katholischer Jugendverbände im BDKJ – auf dem Katholikentag durchführte. Der Wehrbeauftragte Dr. Willfried Penner gab eine Einführung und diskutierte mit Soldatinnen und Soldaten über die Wirksamkeit seiner Tätigkeit in den Streitkräften auch unter den veränderten außen- und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen.

Die Diskussion in der Ulmer Wengenkirche moderierte Josef König, der die Geschäfte der „aktion kaserne“ aus der BDKJ Bundesstelle heraus führt. Es folgt das Statement, in dem Dr. Penner besonders auf Aufgaben und Stellenwert der „Inneren Führung“ einging:

Von Mal zu Mal wird bezweifelt, dass die Grundsätze der Inneren Führung generell und das Bild vom Staatsbürger in Uniform speziell im Ernstfall des Einsatzes aufrecht zu erhalten seien. Demgegenüber ist festzustellen, dass gerade dies die Stunde der Bewährung für Bundeswehr und ihre Soldaten im demokratisch verfassten Staat ist. Das heißt im Einzelnen:

• „Innere Führung“ und Sinn und Wert des Dienstes

Der politische Primat verlangt den Soldaten als Staatsbürger in Uniform und nicht den waffenkundigen Befehlsautomaten. Deutschland beteiligt sich nicht an Kriegen als Partei, wohl aber ist Deutschland bemüht, streitende Parteien auseinander zu bringen und Frieden durchzusetzen, Hilfe bei Unterstützung im Wiederaufbau zu leisten. Das fordert den Soldaten, der die politische Substanz des nationalen Auftrages kennt und auch dessen Zielsetzung. Darüber hinaus muss er mit den kulturellen, sozialen und religiösen Gegebenheiten des Einsatzlandes vertraut sein und nicht nur mit den geographischen. Er muss den Kern des Streitstoffs kennen. Erst Kenntnis und Wissen befähigt zu einem Dienst, der sich nicht allein in der Erledigung des Auftrags erschöpft,

weil er sich nicht auf die Einübung und Anwendung militärischer Fertigkeiten reduziert. Es ist die Stunde des mitdenkenden und mitverantwortenden Soldaten und ein Grund dafür, dass deutsche Soldaten im Einsatz überall so hoch geschätzt sind. Keine Rede davon, dass im Einsatz der gewalthungrige Krieger gefordert sei und die Stunde der verweichlichenden Inneren Führung und die Kunstfigur des Staatsbürgers in Uniform geschlagen habe. Die so verstandene Rolle des Soldaten ist nicht nur politisch vorgegeben oder militärisch befohlen. Die Soldaten selbst – wenn Sie so wollen: die Betroffenen – wollen auch im Einsatz ihren Status als Staatsbürger in Uniform nicht ablegen. Sie wollen sich nicht reduzieren lassen auf den Militärhandwerker. Sie wollen Aufgaben mit lösen helfen, die weit über die Möglichkeiten des Militärischen hinaus gehen. Dazu befähigt der Staatsbürger in Uniform als Staatsdiener in besonderer Mission. – Wenn auch nicht immer mit uneingeschränktem Erfolg.

• „Innere Führung“ und Bindung an Recht und Gesetz

Primat der Politik muss rechtlich einwandfreie Voraussetzungen für den Einsatz sichern. Diese können sich sehen lassen. Mit dem Urteil des



Entspanntes Gespräch am Tag der Katholischen Militärseelsorge zwischen dem Wehrbeauftragten Dr. Willfried Penner, Generalleutnant Karl-Heinz Lather und Josef König, Geschäftsführer der aktion kaserne.

Bundesverfassungsgerichts von 1994 steht fest, dass Einsätze deutscher Soldaten nicht zu beanstanden sind. Demnach ist militärische Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an Missionen der Vereinten Nationen bis hin zu Kampfeinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta zulässig. Innerstaatlich muss einem solchen Einsatz ein Beschluss der Bundesregierung und des Parlaments vorausgehen; während des Einsatzes bleiben die Regeln des nationalen Dienst- und Strafrechts maßgebend, was nicht unwichtig ist. Darüber hinaus geben die sogenannten „Rules of Engagement“ im Einsatz rechtliche Orientierung, soweit sie vom Bundesminister der Verteidigung in Kraft gesetzt worden sind. Gewiss sind damit nicht alle rechtlichen Fragen für jeden Einzelfall ein für allemal geklärt. Der Luftangriff der NATO auf Jugoslawien war ein solcher Fall, bei dem die Frage der völkerrechtlichen Zulässigkeit bekanntlich sehr kontrovers diskutiert wurde. Ein Beschluss zum Eingreifen war vom Sicherheitsrat bekanntlich wegen des sicheren Vetos von Russland und China nicht zu bekommen. Der „Ersatzbeschluss“ des NATO-Rats im Jahre 1998, auf Grund dessen die NATO-Staaten eine „Nothilfe“ bzw. „humanitäre Intervention“ durchführten, beseitigte die völkerrechtlichen



Unter den zahlreichen interessierten Zuhörern der Veranstaltung der Aktion Kaserne mit dem Wehrbeauftragten im Gemeindezentrum der Ulmer Wengenkirche befand sich auch Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut (v.r., Foto ak)

Zweifel nicht. Für Deutschland ergab sich zusätzlich ein verfassungsrechtliches Problem, da die NATO zwar ein System kollektiver Sicherheit nach Artikel 24 GG ist und war, aber sich bis 1999 auf die Verteidigung der Mitgliedsstaaten beschränkte. Trotzdem: Gerade am Beispiel der Bindung an Gesetz und Recht auch und gerade für den Einsatz lässt sich sehr deutlich ablesen, dass der Primat der Politik greift, ohne das damit alle Konflikte und Nöte für den einzelnen Soldaten abgedeckt werden müssten. Der Primat der Politik hat auch im Irak-Konflikt gewirkt; die wie auch immer zu bewertende politische Entscheidung dagegen hat überdies Deutschland vor einem völkerrechtlichen Abenteuer bewahrt.

• „Innere Führung“ und Information

Der Staatsbürger in Uniform ist informiert; das entspricht dem Primat der Politik. Die Vorschriften tragen dem Rechnung. Ich zitiere aus der ZDv 10/1:

„Aufgabe der Truppeninformation ist es, den Soldaten ... Informationen bereitzustellen, damit sie sich eine eigene Meinung bilden und politisch mündig sowie auftragsgerecht handeln können“ (Ziffer 365).

Und weiter:

„Die Soldaten können sich ungehindert aus allgemein zugänglichen Quellen, insbesondere aus Presse, Hörfunk und Fernsehen informieren“ (Ziffer 365).

Und das auch und gerade im Einsatz.

Manchmal bleibt dies Papier – unerfüllte Forderung, das ist wohl einzuräumen. Hin und wieder ist gerade von Soldaten im Einsatz beklagt worden, dass die Menschen zu Hause besser über Vorgänge im Einsatzland

durch Funk, Fernsehen und Presse informiert seien als sie selbst. Das ist im Einzelfall nicht zu bestreiten und hat verwirrt und Misstrauen geschürt. Es gibt aber keine Anhaltspunkte dafür, dass die Soldaten an Ort und Stelle bewusst und systematisch ahnungslos gehalten werden sollten. Wie denn auch?

Über funktionierende und preiswerte Fernspreverbindungen nach Deutschland konnten ohnehin die Ereignisse vor Ort nie geheim bleiben, zumal eine durchgängige Nachrichtensperre nie verhängt worden ist. Wenn – dann standen regelmäßig Schwächen in Rede, die dann auch behoben wurden. Manchmal hat sich übrigens herausgestellt, dass die Meldungen in der Heimat nicht in allen Punkten den Tatsachen entsprachen. Im Übrigen kann man den Eindruck haben, dass die Soldaten über den Einsatz selbst und fällige Konsequenzen bis hin zu Versorgungsansprüchen auch für die Familie vom Dienstherrn umfassend informiert werden. Vielleicht ist die Sprache und Form der Übermittlung nicht durchweg so beschaffen, dass ihr Inhalt auch begriffen und festgehalten werden kann. Das audiovisuelle Zeitalter mit vielen Bildern und immer weniger Text wirkt sich eben aus. Aber auch dieses ist richtig: Es gibt nicht nur eine Informationspflicht des Dienstherrn; der Soldat hat, zumal in eigenen Angelegenheiten, auch sich selbst zu kümmern und zu informieren. Der Staatsbürger in Uniform ist schließlich Rechts- und Pflichtenträger.

• „Innere Führung“ und Ausbildung

Ein nicht zu unterschätzendes Thema. Bekanntlich kann man mit Ausbildung Zielsetzungen der Inneren Führung befördern oder auch deformieren. Natürlich muss der Staatsbürger in Uniform auch für den militärischen Teil des Einsatzes vorbereitet werden. Dies geschieht auch – und zwar nicht nur durch die Lektüre von Vorschriften, das Aneignen der „rules of engagement“, sondern ganz praktisch: sei es bei der Einsatzvor-

bereitung in Hammelburg, sei es bei den außerordentlich beanspruchten ABC-Kräften, sei es auf den Truppenübungsplätzen der Republik.

Es wäre allerdings grundverkehrt, daraus abzuleiten, dass die Bundeswehr als Einsatzarmee darauf aus sei, den „male warrior“ zu entwickeln. Denn auch dies ist gewiss, von Soldaten wird interkulturelle Kompetenz, Konfliktmanagement im persönlichen Umgang auf engstem Raum und unter extremen Bedingungen und Bewusstsein für die politischen Dimensionen des Einsatzes auch gefordert.

Der Soldat im Einsatz muss aber die im Einsatz geforderte militärische Fähigkeit besitzen und vor allem in der Lage sein, dass im Einsatz zu verwendende Gerät zu bedienen. Dies dient seiner eigenen Sicherheit, der seiner Kameraden, aber nicht zuletzt auch und vor allem der erfolgreichen Durchführung seines Auftrages.

Deshalb ist es ganz wichtig, dass im Inland ausreichende personelle und materielle Kapazitäten für Ausbildungszwecke zur Verfügung stehen. Das Fehlen geeigneter Ausbilder oder verwendbaren Materials kann nicht länger mit den Notwendigkeiten des Einsatzes begründet werden. Dies führt auf lange Sicht zu Flickschusterei. Damit ist übrigens nicht gesagt, dass Ausbildung für den Einsatz nun mehr nur noch unter Einsatzbedingungen sachgerecht durchgeführt werden kann.

• „Innere Führung“ und Kooperativer Führungsstil

Ein weiteres Mittel aus dem Bereich der Inneren Führung, gleichsam ein Ernstfall der Bewährung für den Primat der Politik, der auch im Einsatz erlebbar sein muss. Das heißt, auch im Einsatz muss Handlungsfreiheit, Mitverantwortung und Mitwirkung jedes einzelnen Soldaten ermöglicht werden, um vom Führen mit Auftrag Gebrauch machen zu können. Dies fordert insbesondere die Vorgesetzten in der Begründung des Auftrages. Klare Vorgaben durch Parlament und Regierung helfen.

Der im Inland geübte, hoffentlich

in Fleisch und Blut – man könnte auch sagen: in Herz und Verstand – übergegangene kooperative Führungsstil sollte sich auch im Einsatz abbilden und weiterentwickeln können. Unterschiedliches wurde und wird mir dazu vorgetragen: manche Soldaten berichten mir von Führungsschwäche ihrer Vorgesetzten, ja gar von charakterlichen Defiziten, die in der Stammeinheit, in der Kaserne mit ihren Möglichkeiten, einander auszuweichen, verborgen bleiben können oder bewusst verborgen werden. In der Extremsituation des Einsatzes hingegen, in der Enge des Feldlagers, der Zeltstadt oder der Containerunterkünfte, des permanenten Bei-Einander-Seins – wo jeder Sonntag ein Mittwoch ist und der Tag fast keine Ungestörtheit kennt – werden diese schonungslos aufgedeckt.

Andere Soldatinnen und Soldaten hingegen berichten, dass gerade der Auslandseinsatz eine positive Erfahrung diesbezüglicher Art gewesen sei, dass nicht nur die Kameradschaft – vertikal – sondern auch der

Führungsstil – horizontal – vorbildlich gewesen sei. Eine solche Erfahrung prägt für eine ganze dienstliche Laufbahn und lässt diese Soldaten durch das ihnen vorgelebte Beispiel zu Vorbildern werden.

Der Primat der Politik

Es ist meine feste Überzeugung, dass der Primat der Politik in Deutschland gesichert ist. Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass es so etwas wie eine Gegenbewegung zur Eigengesetzlichkeit des militärischen Komplexes gäbe.

Eine ganz andere Frage ist der international unterschiedliche Begriff vom Primat der Politik, der infolge zunehmender Verzahnung der Sicherheitspolitiken auch die eigene, nationale Definitionshoheit berühren kann. So ist unbestreitbar, dass der eine Staat mehr als der andere den Primat der Politik in der Verknüpfung mit den Möglichkeiten des Militärischen bestimmt und damit auch die Möglichkeiten zu einer mehr militarisierten Außenpolitik frei hält. Das sind Machtfragen im in-

ternationalen Geschehen.

In Deutschland sehe ich solche Möglichkeiten kaum. Es fehlt dafür das politische Grundklima und die beispiellos starke Mitwirkungsmöglichkeit des deutschen Parlaments in sicherheitspolitischen Angelegenheiten tut ein übriges dagegen.

So lange Öffentlichkeit die Wahrheit des Militärischen im Einsatz abbildet, wird die generalpräventive Kraft gegen losen Umgang mit den militärischen Möglichkeiten wirken. Wenn man so will: Ja, es ist dies auch ein Wort gegen selektive, gegen restriktive Berichterstattung über Kriegsgeschehen, mit eher verhüllenden Computeranimationen. Krieg ist manchmal unvermeidlich. Aber Krieg ist auch Sterben und Tod, Krieg ist auch Verstümmelung, Krieg ist auch Verbrennung, Krieg kann auch Schändung sein, Krieg ist fürchterliche Verwüstung und Krieg ist Wehklagen von Männern, Frauen und Kindern. Und das darf nicht verschwiegen werden. Dies nicht zu verschweigen, ist auch ein Gebot des Primats der Politik. □

Fortsetzung von Seite 60

sensible Aufgabe, CIMIC-Einsätze mit IO's (International Organizations) und NGO's zu koordinieren, verlangt eine enge Abstimmung zwischen zivilen und militärischen Autoritäten vor Ort.

7. Militärische Einsätze finden ein großes Medienecho. Wer als Vorgesetzter den „CNN-Faktor“ vernachlässigt, gefährdet den Erfolg seiner Mission. Der militärische Führer vor Ort steht in der Pflicht, wahrheitsgetreu Medien und über sie die Öffentlichkeit zu informieren. Er darf dabei nie seinen Auftrag, den Schutz seiner Soldaten, Recht und Gesetz sowie die ROE vernachlässigen.

Abschließend stellt General Lather fest, dass die Bundeswehr de facto eine Armee im Einsatz ist, die sich ständig an die aktuellen Bedingungen anpassen muss. Die deutschen Streitkräfte verfügen inzwischen über eine große Einsatzerfahrung. Verlässlichkeit und Fairness waren und sind Markenzeichen der deutschen Einsatzverbände, die im

Rahmen ihrer Möglichkeiten helfen, und das ohne Hintergedanken. Schließlich ginge es um Frieden, Freiheit und lebenswerte Umstände für eine von Krieg, Terror, Not und Elend heimgesuchte Bevölkerung. □

5. SPD-Fraktionsvize Erler: Mit Prävention statt Panzern Frieden schaffen

Der SPD-Außenpolitiker Gernot Erler hat sich für den weiteren Ausbau ziviler Maßnahmen zum Friedenserhalt ausgesprochen. Sie müssten Vorrang vor militärischen Interventionen haben, sagte Erler am 16. Juni beim Forum: „MILITÄRISCHE INTERVENTION ZU HUMANITÄREN ZWECKEN?“ des 95. Deutschen Katholikentag in Ulm. „Wenn militärische Interventionen zur Debatte stehen, ist schon etwas falsch gelaufen“, betonte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion.

Erler erklärte, seit den Balkankriegen habe es in Europa erhebliche Fortschritte bei der Friedensprävention gegeben. In der Öffentlichkeit seien diese aber „weitge-

hend unbekannt“ geblieben. Er verwies auf die Bereitstellung von Polizisten und Experten für Verwaltung und Katastrophenschutz sowie auf den Zivilen Friedensdienst in Deutschland. So sei es durch Präventionsmaßnahmen 2001 gelungen, in Mazedonien einen Bürgerkrieg zu verhindern und einen Friedensprozess einzuleiten. Erler ermutigte die Nichtregierungsorganisationen, sich weiter für den Ausbau solcher Dienste einzusetzen. Ihr Druck sei bei den Haushaltsberatungen der Bundesregierung hilfreich.

Humanitäre Hilfe nicht für strategische Ziele instrumentalisieren

Der Leiter der Katastrophenhilfe bei Caritas International, Jürgen Lieser, kritisierte, militärische Interventionsinstrumente würden „sehr viel stärker ausgebaut“ als zivile. Er warnte auch davor, humanitäre Hilfe zunehmend für strategische Ziele zu instrumentalisieren. Dies erschwere es Nichtregierungsorganisationen, in ihren Einsatzgebieten als neutral wahrgenommen zu werden. (Dt KTg Nr 134)

Frauen und Männer erstmals unter einem Dach

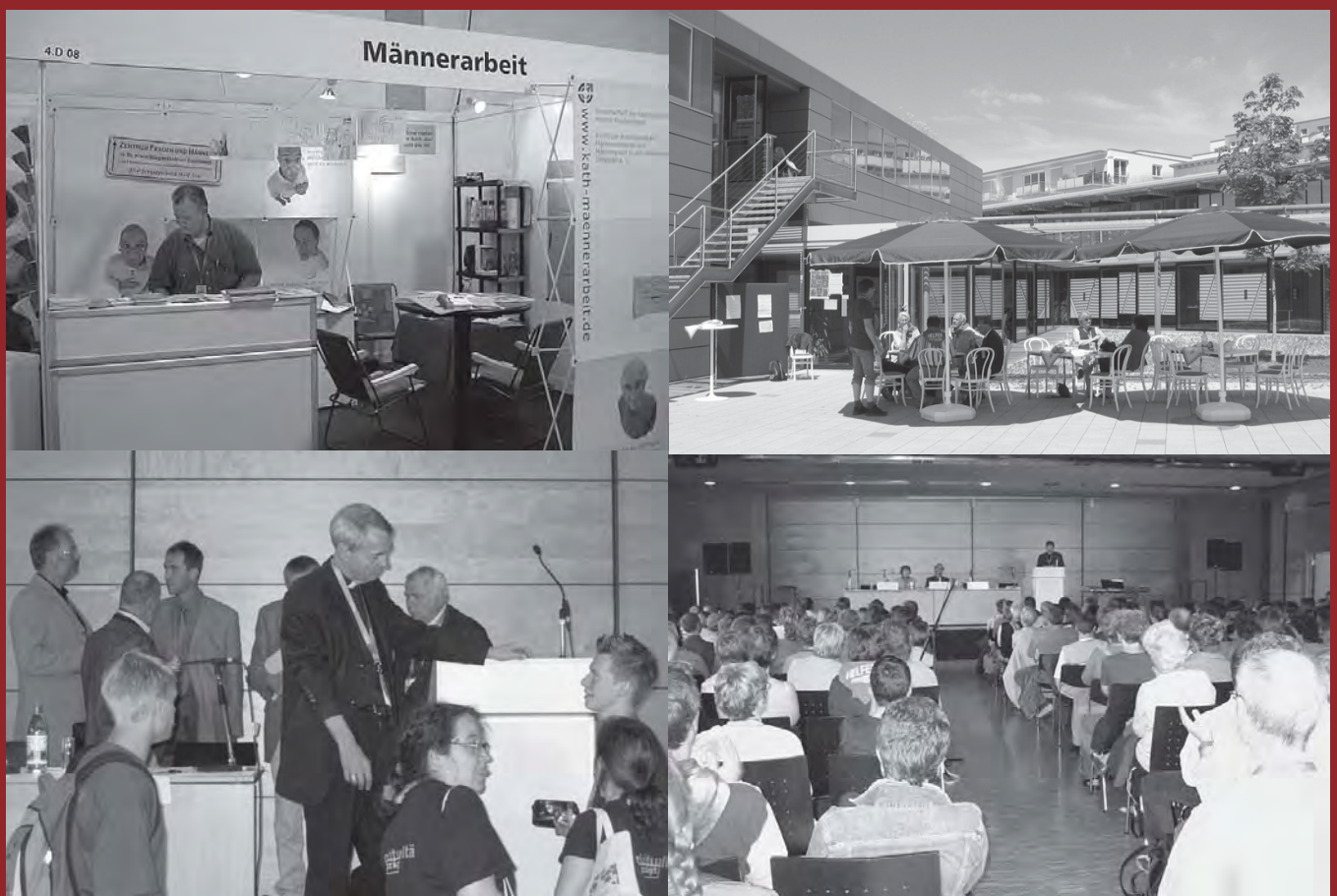
Rückblick und Impressionen auf den Ulmer Katholikentag

„Vorbei“ – das werden die Einwohner von Ulm wohl teils mit Wehmut, teils mit Erleichterung sagen. Für fünf Tage war die wunderschöne Stadt an der Donau im Ausnahmezustand, waren in der ganzen Stadt Schulen und öffentliche Gebäude zu Vortrags- oder Schlafstätten umfunktioniert, strömten Menschenmassen durch die Gassen, wurde überall gefeiert, drängten sich Zehntausende in

schiedene Broschüren und Zeitschriften; ein Nagelbalken für die, die ihre Kraft beweisen wollten; für Kinder die Möglichkeit, Bilder etwa zum Thema „Mein Papa und ich“ zu malen; ein Plakat, auf das Frauen schreiben konnten, was sie den Männern schon immer mal sagen wollten; und natürlich die Gelegenheit zum Gespräch und zur Information.

Am anderen Ende der Stadt war

lange Tradition, auch Männerzentren gehören seit einigen Jahren zum Programm. Nun fanden die Veranstaltungen erstmals „unter einem Dach“ statt. In Podiumsdiskussionen, Gottesdiensten, Bibelarbeiten, Ausstellungen und Workshops ging es um Geschlechterrollen und neue Perspektiven für das Zusammenleben. Der Katholikentag reagierte damit auf die gesellschaftliche Debatte, die



die Busse und gab es spontanen Applaus, wenn sich die Türen der überfüllten Straßenbahn nach dem x-ten Versuch doch noch schlossen.

Es war ein bunter, fröhlicher und – so sagen Beobachter – auch frommer Katholikentag. Besonders bei den „Orten der Begegnung“ auf dem Messegelände zeigte sich, was sich alles im katholischen Spektrum tummelt. Da durfte natürlich auch der Stand der katholischen Männerarbeit nicht fehlen (*Foto o.l.*). Dort war für jeden und jede etwas dabei: ver-

im Gemeinde- und Bürgerzentrum St. Klara auf dem Eselsberg das „Staatsbürger in Uniform und die Grundsätze der Inneren Führung – Wie wirkungsvoll ist parlamentarische Kontrolle unter veränderten Bedingungen?“

Am anderen Ende der Stadt war im Gemeinde- und Bürgerzentrum St. Klara auf dem Eselsberg das „Zentrum Frauen und Männer“ untergebracht – eine Premiere bei Katholikentagen. Frauenzentren haben bei diesen Treffen schon eine Jahrzehnte

Geschlechtergerechtigkeit zunehmend als gemeinsame Aufgabe sieht, begründete die Katholikentags-Verantwortliche für den Bereich, Kathrin Bilz, das „Experiment“.

Obwohl etwas abgelegen, wurde das Angebot insgesamt gut angenommen – manche Veranstaltungen waren sogar überfüllt. Auf einem Podium am Donnerstag wurde die Vereinbarkeit von Beruf und Familie diskutiert, und am Freitag ging es um die „Stolpersteine“ der Gleichstellungspolitik. Der Vorsitzende der Deut-

schen Bischofskonferenz (DBK), Kardinal Karl Lehmann, äußerte sich zur Frage, ob Frauen „Feigenblatt, Notlösung oder Zukunftsvision“ der Kirche seien. Sein Amtsbruder, der DBK-Beauftragte für Männerseelsorge und Bamberger Erzbischof Ludwig Schick (*Foto u.l.*), spürte auf einem Podium mit dem Thema „Wer's glaubt ... Was Männer in der Kirche finden“ der Religiosität von Männern nach. Bei einer anderen, gut besuchten Veranstaltung diskutierten Dr. Peter Döge und Prof. Doris Bischof-Köhler über die Frage, ob Geschlechterunterschiede biologisch bedingt oder erlernt sind (*Foto u.l.*).

Das Zentrum ermöglichte aber auch künstlerische und körperbetonte Zugänge zum Mann- und Frauen-Sein. Der Liedermacher Heinz Rudolf Kunze hielt eine Lesung über „Männer und ihre Beziehungen“. In Workshops standen meditativer Tanz oder asiatische Kampfkunst zur „Förderung geistiger Gelassenheit“ auf dem Programm. Auch innerkirchliche „heiße Eisen“ wurden nicht ausgespart. So stand auch die Situation von Kirchenmitgliedern zur Debatte, die in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften leben; oder katholische Lesben hatten die Möglichkeit ihre Spiritualität vorzustellen.

Am Samstag gab es im Männerzentrum ein Spielangebot für Väter und Kinder. Der geistigen und leiblichen Erfrischung dienten Gebetszeiten und Cafés (*Foto o.r.*).

Ein Höhepunkt war sicherlich die „Mystische Nacht. Weibliche und männliche Stimmen aus jüdisch-christlichen Traditionen“, eine Hörfunkproduktion des SWR, die am Freitag von 22 bis 24 Uhr in der Wengenkirche uraufgeführt und zeitversetzt gesendet wurde. Die Produktion steht inzwischen auf einer CD zur Verfügung (*s. Kasten*).

Ein ökumenischer Männergottesdienst beendete das Männerprogramm des Zentrums. (PS/ASt FD)

Mystische Nacht

Weibliche und männliche Stimmen aus jüdisch-christlichen Traditionen

Ein besonderes Projekt im Rahmen des Katholikentags 2004 in Ulm war die Uraufführung der Hörfunkproduktion „Mystische Nacht“. Bei dieser Koproduktion von Frauen- und Männerseelsorge, Katholikentag und SWR sind abwechselnd mystische Texte von Frauen und Männern aus verschiedenen Zeiten und kurze Musikstücke zu hören.

Die Produktion ist inzwischen auf Doppel-CD über katholische öffentliche Büchereien ausleihbar oder gegen eine Schutzgebühr von 15 Euro unter der Bestellnummer 544804 zu beziehen über den Borrowmüusverein e.V., Wittelsbacherring 9, 53115 Bonn <www.borrowm.de>.

Weitere Informationen zu dem Projekt gibt es von der Arbeitsstelle Frauenseelsorge <[www.frauenseelsorge.de/html/index.htm#Abteilung „Mystische Nacht“](http://www.frauenseelsorge.de/html/index.htm#Abteilung_Mystische_Nacht)>.

Um die Gender-Bildungsarbeit mit dieser CD zu unterstützen, hat die kirchliche Arbeitsstelle für Männerarbeit und Männerseelsorge in Fulda die Texte, soweit uns von den Rechteinhabern die Abdruck-erlaubnis gewährt wurde, ins Internet gestellt. Zu finden unter „Dokumente“ auf der Website <www.katholische-maennerarbeit.de>.

Inhaltsverzeichnis:

Auf CD 1:

1. Psalm 139,1-18
2. Teresa von Avila, aus: Die innere Burg
3. Johannes Tauler
Heinrich Seuse
4. Angelus Silesius (7 Epigramme)
5. Chung Hyan Kyung, aus: Ansprache zur ÖRK-Versammlung 1991
6. Martin Buber, Die Teigsuppe
7. Madeleine Delbrêl,
aus: Wir Nachbarn der Kommunisten
8. Madeleine Delbrêl, Humor in der Liebe
9. Irische Wandermönche
10. Charles de Foucauld
11. Meister Eckhart, aus der Predigt:
Beati pauperes spiritu
12. Gertrud Kolmar, aus: Gebet

Auf CD 2:

1. Aus Psalm 139
2. Dag Hammarskjöld,
aus: Zeichen am Weg
3. Hildegard von Bingen
4. Über das Beten:
Papst Johannes Paul I.,

aus: Das Beispiel des Samariters
Therese von Lisieux,

aus: Selbstbiographische Schriften
Gebet einer unbekannten Nonne

5. Vater Alexander Schmemmann,
aus: Aufzeichnungen 1973-1983
6. Teresa von Avila, aus: Die innere Burg
7. Johannes vom Kreuz, Nada
8. Johannes vom Kreuz, Das Himmlische
9. Samuel Ha-Nagid
10. Ernesto Cardenal
11. Else Lasker-Schüler, Es wird ein grosser
Stern in meinen Schoß fallen
12. Ist Gott Vater? Ist Gott Mutter?
Meister Eckhart, aus: Sermon VIII
Juliane von Norwich,
aus: Revelations of Divine Love
Birgitta von Schweden,
aus: Offenbarung III 30
Anselm von Canterbury, aus: Oratio 65,
Gen 49,25
13. Mechthild von Magdeburg,
aus: Das fließende Licht der Gottheit
14. Martin Buber, Der Schlaf,
aus: Die Erzählungen der Chassidim
15. Psalm 139,1-18

Jugend in Mittel- und Osteuropa zwischen Hoffnung und Resignation— Vision zu einem neuen Europa

KARL-JÜRGEN KLEIN

Vom 2. bis zum 4. September 2004 fand in Freising der 8. Internationale Kongress RENOVABIS statt. Zum ersten Mal verzeichnete diese Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa einen solchen Rekord von Anmeldungen, wie es ihn in früheren Jahren noch nicht gegeben hatte. Über 400 Repräsentanten aus Politik, Kirche und Gesellschaft hatten sich zum Kongress in Freising angemeldet. 25 Länder waren vertreten. Dabei stand inhaltlich die Jugend in Mittel- und Osteuropa im Mittelpunkt des Interesses der Teilnehmer unter dem Thema „zwischen Hoffnung und Resignation“. Gerade auch im Hinblick auf den Weltjugendtag 2005 in Köln hätte es nicht besser gewählt werden können.

Die Erweiterung der Europäischen Union im Mai dieses Jahres hat die historische Chance eröffnet, dass noch mehr Menschen eine gemeinsame Vision Europas entwickeln, an einem gemeinsamen Haus Europa bauen können und damit der Sicherung des Friedens dienen.

Vor dem Hintergrund dieser EU-Erweiterung hatten sich die Verant-

wortlichen von RENOVABIS in Kooperation mit der Forschungsgruppe „Jugend und Europa“ am Zentrum für angewandte Politikforschung (CAP) dazu entschlossen, diesem internationalen Kongress einen Jugendworkshop vorausgehen zu lassen, der gezielt auf die Herausforderungen der EU-Integration für junge Menschen in Mittel- und Osteuropa einging. So war der Einstieg in den Kongress ausgesprochen gelungen, als zu Beginn die Jugendlichen mit einer Präsentation aus ihren Ländern selbst zu Wort kamen. Hier wurde die Forderung beherzigt, nicht über die Jugend, sondern mit der Jugend zu sprechen. Diese Jugendlichen vermittelten dabei einen authentischen Ausschnitt dessen, was junge Menschen in Mittel- und Osteuropa über Europa denken und von Europa erwarten.

Unter dem Titel „Vision Europa“ diskutierten insgesamt 16 junge Menschen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten Polen, Tschechien, Ungarn, Estland, Litauen und ihren Nachbarländern Rumänien, Bosnien und Weißrussland eine knappe Woche lang über ihre Vorstellungen,

Wünsche und Ziele in und für Europa. Dank der interaktiven Konzeption durch die Forschungsgruppe „Jugend und Europa“ bekamen die Teilnehmer die einmalige Chance, sich über ihre persönlichen Hoffnungen auszutauschen. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen nach der eigenen Identität, der europäischen Dimension im eigenen Lebensumfeld und nach den Chancen für die eigene Zukunft in Europa. Aufgebaut wurde dieser Workshop, der dem Kongress vorausging, auf die vielseitigen und dichten Beschäftigungen mit den unterschiedlichen Facetten europäischer Kultur und Politik, um gemeinsam in diesen Gesprächen und Auseinandersetzungen den Blick in die Zukunft zu richten. Wenn auch der Prozess des kritischen Nachdenkens und der Entwicklung gemeinsamer Visionen von der Forschungsgruppe „Jugend und Europa“ pädagogisch und inhaltlich angeleitet wurden, so bestimmten die Jugendlichen im Ergebnis jedoch selbst ihre Vision Europa wie auch die Ausdrucksform für die Präsentation. Dies Eingangspräsentation zu Beginn des Kongresses durch die Jugendlichen war für alle Teilnehmer ein überwältigendes Erlebnis. Dies unterschiedlichen Sichtweisen, aber auch die ganz persönlichen Bekenntnisse der Jugendlichen, bestimmten sehr maßgebend den weiteren positiven Verlauf des internationalen Kongresses.

Der Kongress selbst wurde durch den Erzbischof von Köln und Vorsitzenden des Trägervereins RENOVABIS, Joachim Kardinal Meisner, eröffnet. Dabei wies er darauf hin, dass heute noch der Sozialismus in Mittel- und Osteuropa nachlebe. Es habe zur Strategie der Re-



Die jugendlichen Teilnehmer aus acht verschiedenen mittel-, ost- und südost-europäischen Ländern, die an diesem Kongress mit vorgeschaltetem Workshop teilnahmen. (Fotos Pinzka)

gierungen dieser Staaten gehört, die Jugend von Elternhaus und Kirche zu entfremden. Angesichts der Orientierungslosigkeit vieler Jugendlicher sei die Kirche heute wichtiger denn je. Der Kardinal, der selbst bis 1988 in der kommunistischen DDR gelebt hatte, forderte während des Kongresses die jungen Menschen auf, sich an Gott zu orientieren: „Jugendliche, die an Gott glauben, wirken als Vitaminspritze für unsere oft marode Gesellschaft.“

Das Klima untereinander war ausgesprochen positiv und von gegenseitigem Vertrauen getragen. Die Erwachsenen spitzten die Ohren und hörten lächelnd zu, was die Jugend zu sagen hatte. Nicht eine Kluft zwischen alt und jung war zu spüren, sondern eine gegenseitige Nähe, die besonders in persönlichen Gesprächen noch vertieft werden konnte. Das Interesse an der Jugend stand gerade den Älteren regelrecht ins Gesicht geschrieben. Dabei wurde eben deutlich, dass die Welt nur durch unsere Jugend als zukünftige Hoffnungsträger verändert werden kann und deshalb tun wir auch gut daran, gerade als ältere Erwachsene uns mit dieser Jugend zu beschäftigen und auseinanderzusetzen. Jugendliche müssen ernst genommen werden. Mit ihrem Tun und Handeln liegt die Zukunft in einer oft maroden Gesellschaftsordnung.

Experten und Interessenten aus insgesamt 25 Nationen diskutierten sehr heftig über die Lebenssituationen und Perspektiven der Jugendlichen und der jungen Erwachsenen. Dabei zeigten die regen Diskussionen – häufig wurde auch vom Thema abgewichen – wie groß der Bedarf nach Austausch und das Streben nach Verständnis des Anderen war. Diese thematischen Abstecher waren offensichtlich nicht nur notwendig, um einander besser verstehen und kennenzulernen und eine gemeinsame Basis zu schaffen, auf der dann konkrete Vorschläge und Gedanken gefasst werden konnten, sondern vielmehr schien damit auch

ein Weg gefunden worden zu sein, auf dem die Älteren leichter Zugang zur Jugend finden und mit Ihnen ins Gespräch treten konnten. Von Resignation war dabei nicht viel zu spüren, im Gegenteil, zu spüren war deutlich der Aufbruch, das positive Denken gerade der jugendlichen Teilnehmer und die ganz unterschiedlichen Hoffnungen, die durch diese Teilnehmer immer wieder auch deutlich artikuliert wurden.

Nun könnte jemand einwenden, dass diese Jugendlichen, die ja besonders ausgewählt waren, vielleicht zu naiv oder auch zu gutgläubig waren. Hier konnte im persönlichen Gespräch mit den Jugendlichen das Gegenteil festgestellt werden. Sie sind sich der schwierigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage in diesem geographischen Bereich Europas durchaus bewusst, aber sie sehen ebenso auch die Chancen, die sich mit der Öffnung Europas hin zur europäischen Union jedem Einzelnen von ihnen bietet. „Ich bin voller Hoffnung“ erklärte eine junge Frau, die sich eine Woche lang bei dem Jugendworkshop „Vision Europa“ im mit anderen jungen Leuten aus den Oststaaten über Europa ausgetauscht hatte. Sie stellte fest, dass es eine gemeinsame Basis trotz aller Unterschiede gäbe. Weiterhin führte sie aus: „Wir sind bereit, am gemeinsamen Europa mitzuarbeiten. Alle Verbesserungen beginnen dabei mit dem Ich, ist sie persönlich überzeugt.“

Im Gespräch wurde auch immer

wieder deutlich, dass die Integration der mittel- und osteuropäischen Länder im Gesamtprozess noch ganz am Anfang steht. Erst in diesem Jahr bedeutete die EU-Erweiterung für viele ehemalige sozialistische Staaten wie etwa Litauen oder Polen die wirtschaftliche oder politische und auch werteorientierte Einbindung in die Gemeinschaft. Andere Länder in Ost- und Mitteleuropa wie beispielsweise Bosnien hoffen auf eine Annäherung und eine künftige Mitgliedschaft in der EU. Doch weil der Prozess des europäischen Zusammenwachsens gerade erst beginnt, spielt die Jugend und ihre Einstellung zu Europa eine ganz zentrale Rolle. Letztlich sind die Jugendlichen diejenigen, die die Tore der europäischen Union weiter öffnen oder aber auch schließen können.

Die Jugendlichen fühlten sich in ihrer Rolle, die sie für die Zukunft Europas spielen und wo sie bereits jetzt Verantwortung mittragen, sehr ernst genommen, und haben auch gerade in den vorausgegangenen acht Tagen des Miteinanderteilnehmens am Workshop ihrem Auftrag und ihren Aufgaben für ein geeintes Europa gerecht werden können. Mit einem Essay zum Thema „Europäische Union“ hatten sich die Jugendlichen für den Workshop beworben, um sich an der Diskussion über ihre Zukunft beteiligen zu können. Im Kongress selber brachten sich die jungen Leute dann mit ihren Ideen und Vorstellungen in den verschiedenen Arbeitsgruppen, aber auch gerade in der

Die Ergebnisse eines dem Kongress vorausgehenden Workshops mit Jugendlichen werden bei der Eröffnungsveranstaltung präsentiert.



dargebotenen Präsentation ein. Dabei kann das Zusammentreffen der Jugendlichen und ihre Arbeit als ein kleiner Schritt zum Zusammenwachsen der europäischen Länder bewertet werden. Die Jugendlichen selber sagten, dass sie in den vergangenen Tagen viel geredet hätten über ihre Länder, über Europa und auch über sich selbst und über ihre Situation. Besonders ihre eigene Geschichte, die auch in diesen Ländern noch mal sehr unterschiedlich sich im Gespräch darstellte, beeindruckte die Teilnehmer untereinander sehr. „Ich komme aus Bosnien und dort war lange Krieg“ erzählte eine Teilnehmerin. Für eine andere Teilnehmerin waren diese Schilderungen über das Leben in Bosnien eine neue Erfahrung: „Ich habe vom Krieg in Bosnien nur etwas über Zeitungen und Fernsehen mitbekommen. Es war sehr bewegend, mit jemanden zu sprechen, der den Krieg selbst miterlebt hat.“

Als Fazit bewerteten alle Jugendlichen ihre Gespräche und ihren Austausch untereinander als eine wirklich große Bereicherung für ihr eigenes Leben. Sie wurden mit neuen Ideen erfüllt, um so auch gestärkt zurück in die Heimatländer zu gehen, um dort auch als Multiplikatoren zu wirken. Von Resignation war nun wirklich nichts zu spüren.

Seinen Abschluss fand dieser Kon-

gress mit einem Vortrag „Vision Europa“, gehalten von dem ehemaligen polnischen Außenminister, Professor Dr. Wladyslaw Bartoszewski, der viele Jahre an den Universitäten Münche, Augsburg und Eichstätt gelehrt hat. Dabei gab er eine Analyse der Entwicklung Europas und der Chancen der Jugendlichen, dieses Europa zu beeinflussen. Aus diesem richtungsweisenden Schlusswort „Vision Europa“ soll hier zitiert werden, was Papst Johannes Paul II. im Oktober 1988 – also unmittelbar vor der politischen Wende – in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg von der Zukunft Europas ausgeführt hatte: „Die vereinigten europäischen Völker werden die Vorherrschaft eines Volkes oder einer Kultur über andere nicht zulassen, sie werden aber das gleiche Recht für alle unterstützen und sich gegenseitig durch ihre Verschiedenheit bereichern. Die Reiche der Vergangenheit, die versuchten, ihre Herrschaft auf Gewalt und Assimilation zu gründen, sind alle gescheitert. Euer Europa wird das des freien Zusammenschlusses aller seiner Völker und des Zusammenlebens der mannigfaltigen Reichtümer seiner Verschiedenheit sein. Andere Völker werden sich bestimmt denjenigen anschließen können, die heute hier vertreten sind. Als Oberhirte der Universalkirche, der aus Osteuropa

kommt und der das Verlangen der slawischen Völker kennt – dieser anderen Lunge unserer europäischen Heimat – spreche ich den Wunsch aus, dass Europa – sich in letzter Instanz freie Institutionen gebend – eines Tages sich zu den Dimensionen ausbreiten könnte, die ihm von der Geographie und der Geschichte gegeben wurden. Wie sollte ich das nicht wünschen, da die vom christlichen Glauben beseelte Kultur die Geschichte aller Völker unseres einzigen Europa tief gezeichnet hat – die Geschichte der Griechen, der Römer, der Germanen und der Slawen, trotz aller Schicksalsschläge und gegensätzlicher sozialer und ideologischer Systeme.“

Diese Vision ist gerade dabei, sich zu erfüllen. Die Vision eines integrierten Europas freier Völker und freier Staaten – in Verbundenheit mit der geistigen und kulturellen Tradition des eigenen Volkes, im tieferen Verständnis für die Nachbarvölker, schließlich auch im Gefühl der kulturellen Zusammengehörigkeit mit der ganzen Menschheit.

Als „Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa“ wurde RENOVABIS im März 1993 von der Deutschen Bischofskonferenz ins Leben gerufen. Die Anregung zu dem Osteuropahilfswerk hatte das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) gegeben. Die Aktion sollte, so hieß es im Gründungstext, „eine Antwort der deutschen Katholiken auf den gesellschaftlichen und religiösen Neuanfang in den Staaten des ehemaligen Ostblocks nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme“ sein. Leitgedanken des angestrebten Engagements waren und sind bis heute die Prinzipien *Solidarität*, *Subsidiarität* und *Partnerschaft*. RENOVABIS, der lateinische Name der Aktion, stammt aus dem Psalm 104: „Renovabis faciem terrae – Du (Gott) wirst das Antlitz der Erde erneuern.“

Seit 1993 leistete RENOVABIS den Menschen in 27 Staaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa Hilfe durch mehr als 11.000 Projekte. Für

Der Bundesvorsitzende der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein, im Gespräch mit Weihbischof Dr. Kiro Stojanov vom Exarchat Mazedonien, mit Sitz in Skopje.



diese Hilfsprojekte brachten die Katholiken in Deutschland ein Gesamtvolumen von über 300 Millionen Euro auf. Die Mittel flossen in kirchlich-pastorale (sozialkaritative) sowie in Bildungs- und Medienprojekte. Dabei stand der Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ im Mittelpunkt. Konkret werden Mittel von RENOVABIS z.B. eingesetzt: um Kirchen und Gemeindezentren zu bauen, Familien-, Frauen- und Jugendzentren auszustatten, Heime für Waisen- und Straßenkinder zu unterhalten, Priester, Ordensleute und in der Seelsorgetätige Laien auszubilden. Ferner wurden Gelder für die kirchlichen Schulungsprogramme und Lehrerfortbildung, für Studienbeihilfen und journalistische Nachwuchsförderung gewährt.

Die Solidaritätsaktion RENOVABIS initiiert und begleitet viele Hundert Partnerschaften zwischen West und Ost und fördert so Erfahrungsaustausch, menschliche Begegnung und gemeinsames Lernen. Mit mehr als 1.800 Partnerschaftsgruppen

steht RENOVABIS in enger Verbindung. Mit ihrem überwiegend ehrenamtlichen Engagement bauen diese Gruppen lebendige Brücken der Verständigung zu den Menschen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, die in vielfältigen Traditionen leben und über ein reiches spirituelles Erbe verfügen. Das bietet die Chance für einen fruchtbaren „Austausch der Gaben“ zwischen West und Ost.

Eine große Herausforderung für RENOVABIS stellt die weitere europäische Integration dar: Wenn Europa nach einer langen Phase der Trennung des Kontinents nun wieder neu zusammenwächst, darf die geistige, kulturelle und religiöse Dimension nicht zu kurz kommen. Europa ist mehr als nur eine Wirtschafts- und Währungsunion in den geografischen Grenzen der europäischen Union und ihrer (jetzigen oder künftigen) Beitrittskandidaten. Europa muss sich als Wertegemeinschaft begreifen. Ohne eine Bindung an gemeinsame, nicht zuletzt christliche Werte, kann die

Einheit nicht erreicht werden. Letztlich soll die europäische Integration Menschen aus dem Osten und Westen Europas zusammenführen und miteinander verbinden.

Diesen Grundgedanken und unterschiedlichen Aufgabenstellungen wurden gerade in dem 8. Internationalen Kongress RENOVABIS, bei dem die Jugendlichen erstmals im Mittelpunkt standen, in besonderer Weise Rechnung getragen und realisiert.

Es sei noch angefügt, dass auch wir als katholische Soldaten sowohl die Zentrale Versammlung wie auch die Gemeinschaft Katholischer Soldaten unter Federführung des Vorstandes der Zentralen Versammlung im Jurisdiktionsbereiches des Katholischen Militärbischofs seit Jahren RENOVABIS mit eigenen Projekten, so in den letzten beiden Jahren „Minenopfer im KOSOVO“, mit beträchtlichen Geldmitteln unterstützen (s.a. S. 12: „15 Jahre Nachbarschaftshilfe“). □

WELTFRIEDENSTAG 2005:

Der Weg des Guten ist der sicherste Weg zum Frieden

Die Botschaft von Johannes Paul II. für den nächsten Weltfriedenstag hat als Motto einen Rat, den der Apostel Paulus in seinem Brief an die Römer gab: „Lass dich nicht vom Bösen besiegen, sondern besiege das Böse durch das Gute!“ (Röm 12,21).

Der Weltfriedenstag, der am 1. Januar 2005 zum 38. Mal begangen wird, wolle auf „das Böse als Ursache und Quelle von Konflikten und Kriegen und zugleich auf die untrennbare Verbindung zwischen dem moralischen Gut und dem Frieden“ aufmerksam machen, heißt es in einer Erklärung, die der vatikanische Pressesaal im September veröffentlichte. Eines der bedeutendsten Prinzipien in einer Welt, die vom Terrorismus bedroht ist, sei in der kirchlichen Soziallehre formuliert, nämlich „das Prinzip des universalen Gemeinwohls“. Die Suche nach dem Guten müsse die „zahlreichen sozialen und wirtschaftlichen Probleme“ berücksichtigen, mit denen die Menschen konfrontiert sind, etwa Ungerech-

tigkeit und Unsicherheit. Der Friede sei ein Gut, das als „Frucht von Entscheidungen, die vom Guten inspiriert sind und sich daran orientieren“ entstehe, heißt es in der Erklärung. Die Botschaft des Heiligen Vaters wolle alle überzeugen, den „WEG DES GUTEN ALS DEN SICHERSTEN UND SCHNELLSTEN WEG ZUM FRIEDEN“ zu suchen.

Der Weltfriedenstag wurde von Papst Paul VI. eingeführt. Am 1. Janu-

ar 1968 wurde er erstmals begangen. Seit 1970 wird der Weltfriedenstag auf Initiative der GKS, die bereitwillig von den Militärgeistlichen aufgegriffen wurde in den deutschen Diözesen von den dortigen Bischöfen als – häufig internationale – Soldatengottesdienste mit den ihren Bistum stationierten Soldaten im ersten Quartal des Jahres gefeiert. (PS)

PERSONALIA:

Deutschland übernimmt Präsidentschaft von *Justitia et Pax Europa*

Leo Schwarz (72), Weihbischof in Trier, wird neuer Präsident der Europakonferenz der europäischen *Justitia-et-Pax*-Kommissionen. Die Delegierten aus 27 Ländern stimmten Ende September in Sarajevo mit großer Mehrheit für den ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Kommission *Justitia et Pax*. Zum neuen Generalsekretär wählte die Generalversammlung den Leiter des Berliner *Justitia-et-Pax*-Büros, Jörg Luer (39). Die dreijährige Amtszeit von Schwarz und Luer beginnt im September 2005. Sie

folgen im Vorsitz der Schweizer Kommission von *Justitia et Pax* unter Josef Bieger-Hänggi nach, die von 2002 bis 2005 amtiert. Luer gehört bereits dem Exekutiv-Komitee an. Die Europakonferenz der Europäischen *Justitia-et-Pax*-Kommissionen will nach eigenen Angaben den Informationsaustausch, den Kontakt zu Einrichtungen der Weltkirche, den kirchlichen Strukturen auf europäischer Ebene und öffentlichen Stellen fördern. Sie hat seit 2000 Konsultativstatus beim Europarat. (KNA)

Ein Leuchtturm am Euphrat?

Anmerkungen zum Folter-Skandal im Irak

VOLKER W. BÖHLER

„Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.“

Artikel 5 der
Menschenrechtserklärung
der Vereinten Nationen

„Freiheit unter der schwarzen Kapuze“

Die Ächtung der Folter ist eine Einsicht, die sich seit der Mitte des 18. Jhs. im Europa der Aufklärung schrittweise durchsetzte. Es schien, als gehörten die Tortur der Inquisition und die hochnotpeinliche Befragung nach der Constitutio Criminalis Carolina der Vergangenheit an.¹ Es schien, als sei die finstere Phase des Mittelalters endgültig überwunden.

Doch der Dämon menschlicher Bosheit ließ sich nur kurze Zeit in Ketten legen. Bereits im 19. Jahrhundert bedienten sich die Kolonialmächte und im 20. Jahrhundert moderne Diktaturen und Nachkolonialstaaten seiner, um ihre politischen Interessen und Ideologien durchzusetzen. Die Tatsache, dass die Tortur „säkularisiert“ war oder dass sie auch von demokratischen Staaten angewandt wurde, machte die Folter nicht menschlicher.

Die Bilder des geschundenen, verdrahteten Folteropfers unter der schwarzen Kapuze muten an wie Bilder aus einer anderen Zeit und lassen Zweifel aufkommen an der Idee der Bush-Administration, im Irak einen „Leuchtturm der Demokratie“ als Vorbild für die übrigen diktatorischen Regime der Region zu errichten.

„American Exceptionalism“²

Mit hohem moralischem Anspruch und in einer seltsamen Mischung aus göttlicher Allmacht und „bester Armee der Welt“ wurde dieser Krieg geführt. Wie schrieb (1835-40) doch Alexis de Tocqueville in seinem Werk „ÜBER DIE DEMOKRATIE IN AMERIKA“: „Seit 50 Jahren hören es die Einwohner der Vereinigten Staaten immer wieder, dass

Gliederung:

„Freiheit unter der schwarzen Kapuze“

„American Exceptionalism“

Die Macht der Bilder

Die Genfer Konvention

Die Frage der Verantwortlichkeit

Einzelfälle oder Systematik?

Reaktionen in Deutschland

Kirchliche Stimmen

Eine Frage der Glaubwürdigkeit

Anmerkungen und Quellen

sie das einzig religiöse, aufgeklärte und freie Volk der Erde darstellen ... und daher haben sie eine immens hohe Meinung von sich selbst, nicht weit entfernt von dem Glauben, sie seien so etwas wie eine Sonderpezies der menschlichen Rasse“.³

Bush und seine Administration verkörpern diesen Anspruch par excellence, und man kann nicht umhin, ihm seine persönliche Betroffenheit nach dem Bekanntwerden des Folter-skandals von Abu Ghraib abzunehmen. Gleichwohl aber macht es sich die Administration zu einfach, wenn sie die Vorkommnisse dieses „Krieges gegen den Terrorismus“ als „un-amerikanisch“ abtut. Wie die Geschichte belegt, sind Kriegsverbrechen und Barbarisierung im Krieg nicht auf Diktaturen beschränkt.⁴ Jede Kultur ist zu solch grauenhaften Untaten fähig.⁵

Die Macht der Bilder

Man muss nicht mit Klaus Honnef, der als führender Fotografie-Experte in Deutschland gilt, übereinstimmen, der die sorgfältig inszenierten Bilder des US-Präsidenten mit dem „Mensch gewordenen Gottessohn“ vergleicht, der „am Jüngsten Tag auf die Erde zurückkehrt und den Gerechten den Weg ins Paradies

und den Ungerechten den abschüssigen Grat in die Hölle“ weist.⁶ In einem aber hat Honnef Recht: „Das Bild des säkularen Heilbringers hat empfindliche Risse bekommen. Seine Wirkung haben vielmehr andere Bilder gebrochen, Bilder von Menschen, die ihrer Würde gänzlich beraubt worden sind und nebenbei den zutiefst blasphemischen Charakter der Bilder des profanen Fliegergottes enthüllen“.⁷

Bereits unmittelbar nach Ende der größeren Kampfhandlungen (1. Mai 2003) war es zu Misshandlungen und in der Folge zu Gefangenenaufständen und Toten gekommen. Am 4. August wurde Saddam Husseins berüchtigtes Folterzentrum Abu Ghraib durch die Siegermächte wieder eröffnet. Die 800. MP-Brigade unter Führung der Brigadegeneralin Janis L. Karpinski übernahm die Befehlsgewalt über das Gefängnis. Bereits im Juli warf Amnesty International den Verantwortlichen grausame und unmenschliche Behandlungen der Gefangenen vor.⁸ Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) hatte schon vorher die USA wiederholt zum Eingreifen aufgefordert.⁹ Im November kam es nach weiteren Gefangenenvolten zu neuen Übergriffen und Todesfällen. Man kann davon ausgehen, dass die Übergriffe Ursache der Revolten waren.

Zwischenzeitlich hatte sich in Abu Ghraib eine bestialische Allianz von CIA-Agenten, zivilen Befragungsspezialisten, Militärgeheimdienstleuten und sadistischen Militärpolizisten zusammengefunden. Im Januar 2004 schließlich schiebt ein Soldat der 372. Military Police Company seinem Vorgesetzten eine CD mit den Fotos der Folterungen unter die Tür und deckt den Skandal auf. Mitte Januar ermittelt Generalmajor Antonio M. Taguba offiziell und legt dem Pentagon einen 53 Seiten langen Bericht mit umfangreichen Anlagen über die Zustände in Abu Ghraib vor. Den Weg in das Oval Office fand dieser Bericht allerdings nicht, und Verteidigungs-

minister Rumsfeld maß dem Taguba-Report wohl nicht allzuviel Bedeutung bei, sonst hätte er mehr als nur die „Zusammenfassung“ gelesen.¹⁰ Der Minister hatte die Macht der Bilder schlicht unterschätzt.

Am 24. April 2004 strahlte CBS die Skandalbilder weltweit aus. Die Bilder selbst sind eine Ansammlung ausgelebter, schamloser und perverser Instinkte, die selbst das härteste Inquisitionsprotokoll als eine Sonntagslektüre erscheinen lassen. Sie sind eine Schande für eine zivilisierte Nation.

Die Genfer Konvention

Man darf das III. Genfer Abkommen von 1949, das die Behandlung von Kriegsgefangenen regelt, nach all den leidvollen Erfahrungen zweier Weltkriege als zivilisatorischen Fortschritt werten, wenn schon der Krieg an sich nicht ausrottbar ist. Demnach sind Gefangene mit Menschlichkeit zu behandeln. Sie haben Anspruch auf Achtung ihrer Person und Ehre. Jede Handlung oder Unterlassung, die zum Tod führt oder die Gesundheit schwer beeinträchtigt, hat zu unterbleiben. Gewalttätigkeit, Einschüchterung und Beleidigung sind unzulässig. Zur Erlangung von Aussagen dürfen die Gefangenen weder einer physischen noch psychischen Tortur unterzogen werden. Die USA haben dieses Abkommen ratifiziert.

In einem Geheimdokument vom 7. Februar 2002 hat Bush festgelegt, dass die „Macht des Präsidenten in Kriegszeiten über den internationalen Konventionen steht“ und diese „auf den Kampf gegen die Al Qaida in Afghanistan und sonst in der Welt“ nicht zutreffen, da Al Qaida keine Genfer Vertragspartei sei.¹¹ Dieses Verfahren wird in Camp Delta auf Guantanamo-Bay praktiziert. Folgt man Bushs Logik, dass der Irak in Verbindung zur Al Qaida steht, so werden die skandalösen Vorkommnisse in Abu Ghraib und anderen irakischen Lagern erklärlich. Folgerichtig haben die USA am 24. Dezember 2003 dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes mitgeteilt, dass die Genfer Konvention für einige irakische Häftlinge ausgesetzt sei.¹² Wie soll nun der einfache Militärpolizist am Ende der Befehlskette diesen Unterschied erkennen?

Die Frage der Verantwortlichkeit

Außer einer Entschuldigung für die Misshandlungen und der Übernahme der „vollen Verantwortung“ – freilich ohne Konsequenzen – trug die Anhörung Donald Rumsfelds vor dem US-Kongress am 7. Mai 2004 nicht allzu viel zur Klärung der tatsächlichen Verantwortlichkeiten bei. Es ist kaum anzunehmen, dass eine Handvoll subalternen Militärpolizisten, die ihr schurkisches Tun allerdings mit Freude verrichteten, aus eigenem Antrieb handelten.

Der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz räumte in seiner Anhörung vor dem Kongress ein, dass ihm Leitlinien, die der Oberkommandierende der US-Truppen im Irak, Generalleutnant Ricardo Sanchez, zur Befragung von Gefangenen erlassen habe, nicht bekannt seien.¹³ Demnach war es zulässig, Gefangene in unbequemen Positionen zu fixieren und ihnen Augen und Ohren zu bedecken.¹⁴ Zur Frage Senator Reeds, „ob es human sei, wenn ein Inhaftierter sich nackt mit einem Sack über dem Kopf für 45 Minuten in seine Zelle hocken müsse, und ob es human sei, wenn einem Gefangenen 72 Stunden ein Sack über den Kopf gezogen werde“, stellte das Pentagon fest, dass solche Praktiken von Sanchez nicht gebilligt wurden.¹⁵

Vielleicht wird die Frage Verantwortlichkeit der militärischen Befehlshaber in den anstehenden Straf- und Militärgerichtsverfahren eine Klärung erfahren. Derzeit allerdings halten sich Anschuldigungen und Dementis die Waage. Fakt ist aber, dass Übergriffe schlimmster Art nach der „Denver Post“ in 15 amerikanischen Verhörlagern im Irak aufgedeckt wurden und in über 30 Fällen wegen Mordverdachts an afghanischen und irakischen Gefangenen ermittelt wird.¹⁶

General Tagubas Anhörung vor dem US-Kongress am 11. Mai 2004 brachte zur Frage der Verantwortung wenig Neues. Taguba sprach von einem Versagen der Führung (Lack of Leadership), mangelnder Disziplin, mangelnder Dienstaufsicht und fehlender Ausbildung.¹⁷ Dabei hatte er in erster Linie die Ebene der Brigade und darunter gemeint. Das sieht die ehemalige Brigadekommandeurin

und Leiterin von Abu Ghraib, Janis Karpinski, freilich anders. In der BBC sagte sie, „die Einführung der Guantanamo-Regeln habe den Skandal erst ermöglicht; der militärische Geheimdienst habe einen Teil der Haftanstalt übernommen, um ihn zu guantanamoisieren“.¹⁸ Der vormalige Kommandant von Guantanamo und heutige Chef von Abu Ghraib, Generalmajor Geoffrey Miller, habe ihr gesagt: „Die Gefangenen sind wie Hunde. Wenn du ihnen erlaubst zu denken, sie seien mehr als Hunde, verlierst du die Kontrolle über sie“.¹⁹

Noch vor dem US-Kongress bezeugte Rumsfeld „rhetorische Meisterschaft und Unverfrorenheit“.²⁰ Einer Forderung nach Rücktritt indes zeigte er sich resistent und erfreut sich der Rückendeckung seines Chefs: „Er ist ein wichtiges Mitglied meines Kabinetts und bleibt ein wichtiges Mitglied“.²¹ Die auf allen Stützpunkten der Streitkräfte verkaufte „Army, Navy, Air Force and Marine Times“ allerdings legte ihrem Chef den Rücktritt nahe.²² Ein einmaliger, unerhörter Vorgang!

Rumsfeld selbst ficht die Sache wenig an. Er hat sich entschuldigt, und „unsere Streitkräfte sind wundervolle Streitkräfte“.²³ Wären da nur nicht die Ende Juni 2004 vom Pentagon freigegebenen Dokumente, die für Guantanamo-Bay Stresspositionen bis zu vier Stunden vorschlagen und eine handschriftliche Randnotiz von Rumsfeld tragen: „Ich stehe selbst acht bis zehn Stunden täglich. Warum ist Stehen auf vier Stunden begrenzt?“²⁴ Das Drohen mit Hunden oder dem Ertränken, Dunkelhaft, Isolationshaft bis zu 30 Tagen, das Befragen nackter Häftlinge und leichte körperliche Misshandlungen, insgesamt 14 verschiedene fragwürdige Verhörmethoden fanden die Billigung des Pentagon-Chefs, wenn sie im Einklang mit der amerikanischen Verfassung stünden und nicht bösartig oder sadistisch seien!²⁵ Wenn Karpinski Recht hat, warum sollten diese Methoden nicht im Irak übernommen worden sein?

Die Schuldigen aber ausschließlich „unten“ zu suchen, da das „System funktioniert habe“ und die Sache an sich ja „unamerikanisch“ sei, ist der Schwere des Skandals nicht angemessen.

Einzelfälle oder Systematik?

Die Frage, ob Misshandlungen gegen Gefangene und Folter von Häftlingen systematisch stattfanden oder ob es sich um isolierte Aktionen von CIA-Agenten, zivilen Verhörsöldnern oder perversen Militärpolizisten handelte, darf nicht auf den Irak beschränkt werden. Vielmehr muss sie für den gesamten „Krieg gegen den Terrorismus“, den die Bush-Administration mit verbissenem Sendungsbewusstsein führt, gestellt werden. So spannt sich der Bogen von Afghanistan über Guantanamo-Bay in den Irak und erreicht selbst das Territorium der Vereinigten Staaten, wo nach dem 11. September 2001 über 1.200 Muslime in Haft genommen wurden, meist wegen Immigrations- und Visaverstößen.²⁶ Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch (HRW) und Human Rights First (HRF) belegen diese Aussage in unabhängigen Untersuchungen, und der Generalinspekteur des US-Justizministeriums, Glene Fine, kann nicht umhin, „ein Muster des physischen und verbalen Missbrauchs“ terrorverdächtiger Muslime zu bestätigen.²⁷ Der Sprecher der HRF, David Danzig, kommt zu dem Ergebnis, dass „Abu Ghraib keine anomale, moralische Entgleisung war, sondern die logische Konsequenz eines neuen Normalzustandes“.²⁸

Trotz aller Beteuerungen und Versuche der US-Administration, die Schandtaten von Abu Ghraib als Übergriffe am Ende der Befehlshierarchie darzustellen, verdichtet sich der Eindruck, dass diese an der Spitze der Befehlshierarchie angestoßen wurden.²⁹ Ob Bush davon wusste, ist unklar, ausgeschlossen werden kann es nicht.³⁰

Der Director Operations des Komitees des Internationalen Roten Kreuzes, Pierre Kraehenbühl, schätzt die Misshandlungen nicht als isolierte Fälle, sondern als systematische Aktionen ein.³¹ Der rechtsfreie Raum in Guantanamo-Bay ist ein treffendes Beispiel dafür.

Bekannt wurde auch, dass sogar Minderjährige in verschiedenen Haftanstalten im Irak gefangen gehalten werden. Das IKRK registrierte zwischen Januar und Mai 107 Fälle, geht aber davon aus, dass diese Zahl höher liegen könnte.³² Dem UN-Kinderhilfswerk UNICEF wurde bislang ein Zugang verwehrt.

Bis zur Jahresmitte ermittelten die US-Militärbehörden in 42 Fällen wegen Verdachts von Übergriffen in Gefängnissen in Afghanistan und im Irak. Davon befassten sich 30 Untersuchungen mit dem Tod von 34 Häftlingen, die restlichen Fälle betrafen die üblichen Misshandlungen.³³ Im Falle der Vorkommnisse in Abu Ghraib hat die US-Militärjustiz gegen sieben Unteroffizier- und Mannschaftsdienstgrade (NCOs = Non Commissioned Officers) Anklage erhoben. Der Beginn der Hauptverhandlung wurde auf Oktober festgesetzt.

Sieben Offiziere, die ihrer Dienstaufsicht nur ungenügend nachkamen, wurden inzwischen abgelöst und abgemahnt. Generalleutnant Ricardo Sanchez wurde als Befehlshaber mit der Übergabe der Souveränität Ende Juni 2004 routinemäßig ausgewechselt.

Der Minister selbst wurde von seinem Chef gerüffelt.³⁴ Der Vizepräsident aber lobte Rumsfeld „als den besten Verteidigungsminister, den die USA je hatten; man möge ihn künftig in Ruhe seine Arbeit tun lassen“.³⁵

Reaktionen in Deutschland

In Deutschland ragten aus der vielschichtigen Diskussion nach Bekanntwerden des Folterskandals zwei Themen besonders hervor: Zum einen ging es um die Frage, ob die Folter oder deren Androhung als Mittel gegen Terroristen legitim sei, zum anderen um die Behauptung, die Wehrpflicht in Deutschland beuge Auswüchsen vor, die die Menschenrechte verhöhnen.³⁶

Professor Michael Wolffsohn, der an einer Hochschule der Bundeswehr lehrt, hatte in der TV-Sendung „Maischberger“ gesagt: „Als eines der Mittel gegen Terroristen halte ich die Folter oder die Androhung von Folter für legitim“, nachdem er zunächst die Folter von Kriegsgefangenen als „inakzeptabel“ verurteilt hatte.³⁷ Erwartungsgemäß setzte nach Wolffsohns Äußerungen ein Sturm der Entrüstung ein, der seine Qualifikation als Professor einer Hochschule der Bundeswehr in Frage stellte. Zu seiner Rechtfertigung sagte Wolffsohn, er habe nicht in seiner Eigenschaft als Hochschullehrer gesprochen, erklärte die Folter aus-

drücklich für illegal und fügte sophisticated hinzu, „er habe nicht bedacht, dass der Unterschied zwischen legitim und legal in Teilen der Öffentlichkeit nicht als bekannt vorausgesetzt werden könne“.³⁸ Man tut sich sehr schwer, ob man diese Äußerung als Selbstkritik oder intellektuellen Hochmut werten soll.

Der Folterskandal in Abu Ghraib, man glaubt es kaum, hat in Deutschland die Diskussion um die Beibehaltung der Wehrpflicht um eine neue Facette bereichert, denn so sagte Minister Peter Struck: „Ich bin der festen Überzeugung, dass vor allem die Wehrpflicht insgesamt ein ganz entscheidender Faktor zur Vorbeugung gegenüber Auswüchsen ist, die alle Regeln des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Anstandes verhöhnen.“³⁹ Es gibt viele überzeugende Argumente für die Wehrpflicht. Dieses aber ist schwer nachvollziehbar. Wehrpflichtige, Zeit- und Berufssoldaten kommen aus der gleichen Vielfalt unserer Bevölkerung. Es ist eine Frage der gesellschaftlichen Vermittlung von Werten, einer sorgfältigen militärischen Erziehung und Ausbildung, ausgerichtet auf die Erfordernisse der neuen Aufträge der Bundeswehr, ob sich Soldaten an Gesetze und ethisch-moralische Standards halten. Die Auswüchse in Abu Ghraib sind keine Folge einer fehlenden Wehrpflicht, sondern einer „anderen“ geistigen Ausrichtung am Beginn der Befehlshierarchie, verbunden mit einer allzu starren Befehlshierarchie, der Brechung des Willens des Individuums zum Beginn der militärischen Ausbildung und einer mangelhaften spezifischen Ausbildung für den jeweiligen Auftrag.

Kirchliche Stimmen

Unter dem Eindruck der verheerenden Bilder von Abu Ghraib und acht Tage nach ihrer Veröffentlichung rang sich Präsident George W. Bush beim Staatsbesuch des jordanischen Königs Abdullah ein dürres und spätes „I am sorry“ ab.⁴⁰ Das weit stärkere Wort „apologize“ vermied er genauso wie das Wort „Folter“, er sprach von „Misshandlungen“. Bushs Juniorpartner in diesem Krieg, der britische Premier Tony Blair, hatte sich – bereits vor der Entlarvung der „britischen Bilder“

als Fälschung – prophylaktisch entschuldigt. Man hatte nicht den Eindruck, dass Bushs „Entschuldigung“ von sonderlicher Reue geprägt war.

Wie anders klang doch die Vergebungsbitte des Papstes für die Verfehlungen der Inquisition: „Die Kirche müsse bereuen, dass sie in einigen Jahrhunderten Methoden der Intoleranz und Gewalt im Dienst an der Wahrheit zugestimmt habe“.⁴¹

Ungewöhnlich war auch die Kritik des Nationalen Kirchenrates (NCC) der USA, der für 36 amerikanische Kirchen spricht: „Wir haben ihn nicht als Priester der Nation gewählt“, wettete der methodistische Bischof McKinley Young, dem die offensichtliche Verquickung von Religion und Politik zusehends peinlich wurde.⁴² Nach dem Skandal fürchtete man um das Ansehen des Christentums in der arabischen Welt.

Im Vatikan selbst rügten Kurienkardinal Jean-Louis Tauran und sein Nachfolger im Amt des „Außenministers“, der ehemalige Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Giovanni Lajolo, in scharfen Worten die Besatzungsmacht. Tauran sprach von „verheerenden Auswirkungen“ für die arabische Bevölkerung und für die ganze Welt.⁴³ Lajolo wertete Abu Ghraib als einen schlimmeren Schlag für die USA als die Anschläge vom 11. September 2001, da „dies nicht von Terroristen herbeigeführt wurde, sondern von Amerikanern gegen sich selbst“.⁴⁴ Der Skandal heize den Hass der Araber gegen den Westen und die Christenheit an.⁴⁵ Dies führte prompt zu einer Demarche des amerikanischen Botschafters.

Unmissverständlich äußerte sich Papst Johannes Paul II.: „Wenn Menschen gefoltert werden, werde die gesamte Menschheit verletzt und verhöhnt; da alle Menschen Brüder seien, dürfe niemand angesichts solchen Machtmissbrauches schweigen“.⁴⁶

Während die amerikanische Bischofskonferenz sich eher zurückhielt, beschuldigte der amerikanische Kurienkardinal James Francis Stafford die Regierung des „moralischen Scheiterns“ und bezeichnete die Folterungen als „Barbarei“.⁴⁷

In Deutschland wertete der Bischof von Trier, Reinhard Marx, die Menschenrechtsverletzungen als

„eine Provokation, wie man sie sich schlimmer nicht vorstellen kann“.⁴⁸ Krieg führe „immer wieder zu solcher hemmungslosen Gewalt und zu Erniedrigung, zur Verwüstung in den Seelen der Opfer und der Täter“.⁴⁹

Der Regensburger Bischof, Gerhard Ludwig Müller, kritisierte in seiner Predigt anlässlich der Eröffnung der Renovabis-Pfingstaktion die Bush-Administration in ungewohnt heftigen Worten: „Selbst gegen einen Gegner gebe es keine Berechtigung, seinen untersten Instinkten freien Lauf zu lassen“.⁵⁰ Amerika, das die Leitfigur für den Westen abgeben wolle, meine, „mit pseudo-religiösen Parolen der Welt Freiheit und Friede bringen zu können, und in Wirklichkeit tritt man die Menschenwürde in den Dreck, so wie wir es jetzt im Irak sehen“.⁵¹

Man sah Bush die Spannung förmlich an, als der Heilige Vater neben seiner Sorge wegen der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus – auch die Menschenrechte annahnte: Er sprach von „beklagenswerten Ereignissen, die in den letzten Wochen ans Licht gekommen seien und die eine Vernachlässigung unbedingt zu beachtender gemeinsamer Werte befürchten ließen, ohne die weder der Terrorismus noch der Krieg zu überwinden seien“.⁵²

Eine Frage der Glaubwürdigkeit

Die Administration Bush versprach, mit ihrem „Krieg gegen den Terrorismus“ die Welt sicherer zu machen. Weder weltweit noch an den Krisenherden in Afghanistan, im Irak und im Nahen Osten ist dies gelungen. Die Fratze eines verbrecherischen Terrors islamistischer Ausprägung verfinstert die Welt. Der Folterskandal in Abu Ghraib und anderen Lagern und der rechtsfreie Raum in

Guantanamo-Bay haben zu einer neuen Variante dieses Terrors beigetragen: politische Erpressung oder Ermordung von Geiseln vor laufender Kamera im Namen Allahs. Derweil reift in Afghanistan eine der ertragreichsten Mohnernuten unter den Augen der International Security Assistance Force (ISAF), und der Machtbereich des Präsidenten Hamid Karsai beschränkt sich auf den eines Bürgermeisters von Kabul. Israel baut trotz der Feststellung der Völkerrechtswidrigkeit durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag seine Mauer- und Sperranlagen auf palästinensischem Land weiter, die israelische Armee und palästinensische Insurgenten verbreiten auf beiden Seiten des geschundenen Landes Angst und Terror.

Bushs „Krieg gegen den Terror“ ist auf dem besten Wege zu scheitern und „Leuchttürme der Demokratie“ hat er auch nicht errichtet. Dies hat man zwischenzeitlich auch in den USA erkannt: Der Supreme Court hat die Einstufung der 600 in Guantanamo-Bay einsitzenden Gefangenen als „feindliche Kombattanten“ zwar nicht beanstandet, er machte aber deutlich, dass Guantanamo kein rechtsfreier Raum ist und jeder Gefangene verlangen kann, seine Haftgründe durch einen Richter prüfen zu lassen, da ein Ausschluss richterlicher Kontrolle auch immer die Gefahr des Missbrauchs beinhaltet. So haben die Bilder von Abu Ghraib letzten Endes doch etwas bewirkt.

Die Beachtung des humanitären Völkerrechtes und internationaler Verträge, der Bürgerrechte im eigenen Land und der sorgsame Umgang mit dem Kern der UN-Charta, der den Angriffskrieg ächtet, sind nicht nur in muslimischen Ländern eine Frage der Glaubwürdigkeit.

KURZ BERICHTET

Mehr Zivildienstleistende als Wehrpflichtige

Im Haushaltsjahr 2004 mussten deutlich mehr junge Männer zum Zivildienst antreten als zur Wehrpflicht. Die Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen (KDV) sprach am 14.10.2004 in Bremen von einem Verstoß gegen das Gleichbehandlungsgebot. Nach ihren Angaben mussten 91.408 Dienstpflichtige den Zivildienst antreten, aber nur 78.343 den Grundwehrdienst oder den freiwillig verlängerten Wehrdienst. In 2005 plane das zuständige Bundesjugendministerium, etwa 42.000 mehr Zivis einzuberufen, als Grundwehrdienstleistende in die Kasernen einrücken. (KNA)

Der Irak unter amerikanischer Kuratel

VOLKER W. BÖHLER

Das Einvernehmen des von den USA eingesetzten Provisorischen Regierungsrates mit der Besatzungsmacht war seit März 2004 nicht mehr reibungslos gewesen, ging es doch um ein eigenständig irakisches Profil und die Sicherung eines attraktiven Postens in der neuen Übergangsregierung. So ist es nicht verwunderlich, dass diese – nicht durch eine Wahl legitimierte Regierung – zahlreiche bekannte Gesichter des alten Regierungsrates aufweist. Der Einfluss der USA bei den Personalentscheidungen ist stark spürbar, während der des UN-Gesandten Lakhdar Brahimi deutlich geringer ist. Der Regierungsrat selbst löste sich mit der Ernennung dieser Regierung zum 1. Juni 2004 vorzeitig auf. Mit dem Sunniten Ghazi Al Jawar trat als Präsident des Irak ein Mann an die Spitze des Irak, der nicht eben der Wunschkandidat der Administration Bush war, hatte er doch – trotz US-Studium an der Georgetown University – die Besatzungsmacht zunehmend für „inkompetente Verwüster seines Landes“ gehalten.⁵³

Al Jawar gilt als der Architekt des Waffenstillstandes von Falludscha. Er genießt weit größeres Ansehen als der neue Ministerpräsident Ijad Allawi, der eine beachtliche Karriere als Baath-Funktionär, Exilant, Zuträger des britischen Geheimdienstes MI 6 und später des CIA hinter sich hatte.⁵⁴ Allawi war auch zusammen mit dem zwischenzeitlich bei den Amerikanern in Ungnade gefallen enger Pentagon-Verbündeten Achmed Dschalabi einer der Informanten für den Kriegsgrundhinweis, Saddam Hussein könne innerhalb von 45 Minuten Massenvernichtungswaffen gegen den Westen einsetzen.⁵⁵ Es ist kaum vorstellbar, dass dieser Mann Rückhalt im irakischen Volk haben wird.

Rechtzeitig zum Beginn des G 8-Gipfels billigte der UN-Sicherheitsrat nach Vorlage mehrerer Entwürfe eine neue Resolution (Nr. 1516), die der Übergangsregierung die Anerkennung der UN brachte, das Besatzungsregime bis zum 30. Juni terminierte, dem Irak die „volle Souveränität“ zurückgab und Wahlen für eine Nationalversammlung bis spätestens zum 31. Januar 2005 vorsah. Briefe zur Resolution regeln die Zusammenarbeit mit den ehemaligen Besatzungstruppen, die zur multinationalen Truppe unter US-Führung mutieren. Der Irak verfügt gegen Militäraktionen dieser Truppe über kein Veto-Recht.

Die Kontrolle über die Öl- und Erdgasvorkommen wurde bereits nach dem Sturz Saddam

Husseins einem „Entwicklungsfond für den Irak“ übertragen, in dem zehn ausländische Experten und ein von Bremer ernannter Iraker sitzen.⁵⁶ Dieses Gremium bleibt für weitere fünf Jahre nach Erlangung der „vollen Souveränität“ im Einsatz.⁵⁷ Die anstehenden Auslands- und Reparationsschulden in Höhe von 110 Milliarden Dollar werden weiterhin vom Internationalen Währungsfond und der Weltbank reguliert.⁵⁸

In allen Ministerien arbeiten britische und amerikanische „Berater“. Die Briten haben im Finanz- und Verteidigungsministerium eine maßgebliche Rolle, die Australier im Landwirtschaftsministerium.⁵⁹ Westliche Aufbaufirmen unterstehen nicht irakischem Recht und stellen kaum Arbeitsplätze zur Verfügung. Sieben Millionen Iraker sind arbeitslos. Von der vom US-Kongress in Höhe von 18,4 Milliarden Dollar genehmigten Wiederaufbauhilfe sind bis jetzt gerade eben 3,2 Milliarden – und diese meist für den Bau von Militärbasen – ausgezahlt worden.⁶⁰

Es besteht kein Zweifel, dass der Irak trotz Übergabe der „vollen Souveränität“, die dann zwei Tage früher als vorgesehen zum 28. Juni gewährt wurde, unter amerikanischer Kuratel steht. Die Tatsache, dass die amerikanische Botschaft rund 1000 entsandte Kräfte und eine gleiche oder höhere Zahl einheimischer Kräfte haben wird und 140 000 Soldaten im Land verbleiben, macht deutlich, wie es mit dieser „vollen Souveränität“ bestellt ist.⁶¹

Auch wenn Bush im Hinblick auf seine im November anstehende Wiederwahl den G 8-Gipfel auf Sea Island als Erfolg werten musste, so bleibt unter dem Strich eine magere Bilanz: Sein nicht abgestimmter Versuch, der NATO die Bürde der Irak-Stabilisierung aufzubürden, wurde erst einmal abgeschmettert, und es bleibt bei einer bröckelnden „Koalition der Willigen“. Außer vagen Zusagen für Hilfe beim Abbau der Schulden und einer militärischen Aufbauhilfe für die neue irakische Armee brachte der Gipfel wenig Greifbares. Die Sicherheitslage indessen hat sich seit der Ernennung der neuen Übergangsregierung und Übergabe der „vollen Souveränität“ nicht verbessert. Alles läuft weiter wie bisher: Vermeintliche Kollaborateure bis in die Ministerien werden ermordet, einheimische Sicherheitskräfte und Koalitionssoldaten sterben täglich, Zivilpersonen erdulden Luftangriffe, Ölpipelines fliegen in die Luft und Geiselnahmen sowie –ermordungen sind an der Tagesordnung. □

Anmerkungen und Quellen

- 1 Die Constitutio Criminalis Carolina, die Peinliche Halsgerichtsordnung Kaiser Karls V., legte die Einzelheiten zur Erpressung der „Wahrheit“ fest. Siehe hierzu: Eckart Klaus Roloff, Tortur mit System, Rheinischer Merkur, 13. Mai 2004, S. 16.
- 2 Exceptionalism = Exzeptionalität im Sinne von Ausnahme, Einmaligkeit
- 3 Thomas Kielinger, Ein Volk hadert mit dem tiefen Sturz aus den Höhen des Idealismus, Die Welt, 10. Mai 2004, S. 4.
- 4 Vergleiche hierzu:
 - Alfred M. de Zayas, Die Wehrmachtsuntersuchungsstelle, 6. Auflage, Universitas-Verlag, München 1998
 - Clark Dougan, Stephen Weiss and Editors, Boston Publishing Company, Boston, MA 1983, The Vietnam Experience, Nineteen Sixty-Eight, My Lai, S. 78-79
 - Dee Brown, Begrabt mein Herz an der Biegung des Flusses, 10. Auflage, Hoffmann und Lampe Verlag, Hamburg 1995
- 5 Anne Applebaum, „Das ist unamerikanisch“, Die Welt, 3. Juni 2004, S. 27
- 6 Klaus Honnef, Der Erlöser-Präsident und die Fotos aus dem Gefängnis, Die Welt, 13. Mai 2004, S. 25.
Gemeint war hier insbesondere Bushs Auftritt auf dem Flugzeugträger Abraham Lincoln am 1. Mai 2003, als dort „Mission Accomplished“ verkündet wurde.
- 7 ebd.
- 8 ee, Die Chronologie von Abu Ghraib ist eine Chronologie des Krieges, Die Welt, 11. Mai 2004, S. 6.
- 9 DW, Misshandlungen: Rotes Kreuz drängte US-Regierung vergeblich zum Eingreifen, Die Welt, 7. Mai 2004, S. 1.
- 10 Boris Kalnoky, Rumsfeld muss sich dem Kongress stellen, Die Welt, 8. Mai 2004, S. 6.
- 11 Torsten Krauel, Rumsfeld billigte harte Verhöre, Die Welt, 24. Juni 2004, S. 7
- 12 Torsten Krauel, Pentagon legt dem US-Senat unvollständigen Folterbericht vor, Die Welt, 25. Mai 2004, S. 6.
- 13 gel, Frankfurter Allgemeine, Wolfowitz gesteht Verstöße gegen die Genfer Konvention ein, 15. Mai 2004, S. 1
- 14 ebd.
- 15 ebd.
- 16 Torsten Krauel, Offizier belastet US-Oberbefehlshaber im Folterskandal, Die Welt, 24. Mai 2004, S. 5.
- 17 dpa, Bushs Ansehen auf dem Tiefpunkt, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 12. Mai 2004, S. 8.
- 18 al, Söldner belastet US-Armee in Folterskandal, Die Welt, 16. Juni 2004, S. 5.
- 19 ebd.
- 20 Uwe Schmitt, Das System hat funktioniert, Die Welt, 16. Mai 2004, S. 4.
- 21 Peter Gruber, Amerikas Stunde der Schande, Focus 20/2004, S. 217.
- 22 – Uwe Schmitt, Druck auf Rumsfeld nimmt zu, Die Welt, 11. Mai 2004, S. 6.
– Michael Streck und Jan Christoph Wiechmann, Amerikas Tor zur Hölle, Stern 22/2004, S. 32.
- 23 Peter Gruber, Amerikas Stunde der Schande, Focus 20/2004, S. 217.
- 24 Friedemann Diederichs, Rumsfeld in der Zwickmühle: Wann wird aus Härte Folter? Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 24. Juni 2004, P. 2.
- 25 – ebd.
– DW, Rumsfeld genehmigte harte Verhör-Methoden, Die Welt, 24. Juni 2004, S. 1.
- 26 Marc Pitzke, „Willkommen in der Hölle“, Spiegel Online, www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,300777,00.html vom 22. Mai 2004.
- 27 ebd.
- 28 ebd.
- 29 Torsten Krauel, Foltergutachten bringt US-Regierung unter Druck, Die Welt, 8. Juni 2004, S. 1.
- 30 ebd.
- 31 Friedemann Diederichs, Rumsfeld: Reue ohne Rücktritt, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 8. Mai 2004, S. 6.
- 32 DW, Al Sadr droht Iraks neuer Regierung, Die Welt, 6. Juli 2004, S. 7.
- 33 dpa/AFP, Gegen 91 US-Soldaten im Irak und Afghanistan wird ermittelt, Die Welt, 2. Juni 2004, S. 6.
- 34 Uwe Schmitt, Rumsfeld gerät wegen der Folterungen unter Druck, Die Welt, 7. Mai 2004, S. 6.
- 35 Uwe Schmitt, Das Pentagon fürchtet noch schlimmere Bilder, Die Welt, 10. Mai 2004, S. 4.
- 36 Bundesverteidigungsminister Peter Struck während einer Tagung des Beirats Innere Führung im Mai 2004.
- 37 Hans-Jürgen Leersch, Wolffsohn droht der Rauswurf, Die Welt, 13. Mai 2004, S. 4.
- 38 – Hans-Joachim Neubauer, Legitim foltern? Rheinischer Merkur, 20. Mai 2004, S. 17.
– dpa, Die Bundeswehr, Wolffsohn kommt mit einem Rüffel davon, S. 8.
- 39 Hans-Jürgen Leersch, Struck bricht eine Lanze für die Wehrpflicht, Die Welt, 26. Mai 2004, S. 4
- 40 G. W. Bush ringt mit Entschuldigung an Iraker und Israel-Kritik um Gehör in der arabischen Welt, Die Welt, 8. Mai 2004, S. 1
- 41 DT/KNA, Papst bittet um Verzeihung, Die Tagespost, 17. Juni 2004, S. 5
- 42 Burkhard Jürgens, Bischöfe verlieren Glauben an Bush, Neue Kirchenzeitung, 16. Mai 2004, S. 1
- 43 DT/KNA, Vatikan: Folterszenen im Irak wirken verheerend, Die Tagespost, 8. Mai 2004, S. 5
- 44 DW, Vatikan: Folter schlimmer als 11. September, Die Tagespost, 13. Mai 2004, S. 1
- 45 ebd.
- 46 DT/KNA, Papst: Folter verletzt und verhöhnt die Menschheit, Die Tagespost, 29. Mai 2004, S. 4
- 47 DT/rv, Amerikanischer Kardinal: Bush moralisch gescheitert, Die Tagespost, 25. Mai 2004, S. 4
- 48 Kgm/KNA/dpa, Entsetzen über Köpfungen im Irak, Die Tagespost, 13. Mai 2004, S. 1
- 49 ebd.
- 50 pi, Gegen die Menschenwürde, Die Tagespost, 13. Mai 2004, S. 2
- 51 ebd.
- 52 Paul Badde, „Gott segne Amerika“, Die Welt, 5. Juni 2004, S. 7
- 53 Boris Kalnoky, Präsident des Irak – ein Posten für den Amerika-kritiker Ghazi Al Jawar?, Die Welt, 2. Juni 2004, S. 9
- 54 Thomas Heine, Iraks neuer Mann überstand schon drei Hiebe mit der Axt, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 5. Juni 2004, S. 6
- 55 ebd.
- 56 Birgit Cerha, Souveränität auf Probe, Rheinischer Merkur Spezial, 24. Juni 2004, S. 7
- 57 ebd.
- 58 ebd.
- 59 Friedrich Mielke, Der Irak – autonomer Staat oder amerikanischer Satellit, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 30. Juni 2004, S. 2
- 60 ebd.
- 61 Birgit Cerha, Souveränität auf Probe, Rheinischer Merkur Spezial, 24. Juni 2004, S. 7

HUMANITÄRE INTERVENTION: IN DER THEORIE GUT UND SCHÖN, IN DER PRAXIS JEDOCH SCHWIERIG

Wann ist Eingreifen geboten, um Leben zu retten?

Der Vatikan tritt dafür ein, der UNO-Charta ein neues Prinzip, das der humanitären Intervention, hinzuzufügen. Dies erklärte der Staatssekretär des Vatikans, Kardinal Angelo Sodano, in einem am 22. September in der italienischen Zeitung „La Stampa“ veröffentlichten Interview. Darin macht Kardinal Sodano zur Bedingung, dass eine humanitäre Intervention auf Situationen beschränkt werden solle, wo es eindeutig sei, dass in einem Staat die Menschenrechte mit Füßen getreten würden. Zu entscheiden, wann und wo derartige Situationen entstehen, sei keine leichte Sache, wie die Debatte unter Wissenschaftlern zeige.

Die Krisen der vergangenen Jahre in Gebieten wie Somalia, Ruanda und dem Balkan haben eine Debatte darüber ausgelöst, wie man mit humanitären Notsituationen umgehen sollte. In einer Sammlung von Aufsätzen mit dem Titel „Humanitarian Intervention: Ethical, Legal and Political Dilemmas“ (Humanitäre Intervention: Ethische, rechtliche und politische Dilemmata) sind einige der jüngsten wissenschaftlichen Diskussionen über das Thema zusammengestellt. Zwei Wissenschaftler der Duke Universität, J.L. Holzgrefe und Robert Keohane, haben das Buch 2003 herausgegeben.

In seiner Abhandlung weist Holzgrefe darauf hin, dass die Charta der UNO die Einmischung in innere Angelegenheiten eines Staates verbietet. Einige Völkerrechtsexperten, fügt er jedoch hinzu, machten geltend, dass ein Eingreifen auch nach der Charta unter bestimmten Umständen erlaubt sei. Dies wäre zum Beispiel der Fall, wenn schwere Menschenrechtsverletzungen vorlägen oder eine Gefahr für den Frieden in Nachbarstaaten auf Grund eines massenhaften Exodus von Flüchtlingen stattfände, die einer Verfolgung entgehen wollten.

In der Tat habe der Sicherheitsrat der UNO in den jüngsten Jahren humanitäres Eingreifen aus solchen Gründen gebilligt, zum Beispiel in Haiti. Dennoch bedürfe die Rechtfertigung einer solchen Intervention einer speziellen Autorisierung durch die UNO, damit sie nicht gegen die Bestimmungen der Charta, die eine militärische Aggression verbieten, verstoße, so Holzgrefe.

Die Entscheidung über ein humanitäres Eingreifen sei keine leicht-

te Sache. Man habe dabei eine komplexe Vielfalt ethischer und rechtlicher Gründe zu berücksichtigen. Außerdem seien die empirischen Behauptungen, auf die sich ein Eingreifen stützen könne, oft schwer mit Sicherheit zu verifizieren.

Wenn die Staatssouveränität einen Kollaps erleidet

Fernando Tesón, Juraprofessor an der State University von Florida, macht in seinem Essay geltend, dass ein humanitäres Eingreifen auf der Grundlage des Argumentes gerechtfertigt werden kann, dass die Staatssouveränität nur einen instrumentalen und keinen Wert an sich darstelle. „Tyrannei und Anarchie verursachen den sittlichen Zusammenbruch der Souveränität“, schreibt er.

Um sein, wie er es nennt, „liberales Argument“ für eine Intervention zu verteidigen, hebt Tesón hervor, dass die Anwendung von Gewalt um humanitärer Ziele willen, Widerspruch erzeuge, der auf einer Ablehnung des Krieges (überhaupt) gründe. Einige Menschenrechtler seien gegen eine humanitäre Intervention, weil sie der Auffassung seien, dass ein Krieg auch dann ein Verbrechen sei, wenn er für edle Ziele geführt werde.

Demgegenüber argumentiert Tesón, dass es manchmal moralisch zulässig sei zu kämpfen und dass der Kampf „gelegentlich sogar geboten ist.“ Die Rechtfertigung eines Angriffs, um die Menschenrechte zu verteidigen, könne sich auf das moralische Prinzip des Doppeleffektes berufen, machte Tesón geltend. Danach könne der durch die Intervention verursachte Schaden moralisch entschuldbar sein, wenn er

nicht gewollt und das angestrebte Ziel normativ zwingend sei.

Im Ende stellt Tesón fest: „Die Rettung anderer wird immer beschwerlich sein, falls wir aber die moralische Pflicht und das vom Gesetz verbrieft Recht dazu leugnen, leugnen wir nicht nur die zentrale Bedeutung der Gerechtigkeit in politischen Angelegenheiten sondern auch die gemeinsame Humanität, die uns alle bindet.“

Wandel der Einstellung zur Anwendung von Gewalt

Humanitäre Intervention stelle eine Abkehr von den rein pragmatischen oder neoliberalen Theorien der internationalen Politik dar, bemerkt Martha Finnemore, außerordentliche Professorin an der George-Washington-Universität. Bei einer solchen Intervention gehe es normalerweise nicht darum, sich um die wirtschaftlichen und politischen Interessen eines Staates zu kümmern. Ein Beispiel dafür sei das Eingreifen der Vereinigten Staaten in Somalia, wo keine größeren geopolitischen Interessen im Spiel gewesen seien.

In ihrem Buch aus dem Jahr 2003 „The Purpose of Intervention: Changing Beliefs About the Use of Force“ (Das Ziel der Intervention: Wandel der Einstellung zur Anwendung von Gewalt) stellt Finnemore fest, es habe in der Vergangenheit humanitäre Aktionen von Staaten gegeben. Unter den von ihr angeführten Fällen finden wir die Abschaffung des Sklavenhandels im 19. Jahrhundert. Es seien insbesondere die Briten, die militärische Gewalt anwandten, um den Sklavenhandel auszurotten, wenngleich die Aktion auf die kommerziellen Maßnahmen beschränkt worden sei und nicht der gewaltsamen Ausrottung der Sklaverei an sich golt. Trotz-

Trotzdem sei die Zahl der humanitären Interventionen mit der Zunahme des Interesses für die Demokratie und die Menschenrechte im vergangenen Jahrzehnt stark gestiegen. Dass humanitären Faktoren zunehmend Gewicht beigemessen werde, habe mehrere Gründe.

1. Die Vorstellung davon, wer Schutz beanspruchen könne, habe sich geändert. Im 19. Jh. hätten sich die mächtigen Staaten hauptsächlich darum gekümmert, ihre eigenen Bürger zu schützen. Heute werde mehr Aufmerksamkeit den farbigen und nicht christlichen Bevölkerungsgruppen zugewendet, und ihrer Situation werde ein größeres Gewicht beigemessen.

2. Damit eine Intervention als legitimiert gelten könne, genüge es nicht mehr, dass sie die Initiative eines einzelnen Landes sei. Es sei vielmehr multilaterales Handeln, normalerweise von den Vereinten Nationen autorisiert, nötig, so Finnemore. Das Ende des Kalten Krieges habe es leichter gemacht, den Konsens zu erreichen, der für multilaterale Operationen nötig sei. Dies erkläre die bemerkenswerte Zunahme derartiger Aktionen in den jüngsten Jahren, fügt sie hinzu.

3. Die Ziele hätten sich weiter entwickelt: vom Sturz einer Regierung zur Notwendigkeit, eine demokratische Regierungsform einzurichten, die humane und gerechte Staatslenker hervorbringen werde.

Aber humanitäre Überlegungen bildeten nur einen Teil der Kräfte und Einflüsse, die beim Bestimmen internationaler Politik zusammenwirkten. Das Fehlen jeglichen Eingreifens, um dem Blutbad in Ruanda im Jahr 1994 Einhalt zu gebieten, zeige, dass „humanitäre Forderungen mit anderen Interessen konkurrieren müssen, welche die Staaten haben, wenn sie abwägen, ob Gewalt anzuwenden ist oder nicht“, schreibt Finnemore.

Dass die Intervention multilateral sein müsse, sei ein weiterer Faktor, der die Sache des humanitären Eingreifens komplizieren könne. Dieses multilaterale Vorgehen habe zwar den Vorteil, dass die Kosten und die Verantwortung sich verteilen, es erschwere jedoch die Koordination. Außerdem zeige die Erfahrung einiger UNO-Operationen in den jüngsten Jahren, dass

die Notwendigkeit gemeinsamer Entscheidungen die Effektivität militärischer Maßnahmen ernstlich schwächen könne.

„Die Schattenseiten der Menschlichkeit“

Einige weitere Vorbehalte gegenüber einer humanitären Intervention wurden von David Kennedy, Professor an der Harvard Law School, vorgebracht. In seinem jüngsten Buch „The Dark Sides of Virtue: Reassessing International Humanitarianism“ (Die Schattenseiten der Tugend: Neueinschätzung des Internationalen Humanitarismus) bemerkt Kennedy, dass die Befürworter einer Intervention „es leichter finden, Verantwortung für ‘engagements’ als für Disengagements und für Erfolge als für Misserfolge zu übernehmen.“ Außerdem wies er warnend darauf hin, dass man die negativen Konsequenzen einer Intervention stärker berücksichtigen müsse.

Er weist auch darauf hin, dass das Menschenrechtsvokabular und das institutionelle System für die Menschenrechte mit Widersprüchen durchsetzt sei, die einer ge-

naueren logischen Überprüfung keine Minute lang standhalten würden.

Ein Teil des Buches zeigt, wie der zunehmende Trend zu humanitären Interventionen die Beziehung zwischen humanitären Aktivisten und dem Militär verändert hat. Humanitäres Handeln sei nicht mehr etwas, das notwendigerweise gegen militärische Strategien durchgesetzt werden müsse. Stattdessen gebe es eine neu entdeckte Zusammenarbeit. „Die Vertreter der Humanität (Humanitarianer) sind in die Welt des Politikmachens eingetreten“, so Kennedy. Und damit gebe es unter ihnen einen Trend zu größerem Pragmatismus und eine stärkere Berücksichtigung weltlicher Faktoren.

Dieser Wandel werde jedoch nicht von allen Humanitarianern akzeptiert. Einige Aktivisten interpretierten das humanitäre Recht in einer engen Weise, indem sie jegliche Anwendung von Gewalt ausschlossen. „Offensichtlich hat es etwas Skandalöses an sich, wenn zur Verwirklichung internationaler humanitärer Hilfe ein Flugzeugträger in den Krieg ausfährt“, so Kennedy.

Und das Verschmelzen humanitärer Hilfe mit militärischer und politischer Strategie sei keine leichte Sache, fügt er hinzu. Die Unterschiede zwischen der umfassenderen prinzipiellen Einstellung vom humanitären Gesichtspunkt aus und der Art, wie das Militär die Dinge beurteilt, blieben bestehen. So würden zum Beispiel Todesfälle unter der Zivilbevölkerung vom humanitären Gesichtspunkt aus als schwer wiegender angesehen. Der militärische Strategie kann fragen, wie viele Ziviltode können in Kauf genommen werden, um einen Soldaten zu schützen. „An diesem Punkt würde ein Humanitarianist wahrscheinlich einen Rückzug machen“, da ihm die Notwendigkeit bewusster sei, die Norm zu verteidigen, dass Zivilisten nicht getötet werden dürfen.

(ZENIT.Org)

HEILIGER STUHL VOR VEREINTEN NATIONEN:

Terrorismus an der Wurzel bekämpfen

Man kann den Terrorismus nicht bekämpfen, ohne nach seinen Ursachen zu forschen und diese zu beheben, erklärte der „Außenminister“ des Heiligen Stuhls am 29. September vor den Vereinten Nationen. Terrorismus war eines der Hauptthemen, die Erzbischof Giovanni Lajolo bei der UN-Versammlung in New York ansprach.

Terrorismus ist „ein Phänomen geistiger Verirrung, das die Würde des Menschen zutiefst verletzt. Es hat bereits ein globales Ausmaß angenommen; heute kann sich kein Staat davor sicher fühlen“, sagte der Erzbischof in einer in Englisch gehaltenen Rede.

„Deshalb ist es offensichtlich, dass Terrorismus nur durch einen gemeinsamen, multilateralen Einsatz effektiv bekämpft werden kann, bei dem das ‘ius gentium’ respektiert wird. Jedes Land hat zwar das Recht und die Pflicht, die eigenen Bürger und Institutionen zu schützen; mit einer unilateralen Politik lässt sich der Terrorismus aber nicht bekämpfen.“, erklärte der päpstliche Gesandte.

Erzbischof Lajolo stellte klar, „dass der Kampf gegen den Terrorismus zu allererst darin bestehen muss, seine Entstehung zu verhindern. Die Ursachen des Terrorismus sind jedoch vielfältig und komplex: politisch, sozial, kulturell, religiös; aus diesem Grund sind Langzeitmaßnahmen besonders wichtig, die vorausschauend und geduldig auf seine Wurzeln abzielen. Sie müssen dazu ausgelegt sein, die weitere Ausbreitung zu verhindern und die ansteckende, tödliche Wirkung des Terrorismus zu neutralisieren“, fügte er hinzu. (ZENIT.Org)

„Helm ab zum Ave Maria“

Historiker über die Wechselwirkungen von Krieg und Kirche

KNA-REDAKTEUR UWE RENZ

Zwei Menschen verachtende Weltkriege mit Millionen von Toten erlebte das 20. Jahrhundert – und dies auf dem christlich geprägten Kontinent Europa. Wie zeitgenössische Bischöfe und Theologen sich zu den Gräueln auf den Schlachtfeldern stellten und die Katastrophe interpretierten, darüber diskutierten Historiker Ende September auf einer Tagung „CHRISTENTUM UND KRIEG IN DER MODERNE“ in Weingarten. Krieg, so ein Fazit, wurde und wird trotz aller Säkularisierung auch als religiöse Erfahrung erlebt. In Kriegszeiten wird den Historikern zufolge die Sprache der kirchlichen Verkündigung militärischer: „Der Gegner musste auch religiös und moralisch niedergemacht werden“, sagte der Tübinger Kirchenhistoriker Andreas Holzem auf der Tagung. Schließlich hätten noch im Ersten Weltkrieg auf allen Kopfelschlössern der Soldaten Gottesformeln gestanden. Immer habe dabei eine Spannung bestanden „zwischen göttlicher Kriegshilfe und religiöser Friedenspflicht“. Eine Spannung machte Holzem zusätzlich aus. Katholische Soldaten seien im Zweiten Weltkrieg „durchtheologisiert bis ins Mark“ gewesen, etwa in der Überzeugung, den gottlosen Bolschewismus zu bekämpfen. Andererseits habe der Krieg „religiöse Routinen gestört“ sowie Glaubensfähigkeit zerstört.

Übereinstimmend hielten die Wissenschaftler fest, dass besonders in dem vor 90 Jahren ausgebrochenen Ersten Weltkrieg die Kirchen im Schulterschluss mit dem Staat handelten. Nach den Worten des Bielefelder Theologen und Historikers Klaus Schreiner entwarfen katholische und protestantische Kirchenfüh-

rer „Deutungen des Kriegs, die es erlaubten, den Waffengang als ein von Gott gebilligtes und gewolltes Unternehmen erscheinen zu lassen“. In Hirtenbriefen hätten katholische Bischöfe 1914 den Krieg als Heimsuchung Gottes, als Zuchttrute und Strafgericht gedeutet. Freudig registrierten sie, dass das Volk in die Kirchen ströme und die Beichtstühle mehr denn je umlagert seien. Geradezu enthusiastisch gab 1916 der spätere Münchner Kardinal und damalige Feldpropst Michael Faulhaber zu bedenken, „was für herzhaft Frömmigkeit die große Stunde und die große Gnade in diesem Feldzug aus der deutschen Männerwelt herausgeholt hat“. Der Weizen des Evangeliums blühe auch auf den blutbesprengten Feldern. In einer Schrift „Helm ab zum Ave Maria“ empfahl er die Soldaten der Gottesmutter, die in den Schüt-

zengräben innig verehrt und angefleht wurde.

Als wichtigste kirchliche Deutungsmuster nannte der Tübinger Theologe und Historiker Christoph Holzapfel den Krieg als Strafe Gottes, als Herausforderung zur Buße sowie zur Leidens- und Opferbereitschaft. Er zitierte den damaligen Freiburger Erzbischof Thomas Nörber, der 1917 den Krieg als „heilsame Kreuzes- und Leidensschule“ bezeichnete. Am Beispiel des Rottenburger Bischofs Paul Wilhelm von Keppler zeigte Holzapfel aber auch den Wandel in der Stimmung führender Kirchenvertreter mit dem Verlauf des Ersten Weltkriegs auf. Angesteckt von ersten militärischen Vorstößen der Deutschen und einem religiösen Aufschwung im Land pries der Bischof „die großen und herrlichen Erfolge“, für die man Gott nicht genug danken könne. Von

1916 an, als der religiöse Aufschwung abgeflaut war und die Bischöfe zu wachsenden Zweifeln am Glauben Stellung beziehen mussten, ließ die vaterländische Euphorie nach. „Wachsende Kriegsverdrossenheit“ trage dazu bei, „unserem braven Heer in den Rücken zu fallen“, bestätigte 1916 Faulhaber dem damaligen bayerischen Kultusminister Eugen Knilling. Die kirchlichen Organe würden es deshalb „als ihre dringlichste vaterländische Gegenwartsaufgabe“ betrachten, die Verdrossenheit mit religiösen Mitteln zu bekämpfen. Zwei Jahre später, nach dem Krieg, wird Faulhaber in einem Artikel eines Marienvereins zitiert: „Wir sind nicht da zu klagen und zu jammern, wir sind da, um mitzuarbeiten und die Seelen aufzurichten.“ Jetzt, so Faulhaber, müsse der Frieden gewonnen werden. □

KURZ BERICHTET

Eine weitere Antilandminenaktion

Tagesthemen-Moderatorin Anne Will hat zu mehr Engagement für ein weltweites Verbot und für die Räumung von Landminen aufgerufen. Sie beteiligte sich am 15.10.2004 in Berlin an der Kunst- und Spendenaktion „600 mal Bewegung schaffen“ des Aktionsbündnisses „Landmine.de“. Durch 600 Bodenfliesen, die mit detailgetreuen Fotografien von Antipersonenminen gestaltet sind, hat der Frankfurter Konzeptkünstler Peter Zizka einen „Minenteppich“ geschaffen, der durch Spenden von je 500 Euro für ein 80 mal 80 Zentimeter großes Quadrat in den kommenden Monaten „entschärft“ werden soll.

Der Direktor des Aktionsbündnisses, Thomas Küchenmeister, appellierte beim Start der Spendenaktion an die Bundesregierung, endlich dem Willen des Bundestags zu entsprechen und die Antifahrzeugminen im Bestand der Bundeswehr abzuschaffen. Vor dem Hintergrund weiterer deutscher Auslandseinsätze sei zu befürchten, dass die zur Verfügung stehenden Waffensysteme neues Leid anrichteten.

Der Erlös der Kunstaktion ist nach Angaben von „Landmine.de“ für Minenräumprogramme in Angola, Afghanistan und Kambodscha bestimmt. Im Dezember wird die begehbare Bodeninstallation im Lichthof des Außenministeriums in Berlin aufgebaut. Als weitere Station ist das Schauspielhaus Frankfurt vorgesehen. (KNA)

„Dem Terrorismus die religiöse Maske vom Gesicht reißen“

Ansprache Kardinal Kaspers auf Mailänder Treffen

Mailand, Italien, 11. September 2004 (ZENIT.org) – Kardinal Walter Kasper, Vorsitzender des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen sprach bei dem Friedenstag „Religionen und Kulturen“, die von der Gemeinschaft Sant’Egidio und der Erzdiözese Mailand organisiert worden war.

Nach dem Ende des kalten Krieges und dem Fall der Berliner Mauer bestand die Hoffnung auf eine Periode des Friedens und der friedlichen demokratischen Entwicklung der Welt. Inzwischen wissen wir: Diese Hoffnung hat gründlich getrogen. Die neue Geißel und die neue Herausforderung der gesamten zivilisierten Menschheit ist – neben dem Hunger und der Armut in der Welt – der internationale Terrorismus. Ohne Zweifel stehen alle zivilisierten Staaten damit vor einer neuen gewaltigen Herausforderung, die vermutlich das ganze eben begonnene neue Jahrhundert bestimmen wird.

Die Ursachen dieses verabscheuenswerten Phänomens sind komplex. Sicher spielen auch soziale Probleme eine Rolle. Doch die bestehenden Unrechtsstrukturen und die eklatant ungerechte Verteilung der Güter dieser Welt kann Terror objektiv niemals rechtfertigen, sie spielen aber bei den Rechtfertigungsversuchen der Terroristen eine wichtige Rolle und verhelfen den meist kleinen Terroristengruppen zur Unterstützung oder zumindest zur Duldung durch breitere Gruppen der Bevölkerung.

Terrorismus und Religion

Ein anderes Problem, auf das in der Diskussion sehr oft hingewiesen wird, ist der Zusammenhang zwischen Terrorismus und Religion. Vor allem die drei monotheistischen Religionen – Judentum, Christentum und Islam – werden oft verdächtigt, wegen ihres – vermeintlich oder wirklich – exklusiven Ein-Gottes-Glaubens intolerant und damit zumindest tendenziell gewaltbereit zu sein.

Wenn wir selbstkritisch und ehrlich sind, dann können wir nicht alle geschichtlichen Beispiele, welche diese These stützen sollen, ein-

fach von der Hand weisen. In dem, was Christen das Alte Testament, Juden die Tanakh nennen, finden sich viele Texte, welche von heiligen Kriegen und von der Vernichtung der Gegner sprechen. Aus dem Bereich der Kirchengeschichte verweist man oft auf die Kreuzzüge, blutige Ketzerverfolgungen und Religionskriege. Schließlich hält man dem Islam die Ausbreitung mit dem Schwert und die Verherrlichung des heiligen Kriegs gegen die Ungläubigen vor. So haben alle drei monotheistischen Religionen Grund zu einer kritischen Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Geschichte und zu einer „Reinigung des geschichtlichen Gedächtnisses“.

Alle drei monotheistischen Religionen müssen auch allgemein bekannten und unangenehmen aktuellen Phänomenen ins Auge sehen, etwa dem Konflikt in Nordirland, der Sicherheitspolitik Israels, den terroristischen Gruppierungen von Muslimen. Intolerante und zu Terror neigende Gruppierungen finden sich übrigens auch in nicht-monotheistischen Religionen, etwa im Hinduismus. Jeder, der sich genauer mit diesen Phänomenen befasst, weiß, dass dabei religiöse Motive mit sozialen, ökonomischen und politischen Motiven vermischt sind und die Religion oft nur als ideologischer Deckmantel erhalten muss und somit instrumentalisiert wird. Aber wehren sich die Religionen deutlich genug gegen solchen Missbrauch?

Es führt zu nichts, die Phänomene, die als solche nicht zu leugnen sind, gegeneinander aufzurechnen und die Schuld jeweils dem anderen zuzuschreiben. So machen es die Kinder, wenn sie darüber streiten, wer von ihnen mit dem Streiten angefangen und den anderen zuerst geärgert hat.

Löst man sich von solchen infantilen Auseinandersetzungen, kommt man zu der grundsätzlichen Frage: Sind die beschriebenen Phänomene Zeichen dafür, dass die Religion in Unordnung gebracht wurde und mit ihr sträflicher Missbrauch getrieben wird oder liegt es etwa im Wesen der Religion, besonders der monotheistischen Religionen, intolerant zu sein und zur Gewalt zu neigen, was schließlich zur physischen Vernichtung oder gewaltsamen Unterwerfung der ungläubigen Gegner führt.

Eine Antwort ist in mehreren Schritten möglich.

Erster Schritt:

Alle genannten Religionen können darauf verweisen, dass sich in ihren heiligen Texten an wichtiger Stelle Aussagen finden, welche Gewalt allgemein und Terror im besonderen grundsätzlich verbieten. Die goldene Regel, dass man anderen nicht antun soll, was man für sich selbst nicht wünscht, findet sich in der einen oder anderen Form in allen Religionen. Auch der Koran kennt Stellen, die ausdrücklich von Toleranz sprechen. Von besonderer Bedeutung ist das Tötungsverbot des Dekalogs, das außer bei unmittelbarer Selbstverteidigung allgemein gilt; im Christentum kommt hinzu das Gebot der Liebe bis hin zur Feindesliebe und die Aufforderung zum Verzeihen. Alle drei monotheistischen Religionen verbieten auch den Selbstmord und schließen damit Selbstmordattentate grundsätzlich aus. Wer solche begeht, sollte darum auch nach den Gesetzen des Koran nicht als Märtyrer verehrt sondern als Mörder und gemeiner Verbrecher verurteilt werden.

Zweiter Schritt:

Das Verbot von Mord und Selbstmord ist für die jüdisch-christliche Tradition letztlich im Gottesverständnis begründet. Das Revolutionäre dieser Tradition liegt darin, dass sie der besonderen Ge-

schichte der Erwählung des Gottesvolkes in Genesis 1-11 die allgemeine Menschheitsgeschichte voranstellt und von jedem Mensch völlig unabhängig von seiner ethnischen, kulturellen, religiösen und geschlechtlichen Zugehörigkeit sagt, er sei nach dem Bild Gottes geschaffen; deshalb halte Gott seine Hand über jeden Menschen, so dass fremdes Blut nicht vergossen werden darf. Die Bibel kennt nur einen einzigen Gott, aber dieser eine Gott ist kein nationaler Götze sondern universaler Herr der gesamten Menschheit; er ist der Urgrund für die Würde jedes Menschen. Terror ist deshalb als Negation der Würde des Menschen zugleich eine Beleidigung Gottes. Rechtfertigung von Terror im Namen Gottes ist der schlimmste Missbrauch und die schlimmste Entheiligung des Namens Gottes. In dieser Aussage haben beim Gebetstag für den Frieden in Assisi erfreulicher Weise alle dort vertretenen Religionen übereinstimmend gestimmt.

Dritter Schritt:

Es genügt nicht, lediglich in der Theorie übereinstimmen zu stimmen; die Praxis muss der Theorie entsprechen. Der Terrorismus ist heute zu einer Bedrohung der gesamten Menschheit geworden; Terroristen können grundsätzlich überall zuschlagen. Wir können die Würde des Menschen und den Frieden nicht nur mit frommen Worten, wir müssen sie mit Taten verteidigen. Die Frage lautet also: Was können wir gegen den Terrorismus tun? Ich kann kein umfassendes Programm entfalten, sondern nur einige Hinweise geben:

Was gegen den Terrorismus tun?

1. Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus ist zweifellos eine militärische und polizeiliche Intervention nötig. Die Demokratien müssen bereit sein, wenn nötig auch unter Opfern, ihre Freiheit wehrhaft zu verteidigen. Aber es kann im Kampf gegen den Terrorismus nicht gut sein, was man am Terrorismus als schlecht verurteilt und bekämpft. Man darf also im Kampf gegen den Terrorismus nicht die

allgemeinen Menschenrechte außer Kraft setzen und das Mittel der Folter anwenden, das der Menschenwürde widerspricht; man darf keinen Präventivkrieg führen, der die Regeln des gerechten Krieges, die nur als ultima ratio gelten, außer Kraft setzt; man darf nicht gezielte Tötungen vornehmen ohne vorangehenden gerechten Prozess. Die Barbarei des Terrorismus darf nicht dazu führen, dass wir die Errungenschaften der zivilisierten Menschheit rückgängig machen und selbst in die Barbarei zurückfallen.

2. Man muss nach Kräften die Bedingungen ändern, welche die Ausbreitung des Terrorismus erleichtern und ihm den Schein von Legitimität geben, d.h. man muss die sozialen, ökonomischen und politischen Unrechtsituationen beseitigen und für eine gerechtere Weltordnung insbesondere in den Krisenregionen der Welt eintreten.
3. Die Religionen müssen aufwachen und ihre jeweils eigenen spirituellen Ressourcen des Widerstands gegen terroristische Gewalt aktivieren. Eine solche eindeutige öffentliche Distanzierung vom Terrorismus erwarten viele zu Recht vom Islam. Der zutiefst nihilistische Grundzug des Terrorismus kann nur

durch Affirmation der Grundhaltung jeder Religion, der Ehrfurcht, überwunden werden. Das erfordert beides: selbstkritisch die eigene Geschichte aufzuarbeiten einerseits und nicht Hass zu predigen sondern Toleranz und Achtung vor der fremden Überzeugung und die konsequente Verurteilung jeder Form von Gewalt andererseits. Die Religionen müssen den Terroristen die religiöse Maske vom Gesicht reißen und sie als das entlarven, was sie in Wahrheit sind, nämlich Nihilisten, die alle Werte und Ideale der Menschheit verneinen.

Dialog der Kulturen

Der „clash of civilisations“ kann nur durch den Dialog der Kulturen und Religionen vermieden werden. Dialog setzt voraus, dass man das gemeinsame Erbe aller Religionen und die Ehrfurcht vor dem Heiligen achtet. Aber Dialog bedeutet in keiner Weise Synkretismus und die Aufgabe der eigenen Identität; im Gegenteil, einen Dialog können nur Partner führen, die ihre je eigene Identität haben, sie kennen und schätzen, und für die sie mit den Waffen des Geistes eintreten. Eine solche Einheit der Religionen im Dialog, die physische Konflikte verurteilt aber Mut zur geistigen Auseinandersetzung hat, ist der einzige Weg zum Frieden in der Welt. (ZENIT.org 04091102)

KURZ BERICHTET – TIPP FÜR BERLIN-REISENDE:

Ausstellung über jüdische Soldaten im Ersten Weltkrieg

Den Frontalltag jüdischer deutscher Soldaten im Ersten Weltkrieg schildert eine Ausstellung des Jüdischen Museums Berlin. Unter dem Titel

„GUTE DEUTSCHE UND GUTE JUDEN“

sind Feldpostbriefe und persönliche Gegenstände zu sehen. Gezeigt wird unter anderem die Karteikartensammlung „Anti-Anti“ des Centralvereins der deutschen Juden. Sie diente als schnelle Argumentationshilfe bei antijüdischen Anfeindungen.

Hinweis: Die Ausstellung ist bis Ende März 2005 täglich von 10.00 bis 20.00 Uhr, montags auch bis 22.00 Uhr zu sehen. (KNA)

10. FORUM GLOBALE FRAGEN DES AUSWÄRTIGEN AMTES:

Frieden ist möglich!

Sicherheitspolitik zwischen Militäreinsatz und Entwicklungshilfe

KLAUS LIEBETANZ

KEIN FRIEDEN OHNE ENTWICKLUNG, KEINE ENTWICKLUNG OHNE FRIEDEN – SICHERHEITSPOLITIK ZWISCHEN MILITÄREINSATZ UND ENTWICKLUNGSHILFE“ lautete das Thema, das sich das 10. Forum Globale Fragen des Auswärtigen Amtes gestellt hatte. Das Treffen fand vom 24.-25. Juni 2004 im Bonner „Wasserwerk“ (von 1986-92 Plenarsaal des Deutschen Bundestages) statt.

Im Folgenden werden die wesentlichen Aussagen der Teilnehmer auf den beiden ersten Podiumsveranstaltungen verkürzt und holzschnittartig wiedergegeben. Das Podium 1 befasste sich mit dem Thema: „SICHERHEIT IM ZEITALTER DER GLOBALISIERUNG – WER SCHAFFT SIE, UND FÜR WEN?“ und Podium 2 mit der Aufgabenstellung: „SCHWERTER UND PFLUGSCHAREN? ZUR (NEU-)BESTIMMUNG DES VERHÄLTNISSES VON ENTWICKLUNGSPOLITIK UND MILITÄREINSATZ.“

Beide Podien waren mit Wissenschaftlern und Praktikern aus der Politik hochkarätig besetzt, u.a. mit Prof. Dr. Ernst-Otto Czempiel, dem Doyen der deutschen Konflikt- und Sicherheits- und Friedensforschung, Dr. Elisabeth Rehn, der ehemaligen finnischen Verteidigungsministerin, Botschafter Michael Steiner, dem derzeitigen Leiter der Ständigen Vertretung in Genf und ehemaligen Sondergesandten des VN-Generalsekretärs im Kosovo, Dr. Dirk Messner, dem Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Ministerialdirigent Adolf Klope-Lesch, einem wichtigen Vordenker im BMZ, und nicht zuletzt Generalmajor Johann-Georg Dora vom Einsatzführungskommando der Bundeswehr, der operativen Führungsebene für Auslandseinsätze der Streitkräfte in Potsdam.

Frieden ist möglich

Zu Beginn der Veranstaltung hielt der langjährige Forschungsdirektor der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Prof. Dr. Czempiel, einen Impulsvortrag. Er begann mit der These, dass Sicherheit unter den Bedingungen der Gesellschaftswelt, die wir heute haben, möglich und herstellbar sei. Dies erfordere aber ein ganz anderes Paradigma von auswärtiger Politik. Unter Sicherheit sei sehr viel mehr zu verstehen als nur Verteidigungsfähigkeit.

Sicherheit bestünde dann, wenn kein Staat von einem anderen mehr mit Gewalt bedroht würde und sichergestellt sei, dass alle politischen Konflikte ohne Anwendung von militärischer Gewalt gelöst würden. Das klinge utopisch, sei es aber nicht. Czempiel verwies dabei auf die Entwicklung in Westeuropa nach 1945, auf die Europäische Union und deren Osterweiterung seit dem 1. Mai 2004, auf die Atlantische Gemeinschaft und auf zahllose Friedenszonen, die es jetzt

schon auf der Welt gäbe. Verteidigungspolitik sei deswegen nicht überflüssig geworden. Sie sei ein Reservat des Notwendigen, weil man, bis die neuen Bedingungen hergestellt seien, nicht ausschließen könne, dass der Verteidigungsfall einträte. Die dafür erforderlichen Militärpotentiale sollen jedoch nur die Reserve bilden, die Rückfallposition, nicht die Speerspitze.

Gewaltursachen beseitigen

Sicherheit als verlässliche Eliminierung der Gewalt sei nur dann möglich, wenn die Gewaltursachen aus dieser Welt verschwänden. Nach Czempiel zählen „Herrschaftssysteme und der Einfluss der Interessengruppen“ zu den wichtigsten Gewaltursachen, darunter in besonderem Maße die autoritären diktatorischen Systeme. Diese seien auf Gewalt nach innen angewiesen und deswegen auch immer geneigt, Gewalt nach außen anzuwenden.

Die meisten Kriege dieser Welt seien jedoch Bürgerkriege. Im Jahr 2002 waren es 32 von 33 Kriegen.

Insofern müsse die o.a. Definition von Sicherheit durch eine zweite ergänzt werden: „Sicherheit besteht dann, wenn die innere Struktur der Staaten und die Struktur des internationalen Systems so geordnet sind, dass keine Akteure, auch keine gesellschaftlichen Akteure mehr Anlass und die Möglichkeit dazu haben, zu Gewalt gegen Regierungen und Gesellschaften zu greifen“.

Herrschaftssysteme demokratisieren

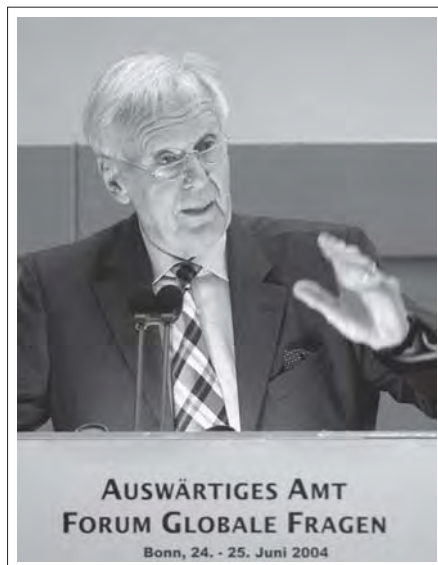
Czempiel versteht die wichtigste Sicherheitsstrategie in dem Sinne, dass Herrschaftssysteme zu demokratisieren seien. Dabei sei unter Demokratisierung nicht der Transfer des westlich liberalen Systems gemeint, sondern ganz allgemein die Partizipation der Beherrschten an den Prozessen der Herrschaft, ganz gleich wie diese Partizipation organisiert werde. Ferner vertrat Czempiel das Axiom von Immanuel Kant, dass in demokratisch organisierten Herrschaftssystemen der zwischenstaatliche Krieg aussterbe. Ein Beleg dafür seien die o.a. Friedenszonen. Demokratisierung könne jedoch nur als endogener Prozess gestartet und vorangetrieben werden. Ein Aufoktroyieren von außen und gar ein Entree mit militärischer Gewalt seien prinzipiell ungeeignet, Demokratisierung hervorzurufen. Die Vereinigten Staaten hätten das in den letzten hundert Jahren sechzehn Mal versucht, und sie seien sechzehn Mal gescheitert, u.a. in Vietnam und Somalia. Dass sie zwei Mal Glück gehabt hätten, in Deutschland und in Japan 1945, hätte nichts mit der Demokratisierungsstrategie zu tun, sondern damit, dass die militärische Intervention durch Abwehr einer nicht von den USA verursachten Aggression zustande gekommen sei. Demokratisierung müsse von innen wachsen, und das Ausland kann lediglich die Bedingungen der Demokratisierung verbessern. Als positives Beispiel nannte Czempiel die Konditionalitätspolitik der Euro-

päischen Union gegenüber den osteuropäischen Ländern. In diesem Sinne sei auch der Marshall-Plan ein riesiger Anreiz zur Demokratisierung gewesen. Er traf in Westeuropa nach dem zweiten Weltkrieg auf besonders gute Bedingungen.

Entwicklungspolitik muss von der Exportförderung abgekoppelt werden

Zum großen Teil sei die Entwicklungshilfe der westlichen Geberländer Exportförderung. Es müsse das Volumen dieser Hilfe erhöht und dürfe nicht, wie es gegenwärtig geschehe, gesenkt werden. Mit der Erhöhung der Entwicklungshilfe müssten Anreize zur Demokratisierung gestaltet werden. Czempiel fand es in diesem Zusammenhang auch bemerkenswert, dass im sogenannten Solana-Papier, dem Strategie-Papier der Europäischen Union, wenigstens einmal die Rechnung aufgemacht würde zwischen den Rüstungsausgaben und den Ausgaben für Entwicklungshilfe. Ferner plädierte er dafür, dass die Subventionen der Agrarprodukte in der Europäischen Union und in den Vereinigten Staaten entscheidend zurückgefahren werden müssten: „Wenn jede Kuh in Europa pro Tag mit zwei Euro alimentiert wird, und jeder Schwarzafrikaner im Durchschnitt aber ein Tageseinkommen von einem Euro hat, dann entstünde eine Diskrepanz. Das sei nicht Sicherheitspolitik, wie sie eigentlich verstanden werden müsse, sondern die Fortsetzung der traditionellen Politik der Gewinnmaximierung. Das gleiche gelte für die Exportsubventionierung der Vereinigten Staaten für ihre Baumwollprodukte (vgl. hierzu in diesem Heft den Beitrag „NGO's treiben die Staaten und die Vereinten Nationen an – Einsichten einer Reise nach Genf“).

Globalisierung dürfe nicht westliche Dominanz, Ausbreitung der westlichen Wirtschaft und Interessen bedeuten. Die Betroffenen hätten kaum Mitspracherecht. Dies zeige auch die Zusammensetzung der Weltgremien, wie etwa der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder die G8-Ländergruppe. Der weltweite Terrorismus hätte in diesen Verhältnissen seine Ursachen. Er sei kein religiöses sondern ein



politisches Phänomen. Dieser Terrorismus kämpfe nicht gegen die Werte des Westens, sondern gegen seine Politik.

Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung

Abschließend formulierte Czempiel in seinem Eröffnungsvortrag, dass Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung nur durch die Herbeiführung einer kooperativen Weltführung bewirkt werden könne, die die Partizipation der Regierungen wie auch der Gesellschaften ermöglicht. Das erfordere ein neues Paradigma der Außenpolitik.

Botschafter Michael Steiner stellte seinen Beitrag unter folgende Stichpunkte: „Nach dem Krieg ist vor dem Krieg“, „Legitimation ist unteilbar“ und „Von der Kunst des Loslassens“.

Nach dem Krieg ist vor dem Krieg

Man könne nicht überall intervenieren. Aber wenn man in einem Konfliktfall interveniere, dann gelte, wer A sage, müsse auch B sagen. Nur punktuelles, militärisch kurzfristiges Eingreifen veränderte nur situativ, nicht strukturell. Das Entscheidende sei die „Nachhaltigkeit“. Der Job müsse erfüllt werden, auch wenn die Bilder von CNN wegfallen. „Crisis hopping“ sei fatal, wie das frühere Verhalten des Westens in Afghanistan zeige. Das Schlimmste seien Investitionsrui-

Prof. Dr. Ernst-Otto Czempiel, der Doyen der deutschen Konflikt- und Sicherheits- und Friedensforschung, eröffnete mit einem zukunftsweisenden Impulsvortrag das 10. Forum Globale Fragen.

(Fotos AA)

nen. In diesem Zusammenhang ergänzte Prof. Czempiel, wenn man von Sicherheit im Sinne von Stabilisierung und Demokratisierung spräche, müsse man die Ressourcen auf den politisch-ökonomisch-gesellschaftlichen Aspekt der Herstellung von Sicherheit legen und nicht auf den militärischen. Und wenn wir über die notwendigen wirtschaftlich-sozialen Mittel nicht verfügten, sollten wir die Finger von der Intervention lassen.

Legitimation ist unteilbar

Als Botschafter Steiner im letzten Frühjahr Sondergesandter der Vereinten Nationen im Kosovo war, hatte die Intervention im Irak stattgefunden. Das sei für die Arbeit von UNMIK im Kosovo verheerend gewesen. Die Albaner (90% der Bevölkerung) sahen jeden Abend im Fernsehen, dass ihre amerikanischen Freunde und Befreier außerhalb des internationalen Konsenses und selbst des Sicherheitsrates agierten. Die Feinde meiner Freunde sind auch meine Feinde. Die Legitimation von UNMIK und des Sondergesandten wurde durch die Albaner in Frage gestellt.

Kunst des Loslassens

Ferner führte Steiner aus, dass es relativ einfach sei, militärisch zu intervenieren, wenn man über die entsprechenden militärischen Mittel verfüge. Schon viel schwieriger sei es, wenn man in die nachfolgende Aufbauphase komme. Aber noch schwieriger sei es, wenn die Phase der schrittweisen Übergabe komme, also des Transfers der Kompetenzen an die lokalen Strukturen. Das Ziel sei ja, dass sich vor Ort selbsttragende Strukturen entwickelten zur „self-sustainability“. Hinzu käme, dass die internationalen finanziellen Mittel abnähmen und weniger gutes Personal zur Verfügung gestellt würde. Je älter eine Mission sei, desto weniger sei sie „fashionable“. Das sei etwas, was für Demokratien schwierig zu gestalten ist,

d.h. ohne öffentliche Aufmerksamkeit, ohne Bilder im Fernsehen engagiert zu bleiben. Die Verantwortlichen seien mit der Crux konfrontiert, je weniger öffentliche Aufmerksamkeit sie hätten, also je erfolgreicher sie seien, desto weniger Unterstützung bekämen sie, weil die Politik in den westlichen Demokratien so funktioniere. Das Wichtigste sei in dieser postoperativen Prävention durchzuhalten.

Demokratie und Rechtssicherheit

Abschließend äußerte sich Steiner noch zum Verhältnis von Demokratie und Rechtssicherheit. Wenn Leute Angst hätten, dann könnten sie ihr Recht zu wählen gar nicht ausüben. Sie würden dann nämlich immer die Sicherheit wählen, wie auch immer sich diese giere. Man benötige deshalb, um diesen Prozess der Stabilisierung in einem gewissen Gebiet einzuleiten, die militärische Präsenz. Hierfür sei allerdings eine so breit wie möglich angelegte internationale Legitimation notwendig. Ohne ausreichende Legitimation scheitere eine militärische Intervention.

Demokratisierung und gleiche Augenhöhe

Ghulam Totakhyl vom Anne-Marie-Schimmel-Forum wies in seinem Diskussionsbeitrag darauf hin, dass die westliche Demokratie einen mindest-ökonomischen und einen -bildungsorientierten Standard voraussetze. Wie solle in Afghanistan Demokratie verwirklicht werden bei einem Analphabetentum von annähernd 90 Prozent? Des weiteren forderte er eine Kommunikation von Ausländern und Afghanen auf gleicher Augenhöhe. Die Interessen von beiden Seiten müssten wahrgenommen werden. Unter Demokratisierung dürfe nicht bloß die Übernahme von westlichen ökonomischen, politischen und sonstigen Interessen verstanden werden.

Sicherheit der Partnerländer mit einbeziehen

Ministerialdirigent Adolf Kloeke-Lesch vom BMZ plädierte dafür, dass der „Erweiterte Sicherheitsbegriff“ auch die Sicherheit der Partnerländer mit einbeziehen müs-

se. Es sei von einem Konzept gemeinsamer Sicherheit auszugehen, einem Konzept, was im Ost-West-Verhältnis erfolgreich gewesen sei. Mit anderen Worten, die erweiterte Sicherheit dürfe nicht ausschließlich die Interessen der westlichen Industrienationen zu Ziel haben. Ferner wies Kloeke-Lesch darauf hin, dass Militäroperationen ganz unterschiedliche Mandatierungen haben können. Für das BMZ sei eine Zusammenarbeit nur mit völkerrechtlich klar legitimierten Truppen möglich, die einen Stabilisierungsauftrag hätten, wie die Bundeswehr auf dem Balkan und in Afghanistan. Des weiteren sah er es als eine positive Entwicklung an, dass vor dem Hintergrund des Brahimi-Reports bei multilateraler Mandatierung im Sicherheitsrat von Anfang an die zivilen Aufbaukomponenten mit einbezogen seien.

Impfen oder Intensivstation

Im Folgenden ging Kloeke-Lesch auf zwei Dilemmata ein. Das eine Problem sei, dass man unter den begrenzten Ressourcen dazu übergehe, sozusagen einige Entwicklungsländer in die „Intensivstation im Militärhospital“ zu stellen und das BMZ aufgefordert werde, das dafür benötigte Geld aus den „Impfkampagnen in der Fläche“ heraus zu nehmen. Das könne eigentlich nicht sein. Wenn die bundesrepublikanische Gesellschaft eine bestimmte Sicherheit wolle, dann müsse sie auch die finanziellen Mittel dafür bereitstellen.

Fehlende Begleitung von Außen- und Sicherheitspolitik

Das zweite Dilemma bestünde nach Kloeke-Lesch darin, dass in den Fällen, wo Entwicklungspolitik die Begleitung von Außen- und Sicherheitspolitik benötige, diese oft fehle. Das starke Engagement im Sudan von Staatsministerin Kerstin Müller sei in diesem Zusammenhang eine bemerkenswerte Ausnahmeerscheinung. Es sei relativ selten, dass sich deutsche Außen- und Sicherheitspolitik mit hohem Profil in Transformationsprozessen jenseits der europäischen Peripherie engagierte. Dies gelte auch für die Bundeswehr. Und da wo man die Entwicklungspolitik benöti-

ge, werde sie untergeordnet. Daraus ergebe sich das Problem der „hidden agendas“. Es sei doch durchaus so, dass die Entscheidung, irgendwo hinzugehen, nicht nur mit irgendwelchen humanitären Motivationen verbunden sei. Das führe naturgemäß zu Reibungspunkten.

Fehlende zivile Interventionskapazität

Kloeke-Lesch räumte ein, dass Entwicklungspolitik, sicherlich an einigen Stellen zu langsam reagiert hätte. Man sei im Grunde nicht dafür aufgestellt, von der hoheitlichen Übernahme eines Landes möglichst schnell wieder an den Aufbau eigener staatlicher Strukturen zu gehen. Also praktisch die Rolle von Entwicklungshelfern im Zusammenhang mit einer Mandatsverwaltung, wie z.B. die UNMIC-Situation. Dafür sei im Grunde nichts da. Der Aktionsplan Krisenprävention sage ganz klar, CIMIC solle zivile Krisenpräventionsarbeit leisten, soweit und solange keine zivilen Kapazitäten zur Verfügung stünden. Das Problem sei jedoch, die Bundeswehr sei eine stehende militärische Institution. Der zivilen Seite würde nicht erlaubt, eine stehende Interventionskapazität aufzubauen, auf welche die Entwicklungspolitik in solchen Situationen zurückgreifen könnte. Hier liege ein entscheidendes Defizit deutscher Sicherheitspolitik.

Wie ist Entwicklungspolitik zu verstehen?

Dr. Reinhard Hermle, der Leiter der entwicklungspolitischen Abteilung von MISEREOR und zudem auch Vorsitzender des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen, VENRO, begann seine Ausführungen mit der Darlegung seines Verständnisses von Entwicklungspolitik. Aus Sicht von VENRO solle Entwicklungspolitik Beiträge leisten zu Prozessen der Befreiung von Armut, von Krankheit, von politischer Unmündigkeit, von Unwissenheit, aber sie solle auch Impulse geben für wirtschaftliches Wachstum im Kontext von Nachhaltigkeit. Entwicklungspolitik solle den Menschen erlauben, in Sicherheit zu leben. Diese Sicherheit solle verstanden werden

als wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Sicherheit. Das versuche Entwicklungspolitik mit einem differenzierten Mix von Instrumenten und zivilen Maßnahmen. Darin kämen militärische Mittel und Maßnahmen nicht vor.

Schwindendes Vertrauen in die Entwicklungspolitik

Dr. Hermle sehe eine wachsende Zahl militärischer Interventionen zur Stabilisierung oder auch zur Veränderung und Transformation von Staaten. Dahinter stünde ein schwindendes Vertrauen in die Gestaltungs- und Veränderungsmacht von Entwicklungspolitik. Man traue der Entwicklungspolitik nicht zu, die o.a. idealtypischen Ziele zu erreichen. Ein weiterer Grund sei die zunehmende Zahl von Fällen von Staatsversagen und Staatsverfall, insbesondere nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Der wichtigste Grund sei jedoch der 11. September 2001 und das, was sich in der Folge als Antiterrorkampf entwickelt hätte.

Überschätzung militärischer Interventionen

Dr. Hermle erläuterte im Folgenden die Befürchtung der Nichtregierungsorganisationen, dass das Instrument der militärischen Intervention als Mittel der Konflikt austragung überschätzt werde. Zum einen könne man nicht überall intervenieren und zum zweiten würden oft genug Interventionen nicht zu Ende gebracht. Er erwähnte in diesem Zusammenhang wie Botschafter Steiner zuvor den Begriff der Interventionsruinen. Häufig könnten militärische Interventionen nicht wirklich Frieden schaffen, wie das jüngste Beispiel im Irak zeige. Mit besonderer Besorgnis nehme man zur Kenntnis, dass mit der Zunahme von Interventionen ihre Akzeptanz als normales Instrument der Politik wachse. Des weiteren registriere man die Gefahr der Degeneration von Gewalt. Einmal angewendet, erwiese es sich als schwierig, sie einzuhegen. Die Entwicklung in den letzten Wochen im Irak nehme er als einen wirklich extrem dramatischen Beleg dafür. Ferner sehe man die neue europäische Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003

Podium 2 diskutierte das Thema „Schwerter und Pflugscharen? Zur (Neu-) Bestimmung des Verhältnisses von Entwicklungspolitik und Militäreinsatz“. Mit auf dem Podium Generalmajor Johann-Georg Dora, Einsatzführungskommando der Bundeswehr (2.v.l.), und Ministerialdirigent (BMZ) Adolf Kloeke-Lesch (2.v.r.)

mit einer gewissen Sorge, dass sowohl Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zunehmend zu einem inzwischen fast festen Bestandteil politisch militärischer Interventionsstrategien würden und diese unterstützend flankieren und vielleicht auch legitimieren sollten.

Schwerter und Pflugscharen

Zu einer realistischen Analyse gehöre, sich der Tatsache zu stellen, dass militärische Einsätze offensichtlich zunehmende Bedeutung erlangten. Dazu müsse es eine Kohärenz der Gesamtpolitik geben. Dr. Hermle war sich durchaus bewusst, dass sich das natürlich sehr viel leichter sagen ließe, als dass es sich dann in der Praxis herstellen lasse. Dabei müssten sich die Politikbereiche komplementär zueinander verhalten. Es dürfe keine Verwischung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten geben. Die Eigenständigkeit der Bereiche müsse gewahrt bleiben. Es dürfe keine Unterordnung der Entwicklungspolitik und schon gar nicht der humanitären Hilfe unter die militärische Logik geben. Er halte es auch für richtig, dass das Militär keine entwicklungspolitischen Maßnahmen oder schon gar nicht solche der humanitären Hilfe durchführe. Jeder Bereich müsse seine Maßnahmen selbst finanzieren. Für neue Aufgaben müssen zusätzliche Mittel verfügbar gemacht werden.



Neue Verteidigungspolitische Richtlinien (VPR)

Generalmajor Johann-Georg Dora, der Stellvertretende Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr in Potsdam, wies in seinem Eingangsstatement darauf hin, dass die Masse der Entwicklungsländer dieser Welt nicht nur gekennzeichnet seien durch Armut, Hunger, schlechte hygienische Bedingungen, ethnische Konflikte, sondern auch durch sehr schwierige sicherheitspolitische Voraussetzungen. Deshalb sehen sich die Vereinten Nationen neuerdings auch gezwungen, die ganze Bandbreite, also auch militärische Mittel einzusetzen, um den Frieden zu bewahren bzw. ihn in gewissen Bereichen auch zu erzwingen. Die Vorgehensweise und Begründung dafür sei in der „Agenda for Peace“ von 1992 und in der Aktualisierung der Agenda im „Brahimi-Report“ dargelegt worden. In den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) von 2003, denen die Bundeswehr unterworfen sei, würden die o.a. Dokumente der Vereinten Nationen umgesetzt. Dora zi-

tierte die Nr. 44 der VPR: „Internationale VN-Friedensmissionen haben sich erheblich gewandelt. Sie reichen von den klassischen Blauhelmissionen über die Konfliktverhütung durch politische Aktivitäten und vorbeugende Truppenstationierung bis hin zum Einsatz bewaffneter Kräfte zur Eindämmung von Konflikten und zur Stabilisierung der politischen Lage. Immer häufiger geht es auch um die Beendigung innerstaatlicher Konflikte, um die Wiederherstellung friedlicher Lebensbedingungen für die Bevölkerung. Dafür benötigen Friedensmissionen ausgewogene militärische, zivile und polizeiliche Fähigkeiten.“

Nicht verdrängen, sondern ergänzen

Dora unterstrich ausdrücklich, dass es nicht die Absicht der Bundeswehr sei, irgendeine mit der Entwicklungshilfe oder humanitäre Hilfe betraute Institution zu verdrängen. Man wolle nicht etwas Neues oder irgendeine Sparte besetzen, die schon besetzt sei. Das Gegenteil sei der Fall. Die politische Vorgabe laute, koordiniert Hand in Hand vorzugehen. Dies setze die Bundeswehr um. Allerdings erwarteten die Soldaten das auch von den übrigen Mitspielern.

Nation Building

Krisenprävention sollte primär rein ziviler Natur sein. Allerdings zeigten die Erfahrungen sowohl auf dem Balkan, in Ost-Timor als auch in Afghanistan, dass auf militärische Mittel als Instrument der Krisenvorbeugung, -bewältigung nicht verzichtet werden konnte. Streitkräfte seien ein wichtiger Baustein zur Implementierung eines erfolgreichen Nation Building's und sie allein wären in der Lage, ein sicheres Umfeld zu schaffen und seien damit oft erst die Voraussetzung für den Einsatz ziviler Maßnahmen und damit die Voraussetzung für Wege zur Konfliktlösung. In diesem Zusammenhang zitierte Dora aus dem Afghanistan-Dienstreisebericht des Bundestagsabgeordneten Winfried Nachtwei (Bündnis 90/die Grünen) vom August 2003. „Sicherheit und Wiederaufbau bedingen sich gegenseitig. Kein Aufbau ohne einger-

maßen Sicherheit, keine Sicherheit ohne sichtbare Aufbauleistungen.“

Durch die unaufdringliche, aber sichtbare Präsenz der Bundeswehrsoldaten werde, so hätten ihm viele Gesprächspartner in Afghanistan versichert, auch das subjektive Sicherheitsbewusstsein der Bevölkerung deutlich erhöht und damit träte eine stabilisierende Wirkung ein. Im Gegensatz zum Kosovo verspüre man in Afghanistan nach 25 Jahre Bürgerkrieg eine Aufbruchstimmung, ob in Kundus oder Kabul oder in anderen Städten.

Abschließend wünschte sich Dora eine noch engere Zusammenarbeit von Verteidigungsministerium, dem Auswärtigen Amt, dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Innenressort, das in Afghanistan die Ausbildung von Polizeikräften übernommen hat. Gemeinsames Ziel müsse es sein, zusammen mit den betroffenen Afghanen einen sich selbst tragenden Friedensprozess zu entwickeln. Befindlichkeiten unter Organisationen, die eigentlich das gleiche Ziel verfolgen, könnte man sich nicht erlauben.

Schlussbetrachtungen

1. Anerkennung für das Auswärtige Amt

Zunächst gebührt dem Auswärtigen Amt eine besondere Anerkennung dafür, dass es das wichtige und hochsensible Verhältnis von einer angemessenen militärischen Stabilisierung zu einer effektiven zivilen Konfliktbearbeitung in den Mittelpunkt des 10. Forum Globale Fragen gestellt hat. Diese Fragestellung wird uns sicher noch im ganzen 21. Jahrhundert beschäftigen.

2. Notwendige Erhöhung der Entwicklungshilfe

Ausgehend von der Präambel des Grundgesetzes, in der sich die Bundesrepublik Deutschland feierlich verpflichtet, dem Frieden in der Welt zu dienen, muss der langjährige Trend, die Ausgaben für militärische Sicherheit und für Entwicklungshilfe im Verhältnis zum Gesamthaushalt ständig zu senken, gestoppt und umgekehrt werden. Wenn es der derzeitigen oder einer zukünftigen Bundesregierung nicht

gelingt, die Ausgaben für Entwicklungshilfe um jährlich mindestens 3 % und die Ausgaben für militärische Sicherheit um mindestens jährlich 2 % zu steigern, kann das o.a. feierliche Versprechen – im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen – nicht eingehalten werden. Darüber hinaus würde Deutschland – wie es jetzt schon beginnt – außenpolitisch marginalisiert und langsam aber sicher als aktiver Mitgestalter des Weltfriedens ausscheiden. Die regelmäßige jährliche Steigerung dieser beiden o.a. Budgets ist der Lackmuse für die Ernsthaftigkeit der deutschen Friedensbemühungen und wesentlich wichtiger als ein ständiger Sitz im Sicherheitsrat (vgl. „Quo vadis, Bundesrepublik Deutschland? – Gedanken am Beginn des neuen Jahrhunderts“ in NOTFALLVORSORGE 1/2000).

3. Frieden ist kein unrealistisches Ziel

Der Doyen der deutschen Konflikt-, Sicherheits- und Friedensforschung, Prof. Dr. Czempel, hat mit seiner Auffassung „Frieden ist möglich“ einen bedeutenden Unterstützer gefunden, nämlich keinen Geringeren als Papst Johannes Paul II. Dieser hat in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag am 1. Januar 2004 angesichts der Tragödien, die fortwährend die Menschheit bedrücken, davor gewarnt, dem Fatalismus nachzugeben, als ob der Friede ein unerreichbares Ideal wäre. Friede sei möglich und sei daher geboten. Der Papst und das 2. Vatikanische Konzil (1963-65) widersprechen damit eindeutig der auch unter Christen weit verbreiteten Auffassung, dass in unserer gefallenen Schöpfung ein dauernder Friede auf Erden nicht möglich sei. Andernfalls wäre im Übrigen die Bitte im Vaterunser „Dein Reich komme“ ohne Sinn und ein leeres Geplapper. Christen und alle Menschen guten Willens, wozu sicher auch die überwiegende Mehrzahl der Muslime gehört, sind aufgefordert, den Frieden auf Erden zu gestalten. Wir sollten Gott die Kompetenz nicht absprechen, seine Schöpfung zu vollenden. Profangeschichte ist nach jüdisch-christlichem Verständnis immer auch Heilsgeschichte. □

SACHAUSSCHUSS „INNERE FÜHRUNG“:

Plädoyer für eine Allgemeine Wehrpflicht

Zum Vorhaben der Bundesregierung, Strukturanpassungen oder Änderungen bei der Wehrverfassung bis zum Ende der 15. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages zu überprüfen, nimmt der Sachausschuss „Innere Führung“ der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) Stellung. Die Redaktion AUFTRAG verweist in diesem Zusammenhang auf das Grundsatzpaar des Generalinspektors der Bundeswehr „Moderne Wehrpflicht für die Bundeswehr der Zukunft“ vom 16.08.2004 (s.a. Internetseite >www.bundeswehr.de<). In seinem Anschreiben macht der Generalinspekteur deutlich, dass organisatorische und strukturelle Veränderungen im Transformationsprozess der Streitkräfte nicht ausreichen, um die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr nachhaltig zu sichern. Dies Ziel werde vor allem durch eine konsequente Anpassung der Ausbildung erreicht. General Wolfgang Schneiderhahn macht deutlich, dass ihm die Ausbildung der „Wehrdienstleistenden besonders am Herzen liegt“ und er betont, „der (auf der Ausbildung) aufbauende Einsatz und Dienst unserer Wehrpflichtigen sind in der politischen Diskussion die am Ende entscheidenden Argumente für die Notwendigkeit der Wehrpflicht.“

1. Vorbemerkung

Das in der Koalitionsvereinbarung „Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit“ mit Beginn der 15. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags vereinbarte Regierungsvorhaben ist grundsätzlich zu begrüßen. Im Interesse der Streitkräfte selbst, der jungen männlichen deutschen Wehrpflichtgeneration, der Industrie, des Handels und des Dienstleistungsgewerbes in Deutschland ist Planungssicherheit notwendig. Zurückliegende Beschlüsse des 2. Senates beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG, 2 BvL5/99 und BVerfG, 2 BvL 2/02) erlauben den Schluss, dass eine verfassungsgerichtliche abschließende Entscheidung über eine geeignete und zweckmäßige Wehrform für deutsche Streitkräfte nicht zu erwarten ist. Eine Entscheidung der politischen Institutionen in Deutschland ist deshalb notwendig geworden. Das Regierungsvorhaben jedoch ausschließlich an der Richtschnur der Empfehlungen der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ (23. Mai 2000) auszurichten, greift zu kurz: zum einen orientieren sich die Empfehlungen ausschließlich an Notwendigkeiten der Streitkräfte, zum anderen sind die vorgeschlagenen Optionen widersprüchlich. Da Option A also ein Streitkräftemodell mit Wehrpflichtigen in abweichenden Voten einiger Kommissionsmitglieder selbst für äus-

berst bedenklich bis hin für verfassungswidrig (Ipsen) bewertet worden sind, käme ausschließlich Option B, also Streitkräfte ohne Wehrpflichtige, in Betracht. Diese Option selbst wurde von Kommissionsmitgliedern nicht problematisiert. Es besteht also die Annahme, die Kommission favorisiere entgegen öffentlichem Bekunden letztendlich ein Streitkräftemodell, welches ausschließlich auf freiwillig dienenden Soldaten basiert.

Der Hinweis, dass andere europäische Staaten, die zudem Mitglieder im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis (NATO) sind, in den zurückliegenden Jahren selbst Strukturanpassungen zugunsten der Einführung von Freiwilligenstreitkräften für ihre nationalen Streitkräfte vorgenommen haben, vermag nicht zu überzeugen, da die Erfahrungen dieser Staaten durchaus zwiespältig sind. Eine Entscheidung über eine geeignete und zweckmäßige Wehrform bleibt nationale Angelegenheit, weil unterschiedliche historische, politische und streitkräftebezogene Rahmenbedingungen es nicht zulassen können, Entscheidungen anderer Staaten in Europa gleichsam vorbehaltlos zu adaptieren. Es geht um eine Wehrform für deutsche Streitkräfte in einer deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, welche es erlaubt, Bündnisverpflichtungen zu erfüllen.

Die katholische Kirche selbst hat sich hinsichtlich einer Festlegung, welche Wehrform geeignet und für deutsche Streitkräfte zweckmäßig ist, nicht abschließend geäußert. Sie beansprucht für sich keine Zuständigkeit in diesem Politikbereich. Sie benennt allerdings wichtige Gesichtspunkte, die bei der Entscheidungs- und Willensbildung nicht unerheblich sind. „Gerechter Friede“ als Hirtenwort der deutschen Bischöfe (27.09.2000) weist auf Sachverhalte hin, die über ausschließlich technisch-pragmatische Sichtweisen hinausgehen. Sie können in diesem Zusammenhang gleichsam die Richtschnur für den politischen Entscheidungsprozess bilden, welcher den Blick weitet und für gesellschaftspolitische Notwendigkeiten öffnet, die mit der Wehrverfassung in Deutschland unzweifelhaft in Verbindung stehen.

Von daher sieht sich die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) in der Verantwortung, ihre Grundauffassungen zu einer geeigneten und zweckmäßigen Wehrform für deutsche Streitkräfte zur Diskussion zu stellen.

Es muss in Erinnerung gerufen werden, dass die Entscheidung über eine geeignete und zweckmäßige Wehrverfassung und Wehrform in Deutschland mehr zu bedenken hat als ausschließlich sicherheits- und bedrohungsspezifische Parameter. Welche Wehrform für deutsche Streitkräfte gilt, ist in sicherheitspolitischer Perspektive zunächst nachrangig aber in staats- und gesellschaftspolitischer Hinsicht eine vorrangige Perspektive, weil sie grundsätzlich darüber Auskunft gibt, wie es um das Verhältnis der Bürger zum Staat und seinen Einrichtungen in der Exekutive und damit seinen Streitkräften bestellt ist. Dies geschieht auch im Interesse der Streitkräfte selbst, sofern sie nicht losgelöst ihrer gesellschaftspolitischen Verortung ihr Selbstverständnis begründen will.

Die Überwindung ideologischer Fixierungen und technisch-pragmatischer Argumente gelingt im Hinblick auf die Frage der Wehrform in dem Ausmaße, indem sozietheoretische Kriterien zur Beurteilung unterschiedlicher Wehrformen herangezogen wer-

den. Damit kann gleichsam dem entprochen werden, worauf das Bundesverfassungsgericht frühzeitig hingewiesen hat, nämlich dass die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht eine Entscheidung hohen staatspolitischen Ranges sein. Sie wirke in alle Bereich des staatlichen und gesellschaftspolitischen Lebens hinein: „Allgemeinpolitische, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Gründe von sehr verschiedenem Gewicht, die dafür und dawider“ sprechen, müssten „bewertet und gegeneinander abgewogen werden.“ (BVerfG 12,45,52 s.a. BVerfG 48, 127, 160 f).

2. Sozialethische Kriterien zur Beurteilung unterschiedlicher Wehrformen.

Unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten ermöglicht Artikel 12a Grundgesetz die Allgemeine Wehrpflicht. Damit ist allerdings eine spezifische Wehrform nicht abschließend festgeschrieben. Die Wehrpflicht kann im Wege der Änderung in Friedenszeiten ausgesetzt werden. Ebenso kann an ihre Stelle eine andere, ausschließlich aus sich freiwillig meldenden Bürgerinnen und Bürger bestehende Wehrform treten.

Der Allgemeinen Wehrpflicht kommt jedoch insofern eine besondere Bedeutung zu, weil sie als gesetzliches Rekrutierungsinstrument für Streitkräfte männlichen deutschen Staatsbürgern ab dem 18. Lebensjahr eine Pflicht abverlangt, welche unter dem Gesichtspunkt einer gerechten Auswahl und Heranziehung zusätzliche Anstrengungen notwendig macht.

2.1 Wehrgerechtigkeit in Deutschland

Die Auffassungen darüber, wann und unter welchen Bedingungen Wehrgerechtigkeit gegeben ist, zeigen eine Spannweite und verdeutlichen demnach, dass es hierüber keine Übereinstimmung gibt. Obwohl zunehmend mehr Wehrpflichtige außerhalb der Streitkräfte ersatzweise Dienst leisten, bleibt der Grundsatz gewährleistet, dass alle diejenigen, die pflichtgemäß einen Dienst abzuleisten haben, dies auch tatsächlich tun. Entscheidend unter dem As-

pekt der Wehrgerechtigkeit ist demnach, dass jeder Wehrpflichtige mit der Heranziehung zur Ableistung eines Dienstes innerhalb und außerhalb der Streitkräfte rechnen muss.

2.2 Grundrechtsbezogene sozialethische Kriterien

Der Auftrag für Streitkräfte begründet in der Regel, dass für Soldaten unabhängig von der jeweiligen Wehrform, bürgerliche Grundrechte eingeschränkt werden können. Artikel 17a Abs. 1 GG regelt im Grundsatz, dass durch Gesetz die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit und das Petitionsrecht für Soldaten eingeschränkt, jedoch nicht aufgehoben sind. Das wesentliche Grundrecht der Gewissensfreiheit und in seiner speziellen Ausprägung, nämlich das Recht, aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern (Artikel 4 Abs. 3 GG) gilt grundsätzlich, ist wehrformunabhängig und kann von jedem Bürger und Soldaten wahrgenommen werden. Grundwehrdienstleistende Soldaten werden nicht gegen ihren Willen zu einem Auslandseinsatz herangezogen. Demnach wird dadurch der grundrechtseinschränkende Charakter der Wehrpflicht in dem Sinne gemildert, dass dem Grundwehrdienstleistenden nicht abverlangt wird, außerhalb der bündnisbezogenen Landesverteidigung „treu zu dienen“ oder gar „tapfer zu verteidigen“. Also ist Rechnung getragen worden, dass die Allgemeine Wehrpflicht in Deutschland sich hinsichtlich ihres grundrechtseinschränkenden Charakters auf ein vertretbares Maß begrenzt.

2.3 Gesellschaftsbezogene politische Kriterien

Friedens- und Sicherheitspolitik und die ihr zur Verfügung gestellten Mittel sind in pluralen demokratischen Gesellschaften auf ein hohes Maß an Akzeptanz und Kontrollierbarkeit angewiesen. Im Hinblick auf den Einsatz von Streitkräften kommt hinzu, dass der Legitimationsbedarf durch eine politische, moralische und publizistische Unterstützung in der Öffentlichkeit ergänzt werden muss. Parlamentarische Entscheidungen über den Einsatz von Streitkräften müssen von gesellschaftlichen Gruppen, öffentlichen Einrich-

tungen und Organisationen mitgetragen werden. Für diese ist nicht unwesentlich, dass Streitkräfte ausschließlich aus Freiwilligen oder auch aus Grundwehrdienstleistenden bestehen. Es ist davon auszugehen, dass ein Einsatz von wehrdienstleistenden Söhnen einer deutlich höheren Legitimation bedarf.

2.4 Sozialbiographische Kriterien

Die Integration der Streitkräfte und ihrer Soldaten in die Gesellschaft hängt wesentlich davon ab, in wie weit und in welchem Umfang sich die Pluralität politischer Orientierungen, sozialer Herkunft, weltanschauliche Bindungen und berufliche Biographien widerspiegeln. Voraussetzung dafür ist die Art und Weise, über welche Formen der Rekrutierung Streitkräfte geeignetes Personal anwerben können. Geschieht dies unter den Bedingungen einer sich verstetigenden Arbeitslosigkeit in der von erheblichem Wandel gekennzeichneten Industrie- Dienstleistungs- und Arbeitswelt, sind Auswirkungen auf die innere Struktur und personelle Verankerung der Streitkräfte nicht auszuschließen. Mit Blick auf das geforderte Postulat des „Staatsbürgers in Uniform“ ist es nicht unerheblich, darauf hin auch Anforderungen im Hinblick auf eine politische Mündigkeit, moralische Verantwortungsbereitschaft und bürgerliche Zivilcourage zu stellen. Jugendliche, die zu einseitig politischen Orientierungen, begründet durch soziale Herkunft zu Unterordnung und psychischer Anpassungsbereitschaft neigen, werden als Soldaten sowohl der Konzeption vom „Staatsbürger in Uniform“ als auch der Konzeption der „Inneren Führung“ eher ablehnend gegenüberstehen. Beide sind konzeptionell grundlegende und zwingende Voraussetzungen für den „Geist in deutschen Streitkräften“ und erlauben es nicht, jeden Bewerber für einen Dienst aufzunehmen.

3. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik – veränderte Rahmenbedingungen

Mit Blick auf Bedingungen und Erfordernis deutscher Außen- und Sicherheitspolitik bleiben mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation

eigene Streitkräfte unter Beachtung des Primates der Politik zwingende und wichtige Instrumente in der Wahrung deutscher Interessen. Ein vollständiger Verzicht auf eigene nationale Streitkräfte würde weder internationalen Notwendigkeiten noch eigenen Interessen entsprechen. Konflikte weltweit und eigene Schutzvorkehrungen machen es notwendig, Streitkräfte vorzuhalten und dann einzusetzen, sofern völkerrechtlich konform und im nationalen Interesse notwendig die Voraussetzungen gegeben sind. Solange die Gefahren und Risiken bestehen, dass Interessen zwischen den Staaten und innerstaatliche Konflikte nicht im Wege der friedlichen Streitbeilegung einer Lösung zugeführt werden können, bleiben im Sinne eines äußersten Mittels Streitkräfte notwendig. Dies gilt auch für Gefahren, die sich aus dem weltweit agierenden terroristischen und kriminellen Netzwerken ergeben. Wenn gleich Deutschland nicht unmittelbar existentiell bedroht ist, so bestehen doch mittelbare Gefährdungen, gegen die es gilt sich zu schützen.

3.1 Aufgaben- und Strukturanpassung deutscher Streitkräfte

Veränderte außen- und sicherheitspolitische Rahmenbedingungen sowie gravierende Veränderungen nationaler wie internationaler Gefährdungen, Risiken und Bedrohungen begründen den Prozess, deutsche Streitkräfte anzupassen und Fähigkeiten zu entwickeln, rechtzeitig und

umfassend als legitime Instrumente im äußersten Falle auch eingesetzt werden zu können. Damit entwickelt sich eine neue Identität für Streitkräfte und Soldaten, dem durch Ausbildung, Bewaffnung und Struktur Rechnung zu tragen ist. Die Forcierung eigener Fähigkeiten in der Bewältigung von Konflikten unterschiedlicher Intensität bestimmen das zukünftige Profil deutscher Streitkräfte. Allerdings: Aufgaben, Struktur und Fähigkeitsforcierung sind ausschließlich mit Blick auf zukünftige Eingreifkräfte für multinationale, streitkräftegemeinsame vernetzte Operationen auszurichten. Anstrengungen zugunsten der eigenen Landesverteidigung bleiben wegen unkalkulierbarer Risiken und Gefährdungen notwendig.

Im Kontext der sich abzeichnenden Aufgaben- und Strukturanpassungen kann die Allgemeine Wehrpflicht erhalten werden, sofern Bedingungen und Notwendigkeiten weiterhin erfüllt sind.

3.2 Allgemeine Wehrpflicht. Bedingungen und Notwendigkeiten für Kräftekatoren

3.2.1 Der Umfang der Streitkräfte und die Dauer des Grundwehrdienstes bleiben bestimmende Größen für die Aufrechterhaltung der Allgemeinen Wehrpflicht. Mithin muss sowohl am Umfang als auch an der Dauer des Grundwehrdienstes im Interesse des Erhalts der allgemeinen Wehrpflicht festgehalten werden. Eine

weitere Reduzierung des Umfangs der Streitkräfte insbesondere bei grundwehrdienstleistende Soldaten und eine weitere wesentliche Verkürzung der Dauer des Grundwehrdienstes marginalisiert die Allgemeine Wehrpflicht in dem Sinne, dass es militärisch nicht sinnvoll und damit politisch nicht mehr legitimiert ist, junge Männer zur Ableistung des Wehrdienstes heranzuziehen.

3.2.2 Wehrpflichtige sind in den Kräftekatoren einzusetzen, die vorrangig unterstützende und stabilisierende Aufgaben übernehmen. Zur Landesverteidigung ist es erforderlich genügend eigene Kräfte vorzuhalten. Für diesen Zweck werden grundwehrdienstleistende Soldaten eingeplant und ausgebildet.

4. Abschließend

Auch unter den veränderten außen- und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und mit Blick auf die Neuausrichtung deutscher Streitkräfte kann an der Allgemeinen Wehrpflicht festgehalten werden, sofern für die Erfüllung der Staatsaufgaben, Schutz der Bevölkerung und Wahrung der territorialen Integrität, die Neuausrichtung deutscher Streitkräfte sich nicht ausschließlich an einer Interventionsfähigkeit misst. Im Kern bedarf es deshalb zusätzlicher Anstrengungen für den Erhalt zur Fähigkeit der Landesverteidigung und damit der Allgemeinen Wehrpflicht. □

Interreligiöses Gebetbuch für Juden, Christen und Muslime in der Bundeswehr

Als „wertvolle Initiative“ der Militärseelsorge hat der Verteidigungsausschuss des Bundestages die Soldaten-Ausgabe des ersten gemeinsamen Gebetbuchs für Christen, Juden und Muslime bewertet. Die katholische und evangelische Militärseelsorge gebe damit der Pluralisierung der Bundeswehr Ausdruck, sagte der Ausschussvorsitzende Reinhold Robbe (SPD) am Montag, dem 27. September 2004, im Berliner Reichstag bei der Vorstellung der Bundeswehr-Version des Buches „GEMEINSAM VOR GOTT“. Zuvor hatten der ev. Militärgeneral-

dekan Erhard Knauer, der kath. Militärgeneralvikar Walter Wakenhut, ein Imam und ein Rabbiner an einer kurzen Andacht teilgenommen.

Herausgeber des 160 Seiten umfassenden Buchs sind der Berliner protestantische Theologe Martin Bauschke, der Berliner Rabbiner Walter Homolka vom Abraham Geiger Kolleg und die Muslimin Rabeya Müller vom Institut für interreligiöse Pädagogik und Didaktik in Köln. Sie verweisen im Vorwort auf die zunehmende Zahl der „trilateralen Begegnungen“ und die wachsende Sehnsucht, in gemeinsamen gottesdienst-

lichen Feiern miteinander zu beten. Das Buch bietet Texte für das „Nebeneinander-Beten“ wie für das „Miteinander-Beten“ von Juden, Christen und Muslimen.

Kardinal lobt erstes Gebetbuch für Juden, Christen, Muslime

Kurienkardinal Walter Kasper hat das erste gemeinsame Gebetbuch für Christen, Juden und Muslime als Beitrag zum interreligiösen Dialog gewürdigt. Für dieses an Bedeutung zunehmende Gespräch sei es wichtig, „dass auch entsprechende Hilfsmittel zur Verfügung stehen“, heißt es in einem Schreiben des Kardinals an die Herausgeber. Kasper ist Vorsitzender des Päpstlichen Einheits-

rates. Nachdrücklich betonte auch das Verteidigungsministerium die Bedeutung des Buches, das in der Militärseelsorge zum Einsatz kommen soll.

„Bedürfnis nach Spiritualität“

Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums verwies darauf, das konfessionsübergreifende Gebet habe in der Bundeswehr wegen der besonderen Situation der Soldaten eine starke Tradition. Oft stehe nur ein Seelsorger eines Bekenntnisses für die Betreuung zur Verfügung, etwa auf Schiffen oder bei kleinen Einsatzkontingenten. Zudem entstehe unter

den Belastungen der Auslandseinsätze auch bei nicht konfessionell gebundenen Soldaten ein „für diese oft unerwartetes Bedürfnis nach geistigem Rückhalt, nach Spiritualität und Halt in der Gemeinschaft“. Der Sprecher betonte, das Buch sei zum Überwinden oft vorhandener Berührungsängste gegen kirchliche Organisationsformen besonders geeignet.

Die für die Militärseelsorge gedachte Ausgabe ist inhaltlich identisch mit der normalen Version, aber im Format kleiner. Zudem hat das Bundeswehr-Exemplar einen regenfesten Einband.

Das Buch bietet keinen Ablauf

für interreligiöse Feiern, ist aber laut Verlag auch für den Gottesdienstgebrauch gedacht. Es biete Texte für das „Nebeneinander-Beten“ wie für das „Miteinander-Beten“ von Juden, Christen und Muslimen. Neben Gebeten aus dem jüdischen, christlichen und muslimischen Repertoire enthält es Texte, die alle Glaubenden gemeinsam sprechen können. Symbole am Rand verweisen auf die jeweilige Religion, der ein Gebet zugeordnet ist. Schrifttexte aus Tora, Bibel oder Koran finden sich in dem Buch nicht. Es gibt aber spezielle Gebete für Liebende, Kinder, Schulen, Soldaten und die Tischgemeinschaft. (KNA)

JAHRESEMPFANG DES WEHRBEAUFTRAGTEN:

Sinnfrage stellt sich in Auslandseinsätzen der Bundeswehr immer deutlicher

ANDREAS MARTIN RAUCH

Die Frage nach dem Sinn und Zweck von Auslandseinsätzen der Bundeswehr stelle sich immer deutlicher für viele deutsche Soldaten, hob der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Dr. Willfried Penner in einer Rede anlässlich seines Jahresempfanges am 20. September 2004 in den Räumen des Deutschen Bundestages (Paul-Löbe-Haus) hervor. Penner betonte, dass die Wahl dieser Örtlichkeit die Unabhängigkeit des Wehrbeauftragten dokumentiere, der alleine dem Deutschen Bundestag verantwortlich sei; gerade durch diese Unabhängigkeit vermöge er den Soldaten bei der Bewältigung ihrer Problemen zu helfen. Auch der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dr. Norbert Lammert, unterstrich, dass die Bundeswehr ein Anliegen des ganzen Bundestages sei und die Aufgaben des Wehrbeauftragten in die ganz selbstverständliche Verantwortung des Parlaments falle.

Die Bedeutung des Wehrbeauftragten drückte sich auch in seinen Gästen aus. Hierzu zählten Bundesverteidigungsminister Dr. Peter Struck, der ebenfalls ein Grußwort sprach, der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering, der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen Volker Beck, der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes Oberst Bernhard Gertz, Militärgeneralvikar Walter Wakenhut und zahlreiche Generäle.

Erfolge müssen erkennbar sein

Ganz zentral stelle sich gegenwärtig für viele Soldaten im Auslandseinsatz die Sinnfrage, vor allem bei jenen, die auf dem Balkan und in Afghanistan eingesetzt seien. Auf dem Balkan sei es vor allem der Ausbruch von Unruhen und Gewalt, die den Soldaten zu schaffen mache, verbunden mit der Frage, ob der SFOR- oder KFOR-Einsatz tatsächlich nachhaltige, positive Wirkungen erziele und den Balkan-Konflikt befinde. Oder um es anders zu formulieren: Ohne sichtbaren Erfolg des eigenen Handelns wird der Auslandseinsatz von Bundeswehrsoldaten

in wachsendem Maße in Frage gestellt. Darüber berichten evangelische und katholische Militärseelsorger.

Auch in den voraussichtlich rund 6.000 Vorgängen im Jahr 2004 beim Wehrbeauftragten wird diese Sinnfrage thematisiert. Auf dem Balkan standen dabei ursächlich ethnische Konflikte im Vordergrund, die für Unruhe und Menschenrechtsverletzungen sorgten. In Afghanistan gestalte sich die Lage noch vielschichtiger. Zum einen stehe hier die Terrorismusbekämpfung im Vordergrund, weshalb es auch immer wieder zu terroristischen Interventionen

komme, um eben die Bekämpfung von Bin Laden und seinen Gefolgsleuten zu verhindern. Zugleich spielten in Afghanistan uralte, in der Geschichte verwurzelte Konflikte eine Rolle: In Afghanistan waren Regionalfürsten stets sehr stark und Afghanistan wurde praktisch nie von einer zentralen Gewalt regiert. Im Ergebnis sei die Arbeit deutscher Soldaten am Hindukusch mit vielen Frustrationen und Misserfolgen verbunden.

Folter in der Bundeswehr nicht vorstellbar

Willfried Penner unterstrich in seiner Begrüßung, dass Folter auch in Kriegszeiten nicht legitim sei und gegen jedes soldatische Ethos verstoße. Als schlimme Entwicklung bezeichnete Penner das Anwenden von Folter durch Soldaten der US-Streitkräfte im Irak, ein Vorgang, der für Soldaten der Bundeswehr einfach nicht vorstellbar sei. Penner hob hervor, dass deutsche Soldaten, sollten sie einen Befehl zur Anwendung von Folter bekommen, diesen Befehl nicht befolgen dürften, da er mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei. Die Anwendung von Folter durch deutsche Soldaten sei in jedem Fall und gegen jedem Menschen auszusprechen, unabhängig davon, um wen es sich handle, ob es sich also um einen Kriegsgefangenen, einen strafrechtlich Verdächtigen oder einen des Terrorismus Verdächtigen

handele: „Folter ist immer Unrecht!“

Ost-West-Besoldung

Penner hob als ein großes Ärgernis hervor, dass es nach wie vor eine Ost-West-Besoldung gebe. Dieser Sachverhalt sei auch deshalb unbefriedigend und ungerecht, da Soldaten zu Lehrgängen und Wehrübungen im ganzen Bundesgebiet eingesetzt seien. Der Wehrbeauftragte erwähnte, dass der Bundesverteidigungsminister Besserung zugesagt habe, jedoch bislang das Bundesfinanzministerium und das Bundesinnenministerium als die für die Soldatenbesoldung zuständigen Behörden sich sperren.

Norbert Lammert erinnerte daran, dass es sechzig Jahre her sei, also am 25. September 1944 der „Führererlass“ erging, der alle wehrfähigen 16-60-jährigen Männer zu den Waffen im so genannten „Volks-

sturm“ rief. Dieser „Führererlass“ war das hilflose und rechtlose Aufgebot eines totalitären Regimes, welches entweder den totalen Sieg oder die totale Niederlage intendierte. Wie im Kinofilm „Der Untergang“^{*)} dargestellt, wollte Hitler das ganze deutsche Volk, wenn es ihm nicht zum Siege ver helfe, in den Untergang reißen. Eben auf diesen Erfahrungen eines totalitären Regimes basierend wurde in der deutschen Bundeswehr das Prinzip der Inneren Führung und im Deutschen Bundestag das Amt des Wehrbeauftragten erfolgreich installiert. Das Amt des Wehrbeauftragten demonstrierte, dass die Armee von einem demokratischen Parlament und einer durch sie legitimierten Regierung getragen werde. Vor diesem Hintergrund erscheine die

Frage der Ost-West-Besoldung geradezu als eine „luxuriöse“ Problemlage, wenngleich die Besoldungsdifferenz in der Tat ein ärgerliches Problem darstelle; letztlich seien aber Fälle wie diese auch ein Kompliment an die Institution des Wehrbeauftragten.

Wechsel im Amt steht bevor

Bundesverteidigungsminister Struck wies darauf hin, dass dies wohl der letzte Jahresempfang des Wehrbeauftragten Penner sei. Ohne der Verabschiedung von Dr. Penner und der Einführung seines Nachfolgers oder seiner Nachfolgerin vorgehen zu wollen, könne schon heute gesagt werden, dass der Wehrbeauftragte Dr. Willfried Penner ein Mann sei, der ein Herz für Soldaten habe. □

*) „Der Untergang“ (Deutschland 2004), Spielfilm nach dem gleichnamigen Buch von Joachim Fest und Aufzeichnungen von Hitlers Sekretärin Traudl Junge durch Filmproduzent Bernd Eichinger von der Münchener Constantin Film.

ERINNERUNG AN DIE GEFANGENSCHAFT:

„Leb wohl und verzeih!“

PAUL ROTH

Der eisige Hauch der Hungersteppe hatte über Nacht das Strafgebiet erreicht. Als die Arbeitskommandos ausrückten, lagen die Schlammwege in bizarren Formen erstarrt. Riesige Fellmäntel verwandelten die Wachsoldaten auf den Türmen zu unförmigen Pyramiden. In diesem Teil des Sowjetreiches gab es nur Gefangene und ihre Wächter. Sklaven und Sklavenaufseher lebten in einer Hoffnungslosigkeit, die Hunger und Hass erzeugt. Der Schnee bedeckte Erdhöhlen und Baracken, verbarg die Schlackehalden und Fördertürme. Der bunte Alkoholfaden des Thermometers zeigte minus 30 Grad.

Pflichtgemäß hatte der Lagerkommandant die Weihnachtstlüge verkündet: „Sokro domoi – Bald geht's heim!“ Die Gefangenen hatten es gehört und geglaubt, weil sie es glauben wollten. Aber sie hassten ihn trotzdem, denn er wiederholte diese Lüge jedes Jahr. Je mehr Schnee fiel, umso unregelmäßiger kam die Verpflegung. Oft blieb der Brotschlitten tagelang aus auch für jene, die nicht hinter Stacheldraht

saßen. Dann spielten sich im Brotladen unbeschreibliche Szenen ab. Dichtgedrängt standen jammernde Frauen, fluchende Männer und zerkümmerte Kinder vor der Holzbrüstung, hinter der eine Verkäuferin das Brot zerschnitt. Auf jeden Laib wurden mit Holzklötzchen kleine Brotstücke festgepflockt, jeder verlangte das letzte Gramm.

An der Tür stand ein junger Bettler mit einem Holzfuß. Die farbigen Bänder am Kittel zeichneten ihn als Kriegsinvaliden aus zur Arbeit und zum Wachdienst ungeeignet. Jeden, der aus dem Laden herauskam, bettelte er an. „Gib ein Stück Brot!“. Eines Tages drängelte sich ein deutscher Kriegsgefangener, der ohne Posten gehen durfte, zwischen die jammernde Schar. Während er sich zur Brüstung vorkämpfte, dachte er an Brot und Bäckereien daheim. Hass stieg in ihm auf, weil dieses jammernde Volk gesiegt hatte, weil die Rote Armee in Berlin stand. Ihm fielen die Worte eines Rotarmisten bei der Gefangennahme ein: „Wir haben gesiegt! Unsere Soldaten befehlen jetzt!“.

Als er seinen Brotlaib bekommen hatte und sich wieder aus der Tür schob, fiel sein Blick auf den Invaliden mit dem Stelzfuß. Neben ihm streckte dessen Sohn seine Mütze vor. Einen Augenblick durchzuckte den Gefangenen eine satanische Freude, dass hier ein „Sieger“ einen Besiegten anbettelte. Bevor der Einbeinige sein „Gib ein Stück Brot“ murmeln konnte, hatte sein Sohn ihn zurückgehalten: „Nicht, Väterchen, das ist ein Deutscher. Der gibt nichts!“

Der Gefangene hatte verstanden, was der Junge gesagt hatte, Hunger und Hass kämpften in ihm für Augenblicke. Dann brach er sein Brot in drei Teile: „Hier für dich Kamerad, für deinen Sohn und für mich.“ Er war schon einige Schritte vom Brotmagazin entfernt, als der Stelzfuß ihn einholte: „Du gutt Kamerad!“ radebrechte er und gab ihm die Hand: „Proschtschai!“ das heißt zugleich „Leb wohl“, und „Verzeih!“. Der Deutsche antwortete „Proschtschai!“ Dann wandte er sich um und ging über den knirschenden Schnee zum Lager zurück, in der Hand ein Stück Brot, von dem er heute nicht mehr satt werden würde. □

Verachtet mir die Dogmen nicht! —

Einige Anmerkungen zum katholischen Glaubensgut (Teil I)

Vor 150 Jahren, im Dezember 1854 verkündigte Papst Pius IX. das Dogma von der „unbefleckten Empfängnis der seligsten Jungfrau Maria“. Das Dogma wird heute vielfach nicht (mehr) oder zumindest doch missverstanden.

Der Geistlichen Beirats der GKS nimmt den Jahrestag der Dogmenverkündung zum Anlass, einige grundsätzliche Anmerkungen zum Thema „Dogma“ als Glaubensgut der katholischen Kirche zu machen. Wegen des unvermeidlichen Umfangs ist der Beitrag zweigeteilt und wird im Heft 257/2005 fortgesetzt.

GEORG KESTEL

*Was wir zu glauben haben,
finden wir im Glaubensbekenntnis,
wofür wir zu beten haben,
finden wir im Vater unser.
Wie wir leben sollen,
finden wir in den Zehn Geboten.
Thomas von Aquin (1212-1274)*

*Die Domäne der Wahrheit
ist die reine Abstraktion
Piet Mondrian (1872-1944)*

lungsgeschichte von Glaubenselementen einerseits und deren Stabilität und langdauernde Präsenz andererseits. Ist es nicht wie im Bereich der Natur bei der Evolution der Lebewesen? Es dauert lange, bis neue Arten entstehen, aber nach ihrem Auftreten haben sie ein zähes Leben.

Glaubens-Lehre aus dem Glaubens-Leben

Der deutsche Kaiser Heinrich II. stellte bei seiner Kaiserkrönung im Jahr 1014 in Rom erstaunt fest, dass die Gemeinde in der Eucharistiefeier das Credo nicht betete. Man antwortete ihm stolz, Rom habe es nicht nötig, den Glauben so oft zu bekennen, da es stets von der Irrlehre unberührt geblieben sei. Dennoch setzte der Kaiser von diesem Zeitpunkt an das Credo als Bestandteil der (Sonntags-)Liturgie durch, wie es in der Ostkirche und im fränkischen Reich schon länger üblich war.

Dieses historische Randphänomen zeigt zum einen die Geschichtlichkeit und Entwicklungsfähigkeit von Glaubenselementen und relativiert den primären Eindruck, die von Kindesbeinen an gewohnte religiöse Praxis bestehe schon seit urewigen Zeiten. Andererseits macht diese Anekdote auch deutlich, wie lange eben manche Glaubenstraditionen tatsächlich schon bestehen, gemessen an der Zeitspanne eines begrenzten Menschenlebens. Das Credo im Sonntagsgottesdienst – tausend Jahre lang war das eben nicht selbstverständlich, tausend Jahre lang ist es aber inzwischen schon guter Brauch. Tradition heißt meistens beides zugleich: eine langsame Entwick-

Leider ist bei vielen Christen eine unnötige und schädliche Konfrontation von Glaubens-„Theorie“ und Glaubens-„Praxis“ sehr beliebt. Da werden scharf gegeneinander ausgespielt wissenschaftliche Theologie, historisch-kritisches Denken, rationale Reflexion, Dogmen usw. auf der einen und Volksfrömmigkeit, Kirchen- und Papsttreue, geistliches Leben, sozial-praktisches Engagement usw. auf der anderen Seite. Da wundert sich selbst der zeitgenössische Schriftsteller Botho Strauß mit dem Blick des „Außenstehenden“ auf das Innere der Kirche: „Ich weiß nicht, warum man heutzutage die Leistungen der Theologie und Dogmatik durch die Jahrhunderte im geistigen Prozess unserer Zeit so wenig beachtet“. Man muss nicht nur auf das lange und zähe Ringen der alten Kirche in den ersten Jahrhunderten um die Formulierungen des Glaubensbekenntnisses blicken, um zu wissen, dass die Sorge um die rechte Lehre nicht nur die Spezialbeschäftigung von ein paar Theologen war.

Hilfreich erscheint mir da ein Hinweis der zweiten „Sonderversammlung der Bischofssynode für

Europa“ (1999), wo das Schlussdokument „Die Kirche in Europa“ (veröffentlicht 2003) mit dem Blick auf die Zukunft des Glaubens auf unserem Kontinent unerwartet eine Brücke schlägt zwischen dem praktischen Leben der Gläubigen in Kirche und Welt und dem Dogma von der Dreifaltigkeit: „Viele Paradigmen der europäischen Kultur haben ihre tiefsten Wurzeln im trinitarischen Glauben, der ein außerordentliches spirituelles, kulturelles und ethisches Potential enthält. Das Geheimnis der Dreifaltigkeit muss also erneut theologisch, spirituell und pastoral vertieft werden“. Das habe zur Folge, dass die Person Jesu in der Verkündigung in den Mittelpunkt gestellt werden müsse, „nicht nur als sittliches Vorbild, sondern vor allem als der Sohn Gottes, der einzige und notwendige Retter aller, der in seiner Kirche lebt und wirkt“ (Nr. 19). Dieser Spur versuche ich im Folgenden ein wenig nachzugehen und zu zeigen, dass die theoretische Glaubenslehre alles andere ist als ein Ballast, der auf den Abfallhaufen der Geschichte gehört.

Natürlich müssen Lehr-Sätze, damit sie nicht zu Leer-Formeln erstarren, erklärt werden, auf das Leben bezogen werden, so wie sie auch aus dem Glaubens-Leben (und dem -Streiten!) erwachsen sind. „Genau das aber ist auch ihre Funktion. Sie ruhen nicht in sich selbst, sondern verflüssigen gewissermaßen unser Reden von Gott und regen dazu an, immer wieder neu, aus immer wieder neuer Perspektive die dynamische und lebendige Wirklichkeit Gottes in ihrer Vielfalt wahrzunehmen“ (B. Oberdorfer). Dass es im gläubigen Volk durchaus ein gewisses Verlangen nach griffigen und hilfreichen Glaubensaussagen gibt, die das eigene Glaubensverständnis vertiefen und auch den Dialog mit Andersdenkenden bereichern können, beweist die Tatsache, dass in den letzten Jahren vielfach sogenannte „Kurzformeln des Glaubens“ und sprachlich modernisierte Bearbeitungen des Glaubensbekenntnisses formuliert wurden und starke Verbreitung fanden.

Fortschreitende Dogmenentwicklung

So alt wie die Dogmen selber ist auch die Idee ihrer beständigen Modifikation und Weiterentwicklung. „Ein Dogma ist [...] das Ergebnis eines einer bestimmten theologischen Situation entsprechenden und entspringenden Fragens, ist formuliert nach Maßgabe einer einer bestimmten Zeit gemäßen Denkform und Vorstellungswelt, hat immer schon seine vorgängigen, vielleicht noch sorglosen Formulierungen und ist zumindest Ausdruck einer bestimmten zeitgeschichtlichen und theologiegeschichtlichen Situation“⁴¹.

Die fortlaufende Entfaltung des Glaubensgutes darf jedoch nicht nur quantitativ verstanden werden als eine unendlich wachsende Anhäufung von Glaubenslehren. Der Glaube kann durch Dogmenentwicklung im strengen Sinn nicht „vermehrt“ werden, höchstens jeweils zutreffender erklärt: „Wir machen die Sache nicht besser als die von vorgestern, sondern wir tun nur endlich das Unsere, so wie sie das Ihre taten“ (M. Seckler). So wird Tradition lebendig. Glaubenssätze sind nicht dazu da, um in einer uneinnehmbaren Festung der Rechtgläubigen einbetoniert zu werden, sondern sie müssen in der Öffentlichkeit von Kirche und Welt freigelegt, (kontrovers) diskutiert, immer neu in die Vorstellungswelt einer Zeit eingebracht werden. „Traditio“ – das lateinische Wort heißt „Weitergabe, Überlieferung“ und meint im Glaubensgeschehen einen lebendigen, dynamischen Prozess, der nicht ängstlich etwas festhält, sondern in gutem Gottvertrauen austeilt, aus der Hand gibt, der frischen Luft von Diskussion und Interpretation aussetzt.

Der vom Anglikanismus zur katholischen Kirche konvertierte Kardinal John Henry Newman (1801-1890) nennt Kriterien für die Dogmenentwicklung. Sie verdeutlichen, dass die Entfaltung der Glaubensinhalte keineswegs bloß der Willkür kirchlicher Obrigkeiten ausgeliefert ist²:

Die Kontinuität der Prinzipien: die einzelnen Lehren repräsentieren jeweils tiefer liegende Prinzipien, die nicht immer gleich auf den ersten

Blick deutlich werden. Umgekehrt muss das Grund-Prinzip natürlich bei genauerer Betrachtung auch erkennbar werden.

Das Assimilationsvermögen eines Glaubenssatzes: er vermag andere Ideen einzuschmelzen, das Weiterdenken anzuspornen und divergente Strömungen zu integrieren. Auch für Dogmen gilt der Spruch der Bibel: an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Logische Folgerichtigkeit:

Dogmenentwicklung ist zwar mehr als nur logische Entfaltung vorgegebener Grundsätze. Sie muss sich jedoch im Nachhinein auch als logisch stimmig ausweisen und darf vorausgehenden Entwicklungen und Formulierungen nicht widersprechen.

Vorwegnahme der Zukunft:

Glaubenssätze nehmen Späteres vorweg, haben eine „expansive“ Dimension, verkörpern die beständige Neuheit des Glaubens in der jeweiligen Zeit und machen eine gewisse Wandlungsfähigkeit deutlich, eine positiv zu verstehende Anpassungsfähigkeit der religiösen Überzeugung.

Nicht ohne die Gläubigen!

Ein weiteres wichtiges Prinzip für die Gültigkeit von Glaubenslehren ist die Verankerung einer Glaubenswahrheit im Volk und ihre Anerkennung im praktischen Leben der Gläubigen. Vinzenz von Lérins († um 450) definiert diesen „consensus fidelium“ folgendermaßen: „Mit großer Dringlichkeit bin ich dafür, Sorge zu tragen, das wir an dem festhalten, was überall, immer und von allen geglaubt wurde. Das ist nämlich wahrhaft und eigentlich katholisch“. Nikolaus von Kues (1401-1464) umschreibt es später so: ein päpstliches Gesetz bedarf allgemeiner Zustimmung durch Annahme und Anwendung. Dieser Gedanke enthält eine absolute Neuerung im Vergleich zum vertrauten spätrömischen Rechtsgrundsatz, dass der Wille des Kaisers allein Gesetzeskraft besitze. Das Prinzip des consensus fidelium passte allerdings später nicht mehr in die Zeit der Gegenreformation und wurde deshalb z.B. von dem spanischen Jesuiten Francisco de Suarez (1548-1617) und anderen maßgebenden Theologen abgelehnt (3),

vom letzten Konzil aber vollauf bestätigt: „Die Gesamtheit der Gläubigen, welche die Salbung von dem Heiligen haben, kann im Glauben nicht irren. Und diese ihre besondere Eigenschaft macht sie durch den übernatürlichen Glaubenssinn des ganzen Volkes dann kund, wenn sie von den Bischöfen bis zu den letzten gläubigen Laien ihre allgemeine Übereinstimmung in Sachen des Glaubens und der Sitten äußert. Durch jenen Glaubenssinn nämlich, der vom Geist der Wahrheit geweckt und genährt wird, hält das Gottesvolk unter der Leitung des heiligen Lehramtes [...] den einmal den Heiligen übergebenen Glauben unverlierbar fest. Durch ihn dringt es mit rechtem Urteil immer tiefer in den Glauben ein und wendet ihn im Leben voller an“⁴⁴.

„Erb-Sünde“?

Nach der Darlegung der allgemeinen Problematik sei nun stellvertretend einmal das Dogma der sogenannten „Ersünde“ in den Blick genommen. Vorausgeschickt sei eine Bemerkung: „Adam“, von dem die „Ersünde“ ihren Ausgang nahm, ist richtig als Typus des Menschen überhaupt zu verstehen. So spricht auch das Konzil von Gottes Heils willen für alle Menschen, „die in Adam gefallen waren“⁴⁵. Auf der Linie dieser Typologie liegt es auch, mit dem Neuen Testament (vgl. Röm 5,19) von Christus zu sagen, dass er „als neuer Adam zum Haupt der erneuerten Menschheit bestellt“ sei⁶. „Denn Adam, der erste Mensch, war das Vorausbild des zukünftigen, nämlich Christi des Herrn“. Der Erlöser ist es, der, „als neuer Adam“ den Menschen, die „Söhne Adams“ genannt werden, „die Gottebenbildlichkeit wiedergab, die von der ersten Sünde her verunstaltet war“⁷.

Die kirchliche Lehre von der Ersünde existiert nicht in einer einzigen prägnanten Formel, sondern besteht aus unterschiedlichen Aussagen aus mehreren Jahrhunderten. Die einschlägigen Konzilstexte und Papstworte besagen zusammengefasst etwa folgendes: Adam, der erste Mensch, war mit der übernatürlichen Gnade ausgestattet, hat aber willentlich gesündigt und dadurch die übernatürlichen Gaben verloren. Adams Sünde ist auf alle seine Nachkommen

übergegangen und haftet jedem Menschen als solchem ohne eigenes Zutun an. Die Erbsünde unterscheidet sich aber von der persönlichen Sünde durch das Fehlen der persönlichen Zustimmung. Die Strafe für die Erbsünde ist deshalb auch nicht die Höllequal, sondern „nur“ der Verlust der Anschauung Gottes. Die Erbsünde bedeutet den Verlust der Gnade. Sie hat Tod und Begierlichkeit zur Folge; letztere ist aber nicht selbst schon Sünde. Die Erbsünde schwächt Erkenntnis und Willen, vernichtet aber die Willensfreiheit nicht. Die Erbsünde wird durch die Erlösungstat Christi getilgt, konkret durch die Taufe. Wer die Taufe erbitet, aber vorher stirbt, ist auch von der Erbsünde befreit und darf Gott schauen. Aber auch wer ohne eigene Schuld den Glauben nicht kennt, kann aufgrund des alle Menschen umfassenden Heilswillens Gottes gerettet werden⁸.

Der Katholische Erwachsenenkatechismus greift das Problem der Erbsünde wie folgt auf: im Zentrum der Frage stehen nicht etwa sexuelle Verfehlungen. *„Es geht nicht um das sechste, sondern um das erste Gebot: Gott allein ist der Herr des Menschen und die Quelle seines Lebens“*⁹. Die Sünde besteht im Ungehorsam gegen Gott, in dem der Mensch seine Grenzen überschritten hat und ist der *„Zustand allgemeiner Heillosigkeit der Menschen und der Menschheit“*¹⁰. Das hat Folgen: *„Der Mensch wird nun seinem Mitmenschen entfremdet; Mann und Frau, die sich ursprünglich in Liebe gegenseitig Hilfe und Stütze sein sollten, werden sich zur Versuchung und zum Verderben. Der Mensch wird auch sich selbst entfremdet; er schämt sich, weil er nackt und bloß dasteht. Der Mensch wird dem Leben entfremdet; die Geburt des neuen Lebens geht unter Schmerzen vor sich. Er wird schließlich seiner Umwelt entfremdet; im Schweiß seines Angesichts muss er sein Brot essen“*¹¹.

Der Philosoph Sören Kierkegaard schlug in seinem Werk *„Der Begriff Angst“* schon 1844 eine Brücke von der Erbsündenlehre hin zum Daseinsverständnis des heutigen Menschen, indem er diagnostiziert, dass eine moderne Folge und Form der Erbsünde das neuzeitliche Lebensgefühl der „Angst“ sei. Angst ist

*„eine Begierde nach dem, was man fürchtet [...] Angst ist eine fremde Macht, die den einzelnen Menschen fasst, und doch kann man sich nicht davon losreißen und will das nicht, denn man fürchtet zwar, aber was man fürchtet, das begehrt man. Angst macht nun den Menschen ohnmächtig, und die erste Sünde geschieht immer in Ohnmacht“*¹². Der Apostel Paulus streift die gleiche Problematik, wenn er über Gesetz, Sünde, Gnade und Erlösung nachdenkt: *„Denn ich tue nicht das Gute, das ich will, sondern das Böse, das ich nicht will“* (Röm 7,19).

Vielleicht kann man es einfach so sagen: die Erbsünde verweist darauf, dass eben kein Mensch vollkommen ist. Es existiert so etwas wie eine schicksalhafte Solidarität der Menschen im Negativen: sie werden bereits hineingeboren in eine Welt voller sündiger Strukturen und Unheilszusammenhänge. Neben diesen ungünstigen objektiven Voraussetzungen kann sodann kein Mensch subjektiv von sich behaupten, dass er absolut ohne Fehler und ohne Neigung zur Sünde sei. P. Gahn schlägt deshalb statt „Erb-Sünde“ den Begriff der *„vorpersonalen Unheils-situation“* vor, *„in die jeder Mensch hineingeboren wird und die ihn beeinflusst, bevor er noch selber zu Urteilsvermögen und wirklicher Entscheidungsfreiheit gelangt ist“*¹³.

Andere ziehen die Bezeichnung *„Urschuld“* vor. Wie auch immer: unzeitgemäß sind nicht Begriff und Inhalt der Erbsünde selber, sondern unzeitgemäß sind die Leugnung und Verdrängung dessen, was sich hinter der Formel von der Erbsünde verbirgt.

Wenn man es positiv wendet, lässt sich sagen: das Erbsünden-Dogma befreit uns von dem Wahn, den perfekten und fehlerfreien Menschen (oder die von ihm gebildete Gesellschaft) schaffen zu können. Wir müssen der eigenen Schwachheit, unserer Schuld und unseren beständigen Versagen klar ins Auge blicken – ohne dieses Faktum zu bagatellisieren, zu verdrängen, auf Sündenböcke abzuschieben o.ä. Es geht beim Sündenfall deshalb um mehr als um bloß ein zufälliges, einmaliges geschichtliches Faktum. Vielmehr wird dabei *„ausdrücklich die Universalität der Sündenmacht, welche über*

*die Menschheit als Todesmacht herrscht, festgestellt“*¹⁴.

Bei so viel Negativtönen darf aber keinesfalls übersehen werden, dass die Aussage von der Sündenverfallenheit aller an die Aussage gebunden ist, dass durch Jesus Christus alle davon erlöst wurden: *„Die heillose und hoffnungslose Situation der Menschheit ist umgriffen von der größeren Hoffnung und der Gewissheit, dass uns in Jesus Christus überreiches Heil geschenkt ist“*¹⁵. So kommt es dann zu der Aussage, dass durch das Verdienst Jesu Christi die Erbsünde im Sakrament der Taufe getilgt wird. Jesus zerbricht gleichsam den Teufelskreis immer größer werdender Schuld und eröffnet einen Weg zum Heil. Das schließt natürlich ein, dass die Gläubenden aktuell immer wieder in Schuldverstrickungen zurückfallen können.

150 Jahre „Unbefleckte Empfängnis“

Papst Johannes Paul II. hat im August dieses Jahres den französischen Marienwallfahrtsort Lourdes besucht und dies ausdrücklich mit dem am Jahresende bevorstehenden 150. Jahrestag der Verkündigung des Dogmas von der „Unbefleckten Empfängnis Mariens“ begründet. Dieser Glaubenssatz der „Immaculata Conceptio“ wurde durch Papst Pius IX. in der Bulle *„Ineffabilis Deus“* vom 8. Dezember 1854 verkündet und hat folgenden Wortlaut: *„Zur Ehre der Heiligen und ungeteilten Dreifaltigkeit, zur Zierde und Verherrlichung der jungfräulichen Gottesgebäuerin, zur Erhöhung des katholischen Glaubens und zum Wachstum der christlichen Religion erklären, verkünden und bestimmen Wir in Vollmacht unseres Herrn Jesus Christus, der seligen Apostel Petrus und Paulus und in Unserer eigenen: Die Lehre, dass die seligste Jungfrau Maria im ersten Augenblick ihrer Empfängnis durch einzigartiges Gnadengeschenk und Vorrecht des allmächtigen Gottes, im Hinblick auf die Verdienste Jesu Christi, des Erlösers des Menschengeschlechtes, von jedem Fehl der Erbsünde rein bewahrt blieb, ist von Gott geoffenbart und deshalb von allen Gläubigen fest und standhaft zu glauben“*¹⁶.

Das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) bindet mit voller Absicht die zentralen Aussagen über Maria ein in die Abhandlung über die Kirche. Dies entspricht dem guten alten Grundsatz, dass jede Marienverehrung auf Christus hinführt, von ihm her ihren Sinn und auch ihre Grenzen erfährt. Die Kirche ehrt Maria, weil sie die Mutter des Erlösers ist: *„Im Hinblick auf die Verdienste ihres Sohnes auf erhabener Weise erlöst und mit ihm in enger und unauf lösslicher Verbindung geeint, ist sie mit dieser höchsten Aufgabe und Würde beschenkt, die Mutter des Sohnes Gottes [...] und das Heiligtum des Heiligen Geistes zu sein. Durch dieses hervorragende Gnadengeschenk hat sie bei weitem den Vorrang vor allen anderen himmlischen und irdischen Kreaturen“*¹⁷. Maria hat Christus, das Leben selbst, *„das alles erneuert, der Welt geboren [...] Daher ist es nicht verwunderlich, dass es bei den heiligen Vätern gebräuchlich wurde, die Gottesmutter ganz heilig und von jeder Sündenmakel frei zu nennen, gewissermaßen vom Heiligen Geist gebildet und zu einer neuen Kreatur gemacht“*. Deshalb ist sie *„vom ersten Augenblick ihrer Empfängnis an im Glanz einer einzigartigen Heiligkeit [...]“*¹⁸. Maria, ohne Erbsünde empfangen, das heißt: *„Sie wurde nicht wie die übrigen Menschen in die Gottesferne hinein empfangen, sondern von allem Anfang an ganz von der Liebe und Gnade Gottes umfassen“*¹⁹. Auch Maria ist durch Jesus Christus erlöst, aber sie ist ein Sonderfall: *„Die Erlösungstat wirkt bei Maria voraus und hat bei ihr die Gestalt der Bewahrung vor der Sünde“*²⁰.

Am Mariendogma vom Dezember 1854 kann man das oben erwähnte Phänomen der Dogmenentwicklung über die Strecke mehrerer Jahrhunderte theologischer Auseinandersetzung hin ganz gut verfolgen. Dazu abschließend einige Stationen im Detail²¹.

Schon Irenäus († nach 200) verbindet den Moment der Verkündigung der Geburt Jesu durch den Engel mit der Sündenlosigkeit Mariens. Dieses Faktum wurde dann immer weiter zurück verlegt bis in die ersten Wochen ihres Lebens. Die von Augustinus († 430) entwickelte Erb-

sündenlehre erschwerte zunächst die Vorstellung von einer Erbsündenfreiheit Marias, die auch noch von großen Geistern wie Bernhard von Clairvaux († 1153) und Thomas von Aquin († 1274) abgelehnt wurde, da alle Menschen der Erlösung bedürftig seien.

Der Mönch Eadmer († 1141), ein Schüler des großen Anselm von Canterbury, verbindet in seinem „Traktat über die Empfängnis der heiligen Maria“ erstmals ausdrücklich das Motiv der Heiligung der Gottesmutter mit der Frage, was das für ihr eigenes Dasein von Anfang an in Bezug auf die Sündenlosigkeit bedeutet. Wie die glatte Kastanie von dem Eindruck der stacheligen Fruchthülle bewahrt ist, so habe Gott den Leib, in dem er Mensch werden wollte, von jedem Stachel der Sünde bewahrt. Er konnte es, er wollte es, und so hat er es auch getan (potuit, voluit, fecit). Johannes Duns Scotus († 1308) vereinbart den Gedanken der Erlösungsbedürftigkeit jedes Menschen mit der besonderen Erwählung Marias. Auch sie ist erlösungsbedürftig. Doch besteht ihre

Erlösung nicht in der Befreiung von der Schuld Adams und von persönlichen Sünden. Sie wird schon von der Erbsünde bewahrt und ist gleichsam vorweggelöst. Papst Sixtus IV. führt 1477 das Fest der Unbefleckten Empfängnis ein. Das Konzil von Trient (1545-1563) erklärt, dass die Aussagen über die alle Menschen betreffende Erbsünde nicht für Maria gelten.

Papst Pius IX. hatte im Jahr 1849 in einem Schreiben an alle Bischöfe die Definition der Immaculata Conceptio angekündigt und die Meinung des Weltepiskopats dazu erfragt. Die Resonanz war durchwegs positiv, allerdings nicht aus Deutschland und Österreich. Die Bischöfe nördlich der Alpen bestritten nicht den Inhalt des Glaubenssatzes, hielten aber seine förmliche Dogmatisierung für nicht opportun. Sie befürchteten eine unnötige Kampfansage gegenüber dem Zeitgeist und bemängelten die „Ökumeneverträglichkeit“ des Dogmas. Letztgenannte Fragen und Überlegungen sind wohl auch 150 Jahre später noch immer nicht ganz ohne Aktualität.

Anmerkungen:

- 1 A. Winklhofer in: Alte Fragen – Neue Antworten. Probleme der Theologie in Kirche und Seelsorge heute, Würzburg 1967, S. 70
- 2 vgl. Internationale Theologenkommission, Die Interpretation der Dogmen, in: IkaZ 19 (1990), 246-266. – Präsident dieser päpstlichen Kommission ist zur Zeit Kardinal Joseph Ratzinger
- 3 vgl. Knut Walf, Die andere Seite des Gesetzes. Marginalien zur Rezeption in der Kirche, in: StDZ 04/2004, S. 259
- 4 Zweites Vatikanisches Konzil, Dogmatische Konstitution über die Kirche (Lumen Gentium), Nr. 12
- 5 Zweites Vatikanisches Konzil, Dogmatische Konstitution über die Kirche (Lumen Gentium), Nr. 2
- 6 Zweites Vatikanisches Konzil, Dekret über die Missionstätigkeit der Kirche (Ad Gentes), Nr. 3
- 7 Zweites Vatikanisches Konzil, Pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute (Gaudium et Spes), Nr. 22
- 8 vgl. Josef Neuner/Heinrich Roos, Der Glaube der Kirche in den Urkunden der Lehrverkündigung (neubearbeitet von Karl Rahner und Karl-Heinz Weger), 13. Auflage, Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 1992, S. 215-243, hier besonders S. 218.219
- 9 Katholischer Erwachsenenkatechismus [KEK]. Das Glaubensbekenntnis der

Kirche, hrsg. von der Deutschen Bischofskonferenz, Verlagsgruppe engagement 1985, S. 130

- 10 KEK, Seite 135
- 11 KEK, Seite 131
- 12 zitiert nach: Joakim Garff, Sören Kierkegaard. Biographie. Carl Hanser Verlag, München Wien 2004, S. 320
- 13 Peter Gahn, Erbsünde oder besser: vorpersonale Unheilssituation, in: Anzeiger für die Seelsorge 3/2000, S. 133
- (14 KEK, S. 132
- 15 KEK, S.132
- 16 zitiert nach: Josef Neuner/Heinrich Roos, Der Glaube der Kirche in den Urkunden der Lehrverkündigung (neubearbeitet von Karl Rahner und Karl-Heinz Weger), 13. Auflage, Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 1992, S. 328-329
- 17 Zweites Vatikanisches Konzil, Dogmatische Konstitution über die Kirche (Lumen Gentium), Nr. 53
- 18 Zweites Vatikanisches Konzil, Dogmatische Konstitution über die Kirche (Lumen Gentium), Nr. 56
- 19 KEK, S.179
- 20 KEK, S.180
- 21 vgl. Gottes makelloso Konzept vom Menschen. Warum die Kirche 1854 das Dogma von der Unbefleckten Empfängnis Mariens verkündete – Ein Gespräch mit dem Dogmatiker Michael Schulz, in: Die Tagespost Nr. 97 / Nr. 33 ASZ vom 14. August 2004, S. 11-12

Warum für Heiligsprechungen Wunder verlangt werden

Ein Berater der Kongregation für Selig- und Heiligsprechungsprozesse gibt Auskunft

Das Erfordernis von Wundern bei Heiligsprechungsprozessen ist entscheidend, da sie die göttliche Bestätigung für die Heiligkeit der angerufenen Person sind, erklärt ein Berater des Vatikans.

Monsignore Michele Di Ruberto, Untersekretär der Kongregation für Selig- und Heiligsprechungsprozesse, hat 35 Jahre in diesem Dikasterium verbracht. Er war Mitglied des medizinischen Beirates, der für die Bestätigung von Wundern entscheidend ist. Um die Echtheit einer wundersamen Begebenheit beweisen zu können, müsse man den Fall einer strengen wissenschaftlichen und theologischen Untersuchung unterziehen, erklärte er in einem Interview mit der italienischen Monatszeitschrift „30 Tage“.

„Für die Seligsprechung eines Diener Gottes, der kein Märtyrer ist, verlangt die Kirche ein Wunder; für die Heiligsprechung, auch der eines Märtyrers, verlangt sie ein weiteres“, erklärte er. „Nur die vermuteten Wunder, die der Fürsprache eines Diener Gottes oder eines Seligen nach dessen Tod zugesprochen werden, können Gegenstand der Überprüfung sein.“

Ein Wunder ist ein „Ereignis, das über die Kräfte der Natur hinausgeht und das von Gott – auf die Fürsprache eines Diener Gottes oder eines Seligen – bewirkt wird.“ Dies geschehe „außerhalb dessen, was in der geschaffenen Natur als normal gilt“, sagte Msgr. Di Ruberto.

Die Untersuchung eines Wunders wird getrennt von der Prüfung von Tugenden oder des Martyriums durchgeführt. Der Prozess der Anerkennung eines Wunders kennt zwei Stufen. Die erste steht im Zuständigkeitsbereich der Diözese, in der sich das Wunder ereignet hat. Dort werden Augenzeugen-Berichte und beweiskräftige Dokumente sowie anderes Material gesammelt. In der zweiten Stufe untersucht die vatikanische Kongregation alle gesammelten Beweis-Materialien.

Jemanden für heilig zu erklären, ist nicht wie die Verleihung eines Ehrentitels. Selbst „wenn jemand im Himmel ist, kann es sein, dass er der öffentlichen Verehrung nicht würdig ist“, erklärte Msgr. Di Ruberto.

Außerdem seien der Vorgang, „heldenhafte Tugenden mittels der Sammlung von Zeugnissen und Beweismitteln“ und mittels „theologischer Bewertungen“ nachzuweisen nicht gefeit vor möglichen Fehlern. Es könne ein langwieriger Prozess sein, bis man „zur moralischen Si-

cherheit“ gelangt und ein „wohl begründetes, ernsthaft und exakt erscheinendes Urteil formuliert.“

„Wir können Fehler machen und uns täuschen“, sagte der Staatssekretär. „Wunder hingegen können nur von Gott vollbracht werden und Gott täuscht nicht.“ Wunder sind ein „sicheres Zeichen der Offenbarung, die bestimmt sind, Gott zu verherrlichen, unseren Glauben zu erwecken und zu verstärken und daher sind sie auch eine Bestätigung der Heiligkeit der angerufenen Person“, sagte der Monsignore. Infolgedessen, macht es die Anerkennung eines Wunders „möglich, mit Sicherheit die Erlaubnis zur Verehrung zu erteilen“, fügte er hinzu. Deshalb sei „die große Bedeutung der Beibehaltung von Wundern eine Voraussetzung in Heiligsprechungsprozessen“.

Ein Kollegiumsausschuss, der aus fünf medizinischen Spezialisten und zwei professionellen Fachleuten besteht, bildet den „medizinischen Beirat“, welcher die wissenschaftliche Untersuchung des vermuteten Wunders leitet. Ihr Urteil ist von „streng wissenschaftlicher“ Natur. Ob jemand von ihnen „Atheist ist, oder einer anderen Religion angehört“, ist daher nicht relevant, betonte Msgr. Di Ruberto.

„Ihre Untersuchung und abschließende Diskussion werden mit der genauen Aufstellung der Diagnose der Krankheit, dem prognostizierten Verlauf, der Behandlung und ihrer Heilung abgeschlossen“, setzte er fort. „Um als Gegenstand eines möglichen Wunders angesehen zu werden, muss die Heilung von den Spezialisten nach dem gegenwärtigen medizinischen und wissenschaftlichen Wissensstand rasch verlaufen, vollständig sein, über eine lange

Zeitspanne andauern und als unerklärlich eingestuft werden.“

Das Wunder mag weit über Möglichkeiten der Natur im Bezug auf den Inhalt, den Gegenstand des Ereignisses, oder die Art und Weise, wie es sich ereignet hat, hinausgehen. Deshalb gibt es eine Unterscheidung von drei großen Wundern: – Die Wiederauferstehung von Toten, – die vollständige Heilung einer als unheilbar eingestuften Person, die einen Wiederaufbau von Organen zur Folge haben kann, oder – die Heilung einer Erkrankung, die längerfristig heilbar gewesen wäre, die aber plötzlich eintrat.

„Wenn es Unsicherheiten gibt stellt der Beirat vorübergehend die Auswertung ein und fordert mehr Experten oder mehr beweiskräftige Dokumente“, sagte Msgr. di Ruberto. „Wenn einmal eine Mehrheit oder eine Einstimmigkeit bei der Abstimmung besteht, wird die Untersuchung an den Beirat der Theologen weitergegeben.“ Beginnend mit den Schlussfolgerungen des medizinischen Beirates werden die Theologen „gerufen, um den Zusammenhang der Ursache zwischen dem Gebet zum Diener Gottes und einer unerklärlichen Heilung oder einem technischen Erfolg zu identifizieren, und sie sprechen das Urteil aus, ob die wundersame Begebenheit ein wirkliches Wunder ist.“

„Wenn die Theologen ihre Abstimmung auch schriftlich ausgedrückt haben, wird die Bewertung zurück an die Kongregation geschickt. Bischöfe und Kardinäle „diskutieren nach der kurzen Erläuterung eines ‘Sprechers’, alle grundlegenden Umstände des Wunders“, sagte der Monsignore und fügte hinzu: „Jeder Teilnehmer gibt sein Urteil ab, welches der Anerkennung durch den Papst unterstellt werden muss.“ Im letzten ist der Heilige Vater derjenige, der „über ein Wunder und über die öffentliche Bekanntmachung des Dekrets entscheidet“, erklärte di Ruberto. Das Dekret sei „ein Rechtsakt der Kongregation für Selig- und Heiligsprechungsprozesse, der vom Papst sanktioniert und durch den eine wundersame Begebenheit als echtes Wunder definiert werde.“

(ZENIT.org)

Kaiser Karl I. von Österreich ein neuer Seliger

Beispiel eines Laien, der ein vorbildlicher Familienvater war und als „Friedenskaiser“ sich in auswegloser Situation und bei allen politischen Niederlagen als Christ bewährt und das „Kreuz von Exil, Armut und Krankheit“ auf sich genommen hatte.

MICHAEL HAUBL

Die Kongregation für Selig- und Heiligsprechungsprozesse im Vatikan bestätigte im April 2003, dass der österreichische Kaiser Karl I. (als ungarischer König IV. Karoly) „ein vorbildlicher Christ, Ehemann, Familienvater und Herrscher“ gewesen sei. In dem seit dem Jahr 1954 laufenden Seligsprechungsprozess hat sicherlich das besondere Engagement des Kaisers für den Frieden eine Rolle gespielt.

Erzherzog Carl (wie sein Vornamen ursprünglich lautete) wurde als ältester Sohn von Erzherzog Otto und Prinzessin Maria Josefa von Sachsen am 17. August 1887 in Schloss Persenbeug geboren. Er erhielt Privatunterricht und nahm aber auch bis zum 17. Lebensjahr am Unterricht im Schottengymnasium in ausgewählten Fächern teil. Reisen in viele Teile der Monarchie sollten vor allem seine Landeskenntnisse erweitern. Erzherzog Carl war damals in der Thronfolge an der zweiten Stelle nach Erzherzog Ferdinand, die mögliche Thronfolge wurde bereits in seiner Ausbildung berücksichtigt. Im Anschluss an die schulische Ausbildung erhielt Erzherzog Karl durch ein Jahr Unterricht im Militärwesen. Interessant für seine spätere Entwicklung scheint seine militärische Laufbahn:

- 1903 Ernennung zum Leutnant im Ulanenregiment Nr. 1, noch keine militärische Dienstleistung.
- 1905 Ab Oktober Dienst beim Dragonerregiment Nr. 7, daneben durch zwei Jahre Besuch staatsrechtlicher Vorlesungen an der Prager Universität Dienstorte Kuterschitz, Brandeis an der Elbe, Alt Bunzlau.
- 1912 Ernennung zum Major und Versetzung zum Infanterieregiment Nr. 39. Dienst beim 1. Bataillon dieses Regimentes in der Stiftskaserne in Wien.
- 1914 im Mai Ernennung zum Oberstleutnant, im Juli Ernennung zum Oberst im Husarenregiment Nr. 1. Ab August Zutei-

lung zum Armeeoberkommando in Teschen.

- 1915 Ab Juli Einführung in die Regierungsgeschäfte z.T. durch den Kaiser, vor allem aber durch Vorträge von Referenten der Ministerien, Beförderung zum Feldmarschallleutnant.

- 1916 Erzherzog Karl erhält das Kommando über das XX. Korps an der Italienfront. Im Oktober übernimmt General der Kavallerie Erzherzog Karl das Kommando über die XII. Armee (auch „Heeresfront Erzherzog Karl“, 3., 7., 1. und 9. deutsche Armee) im Raum Siebenbürgen. Sein Chef des Stabes wird General Hans von Seeckt. Beide Offiziere schätzten einander – Erzherzog Karl war z.B. von der fachlichen Kompetenz und der umfassenden Bildung von Seeckts beeindruckt. Trotzdem gab es wegen der unterschiedlichen Auffassung über die Funktion des Chefs des Stabes bald Spannungen.

Seit dem Jahr 1905 hat Erzherzog Karl somit einige wesentliche militärische Führungsebenen kennen gelernt und auch die Schrecken des Krieges an der Front selbst miterlebt. Der im Kasten wiedergegebene Befehl an das XX. Korps zeigt seine Einstellung zu den Soldaten – aber auch zum Feind.

Als Befehlshaber stand der Erzherzog in Gegensatz zu jenen Offizieren, die durch rücksichtslosen Einsatz von Truppen um jeden Preis Geländegewinne erzielen wollten. Seine Einstellung zu seinen Untergebenen ließ ihn beispielsweise im Jahr 1917 die Strafe des „Anbindens“ für Soldaten und das Duell in der Armee verbieten.

Eine für das Leben von Erzherzog Karl wesentliche Weichenstellung war die Eheschließung mit der Prinzessin Zita von Bourbon Parma am 21. Oktober 1911 in der



Schlosskapelle von Schwarzau in Niederösterreich. Mit seiner Frau verband den Kaiser sein Leben lang eine enge und liebevolle Beziehung.

Mit dem Tod von Kaiser Franz Josef I. am 21. November 1916 wurde Erzherzog Karl Kaiser von Österreich. Am 30. Dezember 1916 erfolgte die Krönung Karls in Budapest zum König von Ungarn als IV. Karoly.

Zunehmende Differenzen mit dem deutschen Verbündeten – vor allem mit der Deutschen Obersten Heeresleitung – und die kritische politische und militärische Lage bewogen den jungen Kaiser zu intensiven Bemühungen um Frieden. Aus seiner Sicht waren dafür die folgenden Kriterien maßgebend:

- Der wegen des uneingeschränkten U-Boot Krieges bevorstehende Eintritt der USA in den Krieg (Kaiser Karl war gegen diese Art der Kriegführung),
- die politische Entwicklung in Russland (Kaiser Karl verwehrte Lenin auf der Reise nach Russland die Durchreise durch Österreich),
- die unzureichenden militärischen Kapazitäten Österreichs und
- die schlechte wirtschaftliche Entwicklung in Österreich.

In seiner ersten Erklärung als Staatsoberhaupt betonte Kaiser Karl I. seinen festen Willen zum Frieden. Er war übrigens der einzige Monarch, der auf den Friedensappell vom 6. Dezember 1915 von Papst Benedikt XV. reagiert hat.

Die immer schlechter werdende Lage zwingt den Kaiser – nachdem er mehrfach versucht hatte, Friedens-

verhandlungen einzuleiten (ein Versuch ist als die sogenannte „Sixtus Affäre“ bekannt geworden) – zum Versuch, einen Separatfrieden für Österreich-Ungarn zu verhandeln.

Die innenpolitische Entwicklung in Österreich führt seit der konstituierenden Sitzung der provisorischen Nationalversammlung am 21. Oktober 1918 zu einem Wechsel der Staatsform.

Kaiser Karl I. legte den Oberbefehl über die Streitkräfte nieder und verzichtete am 11. November 1918 auf „jeden Anteil an den Staatsgeschäften“ – nicht aber auf den Thron. Zwei Tage später unterzeichnete er eine ähnliche Erklärung für Ungarn. Die neue Staatsregierung in Österreich erzwingt schließlich die Ausreise der kaiserlichen Familie. Am 23. März 1919 reist Kaiser Karl I. unter britischem Militärschutz von Schloss Eckartsau ab. Der Grenzübertritt in die Schweiz erfolgt am 24. März 1919 – vor der Ausreise nimmt Kaiser Karl I. in seinem „Feldkircher Manifest“ alle seit dem 16. Oktober 1918 gemachten Erklärungen und Zusagen zurück.

Aus seinem Exil in der Schweiz versucht Kaiser Karl I. zweimal in Ungarn die Macht wiederzuerlangen. Die Gründe hierfür mögen vielleicht Pflichtgefühl gegenüber den Ungarn, offenbar falsche Informationen und eine unzutreffende Lagebeurteilung gewesen sein.

Der „Reichsverweser“ Vizeadmiral Horthy war aber nicht bereit, die Macht mit dem Kaiser zu teilen. Diese fehlgeschlagene Politik des Kaisers führte schließlich zu seiner Verbannung durch die Entente nach Madeira. Mit seiner Gattin Zita trifft er dort am 19. November 1921 auf dem britischen Kreuzer „Cardiff“ ein.

Die Belastungen der letzten Jahre, die Situation der Familie in Funchal forderten ihren

Tribut. Es ist bezeichnend, dass Kaiser Karl I. von der ihm angebotenen finanziellen Hilfe kaum Gebrauch machte und unter sehr schwierigen Lebensbedingungen in der Quinta Gordon in Monte (6,5 km von Funchal) lebte. Menschen, die seine letzten Monate dort miterlebt haben, schildern sehr eindrucksvoll seinen Leidensweg. Am 1. April 1922 stirbt Karl I. und wird in der Kirche Nossa Senhora do Monte bestattet.

Der Seligsprechungsprozess für den letzten österreichischen Kaiser wurde durch die „Kaiser Karl Gebetsliga für den Völkerfrieden“ eingeleitet.

Obwohl der Kaiser zuletzt in Madeira lebte, war für ihn wegen des letzten regulären Wohnsitzes in Wien die Erzdiözese Wien zuständig. Am 11. Juli 1949 bestellte Erzbischof Dr. Theodor Innitzer einen Gerichtshof für diese causa. Im Jahr

1954 wurde das Verfahren eröffnet und fand am 20. Dezember 2003 nach der Bestätigung eines Wunders auf die Fürbitte des verstorbenen Kaisers seinen Abschluss.

Die persönliche Lebensführung von Kaiser Karl I. spielte sicherlich eine entscheidende Rolle für den positiven Abschluss des Seligsprechungsverfahrens. Als Herrscher wird Kaiser Karl I. von allen Biographen guter Wille und ehrliches Bemühen bescheinigt, in einer äußerst schwierigen Situation für die Länder der Monarchie und für die Menschen das Bestmögliche zu erreichen.

Von den politischen Initiativen Kaiser Karl I. – die freilich nicht alle erfolgreich waren und zum Teil einfach zu spät kamen – seien besonders hervorgehoben:

- das stete Bemühen um Frieden, das bei den Verbündeten mehrmals auf Kritik gestoßen ist und von den Gegnern nicht angenommen wurde,
- sein Versuch, im Inneren durch eine neue Verfassung die Länder der Monarchie auf parlamentarischer Grundlage zu einen,
- die Amnestie für politische Verbrechen im Jahr 1917,
- seine Bestrebungen, die soziale Lage der Bevölkerung – insbesondere der heimkehrenden Soldaten und deren Familien – zu verbessern (z.B. die Verordnung zum Schutz der Mieter von 1917) führte im Jahr 1917 zur Errichtung des „Ministeriums für soziale Fürsorge“ (ursprünglich als „Friedensministerium“ geplant),
- das Errichten des Ministeriums für Volksgesundheit im Jahr 1918
- das Manifest an die Völker der Monarchie vom 16. Oktober 1918, mit dem noch ein letzter Versuch unternommen wurde, die nationalen, zentrifugalen Kräfte zu bremsen und den Erhalt der Monarchie zu retten. □

Befehl des Erzherzog Thronfolgers als Korpskommandant

„1. Es ist mit dem für uns kostbaren Menschenmaterial zu sparen. Es ist besser, ein Angriff dauert länger, führt mit geringeren Verlusten zum Ziele, als er wird in kurzer Zeit durchgeführt und kostet schwere eigene Verluste. Der richtige Führer muß sich nicht durch den schnellen Erfolg blenden lassen, er muß auch auf die volle Schlagfertigkeit seiner Truppe in Zukunft bedacht sein.

Jeder Kommandant, der ohne triftigen Grund große Verluste hat, wird von mir unnachsichtig zur Verantwortung gezogen. Der Elan und der Offensivgeist unserer herrlichen Truppen ist ein so großer und die Wut gegen den tückischen Erbfeind eine so gesteigerte, daß von der Führung aus unbedingt darauf gewirkt werden muß, daß die Truppe nicht selbst durch unaufhaltsames Vorwärtstürmen schwere Verluste erleidet

2. Das planlose Nachlaufen dem weichenden Gegner zur eigenen Ermattung ist verboten. Es ist besser, die neugewonnene Stellung fest in die Hand zu nehmen, den Gegner dann im Gegenangriff anrennen zu lassen, als selbst dem weichenden Gegner nachzulaufen, gänzlich ausgepumpt zu werden und dann durch den Gegenangriff über den Haufen geworfen zu werden.

3. Ich warne vor Unterschätzung der Kampfkraft unseres uns allerdings inferioren Gegners.

4. Ich mache es jedem Kommandanten zur heiligsten Pflicht, sein Möglichstes aufzubieten, damit die Verwundeten bald versorgt werden und die Truppen jederzeit möglichst gut gepflegt werden.

5. Ich verbiete den Befehl, es sind keine Gefangenen zu machen. (Gestrichen: weil das nur dazu führt, daß die Truppen in ihrer Wut alle Gefangenen, die sich ergeben, niedermachen). Es ist für jeden braven Soldaten schimpflich und ist schwer zu ahnden, wenn er einen wehrlosen Feind, der sich bereits ergibt, niedermacht. Ausnahme ist nur, wenn der Gegner die Übergabe dazu benützt, um die eigenen Soldaten in einen Hinterhalt zu führen. (Gestrichen: was aber bisher bei den Italienern nicht konstatiert wurde). In diesem Falle hat der nächstanwesende Komm. das Entsprechende zu veranlassen und es mir unverzüglich zu melden.

6. Ich verbiete auf das strengste das Stehlen und Plündern und unnütze Zerstören. Jeder Soldat des XX. Korps muß von der Überzeugung durchdrungen sein, daß wir die Träger der Kultur sind (Gestrichen: sogar), auch im Lande des Verräters.“

Kriegsarchiv, Neue Feldakten, Akten des XX. Korps, Karton Befehl des XX. Korps, Op. Nr. 994
[Eigenhändiges Konzept des Erzherzogs Karl]

RUSSLAND: Der Affe als Instrument im Kirchenkampf

JOACHIM G. GÖRLICH

In Sotschi am Schwarzen Meer lebt laut Zeitschrift „Wlast“ noch immer ein Wissenschaftler-Team, das weiter von einer Kreuzung Affe-Mensch träumt; sozusagen als Beweis atheistischer Ideologie. Doch Russlands Präsident Wladimir Putin hat sich der Orthodoxie zugewandt und zeigt kein Interesse für dererlei „Forschungen“.

Die Meinung man könne einen Affenmenschen heranzüchten, ist nicht bolschewistisch-atheistischen Ursprungs, sondern wurde bereits 1910 vom russischen Biologen, Prof. Ilja Iwanow, genannt der „Diabolische“, auf einem internationalen Symposium verkündet. Das französische Pasteur-Institut richtete ihm eine Forschungsbase in Westafrika ein. Die ging bald wegen Geldmangel ein. Dann kam die Sowjetunion und Iwanow mit seiner Crew wurde aktiv in Kirchenkampf und Atheisierungsrummel eingeschaltet. 1926 bekam er viel Geld und ging abermals nach

Afrika. Doch Kreuzungsversuche zwischen Gorillamännchen und Afrikanerinnen schlugen fehl. Wiederum ging die Finanzen aus und nun wurde ihm in Suchumi, heute Hauptstadt Abchasiens, ein gigantisches „Forschungszentrum“ errichtet. Massweise wurden dorthin Parteiaktivisten, Abiturienten und Studenten zum Anschauungsunterricht hingekarrt.

Wie die „Prawda“, das einstige Zentralorgan der KPdSU berichtet, war dann der „Vater der Nationen“, J.W. Stalin sein Umfeld besonders von dem Vorhaben angetan, erklärte zu seiner „Herzenssache“. Eine Sonderklinik des „Hauptvorstandes der Arbeitslager“ (GULag) wurde gebaut. Und nun begannen Experimente wiederum zwischen Gorillas und weiblichen Häftlingen „mongoloider Herkunft“. Jedoch alles für die Katz. Dennoch befahl Stalin für etwaige Nachkömmlinge ein „kontrolliertes“ Sondergebiet anzulegen. Die geplanten Nachkommen sollten sich billi,

sprich von Abfällen (so „Prawda“) ernähren, widerspruchslos Hochleistungen im Arbeitsalltag erfüllen; besonders diszipliniert sein.

Der Verfasser erinnert sich noch an seine Abiturzeit in Polen, ein Jahr vor Stalins Tod: Permanent wurde man im Biologieunterricht darüber informiert, dass angeblich die sowjetische Biologin Prof. Olga Lepjeschenskaja, kurz davor stehe, den ersten Affenmenschen zu präsentieren. Inzwischen war das gesamte Zentrum in Suchumi Teil der Medizinischen Akademie der Wissenschaften der UdSSR einverleibt und die Filiale in Sotschi sukzessiv ausgebaut worden. Als Edward Schewardnadse Präsident von Georgien wurde, drehte er für die „Forschungs“-Institute den Geldhahn zu. Noch bevor er wieder in den Schoß der orthodoxen Kirche zurückkehrte. Selbst die heutigen russischen Kommunisten können sich – zumindest nicht offiziell – mehr für diese diabolische Idee des Prof. Iwanow erwärmen, wie der kritische Beitrag der heutigen „Prawda“ zeigt. □

Massenmord von Katyn: Letzter Akt?

JOACHIM G. GÖRLICH

Moskau hat jetzt angeblich für Polen sämtliche Akten über den Massenmord von Katyn (1940), begangen durch das sowjetische NKWD, freigegeben. Polen traut dem nicht und schickt zwei Sonderkommissare vom „Institut für nationales Gedenken“ (IPN) an die Moskwa.

Wie dem auch sei: Die deutsche Wehrmacht wurde jetzt öffentlich davon frei gesprochen, an diesem Massaker an ca. 20.000 polnischen Offizieren und Kadetten, geschehen auf diskrete Anweisung des damaligen sowjetischen KP-Chef Generalissimus Josip W. Stalin, beteiligt gewesen zu sein.

Bei dieser Gelegenheit wurde offenkundig, dass es auch deutsche Katyn-Opfer gibt, eben unter Wehrmachtsoffizieren. Zynisch verlangte nämlich Stalin nach bekannt werden des Mordes von Roosevelt und Churchill 50.000 Deutsche erschießen zu dürfen. Und er befahl Prozesse gegen die vermeintlichen Mörder

in den Jahren 1943-45 zu führen. Der erste Prozess fand in Mariupol am Asowschen Meer statt. Vier deutsche Offiziere wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Danach wurden in Smolensk, unweit von Katyn, sieben weitere Wehrmachtsoffiziere zum Tode verurteilt. Dem folgte in Smolensk ein weiterer Prozess gegen 10 Generale und 85 Offiziere. Einige der Verurteilten wurden gleich nach der Verkündung der Todesurteile erhängt. Nur ein Einziger, ein Arno Dührer, wurde später begnadigt und kehrte sogar nach Deutschland zurück. Er hatte sich als schuldig bezeichnet.

Der sowjetischen Staatsanwalt bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen General Roman Rudenko erhielt im Februar 1946 von Stalin den Befehl, die Katyn-Sache als Massenmord der deutschen vor Gericht zu bringen. Als Hauptverantwortlicher wurde Luftwaffen-Reichsmarschall Hermann Göring

sowie seine Heeresnachrichteneinheit 537 und ein Pionierbataillon, die zeitweilig 7 km von Katyn entfernt stationiert waren, benannt. Von diesem sowjetischen Vorhaben erfuhr aus der Presse der frühere Oberleutnant von „Stab 537“, Reinhard v. Eichborn. Er brachte Rudenko in Bedrängnis, so dass dieser bald sein Vorhaben fallen lies.

Inzwischen hatte sich das polnische Mitglied der internationalen Katyn-Kommission, der bekannte exilpolnische Geschichtsrömancier Josef Mackiewicz gemeldet und sagte vor einer Sonderkommission des US-Kongresses detailliert aus. Damit war es für die UdSSR ein für alle Mal aus, den Massenmord von Katyn den Deutschen in die Schuhe zu schieben. Kein Offizier der kommunistischen polnischen Volksarmee glaubte jedoch an die sowjetische Geschichtslügen über Katyn. Zeit ihres Lebens hatten die beiden Adligen Mackiewicz und v. Eichborn den sowjetischen Geheimdienst zu fürchten. □

ZDK-PRÄSIDENT MEYER:

Lage der christlichen Minderheit in der Türkei

Im Rahmen der Diskussion über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei wird nach Auffassung des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, der Achtung der Menschenwürde in der Türkei und hier insbesondere der Lage der christlichen Minderheit von Befürwortern wie Gegnern der Aufnahme zu wenig Beachtung geschenkt. Vor dem Hauptausschuss des ZdK am Freitag, dem 15. Oktober 2004 erklärte Meyer hierzu:

Für die Frage, ob die Türkei zu Verhandlungen über einen Beitritt zur Europäischen Union eingeladen werden soll, muss die Achtung der Menschenrechte durch diesen Staat eine wichtige Rolle spielen. Daher kann man es nur einen Skandal nennen, dass die Lage der christlichen Minderheit in der Türkei sowohl bei den Befürwortern wie bei den Gegnern des Beitritts dieses Landes zur EU so wie gut wie keine Rolle spielt.

Obwohl sich die Türkische Republik bereits im Jahre 1923 im Vertrag von Lausanne zur umfassenden Respektierung der Rechte der nicht-muslimischen Minderheiten völkerrechtlich verpflichtet hat, werden die christlichen Kirchen seit dieser Zeit und in steigendem Maße diskriminiert. Seit Jahrzehnten liegt die Behandlung der christlichen Minderheit weit unter den rechtsstaatlichen Standards europäischer Demokratien und erinnert in fataler Weise an die Praktiken der kommunistischen Regimes vor 1990. Den christlichen Kirchen wird jede Rechtspersönlichkeit bestritten, eine Selbstverwaltung der Kirchen ist faktisch unmöglich, ihre Stiftungen, welche die einzige Möglichkeit sind, Eigentum für religiöse und karitative Zwecke zu haben, werden in schikanöser Weise in der Nutzung ihres Eigentums eingeschränkt, wenn dieses nicht sogar, wie seit 1974 massenhaft geschehen, unter rechtlichen Vorwänden konfisziert wurde. Die theologischen Lehranstalten des Ökumenischen Patriarchats und des Armenischen Patriarchats wurden 1970 bzw. 1971 geschlossen. Gleichzeitig herrscht gegenüber den Christen eine Atmosphäre der Einschüchterung und Verdächtigung, so dass sich in den letzten Jahrzehnten viele Christen gezwungen sahen, ins Ausland zu gehen. Von 1965 bis heute sank die Zahl der Christen von 250.000 auf ca. 100.000.

Für die Behauptung, die Situation würde sich verbessern, gibt es in Wahrheit bisher keinen wirklichen Grund. Die Türkische Republik hat im Gegenteil im Jahre 2002 in einer Note an das päpstliche Staatssekretariat ausdrücklich erklärt, nach ihrem Verständnis von Laizismus könnte religiösen Gemeinschaften prinzipiell kein rechtlicher Status zuerkannt werden. In der Tat hat es bisher die europäische Öffentlichkeit so gut wie nicht interessiert, dass es sich bei der Türkischen Republik nicht um Laizität als Verfassungsprinzip im französischen Sinne handelt, sondern um Laizismus als eine Staatsideologie, welche Religion offensiv aus dem öffentlichen Raum fern halten will. Da dies in einer islamisch geprägten Gesellschaft völlig realitätsfern ist, hat die Türkei zugleich ein

quasi-staatskirchliches System entwickelt, dass den sunnitischen Islam als Mehrheitsreligion einerseits kontrolliert und reglementiert, andererseits aber finanziert und gegenüber allen anderen Religionen privilegiert, auch in Bezug auf die muslimische Minderheit der Aleviten.

Statt diese türkische Realität zur Kenntnis zu nehmen, ist es durch die immer wieder kehrende These, Europa sei kein „Christenklub“, gelungen, in den Köpfen der meisten europäischen Politiker die Vorstellung zu erzeugen, sich für die Menschenrechte von Christen einzusetzen, sei politisch inkorrekt. Auf einer solchen Grundlage können keine Entscheidungen getroffen werden, die sich in der Zukunft als tragfähig erweisen. (ZdK)

SAUDI ARABIEN: Schulbücher hetzen gegen Christen und Juden

Die Schulbücher in Saudi Arabien schüren auch nach einer behördlichen Überarbeitung Vorurteile und Ablehnung gegenüber Christen und Juden. „Alle Religionen sind falsch, mit Ausnahme des Islam“, heißt es etwa in einem neuen Unterrichtsbuch für Sechsjährige meldete der katholische Pressedienst asianews am 19. Juli in Rom. Zugleich wird den Kindern freundschaftlicher Umgang mit Christen und Juden verboten.

Eine Überprüfung der Schulbücher im Königreich war nach dem 11. September angeordnet worden, als sich herausstellte, dass 15 der Attentäter Saudis waren. 2003 hatte Außenminister Prinz Saud al Feisal erklärt, in den Schulen dürfe nicht mehr Hass, Intoleranz und antiwestliches Denken gelehrt werden. Dazu hatte er ein Pilotprojekt zur Überprüfung der Lehrpläne angeordnet. Geändert habe sich jedoch nichts, so asianews unter Berufung auf das in den USA ansässige „Saudi Institute“. Das neue Curriculum habe „die gleichen Autoren und die gleichen Ideen wie die alten, auch wenn es in einem anderen Stil geschrieben“ sei. Hauptautor für religiöse Themen sei weiterhin Scheich Saleh al Fawazan, der als wahabitischer Extremist und Kritiker „demokratischer Methoden“ bekannt sei, die er als „Gegensatz zum Islam“ bezeichnet. (KNA)

Aus der Arbeit des Bundesgeschäftsführers der GKS

KLAUS ACHMANN

Katholikentag

Wichtigstes Ereignis der zurückliegenden Monate war der Katholikentag vom 16.-20. Juni 2004 in Ulm. Die GKS hatte einen Stand eingerichtet an dem ständig mehrere erfahrene GKS-Mitglieder über unseren Verband Auskunft geben konnten. Als unsere Gäste waren die Freunde von der Cornelius Vereinigung mit uns präsent, die uns für den nächsten Evangelischen Kirchentag im Jahre 2005 nach Hannover einluden. Unsere neue Stellwand und mehrere Plakate dienten als wirksamer Blickfang. Auch beim Abend der Begegnung war unsere zweite Stellwand aufgebaut (die zukünftig im GKS Bereich NRW eingelagert werden soll).

Unser Bundesvorsitzender Oberst Karl-Jürgen Klein moderierte ein gut besuchtes Podiumsgespräch zum Thema „Humanitäre Interventionen.“ Der Geschäftsführende Ausschuss („Exekutivausschuss“) trat zu einer Sitzung zusammen, um die laufenden Angelegenheiten zu besprechen.

Am Rande des Katholikentages ergaben sich Gelegenheiten für zahlreiche Gespräche. So konnte mit dem Generalsekretär von pax christi, Dr. Reinhard Voß, eine Vereinbarung über die Veröffentlichung der Vortragstexte aus dem gemeinsamen Seminar „Erfahrungen mit Friedenseinsätzen“ erzielt werden. Danach sollen in einem ersten Schritt Kopien der Manuskripte an die Tagungsteilnehmer und Vorstandsmitglieder verteilt werden. Danach, also im Herbst, wird zu entscheiden sein, ob eine Broschüre unter Verantwortung der Deutschen Kommission Justitia et Pax (sie war Mitveranstalter des gemeinsamen Seminars) erstellt und veröffentlicht wird.

Vorbereitung der Woche der Begegnung und der Bundeskonferenz

Für den Bundesgeschäftsführer ist die Vorbereitung der Bundeskonferenz eine der wichtigsten Auf-

gaben, die im Laufe eines Jahres anfallen. Diesmal war zusätzlich der Entwurf einer GKS Satzung an die Kreise und Bereiche zu verteilen, die Diskussionsbeiträge entscheidungsreif aufzubereiten und das Abstimmungsverfahren sachgerecht vorzubereiten. Auch eine während der Bundeskonferenz geplante Sitzung des Bundesvorstandes musste mit Einladung, Erstellung der Tagesordnung und Aufbereitung der Materialien vorbereitet werden. Als Gäste waren befreundete Verbände und Einzelpersonen ebenso wie Vertreter ausländischer Soldatenorganisationen (Zusagen aus Österreich und Slowenien) und unsere Sachverständigen einzuladen. Auch die Verabschiedungen früherer Vorsitzender von GKS Bereichen mußten vorbereitet werden. Schließlich galt es, den vorgeschlagenen Referenten, Prof. Dr. Michael Ebertz von der Katholischen Fachhochschule Freiburg, einzuladen und mit ihm Kontakt zu halten.

Für den vom Bundesvorstand zu erstattenden Zustandsbericht mussten (in einem manchmal mühevollen Prozess) die Einzelberichte der GKS Bereiche, Sachausschüsse und Funktionsträger eingeholt, zu einem Gesamtbericht zusammengefasst und schließlich gedruckt werden.

Im unmittelbaren Vorfeld der Konferenz gilt es ferner, in Abstimmung mit dem Bundesvorsitzenden und dem Geistlichen Beirat den Militärgeneralvikar über die wichtigsten Themen zu unterrichten. Der letzte Schritt der Vorbereitung ist dann, alles benötigte Material von der GSK Fahne bis zu den Teilnahmelisten, von den vervielfältigten Satzungsentwürfen bis zur Tischglocke für den Tagungsleiter, zu verpacken und – teilweise auch mit dem vom KMBA organisierten Transport – nach Lingen zu transportieren.

Politikergespräche

Das am 30. September 2004 mit MdB Kossendey geplante Gespräch

im KMBA mußte auf den 2. Dezember verschoben werden, weil der Abgeordnete an dem geplanten Termin voraussichtlich an einer internationalen Konferenz teilnehmen wird. Dennoch werden wir danach mit insgesamt drei Politikergesprächen in diesem Jahr (bisher waren MdB Christian Schmidt und der Beauftragte der Bundesregierung für die deutsch amerikanischen Beziehungen Karsten Voigt zu Gast) eine positive Bilanz ziehen können.

Ausblick

Auf die Woche der Begegnung und unsere Bundeskonferenz brauche ich hier nicht näher einzugehen, darüber wurde an anderer Stelle in diesem AUFTRAG (s.S. 35-49) berichtet.

Erste Vorüberlegungen kreisen um ein Seminar, das im nächste Jahr gemeinsam mit pax christi und dem BDKJ stattfinden könnte. Vorgespräche des Bundesgeschäftsführers mit dem Geschäftsführer von pax christi, Dr. Reinhard Voß, und dem Bundespräsidenten des BDKJ, Pfarrer xxx Mauritz, haben bereits stattgefunden.

Aber noch fehlen die offiziellen Entscheidungen der Vorstände, aber auch die genaue Ausformulierung eines gemeinsam interessierenden friedenspolitischen Themas. Auch Vorstandsgespräche mit beiden Verbänden rücken allmählich in das Blickfeld. Mit dem Präsidium von pax christi ist ein solches Gespräch bereits für Anfang Februar des nächsten Jahres vereinbart. Dem BDKJ wurde ein entsprechender Vorschlag unterbreitet, auf den bisher noch keine Antwort erfolgte. Das letzte „Seminar 3. Lebensphase“ für dieses Jahr wird im Oktober stattfinden. Es ist seit langem ausgebucht. Aus den regelmäßig sehr positiven Reaktionen der Teilnehmer (s.a. Teilnehmerbericht S. 107) ist zu schließen, das es eine intensive Mund zu Mund Propaganda gibt. Erfreulicherweise hat sich auch der Anteil der GKS Mitglieder bei den Anmeldungen kräftig erhöht, da Nicht-Mitglieder bei Überbuchungen nicht berücksichtigt werden können. □

GKS-POLITIKERGESPRÄCH MIT KARSTEN D. VOIGT:

Europäische Außenpolitik und die USA

Das 2. Politikergespräch der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) in diesem Jahr fand am 24. Juni im Katholischen Militärbischofsamt in Berlin statt. Eingeladen hatte die GKS den SPD-Politiker Karsten D. Voigt, Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, der die Bundesregierung berät und seinen Dienstsitz im Auswärtigen Amt hat. Der stellvertretende Militärgeneralvikar, Prälat Michael Wehmeyer begrüßte den Gast, hieß die 25 Gäste willkommen und übergab alsbald an den Moderator des Abends, Oberstleutnant a.D. Helmut Jermer, der den Gast vorstellte und den folgenden Beitrag verfasst hat.

Kompetenter Gesprächspartner

Karsten Voigt ist Mitglied der SPD und seit 1969 politisch engagiert. In frühen Jahren war er Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, von 1976 bis 1998 Mitglied des Bundestages und von Anfang an Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, aber auch stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss. Von 1983 bis 1998 war er außenpolitischer Sprecher seiner Fraktion, 1984 bis 1995 Mitglied des Bundesvorstandes der SPD. Von 1985 bis 1994 war er Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas.

Karsten Voigt war aber auch in übernationalen Gremien engagiert: von 1977 bis 1998 als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO, 1989 bis 1993 als Vorsitzender des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit, 1992 bis 1994 als Vizepräsident, von 1994 bis 1996 – gleichsam als Krönung seiner politischen Karriere – als Präsident der Parliamentary Assembly.

Die zahlreichen Mitgliedschaften und Ehrenämter, die Karsten Voigt noch heute wahrnimmt, sprechen für seine Kompetenz und internationale Anerkennung.

Aus Gegnern wurden Partner und Freunde

Karsten Voigt eröffnete sein Referat mit der Erinnerung an den D-Day, der sich in diesen Tagen zum 60. Mal jährte. Aus den ehemaligen Gegnern seien längst Verbündete geworden, zunächst gegen die sozialistische Bedrohung, heute gegen Terrorismus und andere weltbewegende Herausforderungen wie Unterentwicklung, Hunger, Krankheiten und Umweltbelastungen. Neben diesen globalen Krisen versuchten sie auch gemeinsam, zur Lösung regionaler

Konflikte wie im Nahen Osten, in Afghanistan und – wie zur Zeit – bei der Festlegung eines international akzeptierten Rahmens für eine stabile Nachkriegsordnung im Irak, beizutragen.

Er zitierte Robert Kagan, der im transatlantischen Streit zum Irak ein Ringen um die künftigen Grundlagen der europäisch-amerikanischen Partnerschaft nach dem Ende des Kalten Krieges und nach den terroristischen Anschlägen vom 11. Sep. 2001 sehe. Voigt verwies darauf, dass dieser Diskurs nicht nur zwischen beiden Seiten des Atlantik sondern auch innerhalb Europas und innerhalb Nordamerikas geführt würde. Die unterschiedlichen Ansichten müssten jedoch ausdiskutiert werden und zu neuen Gemeinsamkeiten führen.

Voigt verwies auf die Gründerzeit der NATO, auf die gemeinsamen Werte, welche die Partner – gleichsam als Magnet – zusammenhielten und den Kalten Krieg überwinden ließen. Freilich sei die Bedrohung seinerzeit im Vergleich zu den heutigen Herausforderungen, ideologisch, politisch und militärisch leichter zu definieren gewesen. Schließlich habe das Atlantische Bündnis die Sowjetunion mit dem Warschauer Pakt nicht nur eingedämmt, sondern – auch durch die sicherheitspolitische Klugheit und die friedenspolitische Weitsicht des Harmel-Reports – seinen Frieden in Freiheit und Wohlfahrt durchgesetzt.¹ Seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und mit der Ost-Erweiterung von NATO und EU habe sich ein partnerschaftliches Verhältnis zu Russland und zur Ukraine herausgebildet, was die Hoff-



nung auf ein in Frieden und Freiheit geeintes Gesamteuropa nähere.

Neue Formen der Bedrohung

Die Freude über den glücklich zuende gegangenen Konflikt würde allerdings getrübt durch den Terror, der von nationalem Fanatismus und durch religiösen Fundamentalismus gespeist werde. Massenvernichtungswaffen in der Hand von Diktatoren, zerfallende staatliche Strukturen, gewaltbereite „nichtstaatliche“ Akteure, beunruhigten die westlichen Demokratien. Es sei vorstellbar, dass Terroristen vom Schlage El Quaida Massenvernichtungswaffen in die Hände bekämen. Das Heimtückische an dieser Art Terror sei, dass die Angriffe schwer vorauszusehen und deshalb auch schwierig zu bekämpfen seien. Terroristen kämpften ohne Gesicht und operierten aus dem Schatten heraus.

Um so wichtiger sei daher die transatlantische und globale Zusammenarbeit gegen diese Art der Bedrohung. Deutschland beteilige sich militärisch in Afghanistan, mit Polizei und Nachrichtendiensten, setze sich aber auch geistig mit dem Islam auseinander. Solche Probleme, aber auch Kriegsverbrechen in innerstaatlichen und internationalen Konflikten machten eine Reform der sicherheitspolitischen Strategien notwendig. Auch müsse die Staatengemeinschaft bereit und in der Lage sein, bestehende Rechtsauffassungen zu überdenken, um auf die neuartigen Be-

¹ Zwar wurde die hochgezüchtete militärische Macht in der westlichen Hemisphäre nie eingesetzt, spielte jedoch eine nicht zu unterschätzende Rolle im Zusammenhang mit der Psychologie der Abschreckung siehe Doppelbeschluss der NATO vom Dezember 1979. (Anmerkungen des Verfassers.)

drohungen angemessen antworten zu können. Wenn die NATO morgen bestehen wolle, müsse sie sich heute ändern ebenso, wie die staatlichen Institutionen sich ständig erneuern müssten. Kein Land der Welt könne diese Reformen alleine bewältigen, kein Land sei stark genug, im Alleingang alle drängenden globalen Probleme zu lösen. Dies sähen grundsätzlich auch die USA so, jedoch neige die gegenwärtige Administration dazu, für jedes Problem eine ihr passende „Koalition der Willigen“ zusammenzustellen, was die transatlantischen Beziehungen als strategische Partnerschaft untergrabe.

Die verbindenden Werte erkennen und fördern

Karsten Voigt hält die euro-atlantischen Beziehungen für zentral, gerade deren sicherheitspolitische Komponente. Beide Seiten des Atlantik dürften sich nicht gegeneinander definieren. Noch einmal beschwört er den Geist des NATO-Vertrages: Verbreitung und Festigung der Demokratie, Schutz der Menschenrechte, Herrschaft des Rechts – und das zum Nutzen – und im Dienste global gültiger Werte.

Wer von anderen fordere, sich anzupassen, müsse jedoch bei sich selbst anfangen. Dies gelte gerade für Deutschland als volkreichstes europäisches Mitgliedsland der NATO. Im Kalten Krieg noch im geographischen Zentrum eines potentiellen Konflikts, wäre die Bundesrepublik von den USA sicherheitspolitisch abhängiger gewesen, als sie es heute sei. Zwar sei Deutschland für die Vereinigten Staaten strategisch auch heute noch von Bedeutung (EU, Osterweiterung, Weltwirtschaft), die zentralen Konflikte hätten sich jedoch, zumindest im Bewusstsein der USA, auf neue globale Bedrohungen und auf andere Regionen der Welt wie den Nahen und Mittleren Osten verlagert.

Heute liege Deutschland jedoch nicht mehr im Zentrum eines globalen Konfliktes. Deutschland müsse aber erkennen, dass es einen (gewichtigen) Beitrag zur Sicherung und Stabilisierung des regionalen und globalen Friedens leisten müsse – konkret: am Rande Europas, im Nahen und Mittleren Osten und überall da, wo Völkerrecht und Menschenwürde bedroht würden.

Die gemeinsamen Interessen betonen

Die neuere terroristische Bedrohung habe in den USA zu tiefgreifenden Veränderungen in der amerikanischen Sicht der Welt geführt. Die Europäer (die bisher nicht so massiv angegriffen wurden) hätten verkannt, dass Amerikaner nicht lange zögern, militärische Mittel im Anti-Terrorkampf einzusetzen, wie sie auch die Entschlossenheit unterschätzt hätten, bewährte Institutionen wie die UN, das Völkerrecht und die entsprechenden Konsultationsverfahren in Frage zu stellen. Und viele wundern sich, welche Opfer an persönlicher Freiheit die US-Amerikaner hinnehmen bereit sind, wenn es darum gehe, die nationale Sicherheit zu erhöhen. Erst langsam dämmere es den Europäern ...

Deutschland und einige europäische Länder meinten, einen anderen Weg als die USA zur Lösung der Irak-Krise einschlagen zu müssen. Ein Grund könne sein, dass die für beide Kontinente wichtigen Daten 09.11.89 und 11.09.01 das politische Denken unterschiedlich beeinflussten. In diesem Zusammenhang sei zu bedenken, dass Deutschland bis 1989 keine Soldaten außerhalb des deutschen Territoriums militärisch eingesetzt hatte. Durch den Gewinn seiner vollen Souveränität (2+4-Vertrag) sei Deutschland eine größere Verantwortung zugewachsen und müsse deshalb zunehmend global denken und handeln. Und deshalb sei es notwendig, sowohl die Möglichkeiten als auch die Grenzen außenpolitischen Handelns auszuloten. Im Hinblick auf begrenzte Ressourcen sei deshalb jeder Einzelfall zu prüfen, und es sei unter den gegebenen Umständen klar, dass Deutschland nicht jede Nachfrage nach Bereitstellung von Truppen befriedigen könne. Auch sei zu prüfen, wer bzw. welche Institution Einsätze mandatieren könne. Voigt gehe davon aus, dass für Deutschland der Multilateralismus unverzichtbares Prinzip der Aussenpolitik bliebe.

Auch die NATO habe nach 1989 ihre Strukturen so verändert, dass sie auch außerhalb des Bündnisgebietes sicherheitspolitisch aktiv werden könne. Die Optionen des atlantischen Bündnisses hätten sich erweitert: 20 Partnership-for-Peace-Län-

der, der NATO-Russland-Rat, die gemeinsame Kommission mit der Ukraine und die Rapid-Reaktion-Forces böten Instrumente, um Konflikte durch Crisis-Management und durch Peace-Keeping militärisch zu bewältigen.

Europa muss sicherheitspolitisch emanzipieren

Bedauerlich sei, dass Europa immer noch unzureichend handlungsfähig sei. Ein Europa, das global wenig Einfluss habe, sei für die Vereinigten Staaten als Partner wenig interessant. Mit dieser Schwäche habe Europa wenig Einfluss auf die USA, was vermehrt zu Frustrationen führen und die euro-atlantischen Beziehungen gefährden könne. Auch die Weltmacht USA würde à la longue geschwächt. Denn für die USA sei die atlantische Gegenküste wirtschaftlich und strategisch von großer Bedeutung. Die politische Klugheit gebiete es, dass Deutschland und mit ihm die EU ihr außenpolitisches Gewicht erkennen und einsetzen und sicherheitspolitisch emanzipierten. Voigt sieht im übrigen keine Gefahr, dass ein erstarktes Europa sich gegen die USA zu definieren versuche. Ein sicherheitspolitisch erwachsenes und außenpolitisch handlungsfähiges Europa läge genauso im Interesse der USA wie mächtige Vereinigte Staaten im Interesse Europas lägen. Insofern solle eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik die NATO nicht ersetzen, sondern den europäischen Pfeiler stärken. Dem Rahmenabkommen vom März 2003 käme deshalb große Bedeutung zu, weil es die Möglichkeit eröffne, auf Mittel und Fähigkeiten der NATO zurückzugreifen.

Ein neuer Atlantizismus

Karsten Voigt plädiere für einen neuen Atlantizismus, der allerdings eine neue Einstellung der transatlantischen Politik und ihrer Institutionen voraussetze. Die künftigen Herausforderungen würden die außen- und sicherheitspolitische Kultur Europas verändern; die USA könnten darauf positiven oder negativen Einfluss nehmen. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Amerikaner mit europäischen Argumenten und Bedenken konstruktiv auseinan-

dersetzen und den so notwendigen strategischen Dialog durch eine enge Zusammenarbeit fördern würden.

Auf dem G8-Gipfel in Savannah sei darüber beraten worden, wie die großen Industriestaaten Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit im Nahen und Mittleren Osten voranbringen könnten. Dabei sollte man vor allem auf nicht-militärische Mittel setzen.

Macht und Verantwortung

In Anlehnung an Joe Nye von der Harvard-Universität fügt Voigt noch einen weiteren Aspekt hinzu: Die USA seien im Bereich des Militärischen die einzige wirkliche Weltmacht, auf wirtschaftlichem Gebiet hingegen eine Macht unter mehreren. Die EU hätte ökonomisch das gleiche Gewicht, in Bezug auf Bevölkerungszahl und Anteil am Welthandel sei sie sogar bedeutsamer. Auf der Ebene der gesellschaftlichen und nicht-staatlichen Akteure waren die Vereinigten Staaten in der Vergangenheit attraktiver als jedes andere Land der Welt. Und gerade diese Attraktivität wirkten am stärksten zugunsten der USA, nicht ihre Militärmacht. „Soft Power“ sei eben auch eine Form von Macht. Angesichts gegenwärtiger Entwicklungen in den USA warne nun Nye davor, dass das zu starke Ausspielen militärischer Macht sich negativ auf die gesellschaftliche und politische Attraktivität auswirke und damit objektiv ihre Macht unterminiere. Diese Ansicht würde auch von vielen Amerikanern geteilt, und so sei es denkbar, dass sich künftig einige Akzente der amerikanischen Politik verschieben würden. Voigt geht davon aus, dass Deutschland aufgrund seiner Geschichte und der daraus gezogenen Lehren auch künftig eher zu einer Kultur der militärischen Zurückhaltung neige. Und er rechnet auch in Zukunft mit Meinungsunterschieden über die Bedeutung multilateralen Vorgehens und völkerrechtlicher Prinzipien zwischen Europa und Deutschland auf der einen und den Vereinigten Staaten auf der anderen Seite.

Die NATO war und ist mehr als ein Militärbündnis

Abschließend wies Voigt nochmals darauf hin, dass die transatlantische Partnerschaft weit mehr

als nur sicherheitspolitische Bezüge habe. Die Freundschaft beruhe – neben der sicherheitspolitischen Solidarität – auf mehrfachen Bindungen wie etwa dem Interesse an einer florierenden Weltwirtschaft, an der Inkulturation demokratischer Werte sowie einer engen historischen und kulturellen Verwandtschaft. Er verwies in diesem Zusammenhang auf den NATO-Vertrag von 1949, der neben der militärischen auch und vor allem die politische, soziale, ökonomische und kulturelle Zusammenarbeit vorsehe. Trotz aller Meinungs- und Interessenunterschiede in einzelnen Fragen blieben diese Gemeinsamkeiten ein stabile Grundlage für das atlantische Bündnis.

In der anschließenden Diskussion bekamen die Teilnehmer von dem erfahrenen USA-Kenner Voigt wertvolle Informationen über amerikanische Kultur und Religion, über den Einfluss religiöser Strömungen (protestantischer Sekten, jüdischer Gemeinden) auf die Politik. Bemerkenswert sei es, wie die Regierungsgewalt durch das System von Checks and Balances (Kongress, Senat, Administration) sich gegenseitig beobachte und kontrolliere.

Es geht um Glaubwürdigkeit

Wie könne eine Demokratie wie die USA von China verlangen, die Menschenrechte durchzusetzen, wenn sie selbst dabei ertappt würde, wie durch US-Soldaten Gefangene gefoltert würden? Die Folter-Bilder aus dem Irak hätten die US-Bürger ebenso geschockt wie andere zivilisierte Staaten. Hier seien Fragen zu klären, wie die Gewalt im Kriege besser an Recht und Gesetz gebunden werden könne, und – vor allem – dass mehr Wert auf die Vermittlung von ethischen, politischen, rechtlichen und kulturellen Inhalten zu legen sei und wie sensibel die Personalauswahl vor allem des Führungspersonals zu erfolgen habe. Voigt verwies in diesem Zusammenhang auf Clausewitz, der schon seinerzeit davor gewarnt habe, dass die Gewalt im Kriege nicht unkontrolliert eskalieren dürfe.

Zur Behauptung, die USA hätten die Kriegsgründe für den Irak erfunden, stellte Voigt fest, dass Saddam Hussein gegen die Kurden Massen-

vernichtungswaffen eingesetzt habe und dass die „Koalition der Willigen“ davon ausging, dass er über diese Mittel verfüge. Das Kriegsziel sei immer der Regimewechsel gewesen, um die Region von dort aus zu stabilisieren und – auf mittlere Sicht – zu befrieden. Noch heute sei die amerikanische Bevölkerung darüber polarisiert, ob der militärische Einsatz gegen den Irak richtig gewesen sei.

Man höre immer wieder von dem Vorwurf an die USA, dass sie „Krieg(e) für Öl“ führe. Voigt meinte, dass Öl durchaus ein Motiv sei, aber nicht das einzige und nicht das vorrangige. Den USA ginge es, davon sei er überzeugt, zuerst tatsächlich um die Befriedigung des Nahen Ostens, auch um die Unabhängigkeit von Saudi-Arabien ...

Die Bevölkerung in den arabischen Staaten leide unter dem Terror. Wie könne man sich erklären, dass sich der Zorn – so die westliche Wahrnehmung – nicht gegen die islamistischen Terroristen richte, sondern gegen die „Besatzer“, die doch als „Befreier“ gekommen wären. Voigt stellte fest, dass es offensichtlich keine bzw. falsche oder unzureichende Vorstellungen seitens der US-Administration gegeben habe, wie die Nachkriegsphase zu organisieren sei. Es wäre klug gewesen, wenn hier die europäischen Bedenken ernst genommen worden wären. Es wäre gut, wenn die im Irak gewonnenen Erkenntnisse dazu führten, dass sich die Verantwortlichen Gedanken machen, wie eine vom Krieg geschundene Nation wieder zu sich selbst kommen kann.

Mit einigen Anmerkungen zur amerikanischen religiösen Kultur, zum Einfluss von religiösem Denken und Fühlen auf die Politik sowie zum deutsch-amerikanischen Verhältnis im allgemeinen und zur zwischenmenschlichen Beziehung zwischen Bundeskanzler Schröder und George W. Bush wurde die in vertraulicher Atmosphäre geführte Veranstaltung beendet. Die Zuhörer waren von der Kompetenz des „Koordinators für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit“ beeindruckt und von der Eloquenz und Verbindlichkeit des Menschen Karsten D. Voigt sehr angetan. □



Einstimmung

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) führt in Zusammenarbeit mit dem Bonifatiushaus Fulda von Montag, den 7. November, bis Freitag, den 11. November 2005, das 10. Seminar ihrer Akademie OBERST HELMUT KORN durch. Das Thema lautet:

„EUROPÄISCHE EINHEIT –
CHANCEN FÜR EINE NEUE FRIEDENSPOLITIK“

Über Jahrhunderte wurde Europa von Kriegen heimgesucht. Verantwortungsbewusste Staatsmänner haben aus den schlimmen Entgleisungen des letzten Jahrhunderts die Lehre gezogen, dass der abendländische Kontinent seine Zukunft friedlich gestalten muss. Europa ist auf dem Weg der Einigung weit vorangekommen.

In mancher Hinsicht jedoch tun sich die Mitgliedsstaaten heute noch schwer. Solange nationale Interessen das europäische Gemeinwohl unterlau-

fen, kann man eigentlich nicht von Einheit reden. Um so erfolgreich und überzeugend wirken zu können, wie es die NATO in ihrer Blütezeit vermochte, muss sich in Europa noch einiges bewegen. Friedenspolitische Weitsicht wäre mit friedenspolitischer Klugheit zu kreuzen, um zu jener Einigkeit zu kommen, welche die EU in die Lage versetzte, Frieden in Freiheit in andere Regionen zu exportieren.

Das Seminar beschäftigt sich u.a. mit den folgenden Fragen:

- Ist Europa darauf vorbereitet, wenn es als globaler Akteur gefordert wird?
- Sind die Streitkräfte von ihren Fähigkeiten her in der Lage, im Auftrag der VN und der OSCE Friedensmissionen auch außerhalb Europas durchzuführen?
- Wie reagiert die militärische Führung auf die neuen Einsatzoptionen?
- Wie werden die Soldaten darauf mental und durch qualifizierte Ausbildung auf ihre neuen heiklen Aufgaben vorbereitet?

Die Akademie Oberst Helmut Korn ist eine 1987 gegründete berufsethische Bildungsveranstaltung der GKS, die alle zwei Jahre Anfang November in Fulda stattfindet. Sie bietet jungen Offizieren und Unteroffizieren Orientierungshilfen an, sich in den Spannungsfeldern von *Politik und Ethik*, von *Staat und Kirche*, von *Gesellschaft und Bundeswehr*, von *Familie und Beruf*, von *Individualisierung und sozialem Engagement* zurechtzufinden. Die Vorträge dienen der Information, die Diskussionen der Meinungsbildung. So können die Teilnehmer einen eigenen Standpunkt finden. Das Bildungsangebot hilft aber auch und vor allem bei der Suche nach Antworten auf die Fragen nach dem Sinn der soldatischen Dienstes in der heutigen Zeit.

Die Akademie ist nach dem geistigen Vater und Mitbegründer der GKS, Oberst Dr. Helmut Korn (†1983) benannt. Sie wird zum zehnten Mal vom Ehrenbundesvorsitzenden der GKS, Oberstleutnant a.D. Paul Schulz, geleitet. Mit dem 10. Seminar übernimmt der noch bis 2005 amtierende Bundesvorsitzende der GKS, Oberst Dipl. Ing. Karl-Jürgen Klein die Leitung.

Auch die Schirmherrschaft wechselt von Generalleutnant Karlheinz Lather zu Generalmajor Wolfgang Korte, Stellvertretender Befehlshaber des Heeresführungskommandos in Koblenz.

Im Bonifatiushaus, dem Haus der Weiterbildung der Diözese Fulda, hat die GKS einen in Deutschland zentral gelegenen Ort der Begegnung gefunden, der durch die vom „Apostel der Deutschen“ begründete christliche Tradition und die damit verbundene geistig-geistliche Aufgeschlossenheit bestimmt ist. Der Direktor des Bonifatiushauses, Major d.R. Gunter Geiger, ist zugleich wissenschaftlicher Begleiter der Akademie.

Zielgruppen für die Teilnahme an einem Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn

- Offiziere und Offizieranwärter
- Unteroffiziere und Unteroffizieranwärter

Programm

Montag, 7. November

bis 15.00h	Anreise	ab 14.00h	Führung zum Bonifatiusgrab, durch Dom und Michaelskirche
15.30h	Kaffee		
16.00h	Begrüßung und Einführung in das Seminar, Vorstellung des Hauses und des Veranstalters, Organisation	16.00h	Empfang beim Oberbürgermeister der Stadt Fulda, Gerhard Möller, im Stadtschloss
18.00h	Abendessen	anschl.	Schlossführung
19.00h	„Die kirchliche Friedenslehre – Ist das geeinte Europa ein Modell, das den Frieden in der Welt sicherer macht?“; Offener Akademieabend mit Vortrag des Fuldaer Diözesanbischofs Heinz Josef Algermissen, Präsident der dt. Sektion der Internationalen katholischen Friedensbewegung pax christi	ab 18.00h	Kleiner Imbiss im Bonifatiushaus
anschl.	gesellige Kennenlern-Runde	19.30h	„Zehn Seminare der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn 1987-2005“ Feierstunde zum Wechsel bei Schirmherrschaft und Leitung der GKS-Akademie mit Empfang des Katholischen Militärgeneralvikars Prälat Walter Wakenhut

Dienstag, 8. November

07.30h	Hl. Messe
09.00h	„Der Stand der europäischen Integration. Der europäische Verfassungsvertrag unter dem Aspekt der Friedens- und Sicherheitspolitik“; Vortrag mit Aussprache: Abteilungsleiter AA angefragt
15.00h	„Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas im Zusammenspiel der Sicherheitsorganisationen“; Vortrag mit Aussprache: Dr. Sven Gareis, Sozialwissenschaft. Institut der Bundeswehr, Strausberg
18.00h	Abendessen, anschl. zur freien Verfügung

Mittwoch, 9. November

08.00h	Morgenlob
09.00h	„Das strategische Konzept der Europäischen Union“; Vortrag mit Aussprache: Brigadegeneral Wolfgang Meyer, LtrArbBereich MilPol der EU-Botschaft, Brüssel

Karl-Heinz Lather
Generalleutnant
Schirmherr der Akademie

Donnerstag, 10. November

07.30h	Hl. Messe (MGV)
09.00h	„Europa und andere sicherheitspolitische Akteure“; Vortrag mit Aussprache: N.N. von SWP angefragt
15.00h	„Neue Aufgaben der Bundeswehr“; Vortrag mit Aussprache: Generalmajor Wolfgang Korte, Stellv. Befehlshaber Heeresführungskommando, Koblenz
17.00h	Arbeitsgruppen zum Thema „Veränderungen im Bild des Soldaten“
19.00h	Fortsetzung der Arbeitsgruppen
20.00h	Vortrag der Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Freitag, 11. November

08.00h	Hl. Messe, Schlusswort und Verabschiedung
anschl.	Frühstück, Abreise

Paul Schulz
Oberstleutnant a.D.
Leiter der Akademie

Gunter Geiger
Direktor Bonifatiushaus
Wiss. Begleiter der Akademie

Organisation

Anmeldung

- ab April 2005 bis spätestens 30. September 2005
- über den Katholischen Standortpfarrer oder den Vorsitzenden des örtlichen GKS-Kreises/Ansprechpartner der GKS oder unmittelbar beim

Bundesgeschäftsführer der GKS
Am Weidendamm 2, 10117 Berlin
Tel: 030-20619990, Fax: 030-20619991
Email: GKS.Berlin@t-online.de

- mit folgenden Angaben:
Name, Vorname, Geburtsdatum, Dienstgrad, Truppenteil/Dienststelle mit Anschrift, Privatanschrift, Tel/Fax/Email;
- wird entsprechend ihres Eingangs und der Zugehörigkeit zur Zielgruppe berücksichtigt. Kann eine Anmeldung z.B. aus Platzgründen nicht angenommen werden, erfolgt unverzüglich eine Benachrichtigung durch die Bundesgeschäftsstelle.



Kostenbeitrag:

Eine Teilnehmergebühr wird nicht erhoben. Für Unterkunft und Verpflegung wird der für Veranstaltungen der Militärseelsorge übliche, gestaffelte Tagessatz für vier Tage erhoben:

– Wehrsoldempfänger	4 x 5,00 =	EUR 20,00
– bis Bes.Grpf A8	4 x 7,00 =	EUR 28,00
– Bes.Grpf A9-A12	4 x 11,00 =	EUR 44,00
– Bes.Grpf A13-A15	4 x 13,00 =	EUR 52,00
– ab Bes.Grpf A16	4 x 17,00 =	EUR 68,00

Der Eigenanteil ist beim Eintreffen am Seminarort zu entrichten. Bei kurzfristiger Anmeldung – d.h. nach dem 01.10.2005, muss die GKS, wenn keine Ersatzperson gemeldet wird, eine Ausfallgebühr in Höhe des Eigenanteils in Rechnung stellen.

Hinweis auf Urlaubsregelung:

Das Seminar ist eine Veranstaltung der Katholischen Militärseelsorge. Soldaten können Sonderurlaub gem. Ausführungsbestimmungen der Soldatenurlaubsverordnung (SUV - ZDv 14/5, F511, Nr. 78 u. 79 Abs. 1) beantragen.

Bekleidung während des Seminars:

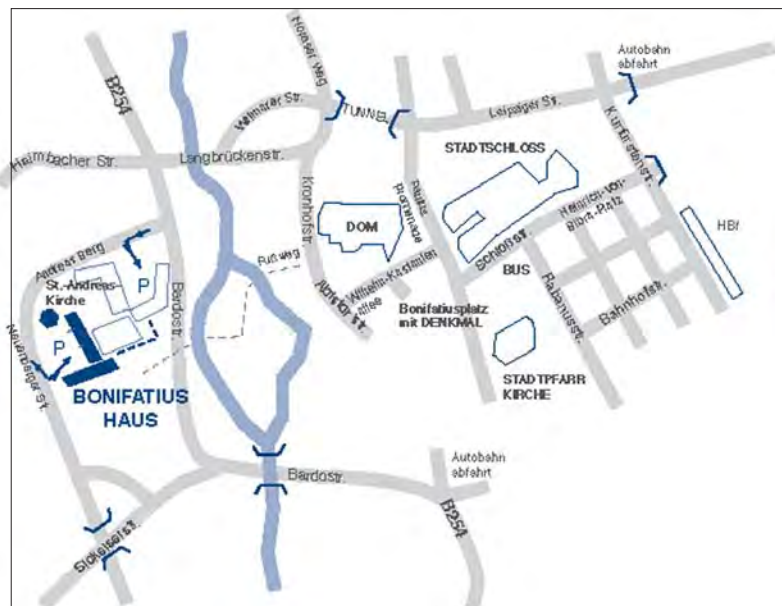
Dienstanzug „Grundform“; zum Empfang am Mittwoch Ausgehanzug mit Diensthemd (Ärmel lang) und Krawatte.

An- und Abreise:

Die Anreise soll mit der Deutschen Bahn erfolgen. Aktive Soldaten erhalten von der zuständigen Betreuungsdienststelle (StO-/TrVerw) unter Vorlage des Einladungsschreibens einen Militärdienstfahrschein 2. Klasse, ggf. mit Zuschlägen, zur Verfügung gestellt (Näheres im Einladungsschreiben).

Bei Benutzung von Privat-Pkw durch aktive Soldaten wird durch das KMBA eine Wegstreckenentschädigung in Höhe von 0,10 EUR/km und ggf. Mitnahmeentschädigung (0,02 EUR/Person) erstattet. Die Benutzung des Privat-Pkw erfolgt auf eigene Gefahr.

Das Bonifatiushaus erreicht man ab Hauptbahnhof zu Fuß in ca. 20 Min. oder ab Busbahnhof mit der Linie 1A und 2 (Richtung Haimbach/Maberzell) bis Haltestelle Andreasberg. Zum Busbahnhof können Sie mit den Linien 3 und 4 fahren.



GKS-SEMINAR „3. LEBENSPHASE“:

„Das Rad des Lebens“ – Erinnern – Erleben – Erwarten

Teilnehmerbericht vom Seminar in Cloppenburg

MONIKA MILTZLAFF

Was war der Anlass? – Die anstehende Pensionierung meines Mannes! Muss man dafür ein Seminar belegen? Das ist doch so einfach: die Dienstzeit geht zu Ende, man(n) wird verabschiedet und lebt lustig und zufrieden sein Pensionärsleben.

So einfach ist es aber nun doch nicht. Man glaubt gar nicht, was man sich auf einmal für Fragen stellt.

Deshalb begleitete ich meinen Mann von Mittwoch, den 2. Juni, bis Sonntag, den 6. Juni 2004, nach Stapelfeld bei Cloppenburg. Im dortigen Kardinal-von-Galen-Haus wollten wir an einem Seminar „3. Lebensphase“ mit dem Titel „DAS RAD DES LEBENS – ERINNERN – ERLEBEN – ERWARTEN“ teilnehmen. Außer uns waren noch vierzehn andere Teilnehmer dabei, überwiegend Paare. Begrüßt wurden wir vom Ehepaar Brigitte und Hans-Jürgen Mathias, die dieses Seminar für die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) organisieren.

Der erste Tag

Doch zunächst einmal machten wir Teilnehmer uns bei einem Stehkafee miteinander bekannt und unsere Gruppe wurde durch das Haus geführt. Daran schloss sich eine Einführung in das Tagungsthema an.

Der Abend ging weiter mit „WELT- UND LEBENSDEUTUNG IM SPIEGEL DER MÄRCHEN“. Der Referent, Dr. Heinrich Dickerhoff, verstand es wunderbar, uns Erwachsene mit seiner Art, Märchen zu erzählen, zu fesseln. Wir versuchten uns mit einer Deutung der tieferen Inhalte von Märchen und lernten, dass Märchen keine Lügengeschichten, sondern zauberhafte Poesie sind gegen die Leere und Trostlosigkeit eines Daseins ohne Wunder. In dieser abendlichen Märchenstunde kamen wir locker miteinander ins Gespräch und schnell war das Eis gebrochen.

Kardinal-von-Galen-Haus in Stapelfeld bei Cloppenburg, Hauptgebäude



Der zweite Tag

... begann mit einer Altarbildbetrachtung in der hauseigenen Kapelle.

Nach dem Frühstück war der Vormittag dem Thema „OHNE RUHE, OHNE STAND! – PERSPEKTIVEN ZUR GESTALTUNG DER DRITTEN LEBENSPHASE“ gewidmet. Wir bildeten drei Gruppen, wobei die Frauen unter sich blieben. Das war so gewollt, denn im Gespräch „unter Frauen“ oder „unter Männern“ spricht sich das eine oder andere vielleicht etwas leichter aus, als wenn der Partner daneben sitzt. Wir stellten uns folgenden Fragen: „Was sind Ihre Sorgen und Befürchtungen, wenn Sie an das Ausscheiden aus dem Berufsleben denken?“ und „Was sind Ihre Erwartungen, Ihre Hoffnungen und Ihre Sehnsüchte?“

Die Gruppenergebnisse wurden vorgetragen und wir stellten fest, das sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen Erwartungen, Ängste und Befürchtungen zum großen Teil deckungsgleich sind. Die Männer fürchten vor allem den Verlust von Bestätigung durch den Beruf und die Frauen den Verlust von Freiräumen. Alle erhoff-

ten sich jedoch auch mehr Zeit füreinander und für die Dinge die „man schon immer mal“ tun wollte. Dass sich der Gewöhnungsprozess an den Ruhestand durchaus über mehrere Jahre hinziehen kann, bestätigte uns das Ehepaar Mathias, das uns an ihren eigenen Erfahrungen teilhaben ließ.

Am Nachmittag wurde unsere Gruppe mit den hauseigenen Fahrrädern ausgestattet und wir brachen zu einer Fahrradwallfahrt auf. Über verschiedene Stationen, die wir jeweils mit dem Gebet „Mein Weg“ von Charles de Foucauld abschlossen, führte uns Dr. Martin Feltes nach Bethen. In der dortigen Wallfahrtskapelle betrachteten wir das Gnadenbild der „Maria – Mutter der sieben Schmerzen“, das seit 1448 belegt ist. Das Bethen Gnadenbild ist der Legende nach die Soeste stromaufwärts getrieben und dann heraus gefischt worden.



Rast während der Fahrrad-Wallfahrt



Nach der die Seele erbauenden Rad-Wallfahrt musste natürlich für das leibliche Wohl gesorgt werden. Ein geeigneter Ort fand sich im Jagdhaus „Bührener Tannen“, wo bei Spargel und Wein weitere gute Gespräche geführt wurden. Mit in der Runde KLMD Hannover, Msgr. Hans-Peter Miebach, zu dessen Bereich Stapelfeld gehört.

Am Abend wurden Fragen zum Betreuungsrecht besprochen. Der Sozialberater der Standortverwaltung Diepholz, Bernd Rieken, beantwortete geduldig eine Menge Fragen und gab wertvolle Hinweise zu diesem Thema. Er legte uns besonders die rechtzeitige Erstellung einer Vorsorgevollmacht und einer Betreuungsvollmacht ans Herz.

Mit einem gemütlichen Beisammensein im Bierstübchen beschlossen wir einen weiteren interessanten Tag.

Der dritte Tag

„WOHER KOMMST DU, WOHNEN GEHT DU, WONACH SUCHST DU?“ – Fragen über die man erst einmal nachdenken muss. Unter der Leitung von Dr. Feltes beschäftigten wir uns am Freitagvormittag mit diesen philosophischen Fragen, wobei Antworten nicht leicht zu finden waren, denn in der täglichen Routine stellt man sich dem Thema eher selten.

Der Nachmittag sollte eigentlich dem Versorgungsrecht der Berufssoldaten und persönlicher Beratungsmöglichkeit gehören. Leider erschien der Referent aus unbekannten Gründen nicht.

Spontan übernahm Dr. Feltes unsere Gruppe und stellte uns Bilder von Hieronymus Bosch, Pieter Breughel und Caspar David Friedrich vor. Wir versuchten, in die Gedankenwelt der Künstler in der damaligen Zeit einzutauchen, mit Hilfe von Detailbetrachtungen die tiefere Bedeutung in den Gemälden zu finden und Vergleiche mit unserer heutigen Welt anzustellen.

Der vierte Tag

Der Samstagvormittag gehörte den Ärzten Dr. Norbert Naber und Dr. Paul Meyer, die zu dem Thema „GESUNDER GEIST IM GESUNDEN KÖRPER – GESUNDHEITLICHE FRAGEN FÜR MENSCHEN IN DER DRITTEN LEBENSPHASE“ referierten. Es gab eine Menge Informationen und Hinweise, anhand welcher Symptome man bestimmte altersbedingte Erkrankungen erkennen und natürlich, wie man dem vorbeugen kann.

Am Nachmittag stand ein Ausflug in das Museumsdorf Cloppenburg auf dem Programm. Bei einer Führung bekamen wir einen kleinen Einblick in die Kultur- und Alltagsgeschichte in Niedersachsen. Die Region um Cloppenburg wurde durch die Landwirtschaft geprägt, was für die Masse der Bevölkerung in den letzten Jahrhunderten, sogar noch bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts ein sehr hartes und entbehrungsreiches Leben bedeutete.

Der Abend begann mit einer Eucharistiefeier mit dem Katholischen Leitenden Militärdekan Hannover, Heinz-Peter Miebach, bevor wir uns zum Spargelessen im Restaurant „Jagdhaus Bührener Tannen“ einfanden. Dekan Miebach, der gera-

de aus Afghanistan zurückgekehrt war, begleitete uns und erzählte sehr eindrucksvoll von seinem Besuch bei den deutschen Soldaten in Kundus.

Der fünfte und letzte Tag

Unser letzter Seminartag begann mit „DAS RAD DES LEBENS – REFLEXION DES SEMINARVERLAUFS“ mit Dr. Feltes. Die Gruppe war einhellig der Meinung, sehr interessante und aufschlussreiche Tage erlebt zu haben. Wir haben erkannt, wie wichtig es ist, sich frühzeitig mit dem Thema der Pensionierung zu beschäftigen. Dazu gehört auch, Ängste und Sorgen zu formulieren und gemeinsam mit dem Partner aufzuarbeiten. Die Männer, die aus verschiedenen Gründen ohne ihre Partnerinnen am Seminar teilnahmen, haben dies im Nachhinein bedauert. Die Teilnehmer würden ein „Treffen danach“ begrüßen, um Erfahrungen und Erlebnisse auszutauschen, inwieweit Erwartungen sich erfüllt und Befürchtungen sich vielleicht bestätigt haben.

Das Seminar endete mit einer eindrucksvollen Sonntagsmatinee „ENOCH ARDEN – EINE LITERARISCHE UND MUSIKALISCHE INTERPRETATION EINER ROMANTISCHEN ERZÄHLUNG“ mit Markus von Hagen. Es handelt sich um eine 1864 veröffentlichte Ballade des englischen Dichters Alfred Tennyson, die in deutscher Übersetzung später von Richard Strauss als Melodram vertont wurde.

Abschließend bleibt festzuhalten: Die Teilnahme an diesem Seminar hat sich für uns alle gelohnt. Die Ausgewogenheit zwischen Information und philosophisch-religiöser Thematik sprach uns sehr an. Wir bekamen viele Informationen, die uns in dem neuen Lebensabschnitt hilfreich sein können. Natürlich muss jeder seine individuelle Situation selbst meistern, doch wir fühlten uns gestärkt, um das vor uns Liegende gemeinsam zu bewältigen. □

Die Seminare der GKS zum 3. Lebensabschnitt sind sehr gefragt und deshalb schnell ausgebucht. Interessenten wenden sich am besten telefonisch oder per Email an den Bundesgeschäftsführer in Berlin, Tel: 030-20619990, Email: gks.berlin@t-online.de. Die nächsten Termine sind auf Seite 119 zu finden.

BRUNSSUM / NIEDERLANDE

GKS- und Messdiener – Jugendzeltlager

Am Freitag, den 11. Juni 2004, trafen sich sieben Väter und 25 Kinder um zusammen ein Wochenende zu verbringen. Nachdem die Zelte aufgebaut waren, wurde gegrillt und den Müttern die Gelegenheit gegeben, sich von ihren Kindern für ein Wochenende zu verabschieden. Noch ahnte niemand, dass die Mütter noch öfter kommen mussten, um trockene Kleidung für die Kinder nachzuführen.

Am Samstag nach dem Frühstück brach die Gruppe auf, um in Jülich den Brückenkopfpark zu erkunden. Dort wurde, nach einer kurzen Einführung und Einblick in die Lebensweise und die besonderen Fähigkeiten der Spinnen, mit Sprühflaschen und Lupen ausgerüstet, in einem abwechslungsreichen Gelände nach Spinnen und ihren Netzen gesucht. Im Anschluss daran berichteten die Kinder, wo sie Spinnennetze gefunden hatten, von welcher Form und Größe sie waren, ob Beute im Netz

war und ob sie die Spinne gesehen hatten.

Auf der Rückfahrt zum Zeltplatz wurde noch der Tagebau in Hambach besucht. Nicht nur die Kinder waren von der Größe der Bagger und dem gewaltigen Loch, das diese in den Boden gegraben hatten, beeindruckt.

Um 17 Uhr fand dann ein Feldgottesdienst mit Militärdekan Simon statt, der extra aus Berlin angereist war. Auch die Messe wurde, wie schon den ganzen Tag über, von einem Schauer Regen unterbrochen.

Nach der Nachtwanderung und einer anschließenden warmen Dusche endete ein schöner aber anstrengender Tag, nicht nur für die Kinder.

Am Sonntag nach dem Frühstück wurden die Zelte, wie sollte es auch anders sein, im Regen abgebaut. Trotz des schlechten Wetters war es besonders für die Kinder ein unvergessliches Wochenende.

(Text und Fotos Willi Wallmeier)



GKS-KREIS AMBERG/KÜMMERSBRUCK:

Johannisfeuer, eine Bereicherung für Körper und Geist

Ein schlichtes Feuer zu Ehren Johannes des Täufers, dessen Namenstag bekanntlich am 24. Juni gefeiert wird, entzündeten die Mitglieder und Gäste der GKS, Kreis Amberg/Kümmersbruck im Garten des Offiziersheims in der Leopoldkaserne in Amberg. Die Angehörigen von Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz waren durch die Familienbetreuungsstelle dazu eingeladen worden und bereicherten die Veranstaltung mit ihrer Teilnahme.

Zur Einstimmung und körperlichen Stärkung grillte das Personal der OHG saftige Steaks und leckere Bratwürste und schenkte Getränke aus. Wer wollte, konnte sich auch selbst mitgebrachtes Grillgut zubereiten.

Dabei kam man ins Gespräch und es bildete sich alsbald ein geselliger Kreis um die vorbereitete Feuerstelle. Mit einsetzender Dämmerung und zunehmend sinkender Temperatur wurde das Johannisfeuer

entzündet und verbreitete bald wohlige Wärme.

In Ermangelung des geistlichen Beirats des GKS-Kreises, Militärpfarrer Paul Hauser, der sich zz. im Auslandseinsatz im Kosovo befindet, trug Pfarrhelfer Hubertus Reimelt mit einigen Teilnehmern Gedanken zum Brauch des Johannisfeuers vor und erbat Gottes Segen für die Veranstaltung.

Nach diesem besinnlichen Teil des Abends schnitzten sich die anwesenden Kinder zum Teil unter Mithilfe der Erwachsenen lange Stöcke. Darauf wurde Wurst oder Brot gesteckt und am Johannisfeuer mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen geröstet.

Die Erwachsenen formierten sich derweil zu einem Singkreis um das Feuer und ließen nach anfänglicher Skepsis mit Begeisterung die verschiedensten Melodien erklingen.

Durch die Abendkühle, die allmählich ermüdenden Kinder und



auch durch die laufende Fernsehübertragung eines Fußball-Europapokalspiels lichtete sich der Kreis nach und nach.

Der harmonische Abend fand sein Ende mit der geäußerten Hoffnung auf eine Wiederholung auch im nächsten Jahr.

(Text und Fotos Anton Schill)



Militärdekan a.D. Prälat Alfons Mappes starb am 6. August 2004 im 85. Lebensjahr

GKS und AMI gedenken ihres ersten Geistlichen Beirats in Dankbarkeit

Prälat Alfons Mappes, Militärpfarrer und Militärdekan der ersten Stunde, ist am 6. August 2004 für immer heimgegangen – nach dem er wenige Monate zuvor von Mainz an seinen Geburtsort Frankenthal in der Pfalz zurückgekehrt war.

Das nebenstehende Foto zeigt Prälat Mappes am 12. März 2004 während des Symposiums „50 Jahre Militärseelsorge in der Bundeswehr“ in der katholischen Akademie in Berlin im Gespräch mit Militärdekan a.D. Prälat Walter Theis, seinem „Enkel“ als Geistlichem Beirat der GKS.

Wer war Alfons Mappes?

Wenn man Kameraden und andere Menschen fragt, die ihm in seinem langen Leben begegnet sind oder mit ihm zu tun hatten, hört man immer die gleiche Antwort: „Ein begnadeter Seelsorger, ein Mann, der sich bis zum Letzten für seinen Glauben und seine Kirche einsetzte – in der Militärseelsorge, in der internationalen Seelsorge, in der Weltkirche, an der Basis genau so wie in der Stabsarbeit, in Gemeinden wie auf nationaler und internationaler Ebene“.

Verfolgt man seinen Lebensweg, besonders den als Militärgeistlicher, dann sieht man diese Grundaussagen im Detail und im täglichen Leben immer wieder bestätigt.

Geboren am 8. September 1918 in Frankenthal/Pfalz begann Alfons Mappes nach dem Abitur mit dem Studium der Philosophie und Theologie zuerst in Eichstätt. Doch musste er dann nach den damaligen Gesetzen seine Zeit im Reichsarbeitsdienst absolvieren. Der anschließende Wehrdienst ging in den Kriegsdienst über. Da er noch keine Weihen erhalten hatte, kam eine Freistellung nicht in Frage. Während seiner Zeit bei der Wehrmacht wurde er Leutnant der Reserve. Auf Grund glücklicher Umstände wurde er nach dem Krieg frühzeitig aus der Gefangenschaft entlassen und konnte sein Studium in München fortsetzen. 1948 wurde er in Speyer von seinem damaligen Bischof, dem späteren Erzbischof von München und Freising, Josef Kardinal Wendel, zum Priester geweiht.

Nach Jahren als „Hilfspriester“ im Norden der Diözese Speyer übernahm er eine Pfarrei in Oberndorf - Nordpfalz. Hier fragte ihn im Okto-

ber 1954 der damalige Prälat Georg Werthmann, der von 1936-45 Feld-Generalvikar gewesen war und nun die Schaffung einer Militärseelsorge für die noch zu gründende Bundeswehr mit vorbereitete, ob er für eine Aufgabe als Seelsorger unter Soldaten bereit sei. Nach einigem Zögern sagte Alfons Mappes auf eine offizielle Anfrage der „Verwaltungsstelle für die katholische Militärseelsorge“ – „Ja“. Dies fiel ihm wohl leichter, weil sein Bischof aus Speyer im Jahr 1956 der erste katholische Militärbischof geworden war – und dieser den Prälaten Werthmann zu seinem Generalvikar bestellt hatte.

Das war der Anfang einer langen Reise durch die Militärseelsorge, zuerst als Standortpfarrer national und international, dann als Militärdekan im Katholischen Militärbischofsamt, und zuletzt als Wehrbereichsdekan IV in Mainz bis 1981.

Militärdekan Mappes war der erste Geistliche Beirat des Königsteiner Offizierkreises (KOK) und der aus ihm hervorgegangenen Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Von Anfang an setzte er sich für die Mitarbeit der Laien auf allen Ebenen ein – denn er nahm die Laien und ihr Engagement ernst und wusste, dass Kirche ohne Laienmitarbeit nur schwer weiter arbeiten könnte – und heute noch kann. Ebenso wichtig war ihm die internationale Zusammenarbeit in der Militärseelsorge und in deren Laienarbeit. Von Anfang an unterstützte und förderte er die Arbeit des Apostolat Militaire International (AMI), das in seiner Zeit gegründet wurde und zu dem er, mit voller Unterstützung des damaligen Militärgeneralvikars Dr. Martin Gritz, eine sehr erfolgreiche Verbindung pflegte.

Auf Mappes Initiative hin regte Dr. Gritz während der Internationalen Soldatenwallfahrt im Heiligen Jahr 1975 nach Rom und der gleichzeitigen AMI-Konferenz an, den Weltfriedenstag des Hl. Vaters international zu feiern – heute in vielen AMI-Ländern eine Selbstverständlichkeit.

Schon 1980 hatte Prälat Mappes zusätzlich zu seiner Tätigkeit als Wehrbereichsdekan IV in Mainz die Leitung der „Zentralstelle Weltkirche“ der Deutschen Bischofskonferenz in Bonn übernommen. Die damit verbundenen Reisen weltweit kamen seinem Anliegen „Weltkirche“ sehr gelegen – aber er verstand Weltkirche immer als „weltweite Gemeinde“. So übernahm er noch bis in die letzte Zeit immer wieder über die Weihnachtszeit Gemeindearbeit in dieser Weltkirche, zumeist in Afrika, wo er Splittergruppen deutscher Entwicklungshelfer, Botschaftsangehörige, Techniker und viele andere besuchte und betreute. 1992 ging er in die USA, um dort die strukturellen und kirchenrechtlichen Grundlagen für eine deutschsprachige katholische Mission zu legen.

Seit 1994 war Alfons Mappes wieder in seinem Heimatbistum Mainz als Seelsorger tätig. 2003 zog es ihn in seine Heimatstadt Frankenthal zurück.

Zumindest drei Schwerpunkte kennzeichnen Prälat Alfons Mappes und seinen Lebenslauf:

- sein unermüdlicher Einsatz als Seelsorger,
- seine hohe Belastbarkeit und dennoch Ruhe und Gelassenheit bei allen Arbeiten und Tätigkeiten,
- sein Organisations- und Improvisationstalent.

"Brief-Pastoral" verlangt Handarbeit. Militärpfarrer Alfons Mappes konnte zu Beginn seines Dienstes nicht auf die Unterstützung durch einen Pfarrhelfer rechnen. (Foto von 1957, Archiv KMBA)

Er brauchte eine stille Ecke, eine Schreibmaschine und ein paar Bogen Papier, dann war sein Pfarrbüro arbeitsfähig – ob in Uetersen, in Washington oder irgendwo in Afrika. Durch sein natürliches Talent, auf Menschen zuzugehen, fand er, ohne auf dienstliche Zuweisungen warten zu müssen, immer neue engagierte Mitarbeiter. Hier ist ein Grund zu sehen, weshalb Alfons Mappes sich – noch vor dem Konzil – für die gleichberechtigte Mitarbeit der Laien so vehement einsetzte. Seine Tätigkeit im Rahmen von GKS, Räten der Militärseelsorge und AMI gibt dafür ein beredtes Zeugnis.

Liest man in den „Königsteiner Offizierbriefen“ oder im AUFTRAG nach, entdeckt man eine weitere Seite: Seine Predigten haben einen zu Herzen gehenden, den Menschen (be)rührenden Tiefgang und bleiben doch immer einfach und verständlich. Ein Satz in seiner Meditation



„Unser Tod“ von 1968 in Rom gilt gerade heute „Darum ist in ihm (Christus) die Macht auch unseres Todes gebrochen“.

Seine Soldaten lohten den Einsatz ihres Prälaten Mappes mit großer Treue. Bei seiner Verabschiedung aus der Militärseelsorge im September 1981 in St. Rabanus in Mainz konnte die große Kirche die Zahl der Gläubigen kaum fassen. Unter der Hand wurde behauptet, die Luftwaffe sei an diesem Tag nicht mehr einsatzbereit gewesen, weil sie nach Mainz gekommen sei, um Dekan Mappes zu verabschieden.

Bezeichnend ist auch, dass die Kollekte für den Bau der Kirche St. Sebastian in Ouagadougou (Obervolta) bestimmt war.

Vieles wäre noch zu berichten über „unseren“ Prälaten Mappes, der, bis er nicht mehr rauchen durfte, nicht ohne seine schwarze Zigarre zu denken war, auf diese aber in der Fastenzeit sichtbar schweren Herzens verzichtete. Oder über seine vielen Freundschaften mit Militärseelsorgern aus aller Welt. Einer dieser Freunde brachte immer grüne Zigarren von ausgefallener Größe mit. Diese „Torpedos“ hätten ein Nilpferd umbringen können, nicht aber unseren Prälaten Alfons Mappes.

Nun ist er doch von uns gegangen, in eine neue und endgültige Heimat. Wir halten es mit seiner Feststellung von damals in Rom: „Jesus Christus hat den Tod überwunden“. Beten wir für ihn und bitten wir Gott, ihm auch in der neuen Heimat Aufgaben für seinen Tatendrang zu geben – denn ein Alfons Mappes, der nur Halleluja singt, ist für uns nicht vorstellbar und, bei aller Ehrfurcht, auch nicht wünschbar.

*(Helmut Fettweis,
Jürgen Bringmann)*

GKS-KREIS KÖLN-WAHN:

Erster Familiennachmittag des neu gegründeten GKS-Kreises

Noch etwas skeptisch war der Vorsitzende der GKS Wahn, Oberstleutnant Albert Hecht, zu Beginn des ersten Familiennachmittages des neu gegründeten GKS-Kreises Wahn (*Bild u.l.*). Auch wenn die Teilnehmerzahl noch nicht den Möglichkeiten entsprach, haben sich alle Anwesenden über einige gemeinsame Stunden und interessante Gespräche in den Räumlichkeiten des Standort-

pfarrers Wahn in der Luftwaffenkaserne gefreut.

Mit Hilfe der tatkräftigen Unterstützung des katholischen Standortpfarrers Wahn, Pfarrer Küpper, wurde es eine gelungene Veranstaltung (*Mitte*). Der gemeinsame Gottesdienst in der Standortkapelle gab dem Familiennachmittag einen festlichen Rahmen. Im Gottesdienst spielte diesmal das Thema „Segen“ die zentrale Rolle.

Diese beiden Jungen haben allen Grund zur Freude, nachdem sie beim Dosenwerfen die Hauptpreise abgeräumt hatten (*Bild u.r.*). Durch einige zielsichere Würfe war es den beiden gelungen, die Hauptpreise – je einen Modelllastwagen – abzuräumen. Auch für alle anderen Kleinen gab es noch Grund zur Freude.

(Dirk Ponzel)



STANDORT HAMMELBURG:

Ökumenischer Feldgottesdienst in Hammelburg

Zum Abschluss des „8. Tag der Infanterie“ am 2. Juli hielten nach der Kranzniederlegung am Infanteriestein Militärpfarrer Pater Johannes Strobl, ofm (rechts) sowie sein evangelischer Amtsbruder Militärpfarrer Thomas Linder einen Feldgottesdienst hinter dem Stabsgebäude ab. Neben etlichen aktiven Soldaten nahmen auch viele der Besucher des Infanterietages sowie einige ausländische Gäste des „2nd European Infantry Seminars“ teil, das vom 28. Juni bis 1. Juli 2004 an der Infanterieschule in Hammelburg durchgeführt wurde. (Peter M. Pillich)



BEREICH KLMD KIEL/GLÜCKSBURG:

FLensburg: „Das Leben mit einem Schiff vergleichen“

Die Bundesmarine beteiligte sich im August 2004 am Schleswig-Holstein-Tag in Flensburg. Und wo Soldaten sind, hat auch die Militärseelsorge zu sein. Deshalb war es für die Leitenden Militärdekane der Evangelischen und Katholischen Militärseelsorge in der Marine selbstverständlich zu einem ökumenischen Gottesdienst einzuladen. Unter den vielen Menschen die an Bord der „GORCH FOCK“, dem Segelschul-

schiff der Bundesmarine am Lob Gottes teilnehmen befanden sich u.a. der Landtagspräsident Hans-Werner Arens, die stellvertretende Ministerpräsidentin Familienministerin Anne Lütke, der Befehlshaber



Militärdekan Rainer Schadt begann den Gottesdienst mit dem traditionellen Schlagen der Schiffsglocke. In seiner Ansprache wies er darauf hin, dass in vielen Gleichnissen das Leben mit einem Schiff verglichen werde, auf dem man durch die Zeit schwimme. Die großen breiten Rahn gäben Sicherheit, verwiesen aber auch auf das Kreuz, das für Leid und Tod, aber auch für Sieg und Auferstehung stehe.

Die Predigt des Evangelische, Leitende, Militärdekans Klaus Grunwald stand ebenfalls unter einem maritimen Thema: Auf Seekarten seien Wegmarken eingezeichnet. Diese Wegmarken helfen, den richtigen Kurs zu finden und zu halten. Die erste Wegmarke für das Leben eines Christen sei die Taufe. Ihr folgten weitere wichtige Ereignisse wie Kommunion, Konfirmation u.a. bis hin zum Tod. Aber die See gebe auch Freiheit. Freiheit sich zu entscheiden ob man den Wegmarken folgen oder über Umwege zum Ziel kommen wolle.

Begleitet wurde der Gottesdienst vom Gospelchor aus der evangelischen Kirchengemeinde in Eckernförde. Der Einladung zum anschließenden „Kirchencocktail“ folgten alle gerne.

der Flotte Vizeadmiral Wolfgang Nolting und sein Stellvertreter Konteradmiral Gottfried Hoch sowie der Stellvertreter des Befehlshabers im Wehrbereich, Brigadegeneral Hans-Joachim Sachau.



Kiel: Militärseelsorge auf dem ökumenischen Stadtkirchentag in Kiel

Bereits zum vierten Mal fand in Kiel ein ökumenischer Stadtkirchentag statt. Veranstalter waren neben der Kath. Kirche auch die Ev. freikirchliche Gemeinde, Baptisten, die Ev.-Lutherische Kirche, die Ev.-methodistische Kirche und die Heilsarmee. Vom 22.-26. September fanden in Kiel mehr als 90 Veranstaltungen statt.

Auf der Kirchenmeile auf dem Holstenplatz informierten die Verbände und Gemeinden aus Kiel auf fast 60 Ständen. Mit dabei auch die Militärseelsorge mit einem ökumenisch besetzten Stand, auf dem über die Arbeit der Militärseelsorger berichtet wurde. Themen waren die

Einsatzbegleitung durch Militärgeistliche oder auch Berichte über Ferienaktionen der Militärseelsorge und anderer Veranstalter. Teilweise glied sich das Publikum am Stand einem Ehemaligentreffen von Soldaten, die eine Nähe zur Militärseelsorge hatten.

Abschluss war ein ökumenischer Gottesdienst in der Ostseehalle. Rund 4.000 Christen aus Kiel waren der Einladung gefolgt. Vorbereitet von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Kiel wurde in eindrucksvollen Bildern das Lob Gottes verkündet. Die Predigt hielt Erzbischof Dr. Werner Thissen aus Hamburg, in deren Mittelpunkt die Selig-

preisungen der Bergpredigt und die Forderung an die Christen standen, sich mehr für Frieden und Gerechtigkeit einzusetzen.

Im weiteren Verlauf des Gottesdienstes wurde auch die Unterzeichnung der „Carta Oecumenica“ im Jahre 2000 erinnert. Drei Verpflichtungen aus der Carta wurden gelesen und berichtet, wie diese in Kiel umgesetzt werden. Die an ökumenische Stadtkirchentag beteiligten Kirchen setzten schließlich ihre Unterschrift unter diese Carta. Damit wurde ein Zeichen gesetzt, dass auch in Schleswig Holstein die darin vereinbarten Verpflichtungen eingehalten werden sollen.

Arbeitskonferenz beim KLMD Kiel/Glücksburg

Mitte Oktober versammelten sich die Delegierten der Seelsorgebezirksräte und der GKS-Kreise im Dienstaufsichtsbezirk des Kath. Leitenden Militärdekans Kiel und Glücksburg zu ihrer Arbeitskonferenz (AK). Wegen Terminüberschneidungen konnten nur wenige Seelsorgebezirke und auch KLMD Msgr. Rainer Schadt nicht teilnehmen.

Trotz allem kam ein gutes Arbeitsklima zustande und die Delegierten konnten ihrer Aufgabe unter Leitung des Stellvertretenden Moderators Oberstleutnant Ulrich Hagedorn nachkommen. Militärdekan Schadt ließ sich von Militärpfarrer Georg Kaufmann aus Plön vertreten.

Militärpfarrer Kaufmann berichtete, dass als neuer Militärpfarrer Pfarrer Georg Ischler seit 1. Juli die Schnellbootflottille betreut. Bei der Einführung vor ein paar Tagen konnte auch der erste Pfarrer der Flottille, Prälat Heinz-Jochen Justus, der seinen Ruhestand in Parchim verbringt, begrüßt werden.

Es folgten Berichte von der Zentralen Versammlung (ZV) und der Bundeskonferenz der GKS. Dem schlossen sich Beiträge aus den Seelsorgebezirken an, die zeigten, dass es auch im Norden Licht und Schatten gibt. Besonders im Osten des Dienstaufsichtsbereichs ist die Arbeit der Laien nicht so etabliert wie in den übrigen Bereichen. Ferner

waren die Teilnehmer der Meinung, dass die Beteiligung an Veranstaltungen wie Weltfriedenstag u.ä. verbessert werden müsse. Hier sind auch die Seelsorgebezirksräte und Mitarbeiterkreise gefordert, sich an der Werbung für diese Gottesdienste

zu beteiligen. Zusätzlich wurden einige Vorschläge besprochen, die nun in die Tat umgesetzt werden sollen.

Dem Beratungstag schloss sich ein gemütlicher Abend im Kaminraum des Christophorushauses an.

(Text und Fotos: Franz-Josef Hosse)



Der Höhepunkt dieser Arbeitskonferenz – eigentlich aller unserer Veranstaltungen – war aber die Feier der Heiligen Messe am Sonntag. Durch Verfremdung des „Markierungszeichensatzes Kath. Militärseelsorge“ machte der Pfarrer deutlich, dass wir als Christen trotz des Kreuzes eine frohe Botschaft zu verkünden haben. Deshalb stehe es uns gut an, das auch mit einem freundlichen Gesichtsausdruck zu zeigen. Hinweiszeichen auf diese Frohe Botschaft seien Nächstenliebe, Freude bereiten, Helfen, Verzeihen usw. Alle Teilnehmer des Gottesdienstes hatten ihren Hinweis auf einen Pfeil geschrieben, der an der Tafel angebracht, immer auf den Verkünder der Frohen Botschaft zeigte. Ich glaube, von diesem Predigtgespräch konnten alle etwas mitnehmen.

Die in der Öffentlichkeit immer wieder aufflammende Diskussion um die Allgemeine Wehrpflicht in Deutschland veranlasste den Bundesvorsitzenden der GKS am 16. November 2004 die folgende Mitteilung an die Presse herauszugeben. Sie ergänzt das Plädoyer des Sachausschusses „Innere Führung“ zur Wehrpflicht vom September 2004 (s.S. 86):

GKS steht zur Allgemeinen Wehrpflicht

Die Allgemeine Wehrpflicht ist eine der Demokratie angemessene Wehrform. Die Soldaten, die ihrem Land – notfalls unter Einsatz ihres Lebens – dienen, sollen aus der Mitte der Gesellschaft kommen und nach Ableistung ihres Dienstes in ihr ziviles Umfeld zurückkehren. So bleibt die Bundeswehr eine Armee in der Demokratie und für die Demokratie. Grundwehrdienstleistende (GWDL), die nach dem Willen der politisch Verantwortlichen nicht zu Auslandseinsätzen abkommandiert werden, entlasten die Einsatzkräfte im Heimatland und schaffen somit für die „Profis“ die Freiräume, die sie für ihre oft heiklen Friedensmissionen brauchen. – Dies ist für die GKS das Wesentliche der Wehrpflicht. Alle anderen, diese Wehrform begründenden Argumente sind ausgetauscht; sie brauchen nicht wiederholt werden.

Die GKS gibt allerdings zu bedenken, dass die Wehrpflicht ein sensibles Instrument ist, auch deshalb, weil sie einen tiefen Eingriff in die Freiheit eines Bürgers bedeutet; schließlich wird er mit Leib und Leben in die Pflicht genommen, nicht nur über Steuer-Euros.

Deshalb erwartet die GKS, dass Staat und Gesellschaft diejenigen angemessen würdigen und entschädigen, die für die Gesellschaft „nicht nur ihren Kopf hinhalten“: Angemessene Besoldung und Versicherung gegen Dienst- und Einsatzrisiken, umfassende Betreuung und Fürsorge, gerechte Maßstäbe für die Heranziehung zum Wehrdienst. Die Zahl der Grundwehrdienstleistenden darf, um der Gerechtigkeit willen, nicht beliebig reduziert werden, weil sonst die die Wehrpflicht nicht mehr „Allgemein“ ist. Im Übrigen ist politisch darüber zu befinden, ob nicht gerechterweise auch junge Frauen zum Wehrdienst herangezogen werden müssen. Aus Sicht der GKS böte ein optimierter (und ausgebauter) Heimatschutz gute Möglichkeiten, GWDL im Sinne der Allgemeinen Wehrpflicht einzusetzen, denn dazu sind Wehrpflichtige eigentlich da.

Auch wenn bei Auslandseinsätzen nach politischer Entscheidung nur Freiwillige teilnehmen, so sollte die Politik bedenken, dass eine Truppe aus Freiwilligen nicht anders zu betrachten ist als eine mit Wehrpflichtigen. Bei beiden Gruppen handelt es sich um Menschen(!) im Dienst ihres Vaterlandes, die Voraussetzungen für den Frieden in ei-

ner fremden Region schaffen (wollen). Der Dienstherr sollte aber bedenken, dass Soldaten zwar einen militärischen Konflikt beenden und sich am Aufbau einer Zivilgesellschaft beteiligen können; sie können jedoch nicht die Probleme lösen, welche die eigentlich politisch Verantwortlichen verdrängen oder auf „die lange Bank schieben“ (Kosovo, Irak, ...). Soldaten dürfen nicht als Lückenbüller missbraucht werden. Wegen verschleppter politischer Entscheidungen Zeit zu schinden bedeutet umgekehrt, sie den Soldaten wie den Streitkräften zu stehlen und Steuergelder dem Haushalt wie der Gesellschaft zu entziehen.

Was lehrt uns das:

Für Friedenseinsätze bedarf es – man kann es nicht oft genug betonen – einer hinreichenden politischen Begründung, klarer Ziele auf einer Zeitschiene, einer ethischen Rechtfertigung und – grundsätzlich – eines völkerrechtlichen Mandats. Und noch etwas ist für den Soldaten eines demokratischen Rechtsstaates unerlässlich: der Rückhalt in der Gesellschaft!

(Helmut Jermer,

Pressesprecher der GKS)

49. GESAMTKONFERENZ DER HAUPTAMTLICHEN KATHOLISCHEN MILITÄRGEISTLICHEN UND PASTORALREFERENTEN/PASTORALREFERENTINNE VOM 18. – 22. OKTOBER 2004:

„Die Feier der Eucharistie im Leben der Kirche“ und „Der Dienst des Heiligen Stuhles am Frieden“

Ausgehend von der Transformation der Bundeswehr als einem beständigen Prozess der Veränderung und der Erneuerung spricht Militärgeneralvikar Walter Wakenhut in seinem Bericht zur Lage einige wichtige für die Militärseelsorge bedeutsame Themen an. Er hebt das Engagement der ehrenamtlich in der Militärseelsorge tätigen Soldatinnen und Soldaten hervor und erinnert daran, dass deren Mitarbeit nicht selbstverständlich, sondern nur unter einem großen, oft zusätzlichen Einsatz von Zeit und Mühe möglich ist. Sie stellen die Basis allen seelsorgerlichen Tuns dar. Eine wesentliche Hilfe

in der Arbeit der Militärseelsorger ist dabei die neue Weisung des Generalinspektors für die Zusammenarbeit mit den Angehörigen der Militärseelsorge vom Dezember vergangenen Jahres. In dieser werden die militärischen Vorgesetzten auf die Bedeutung der Seelsorge in der Bundeswehr hingewiesen und an ihre Verantwortung bei der Umsetzung des militärseelsorgerlichen Auftrags erinnert und darauf verpflichtet. Der Generalinspekteur verweist auch auf den Lebenskundlichen Unterricht, der einen wichtigen Beitrag für die Persönlichkeitsbildung der Soldatinnen und Soldaten leistet, und den die Militärseelsorger

BEREICH KLMD KOBLENZ:

Durch starken Rückhalt im Glauben für Wahrheit und Freiheit eintreten

Gerne war der im Februar 2004 neu geweihte Trierer Weihbischof Jörg Michael Peters der Einladung von Militärdekan Monsignore Carl Ursprung, Katholischer Leiter der Militärdekan Koblenz, gefolgt, in Koblenz bei der Bundeswehr der Truppe einen Besuch abzustatten. Koblenz gehört zum Visitationsbezirk von Weihbischof Peters. So konnte er sich vor Ort über die Arbeit und die Situation der Soldaten am Standort Koblenz informieren.

Nach Begrüßung durch Militärdekan Ursprung und einem kurzen Besuch auf der Dienststelle des Katholischen Leitenden Militärdekans Koblenz, hielt Weihbischof Peters mit den Soldaten der Falckenstein-Kaserne im Gemeindezentrum St. Gabriel eine Morgenandacht. In seiner Ansprache, die zum Kernthema die Frage nach dem Sinn des Lebens und der Zukunft des Menschen hatte, sagte der Bischof: „Der Dienst als Soldatin und Soldat, in dem Sie gefordert sind für die Sicherung und den Erhalt des Friedens einzustehen, führt Sie nicht selten in Situationen, in denen es ganz wichtig ist, einen starken Rückhalt im Glauben zu haben, um dann umso entschiedener für die Wahrheit und die Freiheit einzutreten.“ Anschließend hatten die Teilnehmer der Morgenandacht Gelegenheit zum Gespräch mit dem Bischof.

Brigadegeneral Bruno Kasdorf, Chef des Stabes Heeresführungskommando, nutzte die Gelegenheit, Weihbischof Peters in seinem Dienstzimmer zu einem Informationsgespräch zu empfangen.

Soldaten des OpInfoBtl 950 informierten Weihbischof Peters bei einem Rundgang durch die Falckenstein-Kaserne über ihre Arbeit vor Ort und während Einsätzen in Krisengebieten.

Im Bundeswehrzentral Krankenhaus Koblenz (BwZk) begrüßten Militärpfarrer Eberhard Gambietz, Katholischer Standortpfarrer am BwZk und Oberstarzt Dr. Christoph Veit, Chefarzt des BwZk, Weihbischof Peters. Der Bischof nutzte die Gelegenheit, bei einem Mittagessen im Offiziersheim des BwZk mit den Seelsorgern und Mitarbeitern der Katholischen Militärseelsorge ins Gespräch zu kommen und Einzelheiten über die Arbeit der Katholischen Militärseelsorge zu erfahren.

Begleitet von Militärpfarrer Eberhard Gambietz, Pastoralreferentin Mechthild Peters und Oberstarzt



Besuch von Weihbischof Jörg Michael Peters (Bistum Trier) am 13. Oktober 2004 im Bundeswehrzentral-Krankenhaus Koblenz; v.l.n.r.: Militärpfarrer Eberhard Gambietz, Militärdekan Carl Ursprung, Weihbischof Jörg Michael Peters, Oberstarzt Dr. Christoph Veit. (Foto: Andreas Weidner)

Dr. Christoph Veit besuchte Weihbischof Peters Soldaten auf den Krankenstationen des BwZk.

Beim Abschied dankte Oberstarzt Dr. Veit, dass die Katholische Kirche durch die ständige Präsenz der Militärseelsorge im BwZk sich der seelsorgerlichen Betreuung der erkrankten Soldaten und deren Familienangehörigen annahme; ebenso würdigte er den Besuch des Weihbischofs als kräftiges Zeichen der Verbundenheit. (Jürgen Strohe)

als besonders qualifizierte Lehrkräfte erteilen. Unter dem Vorzeichen eines zur Zeit geltenden Einstellungsstopps für Zivilpersonal im Bereich des Verteidigungsministeriums und des Mangels an geistlichen Berufen in der Katholischen Kirche stellt sich die Personallage in der Katholischen Militärseelsorge als äußerst bedenklich dar. Die Kirchen müssen vom Staat einfordern, was sie für eine fruchtbringende, sinnvolle Seelsorge brauchen. Die Forderungen, die einmal aus einem ausgesprochenem Wunsch entstanden sind, müssen nun begründet werden. Im Hinblick auf die Transformation der Bundeswehr, ihrer neuen Aufgaben und Aufträge, ist die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Militärseelsorger von höchster Bedeutung. Eine profunde Sprachausbildung, eine gute theologische Fundierung und auch körperliche Fitness gehören zur Grundausrüstung eines jeden. Schließlich macht Wakenhut noch einige kurze Anmerkungen zu dem Gebetbüchlein „Gemeinsam vor Gott – Gebete aus Judentum, Christentum und Islam“. In diesem Zusammenhang

erinnert er an die Handreichung der Deutschen Bischöfe „Leitlinien für multireligiöse Feiern von Christen, Juden und Muslimen“. (Pressestelle KMBA)

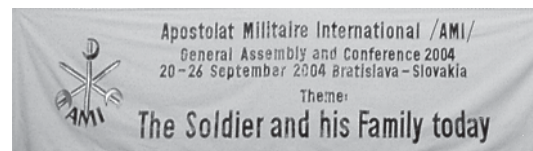
Über die Gesamtkonferenz berichtet AUFTRAG in Heft 257/2005

KURZ BERICHTET:

Elternwerk der Katholischen Militärseelsorge e.V. aufgelöst

Nachdem alle Kindergärten in andere Trägerschaften abgegeben worden sind, hat sich das Elternwerk der Katholischen Militärseelsorge e.V. durch Beschluss der Mitgliederversammlung mit Wirkung vom 27. Oktober 2004 aufgelöst. Die Kindergärten mussten abgegeben werden, weil die Nutzung durch Soldatenkinder während der letzten Jahre nur noch bei 5% lag. Vorsitzender des Elternwerkes war Ministerialrat a. D. Dr. Hans Achim Groß, der dieses Amt seit 1986 inne hatte. (Pressestelle KMBA)

„Der Soldat und seine Familie heute“



„Der Soldat und seine Familie heute“ lautete das Thema der diesjährigen Generalversammlung des Apostolat Militaire International. Sie fand vom 20. bis 26. September im Bratislava in der Slowakei statt. Oberst i.G. Reinhard Kloss, Vorsitzender des Internationalen Sachausschusses der GKS und Leiter der deutschen Delegation bei der AMI-Konferenz stellte die heutige Situation und die Problemen von Soldatenfamilien in der Bundeswehr dar und setzte sie in Bezug auf die Hilfen, welche Streitkräfte und Militärseelsorge hierzulande anbieten.

In einem weiteren Beitrag berichten die beiden Betreuerinnen einer Gruppe von Deutschen Kindern, die im Sommer im österreichischen Kärnten an einem einwöchigen Kinderferienlager teilgenommen haben, von ihren Eindrücken. Sie gaben ihrer Schilderung die Überschrift „Die erste Woche der Begegnung“ (S. 115) – nicht zu verwechseln mit der alljährlichen Woche der Begegnung, welche die organisierten Laien in der Katholischen Militärseelsorge in diesem Jahr in Lingen zum 44. Mal durchgeführt haben (S. 4-49) in diesem AUFTRAG).

Situation und Probleme von Soldatenfamilien heute

Welche Hilfe bieten die Streitkräfte und die Militärseelsorge? Was erwarten wir?

REINHARD KLOSS

Die Familie ist die Keimzelle einer wertegebundenen Gesellschaft. So werden Familien in Deutschland, auch heute noch, als eine unverzichtbare Grundform des menschlichen Lebens und Zusammenlebens erkannt und ersehnt.

Ungeachtet dessen haben sich die Formen des menschlichen Zusammenlebens in Deutschland weiter entwickelt und beinhalten heute nicht nur die klassische Kleinfamilie, bestehend aus den beiden Ehepartnern und ihren Kindern, sondern eine Vielzahl von Variationen.

Dabei stellen heute uneheliche Partnerschaften, Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder verschiedener Geschlechter oder sogenannte Homoeen die gleichen Ansprüche an Staat, Gesellschaft, Streitkräfte und die Militärseelsorge, wie die „klassische Familie“ oder die neu entstandene „Patchwork“-Familie, in der sich getrennte Teile der klassischen Familien zusammengefunden haben.

Die besondere Situation für Familien, die der Soldatenberuf mit

sich bringt, trifft damit alle beschriebenen Gemeinschaften gleichermaßen. Offen bleibt die Frage, in wie weit tatsächlich alle den gleichen Schutz und die gleiche Fürsorge durch Kirche und Staat erhalten sollen oder müssen.

Bis vor kurzem galten in Deutschland alle gewährten Vergünstigungen staatlicher sowie kirchlicher Art nur der klassischen Kleinfamilie. Inzwischen ist ein Wandel eingetreten und verschiedene staatliche, aber auch streitkräftespezifische Unterstützungsleistungen, auf die ich im Folgenden noch näher eingehen werde, kommen inzwischen auch den anderen Lebensgemeinschaften zu Gute.

Ungeachtet dessen möchte ich mich im Folgenden jedoch auf die Beschreibung der Situation einer „klassischen Kleinfamilie“ und deren Bedürfnisse und Erwartungen beschränken.

In der heutigen Zeit ist das Leben einer Soldatenfamilie in Deutschland dadurch geprägt, dass vielfach beide Ehepartner arbeiten. Die Gründe

sind vielseitig, doch oft ist es alleine deshalb notwendig, insbesondere bei den niedrigen Dienstgraden, um den Lebensunterhalt zu verdienen. Aber auch der Drang zur Selbstverwirklichung lässt den Partner eines Soldaten heute ein Arbeitsverhältnis eingehen. Und entgegen der bei seiner Polenreise im Juni 1997 von Papst Johannes Paul II. geäußerten Überzeugung, dass „Eltern vor allem das Recht und die Verpflichtung haben, ihre Kinder in Übereinstimmung mit ihren Überzeugungen zu erziehen, werden daraus resultierende Defizite in der Kindererziehung den Kindergärten und Schulen übertragen, in der Hoffnung, dass diese es richten. Die Aufforderung des Papstes „Tretet dieses Recht niemals den Institutionen ab“ wird so aus verschiedensten Gründen ignoriert. An dieser Stelle aber bereits richten zu wollen und zu folgern, dass der Stellenwert der Familie oder die Verantwortung gegenüber den Kindern in Deutschland zurückgegangen ist, wäre falsch. Sehr häufig ergeben sich die geschilderten Probleme aus der besondere Lage oder Not einer Soldatenfamilie heraus, deren Rahmenbedingungen sich auch in Deutschland gegenüber dem zivilen Umfeld vielfach schlechter darstellen.

Die Situation einer deutschen Soldatenfamilie ist heute gekennzeichnet durch große Unsicherheiten auf Grund der Umstrukturierung der Streitkräfte. Kaum einer weiß, ob sein Standort in 2 oder 3 Jahren noch existiert. Daneben prägen Einsätze und Lehrgangsabwesenheiten das Familienleben. In der Folge ziehen immer weniger Soldatenfamilien um und der Soldat ist zum Pendeln gezwungen, d.h. Familienleben findet, wenn überhaupt, nur noch am Wochenende statt. Von den Offizieren, der Personengruppe, die häufig versetzt werden, sind somit im vergangenen Jahr nur 20 % mit ihren Familien umgezogen, d.h. 80 % sind unter der Woche nicht bei ihren Familien präsent.

Während eines Einsatzes leiden die Familien häufig unter den

schlechten und falschen Informationen, die über Medien oder Dritte an sie herangetragen werden und die die Situation ihrer Familienangehörigen vor Ort deutlich gefährlicher oder negativer schildern, als sich diese tatsächlich darstellt.

Daneben ist das Image, das Bild des Soldaten in der Öffentlichkeit, entgegen dem Ansehen was die Bundeswehr als Organisation genießt, nicht besser geworden. Man hat den Eindruck, dass die Identifikation der Bevölkerung mit den Soldaten abnimmt und falls es tatsächlich zu einer Abschaffung oder Aussetzung der Wehrpflicht kommen sollte, dieses noch schlechter wird.

All dies macht das Leben für eine Soldatenfamilie und insbesondere für deren Kinder nicht einfacher und erfordert alle Anstrengungen sowohl von Seiten der Bundeswehr, als auch der Militärseelsorge, um hier zu unterstützen. Glücklicherweise haben alle erkannt, Staat und Militärseelsorge, dass sich auf diesem Feld der Einsatz lohnt, wenn auch aus unterschiedlichsten Motivationen heraus. So merkt der Staat bzw. die Bundeswehr, dass sie nur dann konkurrenzfähig bleiben kann im Kampf um den Nachwuchs, wenn sie die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert. Die Militärseelsorge hat unter den geschilderten Rahmenbedingungen die Familienseelsorge, neben der seelsorgerischen Betreuung der Soldaten im Einsatz und der Erteilung von Lebenskundlichem Unterricht, zum Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht.

Neben Staat und Militärseelsorge leisten jedoch auch aktive Laien einen herausragenden Beitrag zur Unterstützung von Soldatenfamilien, insbesondere dort, wo sich ein Teil der Familie im Einsatz befindet und der andere Teil mit seinen Nöten und Sorgen alleine scheint.

Was wird für die Familien getan?

In den Streitkräften hat ein Sinneswandel stattgefunden und unter dem neuen Begriff der „familienorientierten Personalpolitik (FOPP)“ sind bereits erste Erfolge für die Familien zu verzeichnen.

So wurde durch die Möglichkeit, auf einem Dienstposten, an einem Dienstort bis zum Enddienstgrad befördert zu werden, für die Unteroffi-

ziere die Versetzungshäufigkeit deutlich reduziert.

Daneben ist inzwischen gesetzlich geregelt, dass auch bei der Bundeswehr, neben Elternzeit und Betreuungsurlaub, Teilzeitarbeit (innerhalb der ersten 12 Dienstjahre) auf vielen Dienstposten möglich ist. Die Einsatzdauer wurde von sechs Monaten auf vier Monate reduziert, womit eine Forderung, die auch die Militärseelsorge unterstützt hat, erfüllt wurde. Neben all diesen, inzwischen gesetzlich geregelten Verbesserungen wurde und wird derzeit von der Bundeswehr eine Familienbetreuungsorganisation aufgebaut, deren Kernstück die 31 über die Fläche Deutschlands verteilten Familienbetreuungscentren sind. Diese Zentren sollen die Funktion einer Drehscheibe übernehmen und eine Reihe weitere Kooperationspartner, wie die Militärseelsorge oder die Unterstützung durch Laien, einbinden. Die Betreuungszentren sind mit hauptamtlichem Personal besetzt und sollen zukünftig die Soldaten und ihre Familien nicht nur während des Einsatzes, sondern bei allen Belangen, wie Umzug, Schule etc unter dem Motto: „Information – Beratung – Betreuung – tätige Lebenshilfe“ unterstützen. Ihre Aufgaben und Funktionen stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

- sie stellen den Kontakt zwischen den Angehörigen her;
- sie geben jederzeit Auskunft über die aktuelle Lage im Einsatzland;
- sie führen Informationsveranstaltungen über die Situation des Einsatzverbandes durch;
- sie sind rund um die Uhr erreichbar (Betreuungstelefon);
- sie sind vertrauliche Ansprech- und Gesprächspartner;
- sie bieten fachkundige Beratung und aktive Hilfe in allen versorgungsrechtlichen Fragen an;
- sie können in Ausnahmefällen einen sofortigen Kontakt zum Partner im Einsatz herstellen;
- sie helfen aber auch bei Behörden-gängen, Versicherungsfragen und Verwaltungsangelegenheiten;
- sie unterstützen bei Arbeitssuche, Auswahl und Suche von Schulen und Kindergärten sowie bei der Wohnungssuche.

Und all dies zukünftig nicht nur für die Familien der Einsatzkontin-

gente, sondern für alle Soldaten, die versetzt werden oder sich bereits am Standort in der Nähe eines Betreuungszentrums befinden.

Der Schulterschluss zwischen den Streitkräften und der Militärseelsorge wird nicht nur im Einsatz deutlich, sondern so bereits im normalen Tagesdienst, wo beide zur Unterstützung der Soldatenfamilien am gleichen Strang ziehen.

Neben den, in Zusammenarbeit mit den Streitkräften durchgeführten Maßnahmen und betriebenen Unterstützungseinrichtungen, betreibt die Militärseelsorge eine enge Kooperation mit dem Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft an der Universität unseres Militärbischofs. Schwerpunkt dieser Kooperation ist die aktive Hilfe und Unterstützung bei den sogenannten „Fernbeziehungen“, von denen Soldaten aus den verschiedensten Gründen, wie anfangs erwähnt, besonders stark betroffen sind. So werden in diesem Rahmen Intensivveranstaltungen, meist als Familienwochenenden, durchgeführt, zur verbesserten Vorbereitung, Begleitung und Rückkehr nach längeren Trennungen. Außerdem bietet die Militärseelsorge jedes Jahr im Rahmen ihrer Aktion „Familienferien“ 205 Familien preiswerte Urlaubsmöglichkeiten von der Ostsee bis zu den Alpen an.

Ergänzt wird das aufgezeigte Angebot durch die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS), die sich der außerdienstlichen Freizeitbetreuung der Soldaten und ihrer Familienangehörigen widmet. Sie tut dies durch das Angebot von Soldatenfreizeitheimen und in Form einer offenen Betreuung. Mütter, Ehefrauen, Kinder, Freundinnen und Freunde von Soldaten werden in Zusammenarbeit mit der Militärseelsorge und den Familienbetreuungscentren beraten, informiert und in die Betreuungsarbeit eingebunden. Wesentliche Bestandteile dieser Arbeit sind Weiterbildungsseminare, Hilfe bei Organisation und Gestaltung von Familientreffen, Kinderhorte und Betreuungsfahrten.

Im Zuge der zunehmenden Einsatzbelastungen der Bundeswehr wurde festgestellt, dass die Angehörigen zu Hause besonders unter der langen Trennung von Partnern leiden. Die Sorge um den abwesenden



Der Autor dieses Beitrags, Oberst i.G. Reinhard Kloss, im Gespräch mit der Vorsitzenden der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS e.V. Bonn), MdB Christa Reichard.

Partner, das Gefühl des Alleingelassenseins, der Stress im Alltag, der nun allein bewältigt werden muss – all das führt mitunter zum Gefühl der persönlichen Überforderung. So werden vor diesem Hintergrund Seminare für Angehörige angeboten, bei denen unter fachlicher Anleitung Gespräche über die eigene Situation geführt werden können und ein Erfahrungsaustausch stattfindet.

Was wäre wünschenswert?

Betrachtet man die gesamte Palette der Angebote, die zur Stützung

der Familie, zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf von den verschiedensten Einrichtungen in Deutschland gemacht werden, könnte man schnell auf den Gedanken kommen, dass in Deutschland alles in Ordnung sei.

Dass dem nicht so ist, zeigen die vielen Trennungen bei Soldatenfamilien, die Probleme mit denen immer wieder insbesondere Kinder zu kämpfen haben und das nachlassende Interesse, selbst zu schwierigen wirtschaftlichen Zeiten diesen Beruf als Berufssoldat zu ergreifen.

Angebote von Seiten des Staates, der Kirche oder ziviler Hilfseinrichtungen machen vieles einfacher. Sollten die existierenden Angebote auch noch um ein wünschenswertes

Programm der Kinderbetreuung ergänzt werden, macht dies das Ergreifen des Berufes möglicherweise attraktiver. Zur Stärkung der Familie indes wird dies allein nicht führen.

Um sich auf die Werte der Familie zurückzubessern, reicht es nicht aus, all die Unterstützungsleistungen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern, nur anzunehmen. Um den anfangs zitierten Worten des Papstes gerecht zu werden und um nicht nur ja zu Kindern zu sagen, sondern sie auch in Übereinstimmung mit den eigenen Überzeugungen zu erziehen, gehört mehr dazu. Unsere Soldaten müssen mit ihren Partnern den inneren eigenen Willen dazu aufbringen. Konsumieren allein ist nicht zielführend, denn äußere Hilfe ist nur in dem Maß wirksam, wie die persönliche Bereitschaft zur Veränderung gegeben ist.

Und so möchte ich an dieser Stelle mit einem Appell an alle, Beispiel zu geben und zu überzeugen, dass der Weg pro Familie der richtige ist, schließen. □

Die erste Woche der Begegnung – und alle wollen wieder mit!

In diesem Jahr wurde die Kinderferienaktion der Katholischen Militärpfarre Kärnten zum ersten mal international veranstaltet.

Also machten sich zwei Betreuer und elf Kinder auf den Weg in das wunderschöne Bundesland Kärnten in Österreich.

Wir fuhren mit dem Zug von Köln los und sammelten die Kinder in Stuttgart und München ein. Als wir alle Kinder beisammen hatten, ging es ans Kennenlernen. Die Kinder quasselten wild durcheinander und alle auf uns ein. Sie wollten alles über die nächsten Tage im Ferienlager wissen. Schlafen wir in Zelten, wie ist das Essen und und und ... Doch leider konnten wir nicht eine Frage beantworten, denn auch wir waren aufgeregt und sehr gespannt was uns in Österreich erwarten würde.

Das Einzige, was uns bekannt war, war das Programm: Darauf standen Punkte wie Disko und Karaoke, Besuch im Erlebnisbad, Bootfahren

bei dem Pionierbataillon, verschiedene Workshops, Pferdereiten und vieles mehr.

Wir hatten von München aus vier Stunden Zugfahrt nach Villach. Das war genug Zeit um alles ausreichend durchzusprechen.

Am Bahnhof in Villach wurden wir von zwei Kraftfahren und Oberst Reinhard Kloss abgeholt. Die Kraftfahrer brachten uns heil ins Lager und endlich sahen wir das worauf wir so lange gewartet hatten. Es war eine „gestresste“ Frau, die sich als Betreuungsleitung vorstellte und eine riesengroße Wiese mit 15 Containern, in denen wir schlafen durften.

Unsere Kinder wurden dem Alter entsprechend zu den österreichischen Kindern in die Container aufgeteilt, und dann durften wir alle noch mehr Kinder kennenlernen. So verging die Zeit bis zum Abendessen sehr schnell. Danach kam schon der erste sehr aufregende Programmpunkt.

Die Eröffnungsfeier!

Das Festzelt war gefüllt mit Kindern, Betreuer, Soldaten und einigen Eltern. Jetzt erst wurde uns Größe und Ausmaß dieser Ferienaktion so richtig bewusst. Der erste Kommandant Markus Stomberger hielt für alle eine Willkommensrede, für 107 österreichische Kinder, zwei ungarische, 25 slowenische und unsere elf deutschen Kinder. Das Highlight für die Kinder war, dass jeweils ein Kind jedes Landes die eigene Landesflagge tragen durfte. Die teilnehmenden Nationen waren nicht nur durch die Kinder und Betreuer vertreten, zur Eröffnungsfeier waren noch militärische Vertreter angereist um sich für die Einladung zu bedanken. Zwischendurch sang ein siebenköpfiger Gospelchor, der das ganze Publikum zum Klatschen brachte. Alles in allem eine wunderschöne Feier.

Nach der offiziellen Eröffnung, ging es gleich weiter mit einer Disco. Genau das Richtige um die aufgestaute Power vom Sitzen und Zuhören wieder loszuwerden. So verging der erste Tag.

Das Lagerleben

Sonntag morgen und der Wecker klingelt um 7:30 Uhr für die meisten von uns sehr ungewöhnlich, aber es blieb uns nichts anderes übrig. Frühstück gab es ja schon eine Stunde später. Also warfen wir unsere Kinder (sind natürlich unsere deutschen gemeint) aus dem Bett und jagten sie in dem Waschraum. Nach dem morgendlichen Stress freuten sich alle auf ein schönes Frühstück mit Nutellabrötchen. Wir stellten uns in der Warteschlange an und merkten bald, dass es sonntags nur ein Stück Kuchen gab. Ist zwar auch ganz nett, aber die Enttäuschung war groß.

Der zweite Tag hatte also begonnen, unsere Aufregung jedoch wurde nicht kleiner. Wir trafen uns mit unseren deutschen Kindern und sprachen über die erste Nacht. Alle hatten gut geschlafen, wie sollte es auch anders sein. Wir waren schließlich auch hundemüde gewesen. Jedoch machte sich die zweite Enttäuschung breit. Die Kinder und wir hatten gedacht, dass wir auch in Österreich Betreuer der deutschen Kinder wären, was aber zunächst nicht so sein sollte. Wir machten das Beste daraus und starteten das Programm des Sonntags.

Auf den großen Marwiesen waren Kennenlernspiele mit ganz viel Spaß geplant. Das haben wir sehr gut hinkommen. Nach dem Mittagessen ging es weiter. Der Spieltag endete mit einem schönen Gottesdienst an einer kleinen Soldatenkapelle auf der Wiese.

Der Montag begann noch früher, denn wir sollten zusammen mit der slowenischen und einer kleinen österreichischen Gruppe das Lager verlassen. Der Bus führte uns zum Pionierbataillon an einen Fluss. Dort warteten einige Soldaten in Booten, die uns eine knappe Stunde über den Fluss schippern sollten. Es stellte sich als ein riesiger und nasser Spaß heraus.

Wir waren pünktlich zum Mittagessen zurück und es sollte keine Langeweile aufkommen, denn die Workshops waren vorbereitet. Das aufregendste war Mr. Bean. Mr. Bean ist eine zwei Meter lange Schlange, die alle einmal anfassen durften und sich um den Hals legen konnten (*Foto r.*). Es gab noch Gruppen mit Linedance, Volkstanz und einen Super coolen

Trommler, der den Kindern einigen Rhythmen beibrachte.

Und dann war es soweit. Die ganze Zugfahrt mussten wir es uns anhören. Wie ist es mit der Karaoke, Dürfen wir da auch singen...? Nach dem Abendessen trafen sich alle im Festzelt. Unsere Kinder durften sich Lieder auswählen und singen. Und sie taten es auch. Es war sehr lustig und machte eine Menge Spaß.

Da es mit der Aufteilung der Kinder Probleme gab und sich einige in ihren Containern nicht wohl fühlten, wurde die Unterkunft getauscht. Ab nun gab es einen rein „deutschen“ Container und wir nannten uns „german angels“. So waren wieder die Freunde und Geschwister in einem Container, die Stimmung wurde besser und das Heimweh nahm schlagartig ab.

Das machte unsere Betreuung auch um Einiges leichter. Wir mussten nicht in verschiedene Container gehen, um mit unseren Kindern zu sprechen sondern hatten die ganze Gruppe zusammen.

Der Dienstag sollte super werden. Besuch im Erlebnisbad am Pressegger See stand auf dem Plan. Dort fuhren wir Tretboot rutschten von einer Riesenrutsche und machten alles mit was es dort an Angeboten gab. Wir verbrachten den ganzen Tag dort. Das hat viel Freude gemacht und war ein richtig schöner Tag.

Für den Mittwoch standen wieder Workshops auf dem Plan und am Nachmittag landet der Militärkommandant mit dem Hubschrauber mitten im Lager. Alle waren sehr aufgeregt: die Erwachsenen wegen des Kommandanten und die anderen wegen des Hubschraubers.

Am nächsten Tag fuhren wir nach Klagenfurt am Wörthersee und besuchten da Minimundus. Minimundus (= *kleine Welt*) ist eine Ausstellung mit vielen weltberühmten Bauwerken in Miniaturausgabe. Anschließend fuhren wir zum Baden an den Silbersee. Das hat den Tag noch einmal richtig abgerundet.

Auf einmal ging die Zeit so schnell vorbei. Es war schon Freitag. Die Tragtierstaffel kam uns besuchen. Wir alle durften mal aufs Pferd. Am Abend war eine Fackelwanderung geplant, die wir leider wegen schlechten Wetter nicht antre-



ten durften. Das erste Mal schlechtes Wetter seitdem wir in Österreich waren, und es sollte richtig schlecht werden. Es regnete Bindfäden und es donnerte so laut, dass wir dachten, die Berge um uns herum knallen gegeneinander. So wurde die Gutenachtgeschichte eben etwas länger, so dass ich fast beim Vorlesen einschlief und die Kinder noch alle wach waren.

Am letzten Tag sollte sich das Wetter nicht bessern. Es regnete den ganzen Tag und wir durften die Container nicht verlassen. Die Not macht erfinderisch. Wir stellten einen Tisch als Bühne in die Mitte des Containers, suchten uns Lieder aus und starteten „Deutschland sucht die Containerstars“. Damit waren wir fast den ganzen Vormittag bis zum Mittagessen beschäftigt. Am Nachmittag sollten sich die Kinder alleine vergnügen, denn die Betreuer mussten zur Abschlussbesprechung. Mit dem Ergebnis, dass wir uns anständig benommen hatten und im nächsten Jahr wieder eingeladen werden. Auf Grund des schlechten Wetters endete der Abend mit „Findet Nemo“ im Essensaal.

Der Heimreisetag!

Gleich nach dem Frühstück mussten wir los nach Villach zum Bahnhof. Es waren nur noch vier Stunden Fahrt bis nach München. In München haben wir uns sehr schnell getrennt. Da haben wohl alle ihre Eltern sehr vermisst.

Auch uns Betreuern hat die Reise viel Spaß gemacht und wir freuen uns darüber, dass wir so nette Kinder dabei hatten. Viele Grüße an alle!

(Marianna Lafen,
Charlotte Warner)

Spiritualität

Axel Kühner: „Aus gutem Grund – Impulse für jeden Tag“. *Aussaat Verlag, Verlagsgesellschaft des Erziehungsvereins mbH, Neukirchen-Vluyn, 2004, 207 S.*

Nach „Überlebensgeschichten für jeden Tag“, „Eine gute Minute“, „Hoffen wir das Beste“ und „Zuversicht für jeden Tag“ legt Axel Kühn hier sein fünftes Andachtsbuch vor. Gute Worte für jeden Tag und weit über den Tag hinaus. So erzählt er eine alte chinesische Legende von einem Kaiser, der auszog, das Land seiner Feinde zu erobern und die feindlichen Nachbarn zu vernichten. Einige Zeit darauf sah man ihn zusammen mit seinen Feinden in ihrem Land beim gemeinsamen Essen, Spielen und Scherzen. „Wolltest du nicht deine Feinde vernichten?“, fragte man ihn. „Ich habe sie doch vernichtet, denn ich machte sie zu meinen Freunden!“ Dieses zutiefst christlichem Verständnis entsprechende Verhalten und diese Einsicht würde auch in unserer heutigen konfliktreichen Zeit viele Tote, Zerstörungen und Leid verhindern.

Der 1941 in Oldenburg geborene und in Kassel wohnende Autor, Evangelist der Evangelischen Kirche von Kurhessen und Waldeck, vermittelt aber auch Worte gefüllt mit Wärme und Weite, Zauber und Geheimnis, voller Liebe und Freundlichkeit, Orientierung und Weisheit wie mit: „Was ist Moral?“, fragt der kleine Moritz seinen Vater. „Ich gebe dir ein Beispiel: Ein Kunde kauft in unserem Geschäft Waren für 70 Euro und bezahlt mit einem Hunderte. Später merke ich, dass er sein Wechselgeld liegen gelassen hat. Da beginnt die Moral, lieber Moritz: soll ich jetzt das Geld für mich behalten oder es mit meinem Kompanion ehrlich teilen?“ Das Buch enthält aber auch Worte zum Freuen und Nachdenken, zum Ruhig- und Wachwerden, Gedanken, die ein Leben verändern und ein anderes bewahren können. Worte die etwas sagen wollen, das ist alles! Die Worte für jeden einzelnen Tag hat Kühnen mit entsprechenden Bibelstellen unterstrichen, die am Ende des Buches in einem Bibelstellen- und Stichwortverzeichnis leicht aufzufinden sind.

Die vorliegenden Impulse für jeden Tag stellen für die Leser einen geistigen Gewinn zur Gestaltung des Lebens dar. (bt)

Brunnen/Aussaat: „Termine mit Gott 2005 – 365 Tage mit der Bibel“. *Brunnen Verlag, Gießen 2004 und CVJM-Gesamtverband in Deutschland e.V., 239 S.*

Die Herausgeber des Büchleins Klaus Jürgen Diehl, Christoph Morgner, Ulrich Parzany und Hermann Traub geben eine verständliche, kurze Auslegung und Impulse zur Auseinandersetzung mit dem Bibeltext, um täglich mit Gottes Wort leben zu können. Mit Gedanken für das Jahr beginnt der Text, wobei die Frage zum Glauben an Gott an einen alten, an einen jungen, an einen kranken, an einen erfolgreichen Menschen und nicht zuletzt an mich selbst gestellt wird.

Das Leben ist hektisch. Da ist es wichtig, regelmäßige Termine mit Gott zu haben, um Wichtiges von Unwichtigem unterschei-

den zu können. Dem dient die Gliederung des Buches. Neben weiterführenden Gedanken für jeden einzelnen Tag – zur Gestaltung des Glaubens im Alltag – ergänzt von ausgesuchten Bibelstellen, wird jede Woche durch einen Bibelvers eingeläutet. Dazu gibt es kleine Einführungen z.B. zum Evangelium und zur Apostelgeschichte nach Lukas sowie zum Evangelium nach Johannes, aber auch zu den Sprüchen Salomos oder das zweite Buch der Könige u.a. Daneben wird die Bedeutung jedes Wortes der Jahreslosung, das Christus-Wort „Ich habe für dich gebeten, dass dein Glaube nicht aufhöre“, in einzelnen Gedanken betrachtet. Den Abschluss des Buches bildet ein Verzeichnis der einzelnen Mitarbeiter an den Texten sowie ein Register der verwendeten Bibelstellen.

„Termine mit Gott“ spricht mit seiner klaren Gedankenführung und treffenden Sprache viele Menschen an und erleichtert das Verständnis beim täglichen Bibellesen. (bt)

Ethik

Johannes Michael Schnarrer: „Komplexe Ethik 1. Sittliche Urteilsbildung in der vernetzten Gesellschaft. Grundlagen“. *Selbstverlag, Wien 2004, 261 Seiten. Zu beziehen über Tel/Fax: +43 14 70 10 07; jmschnarrer@yahoo.de*

Titel und Untertitel deuten eine Herkulesaufgabe an, die der Autor in dem vorliegenden ersten Band in Angriff nimmt. Die vernetzte Gesellschaft wird gegenwärtig vielfältig untersucht und gedeutet: Ihre Konstellationen, Mechanismen und Entwicklungen wollen verstanden werden, um den Menschen Halt und einen Platz in ihr zu geben. Die Lehre vom sittlich richtigen Handeln ist in dieser komplexen Welt von besonderer Wichtigkeit, aber sie ist um so schwieriger in dieser zu finden. Je differenzierter und unschärfer die Gesellschaften werden, desto wichtiger ist die ethisch-moralische Basis, auf der diese und der Einzelne ruhen. Dieser Herausforderung stellt sich S. und legt mit Band 1 die Grundlagen vor, in weiteren Bänden sollen die Themenbereiche Politik, Wirtschaft, Medien & Technik sowie Bioethik & Gentechnik behandelt werden – wahrhaftig eine komplexe Ethik.

Die Basis bestimmt die Standhaftigkeit des Gebäudes: Erfahrung oder Intuition allein genügen nicht zur Erklärung der Welt und des Menschen darin; die Toleranz zwischen den Positionen Vernunft und Transzendenz weist den Weg. Dieser wird durch Werte markiert, die der Autor breitgefächert darstellt. Über Naturrecht und Angewandte Ethik erreicht er auf der Suche nach ethisch abgeleiteten Normen, die Handlungsrahmen oder -anweisung sein können, das Verhältnis von Philosophie und Politik. Hier beweist sich eine Ethik, die der „Ausdifferenzierung und Komplexität“, der säkularisierten Grundeinstellung des modernen Menschen und dem kurz vor der Beliebigkeit stehendem Pluralismus gewachsen sein muss. Man braucht die Ethik nicht zum Überleben – aber zum Menschsein. Komplexe Ethik soll sich den individuellen und kollektiven, vernunftgeleiteten und transzendentalen sowie der scheinbar endlosen Vielfalt der globalisierten

menschlichen Gesellschaft annähern. Bereits im ersten Band werden Beispiele und mögliche Anwendungen angedeutet, an denen sich in dieser Theorieansatz messen lassen muss – eine Gratwanderung.

Die Neugier auf die folgenden Bände, der Fertigstellung des Gebäudes auf diesem Fundament, ist geweckt. (Björn F. Schulz)

Zeitgeschichte

Bernhard Mroß: „Sie gingen als Freunde ... Der Abzug der Westgruppe der sowjetisch-russischen Truppen 1990-94.“ *Eigenverlag, Harrislee 2004, 271 Seiten mit zahlreichen Abb. und Dokumenten; zu beziehen über Tel: 0461-74816, Email: w-brandes@foni.net*

„Der Abzug der russischen Truppen aus Deutschland war eine Heimkehr und ein Abzug in Würde. Der deutschen Seite lag sehr daran, dass die heimkehrenden, russischen Soldaten ein positives Deutschlandbild mit nach Hause nahmen und die Kontakte zwischen den Menschen unserer beiden Länder dauerhaft gepflegt werden. Ich selbst aber bin stolz darauf, dass es mir vergönnt war, an einem Prozess mitzuwirken, an dessen Ende der Schlussstrich unter das Kapitel der Kriegs- und Nachkriegsepoche gezogen werden konnte und dessen Ende zugleich der Anfang neuer qualitativer und partnerschaftlicher Beziehungen zu Russland und seinen Streitkräften markiert. Wie drückte es der polnische Brigadegeneral Zdzislaw Ostrowski im Oktober 1993 in Warschau gegenüber unserem Generalmajor H. Foertsch aus, als wir, nach einem langen mit Gesprächen, Vorträgen usw. gefüllten Tag, im Theater 'Teatr Wielki' (Großes Theater) saßen: „Herr General, wir beenden das letzte Kapitel des Buches mit dem Titel 2. Weltkrieg. Wenn es uns gelingt, dieses erfolgreich zu beenden, dann wird man uns loben, wenn aber nicht, dann wehe uns Gott.“ Uns allen, die wir im Bundeswehrkommando Ost und im Verbindungskommando zu den sowjetischen Streitkräften, bzw. zur Westgruppe der Truppen (WGT) gedient haben, gleichgültig, ob wir aus dem West- oder Ostteil des wiedervereinigten Deutschlands kamen, war die Einmaligkeit des uns gestellten Auftrages bewusst.“

Es ist verdienstvoll, dass der Autor – Kapitänleutnant a.D. und Dolmetscher des Befehlshabers BwKdo Ost und im DtVKdoWGT in Deutschland – seine Erinnerungen zehn Jahre nach dem Abzug der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. Die Zeit vom ersten Zusammentreffen des Befehlshabers im BwKdo Ost, Generalleutnant Jörg Schönbohm, mit dem sowjetischen Armeegeneral Boris Snetkow am 25. Oktober 1990 bis zur Außerdienststellung des Deutschen Verbindungskommandos zur WGT in Berlin am 19. September 1994 war turbulent, voller unwägbarer Überraschungen und für die Akteure wie die passiven Zuschauer spannend. Diese Erfolgsepoche der deutschen Geschichte wach zu halten, dazu hat Mroß seinen sachkundigen Beitrag geleistet.

KptnLt Bernhard Mroß (als aktiver Marineoffizier Mitglied der GKS) war Mitorganisator für drei große Hilfstransporte britischer und deutscher Streitkräfte nach Russ-

land, die u.a. auch von der GKS unterstützt wurden. AUFTRAG hatte seinerzeit darüber berichtet. Auch die von der GKS im ehemaligen Wehrbereich I über Jahre betriebene Hilfe für Nowospasskoje bei Smolensk, war ursprünglich von Mroß initiiert und als Dolmetscher begleitet worden. (PS)

Schule und Jugendarbeit

Christina Zitzmann: „Alltagshelden. Aktiv gegen Gewalt und Mobbing – für mehr Zivilcourage. Praxishandbuch für Schule und Jugendarbeit.“ Wochenschau Verlag Schwalbach/Ts. 2004; 240 Seiten DIN A4.

Mitarbeiter der Kinder- und Jugendarbeit werden fast täglich mit ausgrenzenden und gewaltsamen Handlungen von jungen Menschen konfrontiert. Entsprechende Berichterstattungen in den Medien haben wiederholt zu hektischen Debatten und vorschnellen Antworten geführt. Leider bleibt auch die Pädagogik von solch aufgeregten Diskussionen nicht unberührt. Daher ist ein realistischer Blick auf Chancen und Grenzen der jeweiligen pädagogischen Arbeitsgebiete jenseits von Überschätzung und Resignation von Nöten. Es gilt genau zu prüfen, wer (welches Arbeitsfeld) was (welches Angebot) für wen (welche Zielgruppe) zu leisten vermag, um der Verbreitung von Gewalt und Mobbing

entgegentreten. – Diesen Blick hat eine in der CPH Jugendakademie angesiedelte Projektgruppe gewagt. Ergebnis dieses Prozesses ist das langfristig angelegte Projekt *Alltagshelden*. Sein Ziel ist es, einen nachhaltigen Beitrag für ein Mehr an Mitmenschlichkeit, ein Mehr an sozialer Unterstützung und an Zivilcourage in unserer Gesellschaft zu leisten. Denn Zivilcourage zu fördern bedeutet vorbeugend zu handeln, im Sinne einer ansteckenden Gesundheit.

Der gerade im Wochenschau Verlag erschienene Band *Alltagshelden* präsentiert die Ergebnisse des Projektes. Er bietet allen, die in Schule und Jugendarbeit mit Gewalt und Mobbing konfrontiert werden, eine wissenschaftliche Grundlage, reichhaltige Materialien und viele Anregungen für die eigene Praxis. Die Seminarkonzepte zu den Themen Konflikt, Vorurteile, Mobbing, Gewalt und Zivilcourage sind einsatzfertig beschrieben und verfolgen das Ziel, zivilcouragiertes Handeln von jungen Menschen zu wecken, zu unterstützen und zu fördern. Jedes Konzept besteht aus einem kurzen einführenden Text über den Inhalt des Seminars, der Zielbeschreibung, der Erläuterung des thematischen Ablaufs, einer detaillierten Methodenbeschreibung und Kopiervorlagen. Der Band wird damit zu einer Gewinn bringenden Lektüre und bietet reichhaltige Anregungen für das praktische Handeln und die Umsetzung der vorgestellten Seminarmodelle. (PS)

Friedensethik

Johannes Paul II.: Versöhnung zwischen den Welten. Im Gespräch mit den Religionen. Hrsg. u. eingeleitet von Matthias Kopp. Geleitwort von Erzbischof Michael L. Fitzgerald, Präsident des Päpstl. Rats für den interreligiösen Dialog. Verlag Neue Stadt, München 2004, geb., 232 Seiten.

Dem Vatikanexperten, Spezialisten für den interreligiösen Dialog, Theologen und Journalisten Matthias Kopp (Jg. 1968) ist hier eine Dokumentation über eines der nachhaltigsten Themen des Pontifikats Johannes Pauls II. gelungen: das interreligiöse Engagement des Papstes für den Frieden. Seine Alternative zum „Kampf der Kulturen“ heißt: Dialog und Verständigung (Koexistenz) zwischen den Religionen. Diese Überzeugung durchzieht wie ein Leitmotiv das Wirken und die Reden von Johannes Paul II.

Die bedeutendsten Ansprachen zu diesem Thema werden in dem Buch dokumentiert. Jedes Kapitel enthält eine ausführliche Einleitung des Herausgebers: Den Originaltexten ist immer eine Einordnung in den historischen Kontext vorausgestellt.

Aus dem Inhalt:

- „Ihr seid unsere Brüder“:
der Papst und das Judentum;
- „Dem gemeinsamen Erbe verpflichtet“:
der Papst und der Islam;
- „Im Einsatz für den Menschen“:
der Papst und die asiatischen Religionen;
- „Gemeinsam für den Frieden“:
der Papst und Assisi.

In diesem Buch wird deutlich, die katholische Kirche ist ein „global player“ und Johannes Paul II. ist ein „Weltligaspieler“. „Wenn dieser Hirte einmal seinen Hirtenstab aus der Hand legt, wird die Welt merken, was sie an ihm gehabt hat – und zwar über die katholische Kirche hinaus“, davon ist Kopp überzeugt. (PS)

Christlicher Glaube

„Suchet der Stadt Bestes“ – Politiker Bibel. Hrsg. von Karl Jüsten und Stephan Reimers. Friedr. Wittig Verlag, Kiel 2004, kart., 119 Seiten.

Dies ist kein Bibel-Lesebuch für Politiker, sondern von Politikern werden biblische Lieblingstexte erläutert. „Ihre“ Stelle haben 56 deutsche Spitzenpolitiker mit der Hand abgeschrieben und sie äußern sich dazu, was gerade diese Bibelstelle für ihr Leben und ihr politisches Handeln bedeutet. Bundesverteidigungsminister Peter Struck z.B. ist Psalm 23 „Der Herr ist mein Hirte, ...“ wichtig:

„Die Seele in Gott baumeln lassen

Das tiefe Vertrauen, das hier zum Ausdruck kommt, ist für mich beeindruckend. Die Verse zeugen von einer großer Geborgenheit in Gott. Neudeutsch würden wir sagen: Die Seele in Gott baumeln lassen. Ich glaube, nur wenige Menschen können diesen Zustand des absoluten Sich-Verlassens auf den Hirten erreichen. Einer von ihnen ist sicher einer der ganz Großen der Kirchengeschichte, Franz von Assisi, gewesen. Er hat diesen Psalm gelebt. Bewunderns- und beneidenswert.“ (PS)



Christlicher Glaube

Der Augsburgsburger Sankt Ulrich Verlag setzt seine – im letzten AUFTRAG bereits vorgestellte – kleine Buchreihe „Fundamente“ zu grundlegenden Themen des christlichen Glaubens mit den Titeln „Die Zehn Gebote – Verfassung der Freiheit“ von Christoph Becker und „Nach dem Tod – Himmel, Hölle, Fegefeuer“ von Michael Stickelbroeck fort.

Der Rechtshistoriker Christoph Becker (Jg. 1960, Prof. Uni Augsburg) schafft mit dem Titel „Die Zehn Gebote – Verfassung der Freiheit“ einen ganz neuen, ungewohnten und überraschenden Zugang zu den Grundregeln jüdisch-christlicher Kultur: Die Zehn Gebote als von Gott gegebene Verfassungsordnung der Freiheit und Garantie für gelingendes menschliches Zusammenleben. Moses, der Befreier seines Volkes aus der Skla-

verei, übergibt dem Volk Israel und damit der universalen Menschheit mit den Gesetzestafeln des Sinai ein unvergängliches Erbe, das bis in die Gegenwart seine befreiende Kraft und universelle Geltung nicht verloren hat. Ein spannender Blick auf die Grundregeln christlichen Lebens!

In dem Fundamente-Titel „Nach dem Tod – Himmel, Hölle, Fegefeuer“ von Michael Stickelbroeck (Jg 1963, Priester u. Prof. für Dogmatik u. Ökum. Theologie) geht es um die existentielle Frage menschlichen Lebens: den Tod und was danach kommt.

Stickelbroeck setzt sich mit christlichen und nichtchristlichen Todesvorstellungen und Erwartungen für ein Weiterleben nach dem Tod auseinander und gibt Antwort auf die Frage, was nach christlichem Glauben unter „Gericht“ und „Seligkeit“ zu verstehen ist und welche Hoffnungen der Mensch haben darf, der sich für Christus entscheidet. Ein aufregendes Buch zu Themen des Lebens und Glaubens, die auch in der Kirche allzu oft tabuisiert werden.

Christoph Becker: „Die Zehn Gebote – Verfassung der Freiheit“, St. Ulrich Verlag, Augsburg 2004, kart., 128 Seiten.

Michael Stickelbroeck: „Nach dem Tod – Himmel, Hölle, Fegefeuer“, St. Ulrich Verlag, Augsburg 2004, kart., 128 Seiten.

Termine • Termine • Termine

Allgemeine Termine 2005

- 20.01. Internation. Soldatengottesdienst, Köln
 03.02. Friedensgottesdienst Dom zu Hildesheim
 18.03. Vorstandsgespräch GKS – pax christi – BDKJ, Bonn
 20.04. – 24.04. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
 27.04. – 29.04. Haupttagung GKMD in Fulda
 29.04. – 30.04. Vollversammlung ZdK
 25.05. – 31.05. Lourdes-Wallfahrt, Frankreich
 25.05. – 29.05. 30. Evangelischer Kirchentag, Hannover
 08.06. – 12.06. Seminar 3. Lebensphase, Cloppenburg
 16.08. – 21.08. Weltjugendtreffen, Köln
 10.09. – 17.09. 45. Woche der Begegnung, Akademie Klausenhof, Hamminkeln
 10.09. – 12.09. Vorkonferenz
 12.09. – 15.09. ZV
 15.09. – 17.09. BuKonf GKS
 19.10. – 23.10. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
 07.11. – 11.11. Akademie Oberst Helmut Korn, Fulda
 18.11. – 19.11. Vollversammlung ZdK
 09.12. – 11.12. Seminar für Funktionsträger der GKS, Mülheim/R.

- 02.09. – 04.09. Nord/Küste: AK u. BK II, Nordstrand
 23.09. – 25.09. Nordrhein-Westfalen: AK, Günne
 09.10. – 14.10. GKS Nordrhein-Westfalen: Familienwerkwochenende, Rohrbach
 04.11. – 06.11. Niedersachsen-Bremen: AK u. BK, Lingen
 10.11. – 12.11. GKS Bereich Ost : AK u. BK, Leipzig
 25.11. – 27.11. Bayern/Baden-Württemberg: AK u. BK II, Tauberbischofsheim
 02.12. – 04.12. GKS Rheinland-Pf/Hessen/Saarland: BK, Kloster Engelpfort/Mosel

BV/EA GKS und Vorst ZV 2005

- 21.01. Jahresempfang MGV für Vorstand ZV und EA der GKS
 22.01. Vorstand ZV, Berlin
 22.01. EA, Berlin
 21./22.02. EA, Dornstadt
 11.06. Vorstand ZV, Klausenhof/Hamminkeln
 17.06. – 19.06. BV, Tauberbischofsheim
 12.11. Vorstand ZV, Berlin

Bereichskonferenzen/Arbeitskonferenzen/ Familienwochenenden 2005

- 11.02. – 13.02. Niedersachsen-Bremen: AK, Dassel
 10.03. – 11.03. GKS Bereich Ost : AK u. BK, Berlin
 18.03. – 20.03. Nord/Küste: AK u. BK I, Salem
 11.03. – 13.03. Nordrhein-Westfalen: AK, Günne
 18.03. – 20.03. GKS Niedersachsen-Bremen: BK, Worphausen
 18.03. – 20.03. Bayern/Baden-Württemberg: AK u. BK I, Roggenburg
 04.05. – 08.05. GKS Rheinland-Pf/Hessen/Saarland: BK als Familienwerkwochenende, Hübingen
 01.07. – 03.07. GKS Nordrhein-Westfalen: BK, Mülheim/R.

Sonstige Termine 2005

- 25.04. – 28.04. AKS: Frühjahrskonferenz, Ausbildungsheim Iselsburg b. Lienz

Vorschau 2006

- 17.05.-23.05. Lourdes-Wallfahrt, Frankreich
 23.05. – 24.05. Vollversammlung ZdK, Saarbrücken
 24.05. – 28.05. 96. Deutscher Katholikentag, Saarbrücken
 18.09. – 23.09. 46. Woche der Begegnung, Ludwigshafen
 16.09. – 18.09. Vorkonferenz
 18.09. – 21.09. ZV
 20.09. – 23.09. BuKonf GKS
 24.11. – 25.11. Vollversammlung ZdK

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **AGKOD** – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, **AK KLMD** – Arbeitskonferenz beim Katholischen Leitenden Militärdekan in ..., **AMI** – Apostolat Militaire International, **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **EA** – Exekutivsausschuss, **GKMD** – Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFü** – Sachausschuss „Innere Führung“, **SA S+F** – Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, **SA KI** – Sachausschuss „Konzeption und Information“, **WB** – Wehrbereich, **WdB** – Woche der Begegnung, **ZV** – Zentrale Versammlung, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

PERSONALIA:

Erzbischof Slawoj Leszek Glodz (59), seit 1991 katholischer Militärbischof in Polen, ist vom Papst zum Bischof der Diözese Warschau-Praga ernannt worden. Den persönlichen Titel Erzbischof, den ihm der Papst im Juli verlieh, behält er bei. In dem 1992 errichteten Bistum am rechten Weichselufer ist er Nachfolger des am 26. August emeritierten Bischofs Kazimierz Romaniuk (77). –

Dr. Tadeusz Ploski (48), Kirchenrechtler und leitender Militärseelsorger, ist vom Papst zum neuen Bischof der Militärdiözese in Polen ernannt worden. Zeitweise war Ploski, der mit seiner Weihe am 30. Oktober in sein neues Amt eingeführt wurde, auch Chefredakteur von „Nasza Sluzba“, der Zeitung des Militärbistums.

Msgr. Dr. Franz Fahrner (48), Militärfarrer, ist vom österreichischen katholischen Militärbischof **Christian Werner** (60) zu seinem neuen Generalvikar berufen worden. Der Fundamentaltheologe löst in diesem Amt **Prälat Rudolf Schütz** (65) ab.

Militärfarrer im Nebenamt **Jürgen Wiechert** aus Holzdorf wurde mit einem Standortgottesdienst verabschiedet. Der Seelsorger der Pfarrei St. Hedwig in Jüterbog hatte dort die Soldaten seit Juni 2000 betreut, zuvor war er als Militärseelsorger i.N. am Standort Hennickendorf bei Luckenwalde. Der Katholische Leitende Militärdekan Erfurt, **Militärdekan Hartmut Gremler**, würdigte ihn als Pfarrer „mit Leib und Seele“.

Autoren

(soweit keine Angaben beim Beitrag)

Abel, Dr. Pater

Vortrag „Leben aus Gottes Kraft – ehrenamtliches Laienengagement“ gehalten anlässlich der 44. Woche der Begegnung gehalten vor der Zentralen Versammlung (ZV) am 12. Sept. 2004 in Lingen / Ems. Die Vortragsform wurde beibehalten.

Achmann, Dr. Klaus

Oberst a.D., Bundesgeschäftsführer der GKS, Vertreter der GKS in der deutschen Kommission Justitia et Pax.

Böhler, Volker W.

Oberst a.D.; bis 1999 Mitglied im Vorstand der Zentralen Versammlung; von 1992-1995 Leiter eines Militärattaché-Stabes für die Länder syrien, den Libanon und Jordanien.

Görlich, Joachim Georg

Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- und osteurop. Gesellschaften.

Haubl, Michael

Oberst i.R. des österreichischen Bundesheeres; Mitglied im Führungskreis des Arbeitskreises Katholischer Soldaten (AKS), Österreich.

Jermer, Helmut

Oberstleutnant a.D., Pressesprecher der GKS.

Kestel, Msgr. Georg

Militärdekan, Leiter Referat IV „Seelsorge“ im KMBA, Bischöflicher Beauftragter für die Zentrale Versammlung und Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene.

Klein, Karl-Jürgen

Oberst und Regimentskommandeur, Dipl.-Ing.; Bundesvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)

Kloss, Reinhard

Oberst i.G.; Vorsitzender des Internationalen Sachausschusses der GKS

Liebetanz, Klaus

Major a.D., Dörverden/Aller; Berater für humanitäre Hilfe im Ausland.

Mitzlaf, Monika

nahm als Ehefrau eines vor der Pensionierung stehenden Offiziers am Seminar 3. Lebensabschnitt in Stapelfeld teil.

Roth, Dr. Paul

em. Prof. für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München.

Rauch, Dr. phil. Andreas Martin

Prof. eh. mit Lehrauftrag an der Universität Bonn; wissenschaftl. Mitarbeiter am Sozialwissenschaftl. Institut der Bundeswehr in Strausberg.

Foto-Nachweis: F. Brockmeier (27), PS (11), KMBA (2), Jermer (2 Grafiken), Archiv (4); weitere Nachweise bei den Beiträgen

P. Bernhard Bornefeld SSCC, Mitglied der „Arnsteiner Patres“ und Standortpfarrer in Mayen/Eifel, wird neuer Prokurator für die in der Katholischen Militärseelsorge tätigen Ordensleute. Er ist Nachfolger des Steyler Missionars P. Josef Dohmen SVD, der jetzt in der Seelsorge im Bistum Speyer tätig ist.

Albert Wohlfarth (46), Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre und Caritaswissenschaften in Passau, ist zum neuen Vorsitzenden der Bundesvereinigung katholischer Männergemeinschaften gewählt worden. (PS nach KNA u. KMBA)



Politik • Streitkräfte • Wirtschaft • Technik

Die Europäische Sicherheit stellt sich aktuellen Ereignissen und Entwicklungen. Hier wird von kompetenten Fachleuten recherchiert, berichtet, analysiert, kommentiert und ebenso kritisiert. Aufgabe dieser Zeitschrift ist es, unsere Sicherheitspolitik, die nicht allein als Verteidigung mit Streitkräften zu verstehen ist, in sämtlichen komplexen und komplizierten Zusammenhängen zu beschreiben, zu erläutern und zu deuten. Die Europäische Sicherheit spürt Motivationen auf und zeigt Konsequenzen zum aktuellen Zeitgeschehen in angemessener Distanz.

Die Europäische Sicherheit als sachlich fundierte Zeitschrift entspricht den neuen Dimensionen für Fragen der Außenpolitik, der Wirtschaft, der Verteidigung und der Technik – und beurteilt nach rationalen Aspekten.

Die Leser erhalten jeden Monat analytisch und umfassend

- die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik überschaubar präsentiert;
- die Einschätzungen der Sicherheitspolitik und der internationalen Situation aus Sicht der europäischen sowie außereuropäischen Entscheidungen dargestellt;
- die Wechselbeziehungen von Politik, Verteidigung, Wirtschaft und Technologie im Gesamttrahmen unserer Sicherheitspolitik verständlich erläutert.

Gute Gründe, diese Zeitschrift ständig zu lesen!

- ☐ Ich bestelle ein **Europäische Sicherheit**-Probeabonnement. Bitte senden Sie mir drei Ausgaben zum Sonderpreis von € 790. Sollte ich nicht nach Erhalt der dritten Ausgabe widerrufen, bin ich mit einer weiteren Belieferung im Abonnement einverstanden.
- ☐ Ich abonniere ab sofort für mindestens ein Jahr die **Europäische Sicherheit** zum Jahresabonnementpreis von € 61,20 inkl. Versandkosten.

Ich zahle wie angekreuzt:

☐ Bequem und bargeldlos durch Bankeinzug

☐ Nach Erhalt der Jahresrechnung Ich bin der neue Abonnent

BLZ: _____

Name/Vorname: _____

Kto-Nr.: _____

Straße/Nr.: _____

Geldinstitut: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bestellung bitte an: Verlagsgruppe Koehler/Mittler, Hochkreuzallee 1, 53175 Bonn

Koehler/Mittler
www.koehler-mittler.de



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal jährlich.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur;

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Paul Schulz, Postfach 3768,
51537 Waldbröl, Tel/Fax: 02291-900461,
e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn. Überweisungen und Spenden an: Förderkreis der GKS (FGKS e.V.), Pax Bank eG Aachen, BLZ: 391 601 91, Konto-Nr.: 1009439010.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 5,- an den ausliefernden Köllen Verlag.